Forschungszentrum Karlsruhe
in der Helmholtz-Gemeinschaft

Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse

Ergebnisse der Bevölkerungsumfragen, der Medienanalyse und der Evaluation der Tätigkeit des AkEnd

Peter Hocke-Bergler / Martin Stolle / Fritz Gloede

Endbericht im Rahmen der fachlichen Unterstützung des AkEnd durch das Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS)

(Los 4)

Karlsruhe im Oktober 2003

Ein Berichtsband und ein Anlagenband

Der vorliegende Bericht spiegelt nicht die Auffassungen des Auftraggebers wider, sondern ausschließlich diejenigen des Auftragnehmers bzw. seiner Verfasser.

Inhaltsverzeichnis

A. Zusammenfassung der ITAS-Ergebnisse 5

B. Einleitung 8

C. Repräsentative Bevölkerungsumfragen 10

1. Repräsentative Bevölkerungsumfragen 2001 und 2002 10
1.1 Ziele der Bevölkerungsumfragen 11
1.2 Inhaltliche Schwerpunkte der Bevölkerungsumfragen 13
1.3 Methodisches Vorgehen 2001 15
2. Empirische Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsumfrage 2001 18
2.1 Univariate und bivariate Analyseergebnisse 18
2.1.1 Technische Großprojekte und die Interessen der Anwohner 19
2.1.2 Glaubwürdigkeit der Informationen verschiedener Institutionen zum Thema Nutzung der Kernenergie 22
2.1.3 Realisierung eines Endlagers für radioaktive Abfälle 24
2.1.4 Kriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle 25
2.1.5 Einstellungen zur Nutzung der Kernenergie 29
2.1.6 Regionalisierung der Umfragedaten 33
2.1.6.1 Ergebnisse zur Regionalisierung 35
2.1.6.2 Kriterien der Endlagerung von radioaktiven Abfällen 37
2.1.6.3 Technikkenntnisse und die Einstellung zur Nutzung der Kernenergie 40
2.1.7 Zusammenfassung der deskriptiven Ergebnisse 44
2.2 Einstellungen, die die Meinung zur Endlagerung radioaktiver Abfälle beeinflussen und die Prüfung von Dimensionalitäten 46
2.2.1 Informationsinteresse 46
2.2.2 Positive und negative Einstellungen zur Technik 49
2.2.3 Wertorientierungen nach Inglehart 50
2.2.4 Umweltfolgen von Technik 51
2.2.5 Meinungen zur Kernenergie 52
2.2.6 Die Bedeutung verschiedener Technologien für die wirtschaftliche Entwicklung 54
2.2.7 Das Vertrauen in öffentliche Einrichtungen und Organisationen 56
2.2.8 Politische Partizipation 57
2.2.9 Die Folgen der Einrichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle 59
2.3 Bivariate Analysen 60
2.3.1 Die Beurteilung der Endlager und die Dringlichkeit des Entsorgungsproblems 60
2.3.2 Optimismus und Pessimismus gegenüber der Kernenergie 66
2.4 Multivariate Analysen 72

2.5 Zusammenfassung zur repräsentativen Bevölkerungsumfrage 77

3. Regionalisierte telefonische Umfrage 2002 80

3.1 Einleitung 80

3.2 Objektive und subjektive Wahrnehmung der Region 82

3.2.1 Zum Begriff der Region 82

3.2.2 Zum Begriff der Heimat 83

3.2.3 Ausmaß der Verbundenheit mit der Wohnumgebung 84

3.2.4 Mobilitätsbereitschaft 85

3.2.5 Quantitativer Aktionsradius 88

3.2.6 Information über wichtige Ereignisse in der Region, Güte der Informiertheit und die Lösung zukünftiger Aufgaben 89

3.2.7 Zukünftige Aufgaben für die Region 91

3.2.8 Image der Region und die Berechtigung des Image 92

3.2.9 Abhängigkeit der Region von Fördermitteln 93

3.3 Technikverständnis und politische Partizipation der Bevölkerung 94

3.3.1 Technikverständnis 94

3.3.2 Partizipation der Bevölkerung bei technischen Großprojekten 99

3.4. Zusammenfassung zur regionalisierten telefonischen Umfrage 2002 105

D. Ergebnisse der Medienanalyse 106

1. Einführung, Fragestellung und Zielsetzung, Datenauswahl und Erhebungsmethode 106

2. Befunde der quantitativen Inhaltsanalyse 115

2.1 Häufigkeit der aktuellen Berichterstattung über die Zeit 115

2.2 Häufigkeit der aktuellen Berichterstattung nach Mediengattungen 119

2.3 Vergleich der aktuellen Berichterstattung mit der Berichterstattung in den 90er Jahren 124

2.4 Welche Akteurstypen und welche Themen dominieren die aktuelle Endlager-Berichterstattung? 127

2.5 Formale und inhaltliche Merkmale der aktuellen Berichterstattung 132

2.5.1 Zu Umfang und Form der Berichterstattung 132

2.5.2 Zur Tendenz der Berichterstattung 134

3. Befunde der qualitativen und quantitativen Inhaltsanalyse aller Berichte mit AkEnd-Nennung 137

3.1 Nennung des AkEnd in den Massenmedien erst im Jahr 2002 137

3.2 Zu den Anlässen der Berichterstattung 140

4. Medienresonanz auf den AkEnd-Workshop in Berlin 149

4.1 Der Input des AkEnd 149

4.2 Presseberichte: Diesmal auch bundesweite Abonnementpresse 152

4.3 Umfang der Berichterstattung gesteigert 156
4.4 Tendenz der Workshop-Berichterstattung 159
4.5 Problemorientierte Einschätzung der Workshop-Berichterstattung....171
5. Zusammenfassung der Medienanalyse 174
E. Die Evaluation der Tätigkeit des AkEnd 178
1. Aufgabenstellung und Zielsetzung....178
1.1 Aufgabenstellung des Evaluationsprojekts 178
1.2 Evaluationskriterien....182
1.2.1 Zur Evaluierung von Öffentlichkeitswirksamkeit....182
1.2.2 Dimensionen von Wirkungen 185
1.2.3 Bewertungskontexte für die Ziele des AkEnd 186
1.2.4 Kriterien im Kontext 2: Aufgabenstellung und Zielsetzungen des AkEnd....194
2. Methoden und Vorgehensweise....205
2.1 Datenerhebung 205
2.1.1 Allgemeine Öffentlichkeit 205
2.1.2 Medienöffentlichkeit 206
2.1.3 Interessierte Öffentlichkeiten 207
2.2 Wirkungsanalytisches Instrumentarium 208
2.3 Interpretation der Ergebnisse....210
2.4 Beratung des Arbeitskreises 211
3. Zur Arbeit des AkEnd im Beobachtungszeitraum....212
3.1 Der Abschluss-Workshop in Berlin (18./19.11.2002) 213
3.1.1 Vorbemerkung 213
3.1.2 Zum Aufbau 213
3.1.3 Zum Status des Workshops....214
3.1.4 Die Ergebnisse der Teilnehmerbefragung 217
3.1.5 Reaktionen in den Arbeitsgruppen....222
3.1.6. Evaluation des Berliner Workshops 227
3.1.6.1 Zielerreichung 227
3.1.6.2 Zielgruppenerreichung 229
3.1.6.3 Effizienz 230
3.1.6.4 Nebenfolgen....230
3.1.7 Zusammenfassung 231
3.2 Die Ergebnisse der Workshop-Teilnehmerbefragungen im Vergleich....233
3.2.1 Allgemeine Beurteilungen 234
3.2.2 Unmittelbare Beurteilung des AkEnd 237
3.2.3 Die Bewertung der Arbeitsgruppen 242
3.3 Gespräche mit organisierten Akteuren und Jugendlichen....245

3.4 Die öffentliche Selbstdarstellung des AkEnd auf der Website und im Newsletter „Forum“ 248
3.4.1 Der Internet-Auftritt 248
3.4.2 Der Newsletter „Forum“ 253
4. Schlussbetrachtung und Bewertung 256
4.1 Die Arbeitsschritte des AkEnd und ihre Ergebnisse 256
4.1.1 Die Konstitutionsphase (26.02.1999 - 15.09.2000) 259
4.1.2 Die Phase der „Kriterienarbeit“ (16.09.2000 - 28.09.2001) 260
4.1.3 Die Verfahrens-Phase (29.09.2001 - 18.10.2002) 262
4.2 Bemerkungen zur Zielerreichung 264
F. Literatur 269

G. Inhaltsverzeichnis zum Anlagenband

ANHANG 1 Vergleich der Fragebogenkonstruktion der ersten und zweiten Befragungswelle für den repräsentativen Fragebogen und für den CATI-Fragebogen
ANHANG 2 Fragebogen erste Welle – repräsentative Bevölkerungsumfrage 2001
ANHANG 3 Fragebogen zweite Welle – repräsentative Bevölkerungsumfrage 2002
ANHANG 4 Fragebogen der regionalisierten CATI- Befragung 2002
ANHANG 5 Randauszählung der repräsentativen Bevölkerungsumfrage 2001
ANHANG 6 Randauszählung der repräsentativen Bevölkerungsumfrage 2002
ANHANG 7 Randauszählung der regionalisierten CATI-Befragung 2002
ANHANG 8 Tabellarischer Anhang zur Medienanalyse
ANHANG 9 Grundauszählungen zentraler Variablen der medialen Wortmeldungen zum Thema „Kernenergie ohne Endlagerung” (aktuelle Erhebung)
ANHANG 10 Grundauszählungen zentraler Variablen der medialen Wortmeldungen zum Thema „Endlagerung“ (aktuelle Erhebung)
ANHANG 11 Grundauszählungen zentraler Variablen der medialen Wortmeldungen zum Thema „Endlagerung“ bei der retrospektiven Erhebung
ANHANG 12 Dokumentation massenmedialer Berichterstattung mit AkEnd-Nennung
ANHANG 13 Dokumentation der Presseberichterstattung des 3. AkEnd-Workshops
ANHANG 14 Codebuch ITAS-Medienanalyse (Version 2.3)
ANHANG 15 Dokumentation der Presseerklärungen des AkEnd und des BMU zum 3. Workshop
ANHANG 16 Randauszählung der Telefonbefragung 2000

A. Zusammenfassung der ITAS-Ergebnisse

Die Evaluation der Arbeit des AkEnd durch ITAS ist überwiegend positiv. An Schlüsselstellen kommen wir jedoch zu ambivalenten Ergebnissen.

Positiv festzuhalten ist, dass der AkEnd zentrale Ziele erreicht hat. Er legte sowohl ein Set geowissenschaftlicher wie auch ein Set sozialwissenschaftlicher Kriterien für die Eignung eines Endlagerstandortes vor. Darüber hinaus unterbreitete er einen Verfahrensvorschlag für die Suche und Auswahl eines Endlagers für radioaktive Abfälle in Deutschland.

Allerdings hat der AkEnd mit seiner Arbeit auch spezifische Teilziele nicht erreichen können, die Voraussetzungen für ein dialogorientiertes Verfahren einer vergleichenden und kriteriengestützten Standortsuche mit breiter Öffentlichkeitsbeteiligung sein sollten. Hier ist im Wesentlichen an die nicht hinreichend erfolgte Mobilisierung der auf „nukleare Entsorgung“ und „Endlager“ fokussierten Teile der interessierten Öffentlichkeiten zu denken, aber auch an gewisse Defizite bei der Adressierung der Medien.

Insgesamt bedeutet die Arbeit des AkEnd den Versuch, einen Neubeginn für die Lösung des Endlagerproblems zu wagen. Dieser Neubeginn war notwendig geworden, da es nicht nur massive Proteste der Bevölkerung um Gorleben und Schacht Konrad gab, sondern der Konflikt um die Endlagerung von radioaktiven Abfällen insgesamt auch zu einer blockierten politischen Entscheidungssituation geführt hatte.

Mit diesem Versuch des Neubeginns wurde es notwendig, die Konfrontation zwischen Kernenergiebefürwortern und -gegnern aufzubrechen und so Voraussetzungen für einen Dialog und spätere Verhandlungen über eine neue Endlagersuche zu schaffen. Der AkEnd hat zwar eine ganze Reihe von Gesprächen mit Vertretern verschiedener Interessengruppen durchgeführt, es gibt jedoch keine Hinweise darauf, dass die Konfrontation in diesem Bereich grundlegend aufgebrochen werden konnte.

Die Haltung der allgemeinen Öffentlichkeit

Bereits an der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems – so die Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsumfragen – scheiden sich die Geister. Während die Kernenergiebefürworter das Entsorgungsproblem als nicht besonders dringlich bewerteten und die vorhandenen Endlagerprojekte als geeignet einstuften, fanden sich bei den Kernenergiegegnern die gegenteiligen Einschätzungen. Sie bewerteten das Entsorgungsproblem als besonders dringlich und stuften die Endlager als völlig ungeeignet ein.

Den in den allgemeinen Bevölkerungsbefragungen zur Bewertung vorgelegten Kriterien für eine sichere Endlagerung (besonders strenge Sicherheitsstandards, Schutz von Umwelt und Gesundheit, Rückholbarkeit, Berücksichtigung der Anwohner-Interessen, Freiwilligkeit der betroffenen Region u.a.) wird durchgehend eine sehr hohe Bedeutung zugemessen – mittlere oder niedrige Bedeutungszuweisungen sind nur in geringem Maße vorhanden. Fragt man nach der Glaubwürdigkeit der Informa-

tion, die von verschiedenen Akteuren zum Thema der Nutzung der Kernenergie gegeben werden, so zeigte sich, dass es extreme Unterschiede gab. Gerade einige zentrale Akteure in der Endlagersuche wurden sehr unterschiedlich bewertet. Während die Informationen der Umweltforschungsinstitute und der Umweltverbände von mehr als der Hälfte der Bevölkerung als glaubwürdig bewertet wurden, erreichte die Atomwirtschaft nur bei weniger als jedem Fünften diese Bewertung.

Die Umfrageergebnisse zeigen weiterhin, dass die Endlagerproblematik nicht als eigenständiges Thema wahrgenommen wird, sondern immer als Unterthema der Nutzung der Kernenergie betrachtet wird – dies zeigt weitgehend auch die Medienanalyse.

Die Reaktion der Medien

Die mediale Resonanz auf das Expertenhandeln des AkEnd ist als relativ überschaubar einzustufen. Dies hat einerseits damit zu tun, dass das Thema der Endlagerung radioaktiver Abfälle 2001 und 2002 kein herausragendes Thema der Berichterstattung in den Massenmedien war. Andererseits auch damit, dass über Wissenschaftler und Experten sehr wenig berichtet wurde, während politische Entscheidungsträger in diesem Themenfeld deutlich stärker zu Wort kamen.

Erst im vierten Jahr seiner Tätigkeit wurde der AkEnd in den Massenmedien stärker berücksichtigt. Allerdings berichteten nur bestimmte Segmente der Medienlandschaft ausführlicher. Dazu gehörten die Frankfurter Rundschau, die Süddeutsche Zeitung, die “tageszeitung” und das Neue Deutschland als bundesweit berichtende Printmedien sowie die Elbe-Jeetzel-Zeitung als Lokalzeitung der Region Gorleben. Bei politisch tendenziell konservativeren Medien wie der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und Focus gelang es dem AkEnd nicht, Aufmerksamkeit zu finden.

In einem zukünftigen Prozess der Standortsuche für ein Endlager ist es aus unserer Sicht notwendig, zielgruppenspezifische Argumentationsstrategien zu entwickeln, die die unterschiedlichen Bewertungen von Gegnern und Befürwortern der Kernenergie aufgreifen. Gleichzeitig muss eine professionelle Presse- und Medienarbeit installiert werden, die das Ziel hat, Medien kontinuierlicher zu betreuen. Insbesondere sind dabei auch politisch tendenziell konservative Medien und die Wirtschaftspresse zu berücksichtigen. Dafür müssen allerdings wesentlich umfangreichere personelle und materielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Für eine solche PR-Arbeit ist es notwendig, dass Politiker in großer Zahl von den Endlagerexperten als Unterstützer für die neue Endlagersuche gewonnen werden, da sie wichtige Multiplikatoren in einer öffentlichen Debatte über einen neuen Endlagerstandort sein werden.

Die interessierten Öffentlichkeiten

Von einer anderen Perspektive her kommt die Analyse der AkEnd-Kommunikation mit VertreterInnen der interessierten Öffentlichkeiten, wie sie sich vornehmlich während der drei von ihm durchgeführten Workshops, aber auch in gezielten Stakeholder-Gesprächen dargestellt hat, zu einem vergleichbaren Ergebnis.

Legt man die Phaseneinteilung des vom AkEnd für eine Standortsuche vorgeschlagenen Prozesses zugrunde (Phase 1: Erarbeitung von Vorschlägen zu Verfahren und Kriterien, Phase 2: Gesellschaftliche Auseinandersetzung (Aushandlungen) und politische Entscheidung zu diesen Vorschlägen, Phase 3: Anwendung/Durchführung der in Phase 2 getroffenen Entscheidungen), dann lässt sich die Phase 1 unter prozeduralem Aspekt als *diskursdominiert*, die Phase 2 als *verhandlungsdominiert* und die Phase 3 als *partizipationsdominiert* ansehen.

Die Arbeit des AkEnd im Beobachtungszeitraum war in dieser Perspektive also primär danach zu beurteilen, ob und inwieweit es ihm gelungen ist, den gesellschaftlichen Diskurs zur Standortsuche für ein atomares Endlager durch seine Aktivitäten voranzubringen.

Obwohl die Bewertung der drei genannten Workshops auch durch deren Teilnehmer vorwiegend sehr positiv ausgefallen war, muss zugleich gesehen werden, dass immer wieder auch (sachlich oder zeitlich) eingeschränkte Diskussionsmöglichkeiten moniert worden sind. Der zum Berliner Workshop vorgelegte Abschlussbericht und die darin enthaltenen Empfehlungen konnten zwar eine Reihe der zuvor offen gebliebenen Fragen abdecken, hinterließen aber gleichwohl weitergehenden Konkretisierungs- bzw. kontroversen Erörterungsbedarf. Solche Probleme könnten und sollten also Gegenstand der vom AkEnd empfohlenen zweiten Phase des Gesamtprozesses sein, in der relevante gesellschaftlichen Akteure unter den Augen der allgemeinen Öffentlichkeit in die nähere Auseinandersetzung und Aushandlung zum vorgelegten Bericht eintreten.

Der AkEnd hat sich im gesamten Beobachtungszeitraum recht schwer damit getan, sich (öffentlich) reflektierend zu den gegebenen politischen und sozialen Rahmenbedingungen zu verhalten, obwohl ihn das Problem seiner „Einbettung“ in einen langjährigen und teils recht heftigen Konflikt um die Nutzung der Kernenergie im allgemeinen und die Endlagerfrage im besonderen seit Beginn seiner Tätigkeit begleitete und er nicht zuletzt diesem Konflikt seine Existenz verdankte.

Allerdings hat diese Einschränkung einer insgesamt recht positiven Aufnahme seiner Tätigkeit seitens der interessierten Öffentlichkeiten wohl wenig geschadet. Letztlich wurden von Sprechern dieser Öffentlichkeiten Schuldzuweisungen vorwiegend an die Adresse der Politik vorgenommen.

Schlussbewertung

Mit Referenz auf den Gesamtzusammenhang der Standortsuche im übergreifenden Konfliktfeld der Kernenergienutzung, erschien es uns für eine Expertengruppe wie den AkEnd dennoch nötig *und* möglich, die bereits um das Thema Endlagerung formierten „interessierten Öffentlichkeiten“ zu mobilisieren und zu erweitern – dies allerdings über den Kreis der unmittelbar durch die Veranstaltung von Workshops oder die Durchführung direkter Gespräche erreichbaren Personen hinaus. Genau diese Zielrichtung wurde vom AkEnd wohl auch im Ansatz angestrebt. Es muss jedoch konstatiert werden, dass eine solche Adressierung einer „erweiterten Themen-Community“, wie wir sie nennen, nicht in dem erforderlichen Maße erreicht worden ist.

B. Einleitung

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) hat 1999 den „Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte“ (AkEnd) beauftragt, Verfahren und Kriterien zur Auswahl von Endlagerstandorten für radioaktive Abfälle in Deutschland zu entwickeln. Die Arbeit des AkEnd in der letzten Legislaturperiode war dabei ein erster Schritt im Rahmen eines neuartigen Gesamtkonzepts der Standortfindung.

Ziel und Aufgabe des ITAS-Projekts „Beteiligungsverfahren bei der Standortauswahl für die Endlagerung radioaktiver Abfälle – Evaluationsvorhaben“ war die sozialwissenschaftliche Evaluation der öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten des AkEnd.

Zu den herausragenden öffentlichen Aktivitäten des AkEnd gehörten drei größere, im jährlichen Turnus stattfindende, Workshops, die sich an die interessierte Öffentlichkeit wandten. Darüber hinaus wurden in kürzeren zeitlichen Abständen Gruppendiskussionen mit Stakeholdern in verschiedenen Städten veranstaltet, z. B. mit Vertretern von Umweltorganisationen und mit Landtagsabgeordneten in verschiedenen Bundesländern, aber auch mit Schülern.

Mit der Evaluation der AkEnd-Workshops beschäftigen sich die beiden ITAS-Berichte von Gloede und Seibt (2001) sowie von Gloede, Hocke und Stolle (2001).

Zentrale Forschungsaktivitäten des Evaluationsprojektes waren darüber hinaus eine empirische Medienanalyse und die Durchführung von zwei repräsentativen Bevölkerungsumfragen zum Thema der Endlagerung von radioaktiven Abfällen.

Die Medienanalyse hatte das Ziel, die Dichte der Endlagerdebatte und die Resonanz zu erfassen, die der AkEnd in der medialen Öffentlichkeit fand. Dazu wurden ausgewählte Tages- und Wochenzeitungen sowie Fachmedien einer Dauerbeobachtung unterzogen und mit Verfahren der quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet.

Die zwei repräsentativen Bevölkerungsumfragen hatten das Ziel, die Veränderung der Einstellung der Bevölkerung zur Technik, zur Endlagerung von radioaktiven Abfällen, zur politischen Partizipation zu messen und die Bekanntheit des AkEnd als Expertenkommission in der breiten Öffentlichkeit festzuhalten.

Als Ergänzung wurde eine Telefonumfrage in drei Landkreisen durchgeführt, um differenzierte Wahrnehmungen von Regionen zu erheben. Die Ergebnisse der Telefonumfrage wurden mit denen der repräsentativen Bevölkerungsumfrage 2002 verglichen, um regionale Unterschiede überprüfen zu können.

Zu den verschiedenen Forschungsaktivitäten des ITAS-Projekts liegen bereits eine Reihe von Zwischenergebnissen in schriftlicher Form vor, auf die im vorliegenden Schlussbericht ausdrücklich verwiesen wird (zur Medienanalyse vgl. insb. Hocke 2002 und Hocke-Bergler 2002; zu den Bevölkerungsbefragungen vgl. Stolle 2001, 2002, 2002a und 2002 b; zur Evaluation der ersten zwei AkEnd-Workshops vgl. Gloede/Seibt 2001 und Gloede/Hocke/Stolle 2001)

C. Repräsentative Bevölkerungsumfragen

1. Repräsentative Bevölkerungsumfragen 2001 und 2002

Im Evaluationsvorhaben von ITAS für den AkEnd (Los 4) war neben der Evaluation der Workshops in Kassel 2000 (Gloede/Seibt 2001), in Mörfelden-Walldorf 2001 (Gloede/Hocke/Stolle 2001) sowie in Berlin 2002 und neben der fortlaufenden systematischen Beobachtung von Printmedien (siehe Berichtsteil D in diesem Bericht), die Durchführung zweier bundesweiter repräsentativer Bevölkerungsumfragen vorgesehen.

Die *repräsentative Bevölkerungsumfrage 2001* umfasste 3.206 Befragte in ganz Deutschland. Die empirische Erhebung wurde von Juli bis September 2001 durchgeführt. Es handelte sich ausschließlich um Face-to-face-Interviews. Die Übertragung der Befragungsergebnisse in einen auswertbaren Datensatz erfolgte im Oktober 2001. Im Anschluss daran musste eine umfangreiche Fehlerkorrektur vorgenommen werden. Mit der Analyse der Umfrageergebnisse konnte Mitte November 2001 begonnen werden. Die Analyseergebnisse wurden in einem Zwischenbericht zusammenfassend dargestellt (Stolle 2001). Weiterhin konnten in einem Zeitschriftenartikel wesentliche Ergebnisse (Stolle 2002b) aus dieser ersten Bevölkerungsumfrage einer breiteren Leserschaft zugänglich gemacht werden.

Mit der zweiten *repräsentativen Bevölkerungsumfrage 2002* wurden insgesamt 2.637 Personen mit Face-to-face-Interviews erreicht. Die Durchführung der Feldphase erfolgte in den Monaten Juni und Juli 2002.

Auf den ausdrücklichen Wunsch des AkEnd und als Erweiterung des Forschungsauftrages wurde darüber hinaus noch eine regionalisierte telefonische Befragung in drei verschiedenen Landkreisen durchgeführt. Hierfür wurde eine repräsentative Stichprobe von Telefonnummern aus dem Telefonverzeichnis der Landkreise München, Ludwigslust und Oberhausen gezogen. Mit diesen telefonischen Interviews konnten insgesamt 605 Personen befragt werden, etwa 200 in jedem Landkreis.

Ziel des AkEnd war es, einen Prozess der Standortsuche für ein Endlager radioaktiver Abfälle zu initiieren und dabei große Teile der Öffentlichkeit anzusprechen.

Um diesen Suchprozess zu gestalten, war es für den AkEnd von besonderer Bedeutung zu wissen, wie die Bevölkerung über das Thema der Endlagerung radioaktiver Abfälle denkt. Ein kollektiver Entscheidungsprozess für die Standortsuche eines Endlagers lässt sich nicht ohne das Wissen um Einstellungen der Bevölkerung zu Fragen der Nutzung der Kernenergie und zu Einstellungen zur Dringlichkeit des Entsorgungsproblems radioaktiver Abfälle gestalten.

1.1 Ziele der Bevölkerungsumfragen

Die repräsentativen Bevölkerungsumfragen 2001 und 2002 sind Teil eines wesentlich umfangreicheren Evaluationskonzepts, das ITAS für den AkEnd ausgearbeitet hat (Gloede/Grunwald 2000). Zunächst wird im Folgenden auf die allgemeinen Zielsetzungen der Evaluation und die damit zusammenhängende Einbindung der empirischen Erhebungen eingegangen, um im Anschluss daran die Zielsetzungen der repräsentativen Bevölkerungsbefragungen zu erläutern.

Allgemein betrachtet hebt das Evaluationskonzept als wesentliche zu erwartende Ergebnisse des Evaluierungsprozesses die folgenden drei Aspekte hervor (Gloede/ Grunwald 2000: S. 3-4):

- empirische (qualitative oder quantitative) Erfassungen **der Haltung von Öffentlichkeit(en)** zur Endlagerfrage und zur Arbeit des AkEnd in ihrem zeitlichen Verlauf,
- Differenzierungen dieser Erfassungen nach verschiedenen zeitlichen Skalen von mittel- bis langfristig und nach verschiedenen Teilöffentlichkeiten,
- Herstellung von Beziehungen zwischen diesen Ergebnissen und **allgemeinen gesellschaftlichen Diskussionen** (Endlagerproblematik, Haltung zur Kernenergie, Sicherheits- und Risikofragen allgemein).

Detaillierter beschreibt das Evaluationskonzept die Durchführung einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Ausgegangen wird von einer Situation, in der für die Phase I des Auswahlverfahrens „Endlagerstandorte“ mit der Aufmerksamkeit und dem Interesse der gesamten bundesdeutschen Öffentlichkeit zu rechnen sein wird. Methodisch-instrumentell werden im Evaluationskonzept die folgenden drei Punkte für die empirische Erhebung skizziert:

- der Informationsstand der allgemeinen Öffentlichkeit über Fragen der radioaktiven Endlagerung,
- die „Stimmungslage“ der Bevölkerung in Bezug auf die Endlagerfrage und in Bezug auf ihre zeitliche Entwicklung und
- die Struktur öffentlicher Erwägungen zur Endlagerung.

Als methodisches Vorgehen wurde die etablierte und hinreichend verlässliche „standardisierte Bevölkerungsbefragung“ verwendet. Weil eine standardisierte Befragung Nachteile hauptsächlich dann aufweist, wenn ein thematisches Umfeld bislang wenig vertraut bzw. wenig öffentlich diskutiert ist, wurde im November 2000 in Zusammenarbeit von ITAS und IFOK eine Voruntersuchung in Form einer Telefonbefragung zum Stand des öffentlichen Wissens über die Nutzung der Kernenergie im Allgemeinen und zur Endlagerung von radioaktiven Abfällen im Speziellen durchgeführt (vgl. Anhang 16).

Diese erste Telefonbefragung mit insgesamt 1.053 Befragten lieferte einschlägige Ergebnisse und diente insbesondere dazu, den Fragebogen für die danach geplanten repräsentativen Bevölkerungsbefragungen zu entwickeln sowie die inhaltlichen Schwerpunkte festzulegen.

Der Fragebogen der ersten repräsentativen Bevölkerungsbefragung wurde vor dem Hintergrund einer zweiten für den Sommer 2002 geplanten und dann durchgeführten Befragung konzipiert, sodass zwischen den beiden Untersuchungszeitpunkten zuverlässige Vergleiche vorgenommen werden konnten. Die methodische Konzeption der Fragebögen für die beiden Untersuchungszeitpunkte ist im Anhang 1 und die Fragebögen selbst sind im Anhang 2 und 3 wiedergegeben.

1.2 Inhaltliche Schwerpunkte der Bevölkerungsumfragen

Der Fragebogen für die Face-to-face-Interviews der repräsentativen Bevölkerungsbefragung 2001 gliedert sich in drei größere Themenbereiche.

Eingeleitet wird das Interview mit Fragen zum Informationsverhalten und dessen Intensität, zu Wertorientierungen und zum Interesse an Politik.

Der erste Themenbereich des Fragebogens bezieht sich auf das *Technikinteresse und die Technikbeurteilung* der Befragten, die Umweltfolgen von Technik, Meinungen zur Kernenergie, Kenntnis des Atomausstiegs der Bundesregierung und dessen Bewertung sowie die Bedeutung neuer Technologien für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland (vgl. Anhang 2, Fragen 5-14).

Der zweite Themenbereich konzentriert sich auf die Bereitschaft und die Einstellungen zur *politischen Partizipation*. Es finden sich Fragen dazu, inwieweit die Bevölkerung Vertrauen in verschiedene Institutionen setzt, zur Bewertung politischer Partizipation im Allgemeinen, zu Genehmigungsverfahren technischer Großprojekte und verschiedenen Bedingungen politischer Partizipation in diesem Zusammenhang. Schließlich geht es noch um die Beteiligung der Bevölkerung bei der Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle (vgl. Anhang 2, Fragen 15-24).

Der dritte Themenbereich beinhaltet spezielle Fragen zur *Lagerung von radioaktiven Abfällen und zur Nutzung der Kernenergie*. Ausgangspunkt ist die Glaubwürdigkeit verschiedener Institutionen sowie deren Informationen zur Nutzung der Kernenergie. Weiterhin thematisiert der Fragebogen verschiedene Entsorgungsalternativen radioaktiver Abfälle, ein nationales und ein internationales Lagerkonzept, die Kriterien der Endlagerung und die Folgen eines Endlagers für radioaktive Abfälle, die Beurteilung vorhandener Endlager wie Schacht Konrad oder Gorleben und die Bedeutung der Gemeinden hinsichtlich der möglichen Einrichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle (vgl. Anhang 2, Fragen 25-46).

Am Ende des Fragebogens befinden sich schließlich Fragen zu soziodemographischen Aspekten (wie z. B. Geschlecht, Alter, Schulbildung, beruflicher Ausbildungs-

abschluss, Stellung im Beruf, Individual- und Haushaltseinkommen, Parteienpräferenz) sowie allgemeine Fragen zum Ablauf des Interviews. Zusätzlich werden Variablen zur Regionalisierung der Umfragedaten erhoben (Bundesland, Postleitzahl, politische Ortsgröße sowie die Systematik der BIK-Verflechtungsgebiete).[1]

Der Fragebogen der zweiten repräsentativen Bevölkerungsumfrage 2002 ist inhaltlich sehr stark an den Themen der ersten Befragung orientiert, damit statistische Vergleiche zwischen den beiden Untersuchungszeitpunkten durchgeführt werden können. Entsprechend ist die oben beschriebene inhaltliche Gliederung des Fragebogens auch bestehen geblieben. Neu hinzugekommen sind die beiden Themenbereiche Lebensstile (nach Gluchowski) sowie die objektive und subjektive Wahrnehmung der jeweiligen Region, in der die Befragten wohnen.

Das Thema objektive bzw. subjektive Wahrnehmung der Region ist wiederum das zentrale Element der regionalisierten telefonischen Befragung (das telefonische Interview nahm maximal eine Befragungszeit von 20 Minuten in Anspruch). Weiterhin werden hier Fragen zum Technikverständnis, zum perzipierten politischen Einfluss, zur politischen Partizipation bei technischen Großprojekten und zur Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen demokratischer Institutionen aus den Fragebögen der repräsentativen Bevölkerungsumfragen übernommen (vgl. Anhang 4, Fragebogen).

Die eben aufgeführten Themen der telefonischen Befragung sind sowohl mit der repräsentativen Befragung 2002 wie auch mit derjenigen aus dem Jahre 2001 vergleichbar. Für das Thema objektive bzw. subjektive Wahrnehmung der Region können Vergleiche jedoch nur zwischen der telefonischen Befragung und der repräsentativen Befragung 2002 vorgenommen werden.

Das relativ breit angelegte Themenspektrum des Fragebogens für die beiden repräsentativen Bevölkerungsumfragen resultierte aus der Anlage des Evaluationsprojekts. Die Aufnahme der regionalorientierten Fragestellungen erfolgte dagegen weit-

[1] Systematik der BIK-Verflechtungsgebiete: Sie ist ein Indikator zur Beschreibung von Siedlungs- und Verflechtungsstrukturen in Deutschland, die auf den Boustedt-Regionen basiert. Für die Entwicklung der Systematik wurden bundesweite Pendlerstromanalysen verwendet. Entwickelt wurde die Systematik vom Institut BIK Aschpurwis+Behrens. Im Gegensatz zur politischen Ortsgröße ist die BIK-Systematik detaillierter.

gehend auf Wunsch des AkEnd. In den Umfragen konnten in der ersten Welle insgesamt 3.206 und in der zweiten Welle 2.637 Personen befragt werden.

1.3 Methodisches Vorgehen 2001

Im Auftrag des AkEnd wurde im Sommer 2001 eine repräsentative Bevölkerungsumfrage in Deutschland durchgeführt. Die Grundgesamtheit bildete die deutsche Bevölkerung ab dem 14. Lebensjahr. In den Monaten August bis Oktober 2001 konnten insgesamt 3.206 persönliche Interviews mittels standardisiertem Fragebogen (Paper-Pencil-Methode) durchgeführt werden.

Verwendet wurde ein mehrstufiges Auswahlverfahren: Die Auswahl der Befragungshaushalte erfolgte nach streng geregelten Kriterien; die Bestimmung der zu befragenden Person im Haushalt erfolgte durch einen Zufallsauswahlschlüssel. Für die Durchführung der Befragung waren insgesamt 569 Interviewerinnen und Interviewer im Einsatz.

Grundgesamtheit. Die Grundgesamtheit der Stichprobe war die in Privathaushalten lebende deutsche Gesamtbevölkerung ab einem Alter von 14 Jahren.

Stichprobe. Für die Studie wurde die Anordnung einer dreifach geschichteten Zufallsstichprobe eingerichtet. Basis des Stichprobensystems war die Wahlbezirksdatei für Bundestagswahlen. Aus dieser Datei erfolgte in der ersten Auswahlstufe die Festlegung von „Sampling Points“. Pro Sampling Point war die Realisierung von fünf Interviews vorgesehen. In der zweiten Auswahlstufe wurden die Haushalte festgelegt. Nur in diesen Haushalten durften die Interviewer Kontaktversuche unternehmen. In einem ersten Schritt wurde überprüft, ob der Haushalt tatsächlich zur definierten Grundgesamtheit zählt. In einem zweiten Schritt musste der Interviewer sich um die Realisierung des Interviews bemühen. Lebte nur eine Person der Grundgesamtheit im Haushalt, so war sie auf jeden Fall die zu befragende Person. Lebten mehrere Personen der Grundgesamtheit im kontaktierten Haushalt, erfolgte die Bestimmung der Befragungsperson anhand eines Zufallsauswahlschlüssels.

Sampling-Point-Ausschöpfung. Bei Studien wie der vorliegenden kann generell nur sehr selten eine Bearbeitung aller Sampling Points erreicht werden, insbesondere trifft dies auf großstädtische Gebiete zu. Für die vorliegende Studie konnte ein sehr befriedigender Prozentsatz erreicht werden. Insgesamt wurden 569 Points bearbeitet, von denen nur 46 ganz ohne Bearbeitungserfolg blieben. Insgesamt ließ sich also eine Point-Ausschöpfungsquote von 91,9 % erzielen. Vollständig realisiert wurden die im Rahmen des Stichprobendesigns anvisierten fünf Interviews in rund 88 % aller Sampling Points.

Interviewer. Für die Bearbeitung dieser Studie wurden ausschließlich Personen eingesetzt, die über gute Erfahrung und Qualifikation in der Durchführung sozialwissenschaftlicher Studien verfügen. An der Durchführung der Befragung waren 569 Interviewer und Interviewerinnen von Ipsos Deutschland beteiligt. Eine studienspezifische Einweisung erfolgte schriftlich anhand eines ausführlichen Studienschulungsbriefes, der mit Hilfe weiterer telefonischer Instruktionen durch die zentrale Feldabteilung ergänzt wurde.

Demographische Merkmale der Interviewer. Von den eingesetzten Interviewern waren 49,7 Prozent weiblich und 50,3 Prozent männlich. Nach dem Lebensalter aufgegliedert waren 5,4 Prozent der Interviewer unter 25 Jahren, 33,8 Prozent zwischen 26 und 45 Jahre alt, 48,2 Prozent zwischen 46 und 65 Jahre alt und 12,6 Prozent waren älter als 66 Jahre. Nach Schulbildung aufgegliedert ergab sich das folgende Bild: 22,3 Prozent der Interviewer haben die Hauptschule besucht, die Realschule wurde von 31,9 Prozent absolviert, 16 Prozent haben Abitur, weitere 5,9 Prozent haben eine Hochschule ohne Abschluss besucht und 23,9 Prozent der Interviewer verfügen über einen Hochschulabschluss.

Antwortbereitschaft und Zuverlässigkeit der Angaben der Interviewten. Die Interviewernotierungen zur Zuverlässigkeit der Befragtenangaben und zur generellen Bereitschaft, die Fragen zu beantworten, lagen auf hohem Niveau gemessen an vergleichbaren anderen sozialwissenschaftlichen Erhebungen. In rund 93 Prozent aller Interviews hatten die Interviewer keinen Zweifel an der offenen und glaubwürdigen Beantwortung der Fragen. Die Interviewer beurteilten die Angaben der Befragten als „insgesamt zuverlässig“. Fast 80 Prozent aller Befragten haben nach Einschätzung

der Interviewer interessiert und aufgeschlossen auf das Interview reagiert und die Fragen vorbehaltlos beantwortet.

Schließlich verwies Ipsos noch auf die hohe Qualität des Fragebogens. Aus der Sicht des Umfrageinstituts ließ sich der von ITAS konzipierte Fragebogen sehr gut verwenden. Zudem war der Fragebogen so aufgebaut, dass das Interesse der Interviewten an der relativ trockenen Thematik der Endlagerung von radioaktiven Abfällen über die Länge des Interviews von ca. 45 Minuten erhalten blieb bzw. in der Mehrzahl der Fälle sogar gesteigert werden konnte.

2. Empirische Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsumfrage 2001

2.1 Univariate und bivariate Analyseergebnisse

Im Mittelpunkt der vorliegenden Darstellung der empirischen Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsumfrage 2001 stehen die Fragen zum Thema der Realisierung von technischen Großprojekten und die damit zusammenhängende Wahrung der Anwohnerinteressen (Abschnitt 2.1.1). Weiterhin wird auf die Ergebnisse zur Glaubwürdigkeit der Informationen verschiedener Institutionen zum Thema „Nutzung von Kernenergie" eingegangen (Abschnitt 2.1.2).

Im dann folgenden Abschnitt 2.1.3 wird die Realisierung eines Endlagers für radioaktive Abfälle thematisiert sowie Fragen hinsichtlich der weiteren Nutzung der Kernenergie in Deutschland und schließlich welche Entsorgungsalternativen radioaktiver Abfälle von den Befragten präferiert werden.

Danach werden die Ergebnisse hinsichtlich verschiedener Kriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle dargestellt und die von den Befragten geschätzten subjektiven Wahrscheinlichkeiten bezüglich der Folgen der Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle dokumentiert (Abschnitt 2.1.4).

Im Abschnitt 2.1.5 geht es um die Einstellungen zur Nutzung der Kernenergie und die Dringlichkeit des Entsorgungsproblems radioaktiver Abfälle. Es wird davon ausgegangen, dass die Einstellung zum Entsorgungsproblem radioaktiver Abfälle in Deutschland abhängig ist von einer positiven Einstellung zur Nutzung der Kernenergie und von positiven Technikbewertungen im Allgemeinen.

Schließlich wird im Abschnitt 2.1.6 auf das Thema der Regionalisierung von Umfragedaten eingegangen.

2.1.1 Technische Großprojekte und die Interessen der Anwohner

Inwieweit werden nach Auffassung der Befragten die Interessen der Anwohner bei der Errichtung von technischen Großprojekten berücksichtigt (Frage 19)? Ein sehr geringer Anteil der Befragten von 16,8 Prozent geht davon aus, dass die Interessen der Anwohner eine Berücksichtigung finden. Weitere 48,8 Prozent meinen, dass die Interessen nur *teilweise* berücksichtigt werden, und 28,9 Prozent gehen davon aus, dass sie *nicht* berücksichtigt werden. Schließlich äußern 5,5 Prozent keine dezidierte Meinung zu diesem Thema.

Diejenigen, die davon ausgehen, dass die Interessen der Anwohner Berücksichtigung finden, wurden in einer folgenden Filterfrage nicht weiter befragt, während alle anderen hinsichtlich der speziellen Umstände einer Nicht-Beteiligung von Anwohnern bei der Realisierung von technischen Großprojekten eingehender interviewt wurden (Frage 20). Die Ergebnisse zu dieser Frage sind in Tabelle 1 aufgelistet und die Darstellung orientiert sich an der Höhe des jeweiligen Mittelwerts in der letzten Spalte.

Jeweils mehr als drei Viertel der Befragten bewerten es als äußerst wichtig, dass die Anliegen der Bürger ernster genommen werden, die Informationen über technische Großprojekte verständlicher sein müssen und dass es auch quantitativ mehr Informationen geben muss. Ein weiteres wesentliches Element ist in diesem Zusammenhang die Beratung durch fachkundige Personen, die von 74,9 Prozent gewünscht wird.

Etwas weniger als drei Viertel der Befragten meinen, dass eine Beteiligung der Bürger sehr frühzeitig erfolgen muss, dass den Bürgern größere Rechte eingeräumt werden müssen und dass bei Gerichtsverfahren den Bürgern keine hohen Kosten entstehen dürfen.

Als „äußerst unwichtig“ werden alle sieben Themen nur von einer Minderheit von ca. 6 Prozent der Befragten angesehen. Insgesamt betrachtet weisen alle sieben Erwartungen zur Bürgerbeteiligung eine sehr hohe Zustimmung auf, was darauf hinweist, dass der Bürgerbeteiligung bei der Errichtung technischer Großprojekte eine zu geringe Beachtung geschenkt wird.

Tabelle 1: Erwartungen hinsichtlich der Berücksichtigung der Anwohnerinteressen bei der Errichtung von technischen Großprojekten (in Prozent, N = 2.666)[2]

	Äußerst wichtig (Kategorien 6 und 7)	Mittlere Bewertungen (Kategorien 3,4 und 5)	Äußerst unwichtig (Kategorien 1 und 2)	Mittelwert der Skala
1. Die Behörden müssen die Anliegen der Bürger ernster nehmen	82,4	12,4	5,2	6.21
2. Informationen müssen verständlicher sein	81,5	12,4	6,1	6.15
3. Den Bürgern mehr Informationen geben	77,4	17,0	5,6	6.05
4. Der Bürger muss sich an eine fachkundige Person wenden können	74,9	19,1	6,0	5.97
5. Beteiligung der Bürger muss zu einem früheren Zeitpunkt erfolgen	72,8	21,6	5,6	5.93
6. Den Bürgern müssen größere Rechte eingeräumt werden	72,4	22,2	5,4	5.93
7. Den Bürgern dürfen vor Gericht keine hohen Gerichtskosten entstehen	72,5	21,4	6,1	5.93

Anmerkung: Filterfrage, d. h. alle diejenigen, die in der Frage 19 nicht von einer vollständigen Interessenberücksichtigung ausgehen.

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

Partizipation. Geht es um Konflikte bei der Einführung neuer Technologien, so befürworten 72,5 Prozent der Befragten eine Beteiligung der Bürger an neuen Formen der Partizipation, wie z. B. die Einführung von Runden Tischen zur Beseitigung von Konflikten (Frage 21).

In einer weiteren Frage wurden Beispiele verschiedener technischer Großprojekte genannt und die Befragten sollten jeweils angeben, inwieweit bei den einzelnen Projekten eine Bürgerbeteiligung als wichtig angesehen wird (Frage 22).

[2] Die Erwartungen wurden anhand einer siebenstufigen Skala gemessen, deren Extremwerte begrifflich bezeichnet sind. Das Minimum der Skala beträgt 1 für „äußerst unwichtig“ und das Maximum besitzt den Wert 7 für „äußerst wichtig“. Die dazwischenliegenden Werte oder Kategorien sind begrifflich *nicht* bezeichnet. Die Berechnung des Mittelwertes basiert auf dem vorliegenden Skalenbereich von eins bis sieben.

Eine Beteiligung an der Entscheidung über ein Endlager für radioaktive Abfälle bewerten 87 Prozent der Befragten mit „sehr wichtig“ bzw. „wichtig“. Generell wird die Zustimmung der in der Nähe wohnenden Bevölkerung für alle neun in der Tabelle 2 aufgeführten Anlagen mehrheitlich für wichtig gehalten. Selbst für die Ansiedlung eines Automobilwerkes erachten immer noch 66,8 Prozent der Befragten dies als „wichtig“ bzw. „sehr wichtig“. Von den Befragten wird somit der Partizipation der Bevölkerung bei der Einrichtung von technischen Großprojekten ein sehr hoher Stellenwert zugeschrieben, insbesondere gilt dies allerdings für die Einrichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle.

Tabelle 2: Relevanz der Partizipation der Bevölkerung bei einer Entscheidung über die Ansiedlung technischer Großanlagen (in Prozent; N = 3.206)[3]

	Sehr wichtig	Wichtig	Eher unwichtig	Ganz unwichtig	Mittelwert
Endlager für radioaktive Abfälle	73,3	13,7	5,4	7,7	1.47
Müllverbrennungsanlage	63,8	25,0	6,9	4,3	1.52
Atomkraftwerk	67,5	16,1	9,5	7,0	1.56
Chemiefabrik	61,1	24,0	9,6	5,4	1.59
Erdölraffinerie	48,4	35,5	11,7	4,4	1.72
Gentechnische Anlage	42,0	31,0	19,7	7,3	1.92
Wasserkraftwerk	36,0	38,8	20,3	4,9	1.94
Windpark	31,5	36,6	25,5	6,4	2.07
Automobilwerk	28,8	38,0	25,8	7,4	2.12

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

Bereits der Vergleich der durchschnittlichen Zustimmungswerte zu der generell als bedeutsam angesehenen Bevölkerungspartizipation offenbart jedoch auch Unterschiede. Es ist offenkundig, dass hier neben einem Endlager für radioaktive Abfälle auch Müllverbrennungsanlagen, Atomkraftwerke und Chemiefabriken den Beteiligungswunsch besonders dringlich werden lassen, während er bei Windparks und Automobilwerken eher verhalten artikuliert wird.

Multivariate Hintergrundanalysen zur Antwortverteilung bei dieser Frage lassen vermuten, dass die quantitativen Zustimmungsdifferenzen qualitative Hintergründe haben. Mit atomaren Endlagern, Müllverbrennungsanlagen, Atomkraftwerken und Chemiefabriken – so legen es auch die Ergebnisse anderer einschlägiger Studien nahe – werden meist nicht nur mit weitreichendere Risiken verbunden, sondern ihnen werden von den Befragten zugleich auch unterschiedliche Nützlichkeiten zugeschrieben. Derartige Bewertungen, die letztlich also auf einer intuitiven Abwägung von „Chancen“ und „Risiken“ beruhen, schlagen sich dann bei Nuklearanlagen etwa in einem weitaus intensiveren Beteiligungswunsch nieder als z. B. bei Automobilfabriken (vgl. insb. die Quoten für „sehr wichtig“ in der ersten Spalte von Tabelle 2).

2.1.2 Glaubwürdigkeit der Informationen verschiedener Institutionen zum Thema Nutzung der Kernenergie

Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Bewertung technischer Großprojekte sind die Informationen über diese selbst. Neben der reinen Informationsweitergabe spielt jedoch die Glaubwürdigkeit der Informationen eine besondere Rolle für die Akzeptanz verschiedener Technologien. Im Rahmen dieser Studie wurde nach der Glaubwürdigkeit von Informationen verschiedener Institutionen hinsichtlich der Nutzung der Kernenergie in Deutschland gefragt.

Als besonders glaubwürdig werden Informationen zur Nutzung der Kernenergie dann angesehen, wenn sie von Umweltforschungsinstituten (63,7 Prozent), von Umweltverbänden (56,3 Prozent) und von Bürgerinitiativen gegen Kernenergie (47,6 Prozent) stammen. Jeweils rund ein Viertel der Befragten hält die Informationen von Journalisten, der Bundesregierung, der Gewerkschaften und der Kirchen für besonders glaubwürdig. Sehr geringes Vertrauen wird schließlich den Kernenergie-Informationen der Opposition im Bundestag sowie der Atomwirtschaft entgegengebracht.

[3] Das Minimum der Skala beträgt 1 für „sehr wichtig“ und das Maximum besitzt den Wert 4 für „ganz unwichtig“. Die dazwischenliegenden Kategorien sind jeweils bezeichnet. Die Berechnung des Mittelwertes basiert auf diesem Skalenbereich.

Tabelle 3: Glaubwürdigkeit der Informationen verschiedener Institutionen zur Nutzung der Kernenergie in Deutschland (in Prozent; N = 3.206)[4]

	Völlig/eher glaubwürdig	Teils/teils	Eher/völlig unglaubwürdig	Mittelwert
Umweltforschungsinstitute	63,7	27,0	9,3	2.32
Umweltverbände	56,3	32,2	11,5	2.47
Bürgerinitiativen gegen Kernenergie	47,6	35,6	16,8	2.63
Kernforschungszentren	36,4	34,1	29,5	2.96
Journalisten	25,7	49,6	24,7	3.02
Bundesregierung	25,9	46,6	27,5	3.06
Gewerkschaften	25,7	43,8	30,5	3.11
Kirchen	26,4	32,0	41,6	3.28
Opposition im Bundestag	17,8	45,5	36,7	3.29
Atomwirtschaft	17,4	30,1	52,5	3.54

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

Dem „eigentlichen“ Kompetenzträger in Sachen Kernenergie, der Atomwirtschaft in Deutschland, wird also nur ein sehr geringes Vertrauen entgegengebracht. Die Informationen zur Nutzung der Kernenergie, die von der Atomwirtschaft stammen, werden hier von mehr als der Hälfte der Befragten als „eher oder völlig unglaubwürdig“ bewertet.

Der AkEnd agiert als Expertenkommission somit in einem Themenfeld, das durch eine ausgesprochen ungleiche Verteilung von Glaubwürdigkeitszuschreibungen bei den Sachinformationen charakterisiert ist. Auf den AkEnd kommt hier also eine sehr anspruchsvolle Integrationsaufgabe zu, indem er einerseits Umweltforschungsinstitute und andererseits die Atomwirtschaft an der Debatte über die Standortsuche und die Entwicklung von Kriterien beteiligen muss.

[4] Das Minimum der Skala beträgt 1 für „völlig glaubwürdig“ und das Maximum besitzt den Wert 5 für „völlig unglaubwürdig“ – die dazwischenliegenden Kategorien sind jeweils bezeichnet. Die Berechnung des Mittelwertes basiert auf diesem Skalenbereich.

2.1.3 Realisierung eines Endlagers für radioaktive Abfälle

Im Mittelpunkt dieses Abschnitts stehen spezielle Fragen zur Realisierung eines Endlagers für radioaktive Abfälle.

Welche zeitliche Perspektive und welcher Weg der Entsorgung radioaktiver Abfälle wird von den Befragten bevorzugt (Frage 28)? Eine Mehrheit der Befragten von 66,9 Prozent geht davon aus, dass ein Endlager für radioaktive Abfälle innerhalb der nächsten 10 Jahre zur Verfügung stehen wird, während weitere 22,9 Prozent davon ausgehen, dass dies erst innerhalb der nächsten 30 Jahre der Fall sein wird. Dass die Endlagerung radioaktiver Abfälle erst durch zukünftige Generationen erfolgen wird, die vermutlich über bessere Technologien verfügen werden, vermuten 10,2 Prozent der Befragten.

In einer weiteren Frage sollten die Befragten angeben, ob sie eine nationale oder eine internationale Lösung der Endlagerung radioaktiver Abfälle bevorzugen (Frage 30). Nur 31,5 Prozent der Befragten strebt eine nationale Lösung an, während die Mehrheit von 55,6 Prozent eine internationale Lösung bevorzugt. 12,8 Prozent präferiert keine der beiden Möglichkeiten.

Von denjenigen, die eine nationale Lösung bevorzugen (1.011 Befragte), gehen 81,8 Prozent davon aus, dass die Endlagerung radioaktiver Abfälle eine von allen Bundesländern zu lösende Frage darstellt.

Von denjenigen, die eine internationale Lösung bevorzugen (1.784 Befragte), gehen 69,1 Prozent davon aus, dass sich mehrere Länder der Europäischen Gemeinschaft zusammenschließen sollten, um ein gemeinsames Endlager zu errichten. Lediglich 22,4 Prozent bevorzugen ein Land außerhalb der EG.

Werden diejenigen Befragten, die sich für ein internationales Endlager ausgesprochen haben, mit der Möglichkeit konfrontiert, dass ein gemeinsames europäisches Endlager für radioaktive Abfälle auch in Deutschland angesiedelt werden könnte (1.232 Befragte, die sich in der Frage davor für ein internationales Endlager ausgesprochen haben), dann äußern sich 38,1 Prozent zustimmend und 41,7 Prozent ab-

lehnend. 20,2 Prozent der Befragten sind unentschieden. Es zeigt sich hier deutlich, dass viele Befürworter einer europäischen Lösung dieses Endlager jedoch nicht in Deutschland haben wollen – also nicht vor der Haustür und auch nicht im Hinterhof des eigenen Landes.

Ein ähnliches Phänomen (not in my backyard) lässt sich für eine andere Frage feststellen. Wenn es um das Thema geht (Frage 23), ob die Befragten ein Endlager für radioaktive Abfälle in ihrer Region akzeptieren würden, schließt eine deutliche Mehrheit von 80,6 Prozent der Befragten diese Möglichkeit aus.

Geht es schließlich um die Frage, ob ein zentrales oder mehrere dezentrale Endlager eingerichtet werden sollten, dann sprechen sich 45,5 Prozent der Befragten für ein zentrales Endlager aus. 33,7 Prozent bevorzugen mehrere kleine Endlager und ein Fünftel der Befragten hat dazu keine dezidierte Meinung.

2.1.4 Kriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle

In einer weiteren Frage wurden Kriterien für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen aufgelistet, die hinsichtlich ihrer Bedeutung von den Befragten bewertet werden sollten (Frage 36). Insgesamt wurden neun Kriterien verwendet. Die Ergebnisse dieser Frage sind in der Tabelle 4 entsprechend der Höhe der jeweiligen Mittelwerte sortiert.

Auffallend sind die relativ hohen Prozentsätze, die jeweils auf die beiden höchsten Kategorien (6,7) entfallen. Angefangen mit den Sicherheitsstandards für ein Endlager, über die Sicherstellung des Schutzes der Umwelt, bis zum Schutz der Umwelt gegenüber Radioaktivität haben diese drei Kriterien für jeweils mehr als 90 Prozent der Befragten eine hohe Bedeutung.

87,6 Prozent der Befragten messen auch der Berücksichtigung der Interessen der Anwohner eine hohe Bedeutung zu. Ein Endlager sollte in einer Gegend liegen, in der nur wenige Menschen leben, meinen 86,7 Prozent, und dass die Rückholbarkeit der radioaktiven Abfälle gewährleistet sein muss, davon gehen 81,9 Prozent der Befragten aus.

Tabelle 4: Die Bedeutung verschiedener Kriterien für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen in Deutschland (in Prozent; N = 3.206)[5]

	Sehr hohe Bedeutung Kategorien (6,7)	Mittlere Bedeutung Kategorien (3,4,5)	Sehr geringe Bedeutung Kategorien (1,2)	Mittelwert
1. Die Sicherheitsstandards für ein Endlager mit radioaktiven Abfällen müssen besonders streng sein	93,9	5,4	0,7	6.73
2. Der Schutz der Umwelt muss ausreichend sichergestellt werden	93,5	5,8	0,7	6.70
3. Eine Belastung der Umwelt durch Radioaktivität muss ausgeschlossen werden	92,6	6,4	1,0	6.68
4. Die Interessen der Anwohner müssen umfassend berücksichtigt werden	87,6	11,5	0,9	6.50
5. Ein Endlager für radioaktive Abfälle muss in einer Gegend liegen, in der wenige Menschen leben	86,7	12,2	1,1	6.49
6. Die Rückholbarkeit der radioaktiven Abfälle muss gewährleistet sein, um Fehler nachträglich korrigieren zu können	81,9	16,1	2,0	6.29
7. Die radioaktiven Abfälle müssen in einem Bergwerk und durch das umliegende Gestein sicher eingeschlossen werden	77,5	19,3	3,2	6.15
8. Die Ansiedlung eines Endlagers für radioaktive Abfälle muss auf der Freiwilligkeit der Region beruhen	69,1	26,5	4,4	5.87
9. Die Erschließungs- und Baukosten müssen in einem vertretbaren Rahmen bleiben	56,6	30,1	13,3	5.26

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

Der sichere Einschluss der radioaktiven Abfälle in einem Bergwerk hat für 77,5 Prozent der Befragten eine hohe bzw. sehr hohe Bedeutung.

Eine eher mittlere Bedeutung wird dagegen den letzten beiden Kriterien in der Tabelle zugemessen. Dazu gehört die Freiwilligkeit der Region hinsichtlich der Ansiedlung

[5] Das Minimum der Skala beträgt 1 für eine „sehr geringe Bedeutung“ und das Maximum besitzt den Wert 7 für eine „sehr hohe Bedeutung“ – die dazwischenliegenden Kategorien sind *nicht* bezeichnet. Die Berechnung des Mittelwertes basiert auf diesem Skalenbereich.

eines Endlagers für radioaktive Abfälle sowie das Kriterium, dass die Erschließungs- und Baukosten in einem vertretbaren Rahmen bleiben müssen.

Vergleicht man die Mittelwerte in der Tabelle 4, so zeigt sich, dass bei der verwendeten siebenstufigen Skala die ersten sieben Mittelwerte in einem Intervall von 6.15 bis 6.73 liegen. Diese Schiefe der Verteilung weist darauf hin, dass die Mehrheit der Befragten allen sieben Kriterien eine sehr hohe Bedeutung zuschreibt und nur eine Minderheit von einer sehr geringen Bedeutung ausgeht.

Um die Folgen, die mit der Einrichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle verbunden sind, ging es in einer weiteren Frage (Frage 37). Hier sollten die Befragten subjektive Wahrscheinlichkeiten für mögliche Konsequenzen eines Endlagers schätzen.

Betrachtet man für diese acht subjektiven Wahrscheinlichkeitsschätzungen in der Tabelle 5 den jeweiligen Mittelwert, so zeigt sich, dass für sechs von diesen Konsequenzen der Wert höher als 0.5 ausfällt. Geht man davon aus, dass das Eintreten einer Konsequenz mit dem Wert 1.0 als sicher angesehen werden kann, so besitzen eben diese ersten sechs Konsequenzen in der Tabelle eine relativ hohe subjektive Wahrscheinlichkeit.

Einen im Vergleich zu den anderen sehr hohen subjektiven Wahrscheinlichkeitswert besitzen die ersten drei Konsequenzen. Die Befragten gehen insbesondere davon aus, dass die Endlagerregion durch Transporte und Sicherheitsmaßnahmen erheblich beeinträchtigt wird (Mittelwert: .68), dass durch ein Endlager für radioaktive Abfälle die Umwelt einer erheblichen radioaktiven Belastung ausgesetzt wird (Mittelwert: .62) und schließlich, dass die Radioaktivität, die von einem Endlager ausgeht, die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet (Mittelwert: .61).

Andere den Befragten zur Beurteilung vorgelegte *mögliche* Folgen der Ansiedlung eines atomaren Endlagers erzielen etwas geringere Mittelwerte. Die Befragten zeigten sich also weniger überzeugt, dass durch die Einrichtung eines Endlagers neue Arbeitsplätze entstünden ($p = .56$), dass die Errichtung eines Endlagers den Bau weiterer Zwischenlager verhindere ($p = .55$) oder dass hierdurch die Entsorgung radioaktiver Abfälle dauerhaft gewährleistet sein könnte ($p = .54$).

Tabelle 5: Subjektive Wahrscheinlichkeitsschätzungen (p) für das Eintreten möglicher Folgen bei der Endlagerung radioaktiver Abfälle (in Prozent; N = 3206)[6]

Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass ...	Sehr wahrscheinlich / wahrscheinlich	Weder wahrscheinl. / noch unwahrscheinlich	Sehr unwahrscheinlich / unwahrscheinlich	Mittelwert p
1. die Region, in der sich das Endlager befindet, durch die Begleitumstände, wie Transporte und Sicherheitsmaßnahmen, erheblich beeinträchtigt wird?	68,4	20,1	11,5	.68
2. durch ein Endlager für radioaktive Abfälle die Umwelt einer erheblichen radioaktiven Belastung ausgesetzt wird?	56,7	21,6	21,7	.62
3. die Radioaktivität, die von einem Endlager ausgeht, die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet?	54,7	21,1	24,2	.61
4. durch ein Endlager für radioaktive Abfälle neue Arbeitsplätze entstehen?	49,3	24,6	26,1	.56
5. ein Endlager für radioaktive Abfälle in Deutschland den Bau weiterer Zwischenlager in den Kernkraftwerken verhindert?	45,5	25,1	29,4	.55
6. die Entsorgung radioaktiver Abfälle durch den Bau eines Endlagers gelöst wird?	46,8	20,6	32,6	.54
7. die Anzahl der Transporte mit Castor-Behältern verringert wird?	36,0	24,1	39,9	.48
8. schwere Auseinandersetzungen wie in Gorleben vermieden werden?	26,5	25,1	48,4	.42

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

Lediglich für die beiden Konsequenzen einer Verringerung der Transporte mit Castor-Behältern und der Vermeidung schwerer Auseinandersetzungen wie in Gorleben werden die geringsten Mittelwerte von .48 und .42 ausgewiesen. Durchschnittlich betrachtet wird somit das Eintreten dieser beiden Konsequenzen von der Mehrheit der Befragten eher nicht erwartet.

[6] Die subjektiven Wahrscheinlichkeitsschätzungen wurden mit einer fünfstufigen Skala ermittelt. Alle Kategorien wurden jeweils begrifflich bezeichnet. Das Minimum der Skala beträgt 0 für „sehr unwahrscheinlich“ und das Maximum besitzt den Wert 1 für „sehr wahrscheinlich“. Die Berechnung des Mittelwertes basiert auf diesem Skalenbereich.

2.1.5 Einstellungen zur Nutzung der Kernenergie

Eine wesentliche Frage der Studie richtet sich darauf, inwieweit die Einstellung zur Nutzung der Kernenergie die Haltung zur Frage der Entsorgung radioaktiver Abfälle beeinflusst. Als Ausgangsthese wird vermutet, dass die Einstellung zur Nutzung der Kernenergie insbesondere auch abhängig ist von einer Kenntnis technischer Zusammenhänge bzw. von einer Kenntnis der Technik im allgemeinen. In einer zweiten Hypothese wird angenommen, dass sowohl die Wahrnehmung der Dringlichkeit der atomaren Entsorgung als auch die persönliche Informiertheit über die mit einer Entsorgung verbundenen Probleme positiv mit der jeweiligen Haltung zur Nutzung der Kernenergie bzw. der Technik im Allgemeinen korrelieren.

Die Tabelle 6 liefert einen Überblick zu den empirisch ermittelten Zusammenhängen. Sie werden anhand von Korrelationen für die eben vermuteten Beziehungen erläutert.

Tabelle 6: Korrelation der Kenntnisse und Einstellungen zur Technik mit den Einstellungen zur Nutzung der Kernenergie, der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems und dem Grad der Informiertheit über das Thema „Entsorgung radioaktiver Abfälle“
(Korrelationskoeffizienten – Pearson; N = 3.206)

	Kenntnis der Technik	Einstellung zur Technik	Einstell. zur Nutzung der Kernenergie	Dringlichkeit d. Entsorgungs-problems
Einstellungen zur Technik	.45**			
Einstellungen zur Nutzung der Kernenergie	.26**	.39**		
Dringlichkeit des Entsorgungs-problems	.03	.04*	-.20**	
Grad der Informiertheit über „Entsorgung radioaktiver Abfälle“	.38**	.20**	.15**	.04*

Anmerkung: ** Signifikanz des Koeffizienten auf dem 1%-Niveau;
* Signifikanz auf dem 5%-Niveau.

Quelle: ITAS-Umfrage 2001

Aus der Tabelle 6 wird deutlich (erste Spalte), dass die eigenen Kenntnisse der modernen Technik und die persönlichen Einstellungen zur Technik besonders stark voneinander abhängig sind.[7] Es wird hier eine signifikante Korrelation von .45** ermittelt, sodass hier von einem relativ starken Zusammenhang beider Variablen ausgegangen werden kann. Die Einschätzung der eigenen Kenntnisse über moderne Technik besitzt aber auch eine Korrelation von .26** mit den Einstellungen zur Nutzung der Kernenergie. Das bedeutet, dass die als umfangreich eingeschätzten Kenntnisse technischer Zusammenhänge mit einer eher positiven Einstellung zur Nutzung der Kernenergie einhergehen.

Zwischen der Einschätzung der eigenen Kenntnisse über moderne Technik und der Einschätzung der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems in Deutschland gibt es demgegenüber keinen Zusammenhang. Beide Variablen können als unabhängig voneinander betrachtet werden. Kenntnisse der modernen Technik haben damit keinen Einfluss darauf, ob das Entsorgungsproblem als dringlich oder nicht dringlich angesehen wird.

Die persönlichen Einstellungen zur Technik (vgl. zweite Spalte in Tabelle 6) und die Einstellungen zur Nutzung der Kernenergie besitzen einen relativ hohen Korrelationskoeffizienten von .39**. Dieses Ergebnis bestätigt weitgehend die Ausgangsthese. Wird jetzt jedoch wiederum die Dringlichkeit des Entsorgungsproblems betrachtet, so gibt es hier keinen nennenswerten Zusammenhang mit den persönlichen Einstellungen zur Technik.

Diese Ergebnisse zeigen nun Folgendes. Kenntnisse und Einstellungen zur Technik sind zwar für die Einstellungen zur Nutzung der Kernenergie ausschlaggebend, jedoch nicht für die Beurteilung des Entsorgungsproblems.

Weiterhin zeigt die Tabelle 6 in der dritten Spalte, dass die Einstellungen zur Nutzung der Kernenergie einen negativen Korrelationskoeffizienten von -.20** mit der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems aufweisen. Dies bedeutet, dass eine positive Ein-

[7] Die erste Frage lautet: “Wie schätzen Sie Ihre eigenen Kenntnisse über die moderne Technik und technische Zusammenhänge ein?“. Die zweite Frage lautet: „Wenn Sie an Ihre persönliche Einstellung zur Technik denken: Wo würden Sie sich selbst auf dieser Skala einstufen?“.

stellung zur Nutzung der Kernenergie eher mit einer *nicht dringlichen* Bewertung des Entsorgungsproblems einhergeht bzw. eine negative Einstellung zur Nutzung der Kernenergie mit einer *sehr dringlichen* Bewertung des Entsorgungsproblems. Dieses Ergebnis entspricht nicht der am Anfang dieses Abschnitts dargestellten zweiten These.

Schließlich zeigt die Tabelle 6 (letzte Zeile), dass diejenigen, die nach eigener Einschätzung über gute Kenntnisse der Technik verfügen, und diejenigen, die eine positive Einstellung zur Technik besitzen, sich auch sehr gut über das Thema „Entsorgung radioaktiver Abfälle“ informiert fühlen – die Korrelationskoeffizienten besitzen einen Wert von .38** und .20** und liegen beide signifikant auf dem 1%-Niveau.

Ein weiteres Ergebnis ist, dass eine positive Einstellung zur Nutzung der Kernenergie einhergeht mit einer weitgehend als ausreichend empfundenen Informationsbasis über das Thema der Entsorgung radioaktiver Abfälle. Der Korrelationskoeffizient beträgt .15**.

Die letzte in der Tabelle 6 aufgeführte Korrelation bezieht sich auf die Dringlichkeit des Entsorgungsproblems und den Grad der Informiertheit[8] über das Thema „Entsorgung radioaktiver Abfälle“. Der Koeffizient ist gerade eben signifikant, jedoch kann man aufgrund der Höhe der Korrelationskoeffizienten eher davon ausgehen, dass das Entsorgungsproblem als unabhängig vom wahrgenommenen Informationsgrad bewertet wird.

In einem zweiten Schritt wird in diesem Abschnitt nun anhand einer weiteren Korrelationsanalyse überprüft, inwieweit die Bewertung verschiedener Kriterien für die Einrichtung eines Endlagers radioaktiver Abfälle in einem Zusammenhang mit den Einstellungen zur Kernenergie, der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems und dem Grad der Informiertheit über das Thema „Entsorgung radioaktiver Abfälle“ steht.

Betrachtet man die Einstellungen zur Kernenergie und die Kriterien für die Einrichtung eines Endlagers, so zeigt die Tabelle 7 bis auf eine Ausnahme durchgängig ne-

gative Korrelationen (erste Spalte). D. h. sofern eine positive Einstellung zur Nutzung der Kernenergie bei den Befragten vorliegt, wird den Kriterien eine eher geringe Bedeutung zugeschrieben. Liegt dagegen eine negative Einstellung zur Nutzung der Kernenergie vor, ist mit den einzelnen Kriterien tendenziell eine sehr hohe Bewertung verbunden.

Tabelle 7: Korrelation der Einstellungen zur Kernenergie, der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems und des Grades der Information mit den Kriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle (Korrelationskoeffizienten – Pearson; N = 3.206)

	Einstellungen zur Kern-energie	Dringlichkeit des Entsorgungs-problems	Grad der Informiert-heit über „Entsor-gung radioaktiver Abfälle“
1. Die Sicherheitsstandards für ein Endlager mit radioaktiven Abfällen müssen besonders streng sein	-.08**	.29**	-.02
2. Der Schutz der Umwelt muss aus-reichend sichergestellt werden	-.11**	.31**	-.04*
3. Eine Belastung der Umwelt durch Radioaktivität ...[9]	-.13**	.27**	.-03
4. Die Interessen der Anwohner müs-sen berücksichtigt werden	-.13**	.23**	-.04*
5. Ein Endlager für radioaktive Abfälle muss in einer Gegend liegen, in der wenige Menschen leben	-.14**	.22**	-.06**
6. Die Rückholbarkeit der radio-aktiven Abfälle muss gewährleistet sein ...[9]	-.10**	.22**	-.02
7. Die radioaktiven Abfälle müssen in einem Bergwerk ...[9]	-.02	.14**	-.03
8. Die Ansiedlung eines Endlagers für radioaktive Abfälle muss auf der Freiwilligkeit der Region beruhen	-.15**	.10**	-.07**
9. Die Erschließungs- und Baukosten müssen in einem vertretbaren Rahmen bleiben	.04*	.01	-.07**

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

[8] Bei der Erhebung des „Grades der Informiertheit“ sollte man allerdings nicht vergessen, dass es sich hier um eine Selbstauskunft der Befragten handelt. Eine Überprüfung der Validität dieser Selbstauskunft wurde von uns nicht vorgenommen.

[9] Zum Wortlaut der Kriterien vgl. Tabelle 4.

Im Gegensatz dazu sind für den Zusammenhang zwischen der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems und den Kriterien (vgl. zweite Spalte in der Tabelle 7) für die Endlagerung radioaktiver Abfälle durchgängig relativ hohe und positive Korrelationskoeffizienten zu ermitteln. D. h. diejenigen Befragten, die dem Entsorgungsproblem eine hohe Dringlichkeit zuschreiben, für die haben auch die einzelnen Kriterien der Endlagerung radioaktiver Abfälle eine sehr hohe Bedeutung. Umgekehrt bedeutet das jedoch auch, dass Befragte, die eine geringe Dringlichkeit des Entsorgungsproblems konstatieren, diesen Kriterien der Endlagerung radioaktiver Abfälle auch eine geringe Bedeutung zumessen.

Schließlich geht es noch um den Zusammenhang zwischen den Kriterien für die Endlagerung und dem Grad der Informiertheit über die „Entsorgung radioaktiver Abfälle“. Die Tabelle 7 zeigt insgesamt fünf signifikant negative Korrelationskoeffizienten, deren Betrag allerdings sehr gering ausfällt. Der von uns erfasste Grad der Informiertheit über Entsorgungsprobleme beeinflusst also die Antworten zu den Endlagerungskriterien (für je informierter ein Befragter sich hält, desto weniger Bedeutung misst der den abgefragten Kriterien zu), doch die nur schwache Ausprägung dieses Zusammenhangs deutet darauf hin, dass die Beurteilung der Endlagerungskriterien von einer Reihe weiterer, gewichtiger Faktoren beeinflusst sein muss.

Die dargestellten Ergebnisse in den Tabellen 6 und 7 zeigen jedoch sehr deutlich, dass hier noch eingehendere statistische Analysen erforderlich sind. Im Verlauf dieses Berichts werden wir auf die hier angesprochene Thematik zurückkommen – vgl. dazu insbesondere Abschnitt 2.3.1.

2.1.6 Regionalisierung der Umfragedaten

Ausgewählte Themen der repräsentativen Umfrage 2001 werden nun unter dem Aspekt der Regionalisierung von Umfragedaten analysiert. Dem AkEnd war daran gelegen zu erfahren, ob es in ländlichen Räumen einen anderen Umgang mit der Problematik der Endlagerung von radioaktiven Abfällen gibt als in städtischen Räumen. Zunächst wurden von mir die Daten der repräsentativen Umfrage 2001 auf regionale Unterschiede hin überprüft. Die Analyseergebnisse zu diesem Punkt werden in die-

sem Abschnitt dargestellt und orientieren sich an den zwei Regionalvariablen, der politischen Ortsgröße und der Systematik der BIK-Verflechtungsgebiete.

Die repräsentative Umfrage war so konzipiert worden, dass Befragte möglichst aus allen geographischen Gebieten Deutschlands in der Stichprobe vertreten sein sollten, um einen Bias in der Datenerhebung in regionaler Hinsicht auszuschließen.

Da dem AkEnd am Aspekt der Regionalisierung der Umfragedaten jedoch sehr gelegen war, weil dadurch die von ihm vermuteten Unterschiede sichtbar gemacht werden sollten, wurde im darauf folgenden Jahr 2002 eine regionalisierte telefonische Umfrage durchgeführt, mit einer Schwerpunktsetzung in drei ausgewählten Landkreisen. Die Ergebnisse dieser gesonderten Untersuchung werden später ausführlich im dritten Kapitel dargestellt.

Ausgangspunkt einer Regionalisierung der Umfragedaten ist die These, dass es Unterschiede im Umgang und in der Bewertung der Endlagerung von kritischen Abfällen in Abhängigkeit von der Region, in der bestimmte Personen wohnen, gibt. Zu vermuten ist, so die These, dass Personen, die in einer alt-industriellen Region wohnen, anders mit der Thematik umgehen, als Personen, die in einer neu-industriellen Region ansässig sind.

Ausschlaggebend für unterschiedliche Bewertungen sind meiner Auffassung nach nicht die jeweiligen geographischen Merkmale, sondern hinter den genannten beiden Kategorien einer alt- und einer neu-industriellen Region sind verschiedene, sich unterscheidende Sozialisationen der Bewohner zu vermuten. Mit anderen Worten: Personen, die in einem traditionellen Bergbaugebiet leben, haben andere Einstellungen gegenüber der Nutzung der Kernenergie bzw. der Endlagerung von radioaktiven Abfällen als z. B. Personen, die in einem Gebiet leben, in dem traditionellerweise kein Bergbau anzutreffen ist, weil sie auf unterschiedliche eigene und fremde Erfahrungen in den vorhandenen Berufen zurückgreifen können. Das Ziel einer Regionalisierung von Umfragedaten ist in diesem Sinne also eher die Analyse unterschiedlicher Erfahrungen insbesondere im Umgang mit Technik und damit auch in der Bewertung von kritischen Technologien.

Im Mittelpunkt einer Regionalisierung von Umfragedaten steht also die Frage, ob es in verschiedenen Regionen Deutschlands unterschiedliche Bewertungen der Endlagerung von radioaktiven Abfällen gibt. Zudem stellt sich die Frage, ob die Nähe zu alten Industrieanlagen eine andere Bewertung zur Folge hat als die Nähe zu einer Informations- und Kommunikationsindustrie, deren Beschäftigte in Berufen des Dienstleistungssektors anzusiedeln sind. Für die Planung eines Standortauswahlverfahrens ist es sicher von Interesse, inwieweit die Akzeptanz für ein Endlager in ländlichen oder industriell geprägten Räumen anders ausfällt als in Regionen, die eher durch Funktionen des Dienstleistungssektors gekennzeichnet sind.

Zunächst wird am Beispiel der zwei erwähnten Regionalvariablen der generellen Frage nachgegangen, ob in der vorliegenden Studie regionale Unterschiede nachzuweisen sind.

2.1.6.1 Ergebnisse zur Regionalisierung

Um einen systematischen Überblick zu schaffen, wurden alle relevanten Fragen der repräsentativen Umfrage 2001 hinsichtlich regionaler Unterschiede nach politischer Ortsgröße und BIK-Systematik analysiert. Die folgende Tabelle gibt dazu einen Überblick.

Aus der Tabelle 8 wird ersichtlich, dass hierzu in unserer repräsentativen Umfrage überwiegend signifikante Mittelwertdifferenzen vorliegen. Diese Mittelwertunterschiede bedeuten zunächst einmal, dass es in der Bewertung einzelner Fragen regionale Unterschiede geben muss. Sind keine signifikanten Mittelwertunterschiede zu verzeichnen, dann gibt es auch keine Unterschiede in der Bewertung der Fragen in Abhängigkeit von der Region, in der die Befragten wohnen.

Für die Themenbereiche Meinungen zur Kernenergie (Frage 10), persönliche Einstellung zur Nutzung der Kernenergie (Frage 11), politische Partizipation bei technischen Großprojekten (Frage 22), Glaubwürdigkeit der Informationen zur Nutzung der Kernenergie (Frage 26), für die Kriterien der Endlagerung radioaktiver Abfälle (Frage 36) und für die Beurteilung der Entsorgungspolitik (Frage 38) sind geringe,

aber signifikante Mittelwertdifferenzen nachzuweisen. Für die möglichen Folgen einer Lagerstätte für radioaktive Abfälle (Frage 37) sind nur für die Hälfte der Items signifikante Unterschiede in beiden Regionalvariablen zu ermitteln.

Tabelle 8: Signifikante Mittelwertunterschiede hinsichtlich verschiedener Fragen in Abhängigkeit von den zwei Regionalvariablen politische Ortsgröße und BIK-Systematik (N = 3.206)[10]

Frage-Nr.:	Thema der Frage	Politische Ortsgröße	BIK
8	Umweltfolgen von Technik (5 Items)	Ja	Ja
9	Persönliche Einstellung zur Technik	Ja	Nein
10	Meinungen zur Kernenergie (7 Items)	Ja	Ja
11	Persönliche Einstellung zur Nutzung der Kernenergie	Ja	Ja
14	Bedeutung neuer Technologien für die wirtschaftliche Entwicklung (7)	Ja	4 von 7
15	Vertrauen in Institutionen (15 Items)	Ja	Ja
17	Bewertungen zur politischen Partizipation (12 Items)	5 von 12	Ja
20	Bedingungen der Partizipation (7 Items)	Nein	Nein
22	Politische Partizipation bei technischen Großprojekten (9 Items)	Ja	Ja
26	Glaubwürdigkeit der Informationen zur Nutzung der Kernenergie (10)	Ja	Ja
27	Dringlichkeit der Beseitigung radioaktiver Abfälle	Nein	Nein
36	Kriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle (9 Items)	Ja	Ja
37	Folgen einer Lagerstätte für radioaktive Abfälle (8 Items)	4 von 8	4 von 8
38	Beurteilung der Entsorgungspolitik	Ja	Ja
39/40	Endlagerprojekt Gorleben/Konrad	Nein	Nein
45	Einschätzung der neuen Endlagerpolitik	Nein	Nein

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

[10] Die Regionalvariablen bestehen aus jeweils sieben Kategorien: bis 2.000 Einwohner, 2.000 bis 5.000, 5.000 bis 20.000, 20.000 bis 50.000, 50.000 bis 100.000, 100.000 bis 500.000 sowie 500.000 und mehr Einwohner. Weil in der Systematik der BIK-Verflechtungsgebiete die Pendlerströme in Großstädte Berücksichtigung finden, unterscheiden sich die Häufigkeiten der einzelnen Kategorien von denen der politischen Ortsgröße.

Im Gegensatz dazu können für die Bedingungen der Partizipation (Frage 20), die Dringlichkeit der Beseitigung radioaktiver Abfälle (Frage 27), die Bewertung der Endlagerprojekte (Fragen 39 und 40) und für die Einschätzung der neuen Endlagerpolitik (Frage 45) keine signifikanten Mittelwertunterschiede festgestellt werden. Diese bei einer Standortsuche für ein Endlager radioaktiver Abfälle zentralen Fragen (Partizipationserwartung, Dringlichkeit der Entsorgung, Bewertung existenter Endlager-Projekte, Einschätzung des neuen politischen Anlaufs) werden also nach den vorliegenden Ergebnissen regional *nicht* unterschiedlich wahrgenommen.

Zudem verschwindet ein Großteil der in der Tabelle 8 ausgewiesenen signifikanten Mittelwertunterschiede, wenn die Regionalvariablen auf drei Kategorien reduziert werden. Daraus ist zu schließen, dass es insgesamt gesehen nur geringe regionale Unterschiede in der Bewertung der einzelnen Fragen gibt.

2.1.6.2 Kriterien der Endlagerung von radioaktiven Abfällen

Für die Bewertungen von neun Kriterien der Endlagerung von radioaktiven Abfällen[11] wird in diesem Analyseschritt untersucht, ob Mittelwertunterschiede hinsichtlich der Größe des Wohnortes zu verzeichnen sind. Dahinter steht die Vermutung, dass Personen, die in eher ländlichen Regionen Deutschlands leben, empfindlicher („betroffener“) auf die Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle reagieren könnten und aus diesem Grund in der Befragung Bewertungen vornehmen, die sich von jenen einer eher städtisch geprägten Bevölkerung erkennbar unterscheiden.

Aus der Tabelle 9 wird deutlich, dass für die neun aufgeführten Kriterien der Endlagerung radioaktiver Abfälle signifikante Mittelwertunterschiede hinsichtlich der Größe des Wohnortes bestehen. In der Tendenz besagen diese Ergebnisse, dass in kleineren Gemeinden unter 20.000 Einwohnern den verwendeten Kriterien eine höhere

[11] Für die repräsentative Bevölkerungsumfrage 2001 wurden insgesamt neun Kriterien der Endlagerung radioaktiver Abfälle neu formuliert (vgl. Anhang 2: Frage 36). Diese wurden inhaltlich abgestimmt auf die Frage 37 nach den Auswirkungen der Errichtung eines Endlagers. In der Telefonbefragung 2000 wurde nach fünf Kriterien gefragt, jedoch in sehr einfacher Form. Aufgrund von inhaltlichen Unterschieden ist eine Vergleichbarkeit der Kriterien beider Studien nicht gegeben.

Bedeutung zugeschrieben wird als von den Befragten in den Großstädten, die diesen Kriterien eine geringere Bedeutung beimessen.

Tabelle 9 : Mittelwertvergleich für neun Kriterien der Endlagerung radioaktiver Abfälle in Abhängigkeit von der Größe des Wohnortes nach Einwohnerzahl (N = 3.206)[12]

	Unter 20.000 Einwohner	20.000 bis 100.000 Einwohner	Über 100.000 Einwohner	Mittelwert	Signifikanz
1. Die Sicherheitsstandards für ein Endlager mit radioaktiven Abfällen müssen besonders streng sein	6,77	6,75	6,65	6,73	.00
2. Der Schutz der Umwelt muss ausreichend sichergestellt werden	6,73	6,76	6,60	6,70	.00
3. Eine Belastung der Umwelt durch Radioaktivität muss ausgeschlossen werden	6,77	6,70	6,56	6,68	.00
4. Die Interessen der Anwohner müssen umfassend berücksichtigt werden	6,60	6,49	6,38	6,50	.00
5. Ein Endlager für radioaktive Abfälle muss in einer Gegend liegen, in der wenige Menschen leben	6,56	6,47	6,43	6,49	.01
6. Die Rückholbarkeit der radioaktiven Abfälle muss gewährleistet sein, um Fehler nachträglich korrigieren zu können	6,40	6,29	6,15	6,29	.00
7. Die radioaktiven Abfälle müssen in einem Bergwerk und durch das umliegende Gestein sicher eingeschlossen werden	6,22	6,15	6,05	6,15	.02
8. Die Ansiedlung eines Endlagers für radioaktive Abfälle muss auf der Freiwilligkeit der Region beruhen	6,01	5,78	5,77	5,87	.00
9. Die Erschließungs- und Baukosten müssen in einem vertretbaren Rahmen bleiben	5,45	5,25	5,03	5,26	.00

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

[12] Zur Skalierung der Bedeutung verschiedener Kriterien der Endlagerung radioaktiver Abfälle siehe Fußnote 4.

Insgesamt gesehen muss jedoch zur Interpretation der Ergebnisse bedacht werden, dass die Bewertungen aller neun Kriterien der Endlagerung radioaktiver Abfälle auf einem sehr hohen Niveau liegen – das Maximum der verwendeten Skala besitzt den Wert *sieben* und die in der Tabelle 8 dokumentierten Mittelwerte umfassen einen Bereich von 5,3 bis 6,7, wobei sieben von neun Mittelwerten über dem Wert von *sechs* liegen.

Neben der politischen Ortsgröße kann auf eine weitere Variable zur Darstellung regionaler Unterschiede zurückgegriffen werden – es handelt sich um die BIK-Systematik, die eine feinere Differenzierung hinsichtlich der Verdichtungsbereiche in der Nähe von Großstädten vornimmt. Berücksichtigt werden in der BIK-Systematik insbesondere die Pendlereinzugsbereiche von Ballungsräumen. Es wird im Vergleich zur politischen Ortsgröße eine andere Häufigkeitsverteilung der Variablen erzielt, d. h. kleine Gemeinden in der Nähe von Ballungsräumen werden zu den Agglomerationsräumen hinzugezählt.

Zur Verdeutlichung von regionalen Unterschieden wird in der Tabelle 10 die BIK-Systematik auf die Kriterien der Endlagerung von radioaktiven Abfällen angewendet.

Wie Tabelle 10 nun zeigt, ergeben sich zu den zuvor besprochenen Ergebnissen auf der Basis von Tabelle 9 (politische Ortsgrößenklassen) keine wesentlichen Unterschiede. Diese gelten also auch für eine Differenzierung der Befragten nach der BIK-Systematik.

Tabelle 10: Mittelwertvergleich der Kriterien der Endlagerung von radioaktiven Abfällen in Abhängigkeit von der BIK-Systematik (N = 3.206)

	Unter 20.000 Einwohner	20.000 bis 100.000 Einwohner	Über 100.000 Einwohner	Mittelwert	Signifikanz
1. Die Sicherheitsstandards für ein Endlager mit radioaktiven Abfällen müssen besonders streng sein	6,78	6,76	6,65	6,73	.00
2. Der Schutz der Umwelt muss ausreichend sichergestellt werden	6,75	6,77	6,64	6,70	.00
3. Eine Belastung der Umwelt durch Radioaktivität muss ausgeschlossen werden	6,78	6,70	6,62	6,68	.00
4. Die Interessen der Anwohner müssen umfassend berücksichtigt werden	6,65	6,51	6,41	6,50	.00
5. Ein Endlager für radioaktive Abfälle muss in einer Gegend liegen, in der wenige Menschen leben	6,57	6,46	6,46	6,49	.02
6. Die Rückholbarkeit der radioaktiven Abfälle muss gewährleistet sein, um Fehler nachträglich korrigieren zu können	6,41	6,32	6,21	6,29	.00
7. Die radioaktiven Abfälle müssen in einem Bergwerk und durch das umliegende Gestein sicher eingeschlossen werden	6,24	6,20	6,08	6,15	.01
8. Die Ansiedlung eines Endlagers für radioaktive Abfälle muss auf der Freiwilligkeit der Region beruhen	6,06	5,82	5,78	5,87	.00
9. Die Erschließungs- und Baukosten müssen in einem vertretbaren Rahmen bleiben	5,54	5,44	5,05	5,26	.00

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

2.1.6.3 Technikkenntnisse und die Einstellung zur Nutzung der Kernenergie

In einem weiteren Analyseschritt wird exemplarisch untersucht, ob es für die Kenntnis der modernen Technik, die Einstellung zur Technik, die Einstellung zur Nutzung

der Kernenergie, die Dringlichkeit des Entsorgungsproblems und für den Grad der Informiertheit über das Thema *Entsorgung radioaktiver Abfälle* Mittelwertunterschiede hinsichtlich der Größe des Wohnortes gibt. In der Tabelle 11 sind die Ergebnisse wiedergegeben.

Tabelle 11: Mittelwertvergleich für Kenntnis der modernen Technik, Einstellungen zur Technik sowie zur Nutzung der Kernenergie, Dringlichkeit des Entsorgungsproblems und Grad der Informiertheit über das Thema „Entsorgung radioaktiver Abfälle“ hinsichtlich der Größe des Wohnortes (N = 3.206)

	Unter 20.000 Einwohner	20.000 bis 100.000 Einwohner	Über 100.000 Einwohner	Mittelwert	Signifikanz
Kenntnis der modernen Technik und technischer Zusammenhänge (Frage 7)	4,09	3,93	3,98	4,01	.04
Persönliche Einstellungen zur Technik (Frage 9)	5,18	5,19	5,24	5,20	.46
Einstellungen zur Nutzung der Kernenergie (Frage 11)	3,60	3,68	3,49	3,59	.03
Dringlichkeit des Entsorgungsproblems in Deutschland (Frage 27)	6,13	6,22	6,16	6,17	.20
Grad der Informiertheit über das Thema „Entsorgung radioaktiver Abfälle“ (Frage 46)	1,64	1,65	1,69	1,66	.44

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

Signifikante Mittelwertunterschiede lassen sich nur bei der Kenntnis der modernen Technik und bei der Einstellung zur Nutzung der Kernenergie ermitteln (und das auch nur auf dem 5%-Niveau). Für diese beiden Fragen sind, wenn auch geringe, regional unterschiedliche Bewertungen zu verzeichnen. Für beide Frage werden kurvilineare Beziehungen erzielt, d. h. besonders hoch ist die Zustimmung zur Nutzung der Kernenergie in den mittelgroßen Städten und Gemeinden, während sie in kleinen Gemeinden etwas geringer ausfällt und in Großstädten in der Tendenz am geringsten ist. Ähnliches gilt für die Kenntnis der modernen Technik.

Für die restlichen drei verwendeten Variablen liegen die Mittelwerte so dicht beieinander, das es zu keinen signifikanten Unterschieden kommt. Die persönliche Einstel-

lung zur Technik, die Bewertung der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems und der Grad der Informiertheit über das Thema *Entsorgung radioaktiver Abfälle* wird in allen Regionen gleich bewertet.

Hervorzuheben ist jedoch für die letzten beiden Aspekte, dass einerseits von allen Befragten das Entsorgungsproblem radioaktiver Abfälle als dringlich angesehen wird, die Information über das Thema jedoch als unzureichend betrachtet wird.

Abschließend wurde ein Ost-West-Vergleich in Deutschland hinsichtlich der Kriterien der Endlagerung von radioaktiven Abfällen vorgenommen, um mögliche Unterschiede aufzeigen zu können, die möglicherweise aus einer sich unterscheidenden Sozialisation resultieren könnten.

In der Tabelle 12 zeigt sich, dass es für die überwiegende Zahl der Kriterien signifikante Mittelwertunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gibt. Jedoch lässt sich das für insgesamt drei Kriterien nicht behaupten, d. h. ost- und westdeutsche Befragte bewerten diese drei gleich. Es handelt sich um die Rückholbarkeit der Abfälle, um den Einschluss der radioaktiven Abfälle in einem Bergwerk und schließlich um die Erschließungs- und Baukosten.

Der Mittelwertvergleich zeigt, dass die ostdeutschen Befragten durchweg höhere Anforderungen an die Erfüllung der verschiedenen Kriterien der Endlagerung radioaktiver Abfälle stellen als die westdeutschen Befragten.

Darüber hinaus wurden Analysen für einzelne Bundesländer durchgeführt. Verglichen wurden die Bundesländer Baden-Württemberg und Sachsen. In einer weiteren Analyse wurden Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit Bayern verglichen. Ersteres Paar steht für einen Vergleich zwischen einem Bundesland, in dem mehrere Kernkraftwerke angesiedelt sind, und einem Bundesland, in dem kein Kernkraftwerk angesiedelt ist. Das zweite Paar steht für einen Vergleich zwischen norddeutschen und süddeutschen Flächenstaaten, die jeweils über Kernkraftwerksstandorte verfügen. In beiden Analysen lassen sich keine Mittelwertunterschiede für die Kriterien der Endlagerung radioaktiver Abfälle finden.

Tabelle 12: Mittelwertvergleich der Bedeutung verschiedener Kriterien der Endlagerung von radioaktiven Abfällen in Abhängigkeit vom Wohnort in Ost- bzw. Westdeutschland (N = 3.206)

	West	Ost	Mittelwert	Signifikanz
1. Die Sicherheitsstandards für ein Endlager mit radioaktiven Abfällen müssen besonders streng sein	6,69	6,80	6,73	.00
2. Der Schutz der Umwelt muss ausreichend sichergestellt werden	6,66	6,77	6,70	.00
3. Eine Belastung der Umwelt durch Radioaktivität muss ausgeschlossen werden	6,63	6,78	6,68	.00
4. Die Interessen der Anwohner müssen umfassend berücksichtigt werden	6,43	6,64	6,50	.00
5. Ein Endlager für radioaktive Abfälle muss in einer Gegend liegen, in der wenige Menschen leben	6,46	6,56	6,49	.01
6. Die Rückholbarkeit der radioaktiven Abfälle muss gewährleistet sein, um Fehler nachträglich korrigieren zu können	6,27	6,34	6,29	.10
7. Die radioaktiven Abfälle müssen in einem Bergwerk und durch das umliegende Gestein sicher eingeschlossen werden	6,12	6,21	6,15	.12
8. Die Ansiedlung eines Endlagers für radioaktive Abfälle muss auf der Freiwilligkeit der Region beruhen	5,83	5,97	5,87	.01
9. Die Erschließungs- und Baukosten müssen in einem vertretbaren Rahmen bleiben	5,24	5,33	5,26	.23

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

Das bedeutet, dass die Bewertungen der Kriterien eines Endlagers für radioaktive Abfälle offenbar in allen Bundesländern ähnlich sind. Aufgrund der bisherigen Analysen sind die Bewertungen unabhängig davon, ob es sich um ein Bundesland mit oder ohne Kernkraftwerke handelt oder ob es um Bundesländer mit mehreren Kernkraftwerken geht. Es lassen sich auf der Basis der Bundesländer somit keine regionalen Unterschiede darstellen.

2.1.7 Zusammenfassung der deskriptiven Ergebnisse

Alle sieben Themenbereiche zu den Erwartungen hinsichtlich der Berücksichtigung von Anwohnerinteressen bei der Errichtung von technischen Großprojekten weisen eine sehr hohe Zustimmung auf, was darauf hinweisen dürfte, dass diesen Themen in der Vergangenheit eine zu geringe Beachtung geschenkt wurde.

Hinsichtlich der Glaubwürdigkeit von Informationen verschiedener Institutionen zur Nutzung der Kernenergie agiert der AkEnd als Expertenkommission in einem Konfliktfeld, in dem sich Akteure mit teils sehr hoher (z. B. Umweltforschungsinstitute), teils sehr geringer Zuschreibung von Glaubwürdigkeit (z. B. Atomwirtschaft) gegenüber stehen. Für den AkEnd liegt hier also eine schwierige Integrationsaufgabe.

Welcher Zeithorizont für die Entsorgung radioaktiver Abfälle wird von den Befragten erwartet? Eine Mehrheit der Befragten von 66,9 Prozent geht davon aus, dass ein Endlager für radioaktive Abfälle innerhalb der nächsten zehn Jahre zur Verfügung stehen wird, während weitere 22,9 Prozent davon ausgehen, dass dies erst innerhalb der nächsten 30 Jahre der Fall sein wird. Dass die Endlagerung radioaktiver Abfälle erst durch zukünftige Generationen erfolgen wird, die vermutlich über bessere Technologien verfügen werden, vermuten 10,2 Prozent der Befragten.

Eine deutliche Mehrheit von 80,6 Prozent der Befragten würde ein Endlager für radioaktive Abfälle, das in ihrer Region entstünde, nicht akzeptieren. Dieses Phänomen wird häufig zitiert und als NIMBY-Syndrom (*not in my backyard*) beschrieben. Ähnliches gilt für ein gemeinsames Endlager radioaktiver Abfälle der Europäischen Gemeinschaft, das in Deutschland angesiedelt sein könnte. Von den Befürwortern dieses Lösungsvorschlags sind 38,1 Prozent der Befragten dafür, dass das Endlager in Deutschland realisiert werden würde, 41,7 Prozent dagegen und 20,2 Prozent der Befragten unentschieden.

Geht es um die Frage, ob ein zentrales oder mehrere dezentrale Endlager eingerichtet werden sollten, dann sprechen sich 45,5 Prozent der Befragten für ein zentrales Endlager aus. 33,7 Prozent bevorzugen mehrere kleine Endlager und ein Fünftel der Befragten hat dazu keine dezidierte Meinung.

Die Ergebnisse der Korrelationsanalyse zeigen einen deutlichen Widerspruch. Kenntnisse und Einstellungen zur Technik sind zwar für die Einstellungen zur Nutzung der Kernenergie ausschlaggebend, jedoch nicht für die Beurteilung des Entsorgungsproblems von radioaktiven Abfällen.

Weiterhin zeigt die Korrelationsanalyse, dass die Einstellungen zur Nutzung der Kernenergie einen negativen Koeffizienten mit der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems aufweisen. Dies bedeutet, dass eine *positive* Einstellung zur Nutzung der Kernenergie eher mit einer *nicht dringlichen* Bewertung des Entsorgungsproblems einhergeht bzw. eine *negative* Einstellung zur Nutzung der Kernenergie mit einer *sehr dringlichen* Bewertung des Entsorgungsproblems radioaktiver Abfälle.

Diejenigen, die nach eigener Einschätzung über gute Kenntnisse der Technik verfügen, und diejenigen, die eine positive Einstellung zur Technik besitzen, fühlen sich auch sehr gut über das Thema „Entsorgung radioaktiver Abfälle“ informiert.

Ein weiteres Ergebnis ist, dass eine positive Einstellung zur Nutzung der Kernenergie einhergeht mit einer weitgehend als ausreichend empfundenen Informationsbasis über das Thema der Entsorgung radioaktiver Abfälle.

Für die Dringlichkeit des Entsorgungsproblems und den Grad der Informiertheit über das Thema „Entsorgung radioaktiver Abfälle“ kann davon ausgegangen werden, dass das Entsorgungsproblem unabhängig vom Informationsgrad bewertet wird.

Für die Regionalisierung der Umfragedaten konnte gezeigt werden, dass in der Tendenz den Kriterien der Endlagerung von radioaktiven Abfällen in kleineren Gemeinden unter 20.000 Einwohnern eine höhere Bedeutung zugeschrieben wird als von den Befragten in den Großstädten, die bei diesen Kriterien von einer geringeren Bedeutung ausgehen.

In einem Ost-West-Vergleich konnte gezeigt werden, dass die ostdeutschen Befragten höhere Anforderungen an die Erfüllung der verschiedenen Kriterien der Endlagerung von radioaktiven Abfällen stellen als die westdeutschen Befragten.

2.2 Einstellungen, die die Meinung zur Endlagerung radioaktiver Abfälle beeinflussen und die Prüfung von Dimensionalitäten

Das primäre Ziel dieses Abschnitts ist es, weitere Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsumfrage darzustellen, die sich nicht unmittelbar mit dem Thema der Endlagerung von radioaktiven Abfällen beschäftigen, jedoch die Meinung der Befragten zum Thema beeinflussen könnten. Es handelt sich um das Informationsinteresse der Befragten, die positiven und negativen Einstellungen zur modernen Technik, die Wertorientierungen nach Inglehart, die Einschätzung der Umweltfolgen von Technik, die Meinungen zur Kernenergie, die Auswirkung moderner Technologien auf die wirtschaftliche Entwicklung, das Vertrauen in öffentliche Einrichtungen und Organisationen und der perzipierte Einfluss politischer Aktivitäten sowie die Ausführung verschiedener politischer Aktivitäten.

In diesem Abschnitt wird weiterhin auf die Konstruktion unterschiedlicher Skalen eingegangen und bei allen aufgeführten Themen zunächst eine mögliche Dimensionalität überprüft. Für die Einstellung zur modernen Technik wurden beispielsweise insgesamt 13 verschiedene positiv und negativ formulierte Aussagen verwendet. Ob in diesem Fall tatsächlich eine Unterscheidung nach positiven und negativen Einstellungen zur modernen Technik aufrechterhalten werden kann und ob eine entsprechende Skalenbildungen erfolgen sollte, wird im Folgenden empirisch mit Faktorenanalysen überprüft. Auf der Grundlage dieser Analysen kann schließlich entschieden werden, ob und wie die empirischen Ergebnisse theoretisch sinnvoll interpretierbar sind. Der beschriebenen Thematik wird in diesem Abschnitt eine besondere Beachtung geschenkt.

2.2.1 Informationsinteresse

Um die Endlagerung von radioaktiven Abfällen beurteilen zu können, ist es für den Einzelnen wichtig, sich über die Thematik umfassend zu informieren. Aus diesem Grund wurde am Anfang des Fragebogens darauf Wert gelegt, zu erfahren, wo die Interessen der Befragten liegen und in welcher Weise sie sich hauptsächlich in den Medien informieren. Die Tabelle 13 liefert einen Überblick zum Informationsinteresse der Befragten.

Tabelle 13: Informationsinteresse (in Prozent; N = 3.206)[13]

Themenbereich	Wenig Interesse	Mittleres Interesse	Starkes Interesse	Mittelwert der Skala
1. Gesundheit	8,4	35,8	55,8	2.5
2. Unterhaltung	15,0	56,0	29,0	2.1
3. Umweltfragen	17,3	55,2	27,5	2.1
4. Urlaub und Reise	24,3	41,7	33,9	2.1
5. Energiefragen	27,8	49,1	23,0	2.0
6. Wirtschaft	28,3	48,9	22,8	1.9
7. Unfälle und Katastrophen	30,4	47,1	22,1	1.9
8. Politik	32,8	43,2	24,0	1.9
9. Sport	40,2	32,4	27,4	1.9
10. Technik	38,9	40,5	20,7	1.8
11. Wissenschaft	38,4	43,5	18,0	1.8
12. Kunst und Kultur	43,3	40,3	16,4	1.7

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

Das überwiegende Informationsinteresse der Befragten konzentriert sich auf das Thema Gesundheit, das von fast 56 Prozent der Befragten mit starkem Interesse verfolgt wird. Kein anderes in der Tabelle aufgeführtes Thema konzentriert einen so hohen Prozentanteil auf sich. Mittleres Interesse wird dagegen der Unterhaltung von 56 Prozent und den Umweltfragen von 55 Prozent der Befragten entgegengebracht. Wenig Interesse wird demgegenüber den drei Themenbereichen am Ende der Tabelle geschenkt - es handelt sich um Technik, Wissenschaft sowie Kunst und Kultur. Für diese drei Themen werden allerdings ebenfalls sehr hohe Prozentanteile für das mittlere Interesse verzeichnet, orientiert an der Höhe des Mittelwertes in der letzten Spalte der Tabelle 13 wird den genannten Themen jedoch insgesamt das geringste Interesse entgegengebracht.

Neben dem Interesse für bestimmte Themen wurde danach gefragt, auf welchem Wege man sich hauptsächlich informiert. Aktuelle Informationen erhalten die Befrag-

[13] Das Minimum der Skala beträgt 1 für „wenig Interesse“ und das Maximum besitzt den Wert 3 für „starkes Interesse“. Die Berechnung des Mittelwertes basiert auf diesem Skalenbereich.

ten über das Fernsehen mit 96,3 Prozent, durch Tageszeitungen mit 81,8 Prozent, über den Rundfunk mit 78,9 Prozent, durch persönliche Gespräche mit 77,4 Prozent, durch Wochenzeitungen und Magazine mit 51,7 Prozent, durch Fachzeitschriften mit 28,7 Prozent und übers Internet informieren sich nur 20,2 Prozent.

Betrachtet man in einem weiteren Schritt die durchschnittliche wöchentliche Nutzungsdauer der einzelnen Informationswege, so zeigt sich, dass das Fernsehen mit 240 Minuten hier an der Spitze rangiert, gefolgt vom Rundfunk und dem Lesen der Tageszeitung mit jeweils 150 Minuten. Für persönliche Gespräche, um aktuelle Informationen zu erhalten, werden zwei Stunden aufgebracht, während das Internet immerhin 100 Minuten pro Woche erfordert. Jeweils nur eine Stunde wird für das Lesen von Wochenzeitungen und Magazinen sowie von Fachzeitschriften aufgewendet.

Die Reaktionen der Befragten auf die in Tabelle 13 aufgelisteten Interessenbereiche wurden einer Faktorenanalyse unterzogen, d. h. es wurde auf der Grundlage einer Korrelationsmatrix nach unterscheidbaren Antwortmustern gesucht. Dabei ergaben sich vier solcher Muster („Faktoren“), die jeweils von einer unterschiedlichen Anzahl von Themenbereichen geprägt sind.

Das erste Antwortmuster ist bestimmt durch ein sehr breit gefächertes Interesse an den Themen Wirtschaft, Politik, Energiefragen, Kunst und Kultur, ebenso wie an Technik, Umweltfragen und Wissenschaft („allgemeines Informationsinteresse“). Das zweite Antwortmuster repräsentiert ein zusammenhängendes Interesse an den Themen Gesundheit, Urlaub, Reisen und Unterhaltung („Wellness“), während das dritte Antwortmuster maßgeblich durch ein Sportinteresse („Sport“) geprägt ist und das vierte Antwortmuster die Bereiche Katastrophen und Unfälle („Sensationen“) umfasst.

Diese durch die Faktorenanalyse identifizierten Muster repräsentieren nicht unmittelbar Gruppen von Befragten, sondern Regelmäßigkeiten und Zusammenhänge zwischen den Themenbereichen möglichen Informationsinteresses. Dass etwa das Sportinteresse einen eigenen „Faktor“ bildet, deutet auf tendenziell gegensätzliche Verknüpfungen von anderen Interessenorientierungen mit dem Thema Sport unter den Befragten hin, sodass deren Reaktion auf dieses Gebiet keine Vorhersage zu deren übrigen Interessenschwerpunkten erlaubt.

2.2.2 Positive und negative Einstellungen zur Technik

Für die positiven und negativen Einstellungen zur Technik wurden in der Befragung 13 Aussagen zur modernen Technik verwendet. Sie werden in der Tabelle 14 aufgeführt.

Tabelle 14: Positive und negative Einstellungen zur Technik (in Prozent; N = 3.206)[14]

Aussagen über moderne Technik	Stimme gar nicht zu (1 und 2)	Mittlere Bewertungen	Stimme vollkommen zu (6 und 7)	Mittelwert der Skala
Die Technik macht das Leben angenehmer	2,0	30,3	67,6	5.8
Zu den größten Verdiensten der Technik gehört die Vereinfachung des täglichen Lebens	3,0	32,1	64,9	5,8
Ohne Technik könnte man die Arbeit des Alltags gar nicht mehr bewältigen	4,3	33,0	62,7	5,7
Die Technik ist die Grundlage unseres Lebensstandards	4,2	37,6	58,2	5.6
Die Technik ist notwendig zum Überleben einer wachsenden Weltbevölkerung	4,8	45,8	49,4	5.3
Die Technik muss stärker als bisher überwacht und kontrolliert werden	7,5	47,2	45,3	5.1
Die Technik hilft, Katastrophen (Seuchen, Hungersnöte) zu verhindern	10,2	48,2	41,6	4.9
Die Technik wird eingesetzt, ohne die Auswirkungen vorher hinreichend zu untersuchen	16,2	59,9	23,9	4.2
Die Technik führt zwangsläufig zur Umweltverschmutzung	18,7	60,2	21,1	4.1
Die Technik macht die Menschen zu Sklaven der Technik	29,4	49,1	21,5	3.8
Ohne Technik wäre unser Leben menschlicher	31,3	51,5	17,2	3.6
Die Technik ist undurchschaubar und bedrohlich	33,6	50,9	15,5	3.5
Die Technik ist eine Gefahr für den Menschen und seine Umwelt	32,5	54,8	12,7	3.4

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

[14] Das Minimum der Skala beträgt 1 für „Stimme gar nicht zu“ und das Maximum besitzt den Wert 7 für „Stimme vollkommen zu“ – die dazwischenliegenden Kategorien sind *nicht* bezeichnet. Die Berechnung des Mittelwertes basiert auf diesem Skalenbereich.

Eine geringe Zustimmung, orientiert an der Höhe der Mittelwerte, erhält in der Tabelle 14 die Aussage „Die Technik ist eine Gefahr für den Menschen und seine Umwelt“, während für „Die Technik macht das Leben angenehmer“ die höchste Zustimmung bei den Befragten zu verzeichnen ist. Generell erhalten alle aufgeführten Aussagen eine relativ hohe Zustimmung, wobei nur die beiden am Ende der Tabelle aufgeführten Aussagen einen empirischen Mittelwert besitzen, der sich auf bzw. unter dem Skalenmittelpunkt von 3.5 befindet.

In einem weiteren Schritt wurde eine Faktorenanalyse mit den dreizehn Items zum positiven und negativen Technikverständnis durchgeführt. Es ergab sich eine klare Struktur mit insgesamt zwei Faktoren und einer erklärten Varianz von 50 Prozent. Theoretisch und empirisch sinnvoll ist somit eine Differenzierung der Items nach positivem und negativem Technikverständnis bzw. es kann in diesem Zusammenhang von Technik*pessimismus* und Technik*optimismus* gesprochen werden.

Unter die Technikoptimismus-Skala fallen die ersten sieben Items der Tabelle 14, während die Technikpessimismus-Skala durch die darauf folgenden Items gebildet wird. Die Skalenbildung erfolgt in beiden Fällen so, dass die Ursprungsitems lediglich additiv zusammengefasst werden – somit umfasst die erste Skala sieben und die zweite Skala sechs Items. Die Technikpessimismus-Skala ist dadurch zu charakterisieren, dass mit der Zustimmung der Befragten zu den genannten sechs Items eher *Zweifel oder Bedenken* an der modernen Technik zum Ausdruck gebracht werden. Die Befragten, die diese sechs Items eher zustimmend bewerten, können auch als *Technikskeptiker* bezeichnet werden. Im Gegensatz dazu stehen die Befragten, die den ersten sieben Items der Tabelle 14 überwiegend zustimmen, wodurch ein positives Technikverständnis zum Ausdruck gebracht wird – hier handelt es sich um *Technikoptimisten*.

2.2.3 Wertorientierungen nach Inglehart

In einer weiteren Frage wurden die Wertorientierungen nach Inglehart erhoben. In der Tabelle 15 sind die Ergebnisse zu dieser Frage zusammengestellt. Ergebnis ist, dass zwischen den 26,1 Prozent materialistisch orientierten Befragten und den 16,3

Prozent Postmaterialisten ein relativ hoher Anteil von Mischtypen zu verzeichnen ist. Dazu gehören diejenigen Befragten, die entweder als materialistische Mischtypen mit 29,7 Prozent oder als postmaterialistische Mischtypen mit 28,0 Prozent gelten. Die Anteile beider Mischtypen zusammengenommen ergeben in dieser Studie 57,7 Prozent. Die Tabelle 15 liefert dazu einen Überblick.

Tabelle 15: Wertorientierungen nach Inglehart (in Prozent; N = 3.206)

	Prozent
Materialisten	26,1
Materialistische Mischtypen	29,7
Postmaterialistische Mischtypen	28,0
Postmaterialisten	16,3

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

2.2.4 Umweltfolgen von Technik

Wenn von den Auswirkungen der Technik auf die Umwelt gesprochen wird, fällt einem häufig das Stichwort Umweltverschmutzung ein. Da jedoch die Verschmutzung der Umwelt für sich genommen zu kurz greift, wurde nach insgesamt fünf möglichen Folgen des Technikeinsatzes gefragt. Bei näherer Betrachtung lassen sich weitere Differenzierungen finden. Neben einer Luft- und Wasserverschmutzung geht es in diesem Themenbereich des Fragebogens auch um Lärmbelästigungen, die Auswirkung von radioaktiver Strahlung und die mögliche Erschöpfung der Energiequellen. In der Umfrage sollte ermittelt werden, als wie beunruhigend die Befragten die genannten Umweltfolgen von Technik beurteilen.

Inwieweit sind nun die Umweltfolgen des Technikeinsatzes voneinander abhängig? Eine mögliche Dimensionalität wurde für die fünf Umweltfolgen von Technik überprüft, jedoch erweist sich dieses weder theoretisch noch empirisch als sinnvoll. Im Weiteren werden die Umweltfolgen dementsprechend unabhängig voneinander verwendet.

Tabelle 16: Umweltfolgen von Technik (in Prozent; N = 3.206)[15]

	Gar nicht beunruhigend (1, 2)	Mittlere Bewertungen (3,4,5)	Sehr beunruhigend (6, 7)	Mittelwert der Skala
1. Radioaktive Strahlung	9,5	36,2	54,2	5.3
2. Luftverschmutzung	7,8	41,5	50,7	5.3
3. Wasserverschmutzung	8,1	44,5	47,4	5.1
4. Erschöpfung der Energiequellen	10,3	47,2	42,5	4.9
5. Lärmbelästigung	13,5	53,4	33,1	4.6

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

Insgesamt werden die fünf erhobenen Umweltfolgen von Technik von allen Befragten tendenziell als eher beunruhigend bewertet. Die empirischen Mittelwerte liegen in einem Intervall von 4.6 bis 5.3, wobei die radioaktive Strahlung als sehr beunruhigend angesehen wird. Danach kommen erst die Luft- und die Wasserverschmutzung. Zuletzt erscheinen dann in der Tabelle die Erschöpfung der Energiequellen sowie die Lärmbelästigung.

2.2.5 Meinungen zur Kernenergie

In einer weiteren Frage wurden unterschiedliche Meinungen zur Nutzung der Kernenergie in Deutschland wiedergegeben. Die Befragten wurden dazu aufgefordert, diese Meinungen als tendenziell eher richtig bzw. tendenziell eher falsch zu bewerten. Aus Tabelle 17 ist ersichtlich, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten die unterbreiteten Aussagen als richtig erachtet. Die Zustimmung zur Richtigkeit der Aussagen reicht hier von 84 Prozent für die erste in der Tabelle aufgeführte bis zur geringsten Zustimmung für die letzte Meinung mit nur 41 Prozent. Die Meinungen zur Kernenergie in der Tabelle sind wiederum nach der Höhe der empirischen Mittelwerte sortiert.

[15] Das Minimum der Skala beträgt 1 für „gar nicht beunruhigend“ und das Maximum besitzt den Wert 7 für „sehr beunruhigend“ – die dazwischenliegenden Kategorien sind *nicht* bezeichnet. Die Berechnung des Mittelwertes basiert auf diesem Skalenbereich.

Tabelle 17: Meinungen zur Kernenergie (in Prozent; N = 3.206)[16]

	Völlig falsch	Eher falsch	Eher richtig	Völlig richtig	Mittelwert
Der Einsatz der K. kann zu erheblichen Schäden führen, die die kommenden Generationen stark belasten werden	3,2	12,7	42,7	41,4	3.2
K. stellt, durch den Umgang mit radio-aktiven Stoffen, eine unkalkulierbare Gefährdung der Gesundheit dar	4,2	17,2	41,1	37,4	3.1
K. trägt dazu bei, dass wir auf absehba-re Zeit genügend Energie zur Verfügung haben	8,1	23,4	50,0	18,5	2.8
Der Einsatz der K. macht unseren Strom preiswerter	10,3	24,5	41,9	23,2	2.8
Die K. trägt maßgeblich zur Minderung des Treibhauseffektes bei	13,3	28,5	39,5	18,7	2.6
K. verbessert die internationale Wettbe-werbsfähigkeit der dt. Wirtschaft und si-chert Arbeitsplätze	10,1	30,4	46,3	13,2	2.6
Die K. hat man technisch so im Griff, dass hier in D. große Katastrophen so gut wie auszuschließen sind	23,9	34,5	33,2	8,4	2.3

Anmerkung: K. bedeutet in der Tabelle „Kernenergie".

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

Eine Überprüfung der Dimensionalität führt hier zu dem Ergebnis, dass in einer Faktorenanalyse insgesamt zwei Faktoren extrahiert werden können. Die erklärte Varianz dieser beiden Faktoren beträgt insgesamt 63 Prozent. Auf einem Faktor laden die ersten beiden Meinungen aus der Tabelle 17 – „Der Einsatz der Kernenergie kann zu erheblichen Schäden führen, die die kommenden Generationen stark belasten werden" und: „Kernenergie stellt, durch den Umgang mit radioaktiven Stoffen, eine unkalkulierbare Gefährdung der Gesundheit dar". Alle anderen in der Tabelle aufgeführten Einstellungen stehen mit einem zweiten Faktor im Zusammenhang.

[16] Das Minimum der Skala beträgt 1 für „völlig falsch" und das Maximum besitzt den Wert 4 für „völlig richtig". Die Berechnung des Mittelwertes basiert auf diesem Skalenbereich.

Angesichts dieser Struktur legen sich zwei zusammenfassende statistische Konstrukte nahe, die als Kernenergiepessimismus und als Kernenergieoptimismus bezeichnet werden. In der weiteren Analyse finden sowohl die Meinungen der Befragten zu den Einzelthemen als auch die hieraus gebildeten Pessimismus- und Optimismus-Skalen[17] Verwendung. Insbesondere dürfte von Interesse sein, auf welche Weise die aufgeführten sieben Einzelmeinungen als auch die konstruierten Skalen mit der weiter oben beschriebenen generellen Kernenergie-Einstellung der Befragten korrelieren.

2.2.6 Die Bedeutung verschiedener Technologien für die wirtschaftliche Entwicklung

Neben den Umweltfolgen von Technik, der Einstellung zur Nutzung der Kernenergie und den Meinungen zur Nutzung der Kernenergie fehlte noch ein weiterer Aspekt, nämlich in welchem Verhältnis die Atomtechnologie von den Befragten zu anderen Technologien gesehen und eingeschätzt wird. Es bot sich an, nach der Bedeutung verschiedener Technologien für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zu fragen, auch um das Verhältnis dieser Technologien untereinander genauer zu analysieren. Die Befragten sollten dabei angeben, ob die in der Tabelle 18 aufgeführten sieben Technologien als „gar nicht wichtig“ oder „sehr wichtig“ für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung eingeschätzt werden. Verwendet wurde wiederum eine siebenstufige Skala.

Für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland spielt die Atomtechnologie, so das herausragende Ergebnis der Tabelle, nach Auffassung der Befragten offenbar eine deutlich untergeordnete Rolle. Die Solartechnologie, die Computertechnologie sowie die Kommunikations- und Informationstechnologie spielen dagegen eine sehr wichtige Rolle für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung – die empirischen Mittelwerte liegen hier bei 6.1 bis 5.8. Selbst Technologien, wie der Wasserstofftechnologie und Gentechnologie, die sich noch weitgehend im Forschungsstadium befinden, wird eine höhere Bedeutung zugeschrieben als der Atomtechnologie.

[17] Die Skalenbildung erfolgte wiederum in additiver Form der genannten Items aus der Tabelle 17.

Tabelle 18: Zukünftige wirtschaftliche Entwicklung von Technologien (in Prozent; N = 3.206)[18]

	Gar nicht wichtig (1, 2)	Mittlere Bewertungen (3,4,5)	Sehr wichtig (6, 7)	Mittelwert der Skala
1. Solartechnologie	1,7	24,5	73,8	6.1
2. Computertechnologie	1,6	26,4	72,0	6.0
3. Kommunikations- und Informationstechnologie	1,8	33,5	64,7	5.8
4. Wasserstofftechnologie	8,5	47,5	44,0	5.1
5. Weltraumtechnologie	13,0	53,6	33,4	4.6
6. Gentechnologie	18,8	52,1	29,1	4.3
7. Atomtechnologie	21,4	55,7	22,9	4.1

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

Eine Überprüfung des Antwortverhaltens der Befragten zur zukünftigen wirtschaftlichen Bedeutung von Technologien mittels einer Faktorenanalyse ergibt zwei Muster („Faktoren“), die zusammen 59 % der Gesamtvarianz im Antwortverhalten aufklären (41 % dieser Varianz muss also mit anderen Einflussgrößen zusammenhängen). Nicht eigentlich überraschend bildet die positive Reaktion der Befragten auf die Sonnenenergie hier den einen „Faktor“, während die Beurteilung der Zukunftsbedeutung aller übrigen Technologien den zweiten „Faktor“ ausmacht. Damit wird letztlich nicht mehr gesagt, als dass die Solartechnologie für die Mehrheit der Befragten eine Kategorie sui generis darstellt, deren Befürwortung keinerlei Einfluss auf das Antwortverhalten zu den anderen Technologien hat (ihre Befürworter können also z. B. ebenso gut Kernenergiegegner wie -befürworter sein). Da also die weitere Verwendung einer derartig zweigespaltenen Orientierung mit unnötig viel Informationsverlust verbunden wäre, werden die sieben Technologien im Folgenden einer Einzelbetrachtung unterzogen.

[18] Das Minimum der Skala beträgt 1 für „gar nicht wichtig“ und das Maximum besitzt den Wert 7 für „sehr wichtig“ – die dazwischenliegenden Kategorien sind *nicht* bezeichnet. Die Berechnung des Mittelwertes basiert auf diesem Skalenbereich.

2.2.7 Das Vertrauen in öffentliche Einrichtungen und Organisationen

Geht es um das Thema der politischen Partizipation in einer Demokratie, ist von besonderem Interesse, inwieweit den öffentlichen Einrichtungen und Organisationen Vertrauen entgegengebracht wird. Die Befragten wurden in dieser Studie gebeten, anzugeben, ob sie den fünfzehn Einrichtungen und Organisationen in der Tabelle 19 vertrauen oder nicht.

Tabelle 19: Vertrauen in öffentliche Einrichtungen/Organisationen (in Prozent; N = 3.206)[19]

	Überhaupt kein Vertrauen (1, 2)	Mittlere Bewertungen (3,4,5)	Sehr großes Vertrauen (6, 7)	Mittelwert der Skala
Wissenschaft und Forschung	3,5	57,2	39,4	5.1
Umweltverbände	5,5	61,1	33,4	4.8
Polizei	7,6	57,0	35,3	4.8
Bürgerinitiativen	7,7	61,8	30,5	4.7
Expertenkomissionen	9,7	65,6	24,7	4.5
Krankenkassen	10,8	64,1	25,1	4.5
Gerichte	13,0	61,6	25,4	4.4
Stadt- und Gemeindeverwaltungen	12,7	68,5	18,8	4.2
Zeitung und Fernsehen	11,0	71,8	17,2	4.2
Wirtschaftsunternehmen	15,5	69,5	15,0	4.0
Gewerkschaften	19,4	66,2	14,4	3.9
Bundesregierung	20,4	64,8	14,8	3.9
Bundestag	22,3	65,2	12,5	3.7
Opposition im Bundestag	25,2	64,7	10,1	3.6
Kirchen	30,8	53,1	16,1	3.6

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

[19] Das Minimum der Skala beträgt 1 für „überhaupt kein Vertrauen“ und das Maximum besitzt den Wert 7 für „sehr großes Vertrauen“ – die dazwischenliegenden Kategorien sind *nicht* bezeichnet. Die Berechnung des Mittelwertes basiert auf diesem Skalenbereich.

Ein relativ hohes Vertrauen wird der Wissenschaft und Forschung, den Umweltverbänden, der Polizei und Bürgerinitiativen entgegengebracht. Am anderen Ende der Tabelle erscheinen die Einrichtungen und Organisationen, denen ein geringer ausgeprägtes Vertrauen geschenkt wird. Dazu gehören die Bundesregierung sowie der Bundestag, die Opposition im Bundestag und die Kirchen. Die Mittelwerte für die letzten vier Organisationen nähern sich sehr stark dem Skalenmittelwert, der bei 3.5 liegt. Im Verhältnis zu anderen in der Tabelle aufgeführten Organisationen, wird den Letzteren nur ein geringes Vertrauen geschenkt.

2.2.8 Politische Partizipation

Die politische Partizipation im engeren Sinne wurde mit Hilfe zweier Fragen erhoben, die zum einen die Ausführung verschiedener Formen politischer Aktivitäten festhielt, andererseits sollte der perzipierte Einfluss dieser zwölf verschiedenen politischen Aktivitäten von den Befragten eingeschätzt werden. Die Ergebnisse zu diesen beiden Fragen werden in der Tabelle 20 dargestellt.

Eine Mehrheit der Befragten von 66,4 Prozent hat sich in der Vergangenheit an Parlamentswahlen beteiligt (vgl. die letzte Spalte der Tabelle 20), und dieser politischen Handlung wird, im Vergleich zu allen anderen in der Tabelle aufgeführten, auch der höchste perzipierte Einfluss zugeschrieben – der empirische Mittelwert beträgt in diesem Fall 4.5.

Neben der Beteiligung an Wahlen hat sich ebenfalls eine Mehrheit von 51,5 Prozent schon einmal an einer Unterschriftensammlung beteiligt. Wesentlich geringere Prozentsätze der Befragten entfallen auf die Beteiligung an einer öffentlichen Diskussion mit 28 Prozent und auf die Teilnahme an einer genehmigten Demonstration mit 22,6 Prozent. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang sind einerseits noch die 21,6 Prozent der Befragten, die schon einmal aus Protest eine andere Partei gewählt haben und andererseits diejenigen, die sich offensichtlich überhaupt noch nicht an Wahlen beteiligt haben, obwohl das Wählen ein Grundrecht in einer Demokratie ist.

Die Tabelle zeigt weiterhin, dass in der Vergangenheit nur eine Minderheit von 3,6 Prozent der Befragten Gelegenheit hatte, an einem Genehmigungsverfahren für ein technisches Projekt teilzunehmen.

Tabelle 20: Politische Partizipation: Der perzipierte Einfluss politischer Aktivitäten und die Ausführung derselben (in Prozent; N = 3.206)[20]

Einfluss nehmen, durch ...	Überhaupt nicht (1, 2)	Bewer-tungen (3, 4, 5)	Sehr stark (6, 7)	Mittelwert der Skala	Ausfüh-rung
Beteiligung Parlamentswahl	16,3	51,9	31,8	4.5	66,4
Mitarbeit Bürgerinitiative	16,9	62,8	20,4	4.1	11,8
Unterschriftensammlung	19,7	57,5	22,9	4.1	51,5
Mitarbeit in einer Partei	18,8	60,2	21,0	4.1	6,7
Öffentliche Diskussion	22,9	62,7	14,4	3.8	28,0
Teilnahme genehm. Demonstration	32,7	56,5	10,8	3.4	22,6
Teilnahme Genehmigungsverf.	34,3	54,8	10,9	3.4	3,6
Aus Protest andere Partei wählen	46,4	40,3	13,3	3.1	21,6
Nicht an Wahlen beteiligen	58,3	33,3	8,4	2.6	19,4
Nicht genehmigte Demonstration	55,0	40,4	4,6	2.6	5,7
Teilnahme Verkehrsblockade	57,4	37,1	5,5	2.6	2,5
Häuser und Fabriken besetzen	68,2	28,6	3,2	2.2	1,1

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

Eine ausgeprägte politische Einflussnahme lässt sich nach Auffassung der Befragten vorwiegend mit vier politischen Handlungen erreichen. Hierzu gehören die Beteiligung an einer Parlamentswahl, die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, die Beteiligung an einer Unterschriftensammlung und die Mitarbeit in einer Partei. Andererseits wird mit einer Nichtbeteiligung an einer Wahl, der Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration, der Teilnahme an einer Verkehrsblockade und der Besetzung von Häusern und Fabriken nach ihrer Ansicht nur ein sehr geringer politischer Einfluss ausgeübt.

[20] Das Minimum der Skala beträgt 1 für „überhaupt nicht“ und das Maximum besitzt den Wert 7 für „sehr stark” – die dazwischenliegenden Kategorien sind *nicht* bezeichnet. Die Berechnung des Mittelwertes basiert auf diesem Skalenbereich.

Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass Parlamentswahlen im Allgemeinen ein sehr hoher perzipierter politischer Einfluss zugeschrieben wird, dass jedoch jeder fünfte Befragte aus Protest mindestens einmal nicht zur Wahl gegangen ist und fast jeder Fünfte noch nie an einer Wahl teilgenommen hat.

2.2.9 Die Folgen der Einrichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle

Werden die Folgen, die der Einrichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle zugeschrieben werden, einer Faktorenanalyse unterzogen, so ergeben sich wiederum zwei Antwortmuster („Faktoren“), die zusammen 54 Prozent der Gesamtvarianz im Antwortverhalten aufklären (vgl. insbesondere Abschnitt 2.1.4).

Theoretisch sinnvoll erscheint in diesem Zusammenhang, eine Unterscheidung nach konkreten und diffusen Folgen der Einrichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle vorzunehmen. Für das Konstrukt der diffusen Folgen werden die folgenden drei Items verwendet: „Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass ... 1. die Region, in der sich das Endlager befindet, durch die Begleitumstände, wie Transporte und Sicherheitsmaßnahmen, erheblich beeinträchtigt wird?, 2. durch ein Endlager für radioaktive Abfälle die Umwelt einer erheblichen radioaktiven Belastung ausgesetzt wird? und 3. die Radioaktivität, die von einem Endlager ausgeht, die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet?“ Die Skalenbildung erfolgt in der Weise, dass die genannten drei Items additiv zusammengefasst werden. Alle weiteren subjektiven Wahrscheinlichkeitsschätzungen für das Eintreten möglicher Folgen der Endlagerung von radioaktiven Abfällen werden in einer anderen additiven Skala zusammengefasst, die die konkreten Folgen einer Endlagerung thematisiert (vgl. dazu die Items 4 bis 8 in Tabelle 5).

Weiterhin wurde für die Kriterien der Endlagerung radioaktiver Abfälle überprüft, ob sich dort eine entsprechende Faktorenstruktur ergab – dies war nicht der Fall, sodass die Kriterien in dieser Studie einzeln verwendet werden (vgl. Tabelle 4).

2.3 Bivariate Analysen

2.3.1 Die Beurteilung der Endlager und die Dringlichkeit des Entsorgungsproblems

Mit bivariaten Korrelationsanalysen wird überprüft inwieweit die Umweltfolgen von Technik, die Meinungen zur Kernenergie, die Glaubwürdigkeit der Informationen zur Nutzung der Kernenergie verschiedener Organisationen, das allgemeine Informationsinteresse der Befragten, die subjektiv erwarteten Folgen der Endlagerung von radioaktiven Abfällen, das Technikverständnis und die Einschätzung der Bedeutung verschiedener Technologien eine Relevanz für die Einschätzung der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems radioaktiver Abfälle und für die Beurteilung der vorhandenen/erkundeten Endlager Gorleben und Schacht Konrad besitzen. Die Ergebnisse der Korrelationsanalysen sind in der Tabelle 21 dargestellt.

Je beunruhigter ein Befragter über die Umweltfolgen der Technik ist und hier insbesondere über die Auswirkungen der radioaktiven Strahlung, desto dringlicher wird das Entsorgungsproblem für radioaktive Abfälle angesehen. Allgemein gilt dieser Zusammenhang für alle in der Tabelle aufgeführten Auswirkungen auf die Umwelt, d. h. diejenigen Befragten, die die Luft- bzw. Wasserverschmutzung, die Erschöpfung der Energiequellen und die Lärmbelästigung als beunruhigend empfinden, bewerten generell auch das Entsorgungsproblem als dringlich. Alle diesbezüglich in der Tabelle 21 aufgeführten Korrelationskoeffizienten sind positiv.

Wird die Umweltfolge radioaktive Strahlung von den Befragten als beunruhigend empfunden, so werden die Endlager Gorleben und Schacht Konrad in der Tendenz als eher ungeeignet bewertet. Die Koeffizienten nehmen hier Werte von -.20** und -.22** an und sind auf dem 1%-Niveau signifikant. Umgekehrt bedeutet dies jedoch auch, dass diejenigen Befragten, die die Umweltfolgen als nicht beunruhigend empfinden, die Endlager als geeignet bewerten. Durchweg gilt diese Beschreibung für alle fünf in der Tabelle aufgeführten Umweltfolgen von Technik, und die negativen Korrelationen sind der Ausdruck für diese beschriebene Beziehung.

Tabelle 21: Korrelationen der Umweltfolgen von Technik, der Meinungen zur Kernenergie und der Glaubwürdigkeit von Informationen zur Nutzung der Kernenergie mit der Beurteilung der Endlagerprojekte Gorleben bzw. Schacht Konrad und der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems (N = 3.206)

	Beurteilung Endlager Gorleben	Beurteilung Endlager Konrad	Dringlichkeit Entsorgungs-problem
Umweltfolgen von Technik:			
1. Radioaktive Strahlung	-.20**	-.22**	.16**
2. Luftverschmutzung	-.18**	-.23**	.14**
3. Wasserverschmutzung	-.15**	-.21**	.12**
4. Erschöpfung der Energiequellen	-.10**	-.13**	.09**
5. Lärmbelästigung	-.09**	-.13**	.11**
Meinungen zur Kernenergie:			
1. Erhebliche Schäden	-.23**	-.22**	.19**
2. Unkalkulierbare Gefährdung der Gesundheit	-.28**	-.23**	.20**
3. Genügend Energie zur Verfügung	.26**	.30**	-.06**
4. Kernenergie macht Strom preiswerter	.18**	.26**	-.06**
5. Minderung des Treibhauseffektes	.18**	.18**	-.01
6. Internationale Wettbewerbsfähigkeit	.29**	.33**	-.09**
7. Große Katastrophen sind auszuschließen	.33**	.32**	-.15**
Skalen aus den Meinungen zur Kernenergie:			
1. Optimismus gegenüber Kernenergie	.36**	.39**	-.10**
2. Pessimismus gegenüber Kernenergie	-.29**	-.26**	.23**
Glaubwürdigkeit der Information zur Nutzung der Kernenergie verschiedener Organisationen			
1. Umweltforschungsinstitute	.03	.11**	.12**
2. Umweltverbände	-.07**	-.03	.15**
3. Bürgerinitiativen gegen Kernenergie	-.11**	-.07**	.13**
4. Kernforschungszentren	.26**	.30**	-.08**
5. Journalisten	-.00	.06*	.01
6. Bundesregierung	.21**	.24**	-.06**
7. Gewerkschaften	.10**	.15**	-.03
8. Kirchen	.08**	.06*	-.00
9. Opposition im Bundestag	.20**	.23**	-.06**
10. Atomwirtschaft	.25**	.29**	-.13**
Dringlichkeit des Entsorgungsproblems	-.14**	-.15**	

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

Die in der Tabelle 21 aufgeführten sieben Meinungen zur Kernenergie wurden in die zwei Skalen des Optimismus bzw. Pessimismus gegenüber Kernenergie zusammengefasst, wie dies in Abschnitt 2.2.5 ausführlich beschrieben wurde. Für die Optimisten gegenüber Kernenergie werden positive signifikante Korrelationen von .36** und

.39** mit der Beurteilung der Endlager ermittelt, während mit der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems ein negativer Koeffizient von -.10** ausgewiesen wird. Die Kernenergieoptimisten bewerten die Endlager als geeignet, während das Entsorgungsproblem als nicht dringlich bewertet wird. In umgekehrter Weise verhält es sich mit der Skala des Pessimismus gegenüber Kernenergie. Die Endlager werden als nicht geeignet angesehen und das Entsorgungsproblem radioaktiver Abfälle wird als sehr dringlich bewertet – die Koeffizienten betragen für die Endlager -.29** und -.26** und für das Entsorgungsproblem .23**. Dieses Ergebnis verdeutlicht recht eindringlich zwei verschiedene Argumentationslinien in der Bewertung der Endlager und des Entsorgungsproblems, die jeweils von Kernenergiebefürwortern und Kernenergiegegnern vertreten werden.

Neben den Koeffizienten für die beiden Skalen sind auch die Korrelationen für die einzelnen sieben Meinungen zur Kernenergie in der Tabelle ausgewiesen. Die für die Skalen beschriebene generelle Tendenz kann an dieser Stelle ebenfalls für die einzelnen Items wiederholt werden. Die in der Tabelle 21 aufgeführten ersten beiden Items wurden zur Skala des Pessimismus und die fünf weiteren Items zur Skala des Optimismus gegenüber der Kernenergie zusammengefasst.

Eine ähnliche Tendenz zeigt sich für die Glaubwürdigkeit der Informationen zur Nutzung der Kernenergie verschiedener Organisationen. Die Informationen der Kernforschungszentren, der Bundesregierung, der Opposition im Bundestag und die der Atomwirtschaft besitzen durchweg angemessen hohe positive Korrelationen mit der Beurteilung der beiden Endlager. Demgegenüber sind für die Informationen der Umweltforschungsinstitute, der Umweltverbände und der Bürgerinitiativen gegen Kernenergie positive Korrelationen mit der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems zu verzeichnen.

Am Ende der Tabelle 21 sind noch die Ergebnisse der Korrelationen für die Beurteilung der Endlager mit der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems ausgewiesen. Die negativen Korrelationen bedeuten, dass je ungeeigneter ein Endlager von den Befragten bewertet wird, desto dringlicher wird von ihnen das Entsorgungsproblem radioaktiver Abfälle angesehen.

In einem weiteren Analyseschritt wurde nun überprüft, inwieweit das Informationsinteresse der Befragten, die subjektiv erwarteten Folgen der Endlagerung von radioaktiven Abfällen, das Technikverständnis und die Einschätzung der Bedeutung verschiedener Technologien eine Relevanz für die Einschätzung der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems radioaktiver Abfälle und für die Beurteilung der vorhandenen/erkundeten Endlager Gorleben und Schacht Konrad besitzen. Die Ergebnisse dieser Korrelationsanalysen sind in der Tabelle 22 wiedergegeben.

Überraschenderweise lassen sich zwischen den vier Skalen des Informationsverhaltens und der Beurteilung der Endlager keine bzw. nur sehr geringe Korrelationen ausweisen. Für die Skala der an Informationen interessierten Befragten und der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems gibt es jedoch eine positive Korrelation von .20**, d. h. je umfangreicher das Informationsbedürfnis ist, desto eher wird das Entsorgungsproblem als dringlich eingeschätzt.

Werden die Korrelationen der Güte der Informiertheit zum Entsorgungsproblem mit der Beurteilung der Endlager bzw. mit der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems betrachtet, so zeigt sich, dass die Koeffizienten zwar signifikant sind, jedoch in der Höhe sehr gering ausfallen. Offenbar besteht zwischen der Güte der Informiertheit und der Einschätzung der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems kein Zusammenhang. Als wie dringlich das Entsorgungsproblem radioaktiver Abfälle eingeschätzt wird, ist offensichtlich nicht von der Güte der Informiertheit abhängig.

An dieser Stelle der Analyse muss die Frage aufgeworfen werden, wovon generell die Bewertung des Entsorgungsproblems abhängig ist. In Abschnitt 2.1.5 konnte bereits gezeigt werden, dass die Einschätzung der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems weder von den Kenntnissen moderner Technik noch von der persönlichen Einstellung zur modernen Technik abhängt.

Aus den acht Items zu den Folgen der Endlagerung von radioaktiven Abfällen wurden die zwei Skalen der konkreten und diffusen Folgen konstruiert. Es zeigt sich, dass die Skala der konkreten Folgen positive Korrelationen von .19** und .25** mit der Beurteilung der beiden Endlager aufweisen. Demgegenüber besitzt die Skala der diffusen Folgen jeweils negative Korrelationen von -.29** mit der Beurteilung der

Endlager. Wiederum zeigt sich hier ein gegenläufiges Ergebnis. Während die Bewertungen der konkreten Folgen mit einer positiven Bewertung der Endlager einhergehen, wird bei einer Zustimmung zu den diffusen Folgen von den Befragten eher angenommen, dass die Endlager als völlig ungeeignet erscheinen.

Tabelle 22: Korrelationen des allgemeinen Informationsverhaltens, der Folgen der Endlagerung, der Technikrelevanz und der Bedeutung neuer Technologien mit der Beurteilung der Endlager und der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems (N = 3.206)

	Beurteilung Endlager Gorleben	Beurteilung Endlager Konrad	Dringlichkeit Entsorgungs-problem
Informationsverhalten:			
Informationsinteressierte	.00	-.01	.20**
Wellness-Interessierte	-.02	.07**	.07**
Sportinteressierte	.08**	.09**	.00
Sensationsinteressierte	.01	.02	.05*
Interesse für Politik	.03	-.00	.13**
Güte der Informiertheit über das Entsorgungsproblem	.11**	.08**	.04*
Skalen zu den Folgen der Endlagerung:			
Konkrete Folgen	.19**	.25**	-.04
Diffuse Folgen	-.29**	-.29**	.17**
Technikrelevanz:			
Kenntnis moderner Technik	.11**	.10**	.03
Persönliche Einstellung zur Technik	.19**	.21**	.04*
Skalen zum Technikverständnis:			
Positives Technikverständnis (Technikoptimismus)	.07**	.11**	.10**
Negatives Technikverständnis (Technikpessimismus)	-.10**	-.15**	.03
Bedeutung verschiedener Technologien für die wirtschaftliche Entwicklung:			
Solartechnologie	-.11**	-.05	.21**
Computertechnologie	.03	.05	.13**
Kommunikations- und Informationstechnologie	.04	.04	.10**
Wasserstofftechnologie	.18**	.19**	.05*
Weltraumtechnologie	.13**	.09**	.02
Gentechnologie	.17**	.17**	-.04*
Atomtechnologie	.32**	.31**	-.11**

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

Die Kenntnisse moderner Technik und die persönlichen Einstellungen zur modernen Technik weisen positive Korrelationen mit der Bewertung der Endlager auf, wobei der letztgenannte Zusammenhang mit .19** und .21** die etwas höheren Koeffizienten

aufweist. Wird an dieser Stelle die Skala des positiven und negativen Technikverständnisses verwendet, so zeigen sich nur minimale Veränderungen der Korrelationswerte. Die Skala des Technikoptimismus weist geringe positive Korrelationen mit der Beurteilung der Endlager auf, während die Technikpessimismus-Skala negative Korrelationen von -.10** und -.15** mit der Beurteilung von Gorleben bzw. dem Schacht Konrad besitzt.

Wird nun die Bedeutung verschiedener Technologien für die wirtschaftliche Entwicklung betrachtet, so zeigt die Tabelle 22 insbesondere für die Atomtechnologie eine positive Korrelation von .32** mit der Beurteilung des Endlagers Gorleben und eine von .31** mit der Beurteilung des Endlagers Schacht Konrad, während mit der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems eine Korrelation von -.11** verzeichnet wird. Dieses Muster der Korrelationen entspricht weitgehend dem der Skala des Optimismus gegenüber Kernenergie in der Tabelle 21.

Zusammenfassend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass die Beurteilungen der Endlager Gorleben und Schacht Konrad positiv korrelieren mit der Skala des Optimismus gegenüber Kernenergie und der Glaubwürdigkeit der Informationen zur Kernenergie der Kernforschungszentren, der Bundesregierung, der Opposition im Bundestag sowie der Atomwirtschaft. Weitere positive Korrelationen sind mit den konkreten Folgen der Endlagerung von radioaktiven Abfällen, mit der persönlichen Einstellung zur Technik und mit der Bedeutung der Atomtechnologie für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zu beobachten.

Negative Korrelationen sind demgegenüber für die Beurteilung von Gorleben und Schacht Konrad mit der Wahrnehmung der radioaktiven Strahlung als Umweltfolge, mit der Skala des Pessimismus gegenüber Kernenergie, mit der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems, mit den diffusen Folgen der Endlagerung von radioaktiven Abfällen und mit der Skala des negativen Technikverständnisses zu verzeichnen.

Die Dringlichkeit des Entsorgungsproblems korreliert weitgehend positiv mit der radioaktiven Strahlung als Umweltfolge, mit der Skala des Pessimismus gegenüber Kernenergie, mit der Glaubwürdigkeit der Informationen zur Kernenergie der Umweltforschungsinstitute, der Umweltverbände sowie der Bürgerinitiativen gegen Kern-

energie. Weitere positive Korrelationen sind mit der Skala der Informationsinteressierten, den diffusen Folgen der Endlagerung von radioaktiven Abfällen und mit der Bedeutung der Solartechnologie für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zu verzeichnen. Negative Korrelationen sind nur mit der Skala des Optimismus gegenüber Kernenergie, mit der Glaubwürdigkeit der Informationen zur Nutzung der Kernenergie der Atomwirtschaft und mit der Bedeutung der Atomtechnologie für die wirtschaftliche Entwicklung nachzuweisen.

2.3.2 Optimismus und Pessimismus gegenüber der Kernenergie

Aufgrund der Ausführungen im vorausgehenden Abschnitt ist zu vermuten, dass sich hinter den gegenläufigen Ergebnissen zwei verschiedene Einstellungen der Befragten verbergen – es könnte sich um Befürworter und Gegner der Kernenergie handeln. Aus diesem Grund wird in diesem Abschnitt überprüft, inwieweit die Einstellung zur Kernenergie bzw. die Skalen zum Optimismus bzw. Pessimismus gegenüber Kernenergie zur Aufklärung dieser Vermutung beitragen können.

Mit bivariaten Korrelationsanalysen wird überprüft, inwieweit die Umweltfolgen von Technik, die Glaubwürdigkeit der Informationen zur Nutzung der Kernenergie verschiedener Organisationen, die Dringlichkeit des Entsorgungsproblems radioaktiver Abfälle, das allgemeine Informationsinteresse der Befragten, die subjektiv erwarteten Folgen der Endlagerung von radioaktiven Abfällen, das Technikverständnis und die Einschätzung der Bedeutung verschiedener Technologien eine Relevanz für die Einstellung zur Nutzung der Kernenergie und für die Skalen des Pessimismus bzw. Optimismus gegenüber der Kernenergie besitzen. Bei der Einstellung zur Nutzung der Kernenergie handelt es sich um eine Selbsteinschätzung der Befragten hinsichtlich einer negativen bzw. positiven Affinität zur Thematik, und sie stützt sich lediglich auf eine einzige Frage im Fragebogen. Demgegenüber wurden die Optimismus- und Pessimismus-Skalen auf der Basis mehrerer Items gebildet (Abschnitt 2.2.5) und können somit für die Fragestellung eine höhere Objektivität beanspruchen, weil ein Konstrukt unabhängiger von der Beantwortung einzelner Fragen ist. Die Ergebnisse der Korrelationsanalysen sind in den Tabellen 23 und 24 wiedergegeben.

Je beunruhigter ein Befragter über die Auswirkungen der Technik auf die Umwelt ist und hier insbesondere über die Umweltfolgen der radioaktiven Strahlung, desto negativer ist seine Einstellung zur Nutzung der Kernenergie – der Koeffizient weist eine negative Korrelation von -.32** auf.[21] Der beschriebene Zusammenhang gilt für alle in der Tabelle 23 aufgeführten Auswirkungen auf die Umwelt, d. h. diejenigen Befragten, die die Luft- bzw. Wasserverschmutzung, die Erschöpfung der Energiequellen und die Lärmbelästigung als beunruhigend empfinden, sind generell der Nutzung der Kernenergie gegenüber negativ eingestellt.

Die in der Tabelle 23 aufgeführten Korrelationskoeffizienten der Umweltfolgen von Technik mit der Skala des Optimismus gegenüber der Kernenergie sind negativ. Eine optimistische Einstellung gegenüber der Kernenergie bedeutet, dass die Umweltfolgen der Technik als eher nicht beunruhigend bewertet werden. Wird dagegen die Pessimismus-Skala verwendet, so sind die Korrelationskoeffizienten mit den Umweltfolgen von Technik alle eindeutig positiv. Eine Beunruhigung über die Umweltfolgen von Technik besitzt also einen positiven Zusammenhang mit dem Pessimismus gegenüber der Kernenergie. Eine solch klare Differenzierung der Zusammenhänge zwischen der Einstellung zur Kernenergie und der Erwartung von Umweltfolgen ist durch die Verwendung der direkten Frage nach einer Nutzung der Kernenergie nicht zu erzielen, was den Nutzen der hier gebildeten „Optimismus"- und „Pessimismus"-Skalen erweist. Der Vorteil der Verwendung der Optimismus- und Pessimismus-Skalen gegenüber der einfachen Selbsteinschätzung zur Nutzung der Kernenergie besteht also in einer eindeutigeren Zuordnung der verschiedenen Korrelationen.

Dies verdeutlichen auch die Korrelationskoeffizienten zwischen den entsprechenden Skalen (vgl. Tabelle 23). Während „Optimismus" und „Pessimismus" hier erwartungsgemäß mit -.40** negativ korrelieren, fallen ihre Korrelationen mit der Einzelfrage zur Nutzung der Kernenergie sogar noch deutlicher aus („Optimismus": .65**, „Pessimismus": -.52**). Als Ergänzung sind in der Tabelle 23 die Korrelationskoeffizienten der sieben Meinungen zur Kernenergie mit den daraus gebildeten Skalen und mit der Einstellung zur Nutzung der Kernenergie ausgewiesen.

[21] Beim Vorliegen negativer Korrelationen ist auch die entgegengesetzte Erklärung möglich: Je weniger beunruhigt ein Befragter über die Auswirkungen auf die Umwelt ist und hier insbesondere über die Umweltfolgen der radioaktiven Strahlung, desto positiver ist seine Einstellung zur Nutzung der Kernenergie.

Tabelle 23: Korrelationen der Umweltfolgen von Technik, der Meinungen zur Kernenergie und der Glaubwürdigkeit von Informationen zur Nutzung der Kernenergie mit den Skalen zum Optimismus bzw. Pessimismus gegenüber der Kernenergie und der persönlichen Einstellung zur Nutzung der Kernenergie (N = 3.206)

	Optimismus gegenüber der Kernenergie	Pessimismus gegenüber der Kernenergie	Einstellung zur Nutzung der Kernenergie
Umweltfolgen von Technik:			
1. Radioaktive Strahlung	-.28**	.34**	-.32**
2. Luftverschmutzung	-.23**	.25**	-.21**
3. Wasserverschmutzung	-.21**	.27**	-.21**
4. Erschöpfung der Energiequellen	-.12**	.20**	-.14**
5. Lärmbelästigung	-.17**	.19**	-.13**
Meinungen zur Kernenergie:			
1. Erhebliche Schäden	-.34**	.87**	-.44**
2. Unkalkulierbare Gefährdung der Gesundheit	-.36**	.89**	-.46**
3. Genügend Energie zur Verfügung	.80**	-.23**	.49**
4. Kernenergie macht Strom preiswerter	.74**	-.20**	.40**
5. Minderung des Treibhauseffektes	.66**	-.19**	.34**
6. Internationale Wettbewerbsfähigkeit	.76**	-.31**	.53**
7. Große Katastrophen sind auszuschließen	.73**	-.44**	.54**
Skalen aus den Meinungen zur Kernenergie:			
1. Optimismus gegenüber Kernenergie		-.40**	.65**
2. Pessimismus gegenüber Kernenergie	-.40**		-.52**
Glaubwürdigkeit der Informationen zur Nutzung der Kernenergie verschiedener Organisationen			
1. Umweltforschungsinstitute	.08**	.12**	.01
2. Umweltverbände	-.07**	.19**	-.15**
3. Bürgerinitiativen gegen Kernenergie	-.16**	.19**	-.21**
4. Kernforschungszentren	.36**	-.22**	.34**
5. Journalisten	.05*	.05**	-.02
6. Bundesregierung	.19**	-.09**	.16**
7. Gewerkschaften	.07**	.02	.07**
8. Kirchen	.00	.09**	-.03
9. Opposition im Bundestag	.24**	-.07**	.17**
10. Atomwirtschaft	.38**	-.24**	.35**
Dringlichkeit des Entsorgungsproblems	-.10**	.23**	-.20**

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

Zum Thema Glaubwürdigkeit der Informationen zur Nutzung der Kernenergie verschiedener Organisationen: Die Informationen der Kernforschungszentren weisen mit .36**, die der Bundesregierung mit .19**, die der Opposition im Bundestag mit .24** und die der Atomwirtschaft mit .38** durchweg positive Korrelationen mit der Skala

des Optimismus gegenüber der Kernenergie auf. Im Gegensatz dazu besitzen die Informationen der Umweltforschungsinstitute mit .12**, die der Umweltverbände mit .19** und die der Bürgerinitiativen gegen Kernenergie mit .19** positive Korrelationen mit der Skala des Pessimismus gegenüber der Kernenergie, während für die Informationen der Kernforschungsinstitute mit -.22** und für die der Atomwirtschaft mit -.24** eindeutig negative Zusammenhänge aufgezeigt werden können. Betrachtet man für die beiden letztgenannten Institutionen die Korrelationen mit der Einstellung zur Nutzung der Kernenergie, die bei .34** und .35** liegen, so dürfte sich eindeutig der Vorteil der Verwendung der Optimismus- bzw. Pessimismus-Skalen zeigen.

Am Ende der Tabelle 23 werden schließlich noch die Ergebnisse für die Dringlichkeit des Entsorgungsproblems ausgewiesen. Die Dringlichkeit besitzt eine positive Korrelation von .23** mit der Skala des Pessimismus und eine negative Korrelation von -.10** mit der Skala des Optimismus gegenüber der Kernenergie. Die Befürwortung der Kernenergie geht demnach einher mit der Einschätzung, dass das Entsorgungsproblem radioaktiver Abfälle nicht dringlich ist, während die Ablehnung der Kernenergie mit der Einschätzung der höheren Dringlichkeit des Entsorgungsproblems verbunden ist.

In einem weiteren Analyseschritt wird nun überprüft, inwieweit das Informationsinteresse der Befragten, die subjektiv erwarteten Folgen der Endlagerung von radioaktiven Abfällen, das Technikverständnis und die Einschätzung der Bedeutung verschiedener Technologien eine Relevanz für die Skalen des Optimismus bzw. Pessimismus gegenüber der Kernenergie und für die Einstellung zur Nutzung der Kernenergie besitzen. Die einzelnen Ergebnisse der Korrelationsanalysen sind in der Tabelle 24 wiedergegeben.

Aus der Tabelle ist deutlich ersichtlich, dass zwischen den vier Skalen des Informationsverhaltens und den Skalen des Optimismus bzw. Pessimismus gegenüber der Kernenergie keine signifikanten bzw. nur sehr geringe Korrelationen ausgewiesen werden können. Ähnliches gilt, wenn die Korrelationen mit der Einstellung zur Nutzung der Kernenergie betrachtet werden.

Tabelle 24: Korrelationen des Informationsverhaltens, der Folgen der Endlagerung, der Technikrelevanz und der Bedeutung neuer Technologien mit den Skalen zum Optimismus bzw. Pessimismus gegenüber der Kernenergie und der Einstellung zur Nutzung der Kernenergie (N = 3.206)

	Optimismus gegenüber der Kernenergie	Pessimismus gegenüber der Kernenergie	Einstellung zur Nutzung der Kernenergie
Informationsverhalten:			
Informationsinteressierte	.05*	-.01	.11**
Wellness-Interessierte	.03	.05**	-.02
Sportinteressierte	.09**	-.10**	.15**
Sensationsinteressierte	.04	.04	.03
Interesse für Politik	-.05**	.03	.11**
Güte der Informiertheit über das Entsorgungs-problem	.11**	-.10**	.15**
Skalen zu den Folgen der Endlagerung:			
Konkrete Folgen	.32**	-.15**	.25**
Diffuse Folgen	-.30**	.40**	-.37**
Technikrelevanz:			
Kenntnis moderner Technik	.18**	-.14**	.26**
Persönliche Einstellung zur Technik	.35**	-.19**	.39**
Skalen zum Technikverständnis:			
Positives Technikverständnis (Technikoptimismus)	.30**	.00	.22**
Negatives Technikverständnis (Technikpessimis-mus)	-.28**	.26**	-.25**
Bedeutung verschiedener Technologien für die wirtschaftliche Entwicklung:			
Solartechnologie	-.07**	.18**	-.11**
Computertechnologie	.19**	.01	.13**
Kommunikations- und Informationstechnologie	.21**	.01	.15**
Wasserstofftechnologie	.26**	-.12**	.23**
Weltraumtechnologie	.19**	-.06**	.18**
Gentechnologie	.29**	-.14**	.25**
Atomtechnologie	.54**	-.32**	.55**

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

Die konkreten Folgen der Endlagerung von radioaktiven Abfällen besitzen eine positive Korrelation von .25** und die diffusen Folgen eine negative Korrelation von -.37** mit der Einstellung zur Nutzung der Kernenergie. Differenzierter erscheinen dagegen die Ergebnisse, wenn die Optimismus- bzw. Pessimismus-Skala verwendet wird. Die konkreten Folgen der Endlagerung von radioaktiven Abfällen besitzen eine positive Korrelation von .32** mit dem Optimismus und eine negative von -.15** mit dem Pes-

simismus gegenüber der Kernenergie. Noch deutlicher sind die Ergebnisse für die diffusen Folgen. Sie besitzen eine negative Korrelation von -.30** und eine positive Korrelation von .40** mit dem Optimismus bzw. dem Pessimismus gegenüber der Kernenergie. Die hier dokumentierten empirischen Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Kernenergiebefürworter offensichtlich eher die konkreten Folgen der Endlagerung von radioaktiven Abfällen wahrnehmen, während die Kernenergiegegner eher das Eintreten der diffusen Folgen für wahrscheinlich halten.

Zwischen der persönlichen Einstellung zur modernen Technik und der Einstellung zur Nutzung der Kernenergie wird ein positiver Korrelationskoeffizient von .39** ermittelt. Ebenfalls differenzierter zeigt sich das Bild, wenn die Korrelation zwischen persönlicher Einstellung zur Technik und dem Optimismus gegenüber der Kernenergie betrachtet wird, die bei .35** liegt, während mit dem Pessimismus gegenüber der Kernenergie ein negativer Koeffizient von -.19** gestgestellt werden kann. Wird stattdessen die Variable Kenntnis der modernen Technik verwendet, folgen die Korrelationen einer ähnlichen Tendenz.

Werden an dieser Stelle die Skalen zum Technikverständnis verwendet, zeigt sich, dass die Skala des positiven Technikverständnisses einen Korrelationskoeffizienten von .30** mit dem Optimismus gegenüber der Kernenergie aufweist, während mit dem Pessimismus gegenüber der Kernenergie kein Zusammenhang zu verzeichnen ist. Die Skala des Technikpessimismus hat dagegen einen negativen Zusammenhang von -.28** mit dem Optimismus und einen positiven von .26** mit dem Pessimismus gegenüber der Kernenergie. Diese Korrelationsergebnisse sind wiederum eindeutiger, als wenn die Einstellung zur Nutzung der Kernenergie verwendet wird.

Zum Abschluss dieses Abschnitts wird noch auf die Bedeutung der Technologien für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland eingegangen. Für die Bewertung der Bedeutung der Atomtechnologie kann ein positiver Koeffizient von .54** mit dem Optimismus gegenüber der Kernenergie ermittelt werden, während mit dem Pessimismus gegenüber der Kernenergie eine negative Korrelation von -.32** erzielt wird. Zum Vergleich sind in der Tabelle 24 die Korrelationskoeffizienten für die weiteren sechs Technologien mit den zu betrachtenden Skalen aufgeführt.

Optimistische Einstellungen zur Kernenergie gehen offensichtlich mit einer positiven Einschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung fast aller aufgeführter Technologien einher, während beim Vorliegen eines Skeptizismus gegenüber der Kernenergie der wirtschaftlichen Entwicklung für die Zukunft eine geringere Bedeutung zugemessen wird. Eine Ausnahme bildet jedoch die Solartechnologie, die in beiden Gruppen unterschiedlich hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Entwicklung beurteilt wird. Für die Computer bzw. Kommunikations- und Informationstechnologie wird kein signifikanter Zusammenhang mit dem Pessimismus gegenüber der Kernenergie ermittelt.

2.4 Multivariate Analysen

In diesem Abschnitt soll über die bisherigen Korrelationsanalysen hinausgegangen werden, die sich jeweils nur auf bivariate Zusammenhänge gestützt haben, und es soll versucht werden, mit linearen Regressionsmodellen einen Erklärungsansatz für die Einstellung der Bevölkerung zum Thema der Endlagerung von radioaktiven Abfällen zu spezifizieren. In diesem Sinne handelt es sich um multivariate Analysen, weil jeweils mehrere unabhängige Variablen herangezogen werden, um den Verlauf einer abhängigen Variablen zu erklären.

Inhaltlich wird überprüft, ob die Endlagerung von radioaktiven Abfällen in der Bevölkerung als eigenständige thematische Problematik wahrgenommen wird, oder ob die Endlagerung von radioaktiven Abfällen immer als Unterthema der Nutzung der Kernenergie wahrgenommen und verstanden wird.

Orientiert an diesen beiden Überlegungen wird im Folgenden schrittweise vorgegangen. Zunächst wird als abhängige Variable die Einstellung zur Nutzung der Kernenergie betrachtet und im Vergleich dazu werden die beiden Variablen zur Beurteilung der Endlagerprojekte Gorleben und Schacht Konrad herangezogen. Im Anschluss daran wird in einem zweiten Schritt danach gefragt, welche Vorteile die beiden Skalen des Optimismus und Pessimismus gegenüber der Kernenergie als abhängige Variable aufweisen und ob mit diesen eine bessere oder schlechtere Erklärungskraft erzielt werden kann, als für die im ersten Schritt betrachtete abhängige Variable der Einstellung zur Nutzung der Kernenergie.

In den nun folgenden drei Regressionsmodellen, die den ersten Schritt der Analyse darstellen, kommen als unabhängige oder erklärende Variablen einerseits die Skalen der Folgen der Endlagerung, die Einschätzung zur Dringlichkeit des Entsorgungsproblems und die Selbsteinschätzung der Güte der Informiertheit über das Entsorgungsproblem in Betracht. Andererseits soll jedoch auch überprüft werden, inwieweit die Skalen zum Technikverständnis, somit also eher entsorgungsferne Einstellungen, eine Rolle für die Erklärung der inhaltlichen Problematik spielen.

Die Tabelle 25 liefert einen Überblick zu diesen Regressionsmodellen. Die Einstellung zur Nutzung der Kernenergie wird im Wesentlichen durch ein positives Technikverständnis, durch die konkreten Folgen der Endlagerung und durch die Güte der Informiertheit erklärt. Alle drei Variablen besitzen positive Regressionskoeffizienten. Demgegenüber sind für die diffusen Folgen der Endlagerung, das negative Technikverständnis und die wahrgenommene Dringlichkeit des Entsorgungsproblems auch negative Koeffizienten ausgewiesen. Inhaltlich bedeutet Letzteres, dass eine positive Einstellung zur Nutzung der Kernenergie mit einer geringen Bedeutungszuschreibung für die diffusen Folgen der Endlagerung, einer schwach negativen Korrelation mit dem Technikpessimismus und der Einschätzung einer geringeren Dringlichkeit des Entsorgungsproblems verbunden ist, während die positiven Koeffizienten bedeuten, dass eher die konkreten Folgen wahrgenommen werden, ein positives Technikverständnis bestimmend ist und dass eine befriedigende Bewertung zur Güte der Informiertheit über das Entsorgungsproblem vorliegt.

Insgesamt kann das Regressionsmodell 25 Prozent der Varianz der abhängigen Variablen Einstellung zur Nutzung der Kernenergie erklären.

Wird das gleiche Regressionsmodell mit den abhängigen Variablen zur Beurteilung der Endlager Gorleben bzw. Schacht Konrad verwendet, so beträgt die Erklärungskraft der Modelle nur 12 bzw. 14 Prozent. Übereinstimmend wird die Beurteilung der beiden Endlager von den wahrgenommenen konkreten und diffusen Folgen und von der Einschätzung der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems bestimmt, während für die Beurteilung des Endlagers Gorleben zusätzlich noch ein negatives Technikverständnis ausschlaggebend sein dürfte. Für die restlichen unabhängigen Variablen ist die Höhe der Regressionskoeffizienten sehr gering, bzw. sie sind nicht mehr signifikant.

Tabelle 25: Multivariate lineare Regressionen mit den abhängigen Variablen Beurteilung der Endlagerprojekte Gorleben bzw. Schacht Konrad und der Einstellung zur Nutzung der Kernenergie (N = 3.206)

	Beurteilung Endlager Gorleben	Beurteilung Endlager Konrad	Einstellung zur Nutzung der Kernenergie
Skalen zu den Folgen der Endlagerung:			
Konkrete Folgen der Endlagerung	.11**	.18**	.13**
Diffuse Folgen der Endlagerung	-.25**	-.21**	-.27**
Skalen des Technikverständnisses:			
Positives Technikverständnis (Technikoptimismus)	.06*	.08**	.18**
Negatives Technikverständnis (Technikpessimismus)	-.02	-.10**	-.12**
Dringlichkeit des Entsorgungsproblems	-.10**	-.10**	-.16**
Güte der Informiertheit über das Entsorgungsproblem	.06*	.02	.12**
Erklärte Varianz des Regressionsmodells – R_2	.12	.14	.25

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

Die Ergebnisse dieser drei multivariaten Regressionsanalysen weisen darauf hin, dass die Beurteilung der Endlager offensichtlich nicht unabhängig von der Bewertung der Nutzung der Kernenergie ist. Die hohen bivariaten Korrelations- bzw. Regressionskoeffizienten zwischen der Einstellung zur Nutzung der Kernenergie und der Beurteilung des Schacht Konrad mit .41** sowie der Beurteilung des Endlagers Gorleben mit .39** unterstützen diese Interpretation.

Zunächst wird nun überprüft, inwieweit weitere unabhängige Variablen, wie die Bedeutung der Atomtechnologie für die wirtschaftliche Entwicklung, die Informationen zur Kernenergie aus den Forschungszentren und die Umweltfolgen von Technik in Form von radioaktiver Strahlung eine Verbesserung oder Verschlechterung der oben dargestellten Regressionsmodelle bewirken können. Beibehalten werden jedoch die Skalen zu den Folgen der Endlagerung und zum Technikverständnis. Die Tabelle 26 liefert einen Überblick.

Insgesamt zeigt sich in den drei Regressionsmodellen der Tabelle 26, dass für die Beurteilung der beiden Endlager weder ein positives noch ein negatives Technikverständnis von Bedeutung ist. Somit spielen diese beiden Skalen für die Erklärung der

Einstellung zur Nutzung der Kernenergie eine zu vernachlässigende Rolle, weil die Koeffizienten hier Werte von -.04 und .08 annehmen. Einstellungen zur Technik liefern also keine wesentlichen Erklärungen für Kernenergieeinstellungen.

Tabelle 26: Erweiterte multivariate lineare Regressionen mit den abhängigen Variablen Beurteilung der Endlagerprojekte Gorleben bzw. Schacht Konrad und der Einstellung zur Nutzung der Kernenergie (N = 3.206)

	Beurteilung Endlager Gorleben	Beurteilung Endlager Konrad	Einstellung zur Nutzung der Kernenergie
Skalen zu den Folgen der Endlagerung:			
Konkrete Folgen der Endlagerung	.07*	.13**	.08**
Diffuse Folgen der Endlagerung	-.19**	-.15**	-.18**
Skalen des Technikverständnisses:			
Positives Technikverständnis (Technikoptimismus)	-.00	.02	.08**
Negatives Technikverständnis (Technikpessimismus)	.03	-.03	-.04*
Bedeutung der Atomtechnologie für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	.22**	.18**	.40**
Informationen zur Kernenergie: Forschungszentren	.13**	.15**	.11**
Umweltfolgen von Technik: radioaktive Strahlung	-.08*	-.11**	-.18**
Erklärte Varianz des Regressionsmodells – R_2	.19	.21	.43

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

Im Regressionsmodell zur Erklärung der Einstellung zur Nutzung der Kernenergie besitzt dagegen die Bedeutung der Atomtechnologie für die wirtschaftliche Entwicklung einen positiven Koeffizienten von .40** und die Umweltfolgen von Technik sowie die diffusen Folgen der Endlagerung negative Koeffizienten von jeweils -.18**. Insgesamt wird in diesem Regressionsmodell eine erklärte Varianz von 43 Prozent erreicht. Ähnliche Tendenzen lassen sich für die weiteren beiden Regressionsmodelle darstellen, wobei allerdings zur Beurteilung der Endlager auch die Informationen zur Kernenergie recht hohe signifikante Koeffizienten erzielen. Besondere Relevanz besitzen demnach die kernenergienahen unabhängigen Variablen zur Erklärung der Beurteilung der Endlager – die Modelle verzeichnen deutlich höhere erklärte Varianzen als in der Tabelle 25 ausgewiesen und erreichen 19 bzw. 21 Prozent.

Kommen wir nun zum zweiten Schritt der multivariaten Analyse: Es wird danach gefragt, welche Vorteile die beiden Skalen des Optimismus und Pessimismus gegenüber der Kernenergie als abhängige Variable bieten und ob mit diesen eine bessere oder schlechtere Erklärungskraft erzielt werden kann, als für die im ersten Schritt betrachtete abhängige Variable der Einstellung zur Nutzung der Kernenergie.

Für den Optimismus gegenüber der Kernenergie spielt, neben einer positiven Technikeinstellung (.15**) und den konkreten Folgen der Endlagerung radioaktiver Abfälle (.14**), die Bedeutung der Atomtechnologie für die wirtschaftliche Entwicklung eine zentrale Rolle – der multivariate Regressionskoeffizient beträgt hier .36** (vgl. Tabelle 27). Die diffusen Folgen der Endlagerung radioaktiver Abfälle und die radioaktive Strahlung als Umweltfolge von Technik sowie eine negative Technikeinstellung besitzen durchweg negative Regressionskoeffizienten. Ähnlich wie in der Tabelle 26 wird in dem vorliegenden Regressionsmodell eine relativ hohe erklärte Varianz von 41 Prozent erzielt.

Tabelle 27: Multivariate lineare Regressionen mit den beiden abhängigen Variablen Optimismus und Pessimismus gegenüber der Kernenergie (N = 3.206)

	Optimismus gegenüber der Kernenergie	Pessimismus gegenüber der Kernenergie
Skalen zu den Folgen der Endlagerung:		
Konkrete Folgen der Endlagerung	.14**	-.02
Diffuse Folgen der Endlagerung	-.11**	.26**
Skalen des Technikverständnisses:		
Positives Technikverständnis (Technikoptimismus)	.15**	.11**
Negatives Technikverständnis (Technikpessimismus)	-.09**	.08**
Bedeutung der Atomtechnologie für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	.36**	-.22**
Informationen zur Kernenergie: Forschungszentren	.12**	-.04*
Umweltfolgen von Technik: radioaktive Strahlung	-.11**	.22**
Erklärte Varianz des Regressionsmodells – R_2	.41	.29

Quelle: ITAS-Umfrage 2001 / Stolle

Im Gegensatz dazu stehen die Ergebnisse für den Pessimismus gegenüber der Kernenergie. Es werden ganz besonders die radioaktive Strahlung als Umweltfolge

von Technik (.22**) und die diffusen Folgen der Endlagerung von radioaktiven Abfällen (.26**) wahrgenommen. Die konkreten Folgen der Endlagerung und die Glaubwürdigkeit der Informationen zur Kernenergie durch die Forschungszentren spielen im Erklärungsmodell keine nennenswerte Rolle, während die Bedeutung der Atomtechnologie für die wirtschaftliche Entwicklung einen deutlich negativen Koeffizienten von -.22** mit der abhängigen Variablen aufweist. Das Regressionsmodell besitzt eine erklärte Varianz von 29 Prozent.

Die beiden abhängigen Variablen Einstellung zur Nutzung der Kernenergie und Optimismus gegenüber der Kernenergie können mit den dargestellten Regressionsmodellen der Tabellen 26 und 27 recht gut erklärt werden, wobei die erklärten Varianzen 41 und 43 Prozent betragen – für den Pessimismus gegenüber der Kernenergie wird eine erklärte Varianz von 29 Prozent erzielt. Eine Differenzierung der abhängigen Variablen nach Optimismus und Pessimismus gegenüber der Kernenergie hat zudem den Vorteil, zeigen zu können, dass inhaltlich in unterschiedlicher Weise auf die beiden zugrunde liegenden Gruppen der Kernenergiegegner und Kernenergiebefürworter in der Frage der Endlagerung von radioaktiven Abfällen eingegangen werden muss.

2.5 Zusammenfassung zur repräsentativen Bevölkerungsumfrage

Mit der Skalenentwicklung sowie mit den uni- und multivariaten Analysen konnten ausführlich weitere Ergebnisse aus der repräsentativen Bevölkerungsumfrage 2001 dargestellt werden. Insbesondere wurde auf die Themenbereiche des Informationsinteresses, des positiven und negativen Technikverständnisses, der Wertorientierungen nach Inglehart, der Umweltfolgen von Technik, der Meinungen zur Kernenergie, der Bedeutung verschiedener Technologien für die wirtschaftliche Entwicklung, des Vertrauens in öffentliche Einrichtungen und Organisationen, der politischen Partizipation und der Folgen der Einrichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle eingegangen. Neben einer Darstellung weiterer Ergebnisse aus der Untersuchung in Ergänzung zu den deskriptiven Ergebnissen (Abschnitt 2.1.7), dienten diese Abschnitte hauptsächlich der Überprüfung von theoretisch vermuteten und empirisch zu ermittelnden Dimensionen. Die Anwendung von Faktorenanalysen ermöglichte in diesen

Fällen die empirische Überprüfung der Dimensionen und daraus folgend wurde die Entwicklung verschiedener Skalen vorgenommen (vgl. Abschnitte 2.2.1 bis 2.2.9). Insbesondere sind die Skalen des positiven und negativen Technikverständnisses und die der konkreten und diffusen Folgen der Endlagerung von radioaktiven Abfällen zu erwähnen.

Im Anschluss daran wurden Korrelationsanalysen der oben genannten Variablen bzw. Skalen mit der Beurteilung der Endlager Gorleben und Schacht Konrad sowie mit der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems dargestellt. In einem weiteren Analyseschritt folgten dann noch Korrelationen mit dem Optimismus und dem Pessimismus gegenüber der Kernenergie und mit der Einstellung zur Nutzung der Kernenergie.

Schließlich wurden die Ergebnisse von multivariaten Regressionsanalysen dargestellt. Als abhängige Variablen dienten in diesen Modellen die Beurteilung der Endlager Gorleben und Schacht Konrad sowie die Dringlichkeit des Entsorgungsproblems. In einem weiteren Analyseschritt wurden die Skalen des Optimismus und des Pessimismus gegenüber der Kernenergie sowie die Einstellung zur Nutzung der Kernenergie als abhängige Variablen verwendet.

Ein wesentliches Ergebnis ist, dass die Beurteilung der beiden Endlager (Gorleben und Konrad) in den Regressionsmodellen nur recht schlecht erklärt werden kann, soweit die Skalen zu den Folgen der Endlagerung, des Technikverständnisses, die Dringlichkeit des Entsorgungsproblems und die Güte der Informiertheit über das Entsorgungsproblem als unabhängige Variablen verwendet werden.

Werden stattdessen die letzten drei unabhängigen Variablen durch die Bewertung der Bedeutung der Atomtechnologie für die wirtschaftliche Entwicklung, die Informationen zur Kernenergie durch die Forschungszentren und durch die radioaktive Strahlung als Umweltfolge von Technik ersetzt, so verbessern sich die Regressionsmodelle in ihrer Erklärungskraft.

Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass das Entsorgungsproblem radioaktiver Abfälle in Deutschland von der Bevölkerung nicht als eigenständige Thematik wahrge-

nommen wird. Hohe bivariate Korrelations- bzw. Regressionskoeffizienten zwischen der Einstellung zur Nutzung der Kernenergie und der Beurteilung der Endlager unterstreichen diese Interpretation. Das Thema des Entsorgungsproblems radioaktiver Abfälle kann somit immer nur als ein Teilthema der Nutzung der Kernenergie interpretiert werden.

Mit den hier entwickelten Skalen des Optimismus und des Pessimismus gegenüber der Kernenergie lassen sich zwei verschiedene Gruppen der Bevölkerung analysieren: die der Kernenergiebefürworter und die der Kernenergiegegner. Die Befürworter schätzen die Dringlichkeit des Entsorgungsproblems radioaktiver Abfälle als nicht hoch ein, während die Endlagerprojekte Gorleben und Schacht Konrad für geeignet gehalten werden. Demgegenüber sind die Gegner von der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems überzeugt, während die Endlager gleichzeitig von diesen Personen als nicht geeignet angesehen werden.

Weiterhin zeigt sich, dass für Kernenergiebefürworter die Bedeutung der Atomtechnologie für die wirtschaftliche Entwicklung eine zentrale Rolle spielt, neben einer positiven Technikeinstellung und den konkreten Folgen der Endlagerung radioaktiver Abfälle. Im Gegensatz dazu stehen die Ergebnisse der Regressionsanalyse für die Kernenergiegegner. Es werden offensichtlich ganz besonders die radioaktive Strahlung als Umweltfolge von Technik und die diffusen Folgen der Endlagerung von radioaktiven Abfällen wahrgenommen.

Eine Differenzierung nach Optimismus und Pessimismus gegenüber der Kernenergie hat zudem den Vorteil, zeigen zu können, dass in inhaltlich unterschiedlicher Weise auf die beiden zugrunde liegenden Gruppen der Kernenergiegegner und Kernenergiebefürworter in der Frage der Endlagerung von radioaktiven Abfällen eingegangen werden muss. Dieser Aspekt ist insbesondere in einem zukünftigen Prozess der Endlagersuche zu beachten.

3. Regionalisierte telefonische Umfrage 2002

3.1 Einleitung

Im Anschluss an die Durchführung der repräsentativen Bevölkerungsbefragung im Jahr 2001 wurde mit dem AkEnd über Möglichkeiten der Regionalisierung der Befragungsdaten diskutiert und verschiedene statistische Analysen mit dem vorhandenen Datensatz durchgeführt (vgl. Abschnitt 2.1.6). Bei der Ziehung der Stichprobe wurde darauf Wert gelegt, dass die 3.206 Befragten auf alle Regionen Deutschlands verteilt sind. Aus den Analysen ergaben sich jedoch keine eindeutigen Ergebnisse, die auf signifikante regionale Unterschiede schließen lassen.

Soweit die Region als Differenzierungskriterium verwendet wird, unterstellt man implizit, dass Regionen in verschiedenster Weise einen Einfluss auf das Verhalten oder die Einstellung der Befragten haben. In diesem Sinne handelt es sich bei dem Begriff Region um einen Kontext, der in einer noch zu spezifizierenden Art und Weise einen Unterschied zu anderen Kontexten beschreiben soll.

Eine Kontexthypothese dieser Art legt nahe, Regionen zu vergleichen, die durch unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen gekennzeichnet sind. Dazu bietet sich an, eine alt-industrielle mit einer neu-industriellen Region zu vergleichen. Erstere ist historisch gesehen überwiegend durch die Kohle- und Stahlindustrie entstanden, wie z. B. das Saarland oder das Ruhrgebiet, während die zweite eher durch die Ansiedlung von Firmen der Kommunikations- und Informationstechnologie charakterisiert werden kann.

Weiterhin wird für die nun folgende Analyse als dritte Region ein vorwiegend landwirtschaftlich geprägtes Gebiet herangezogen.

Bei der Festlegung der drei Regionen wurde die folgende Annahme zugrunde gelegt: In Gebieten, in denen traditionell Industrie vorhanden war, ist der Umgang mit Technik und den Umweltfolgen von Technik ein anderer, vielleicht pragmatischerer, als beispielsweise in den neu-industriellen oder in ländlichen Regionen. Damit verbunden sind Unterschiede im Umgang mit der Endlagerung von kritischen Abfällen, ins-

besondere von radioaktiven Abfällen, in Abhängigkeit von der jeweiligen Region zu vermuten.

Ausgewählt wurden für die Telefonbefragung 2002 der Kreis Oberhausen als Repräsentant einer alt-industriellen, der Landkreis München als der einer neu-industriellen und der Landkreis Ludwigslust als der einer vorwiegend landwirtschaftlich geprägten Region. Orientiert an den siedlungsstrukturellen Regionstypen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung gehört Oberhausen zu einer Kategorie der *hochverdichteten Agglomerationsräume*, der Landkreis München zur Kategorie der *Agglomerationsräume mit herausragenden Zentren* und der Landkreis Ludwigslust zu den *ländlichen Räumen geringerer Dichte* (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2001: S. 11).

Mit einer telefonischen Befragung (CATI)[22] wurden insgesamt 605 zufällig ausgewählte Befragte in den drei Regionen interviewt. Es entfielen 202 Befragte auf Oberhausen, 202 auf das Münchner Umland und 201 auf den Landkreis Ludwigslust. Der Befragungszeitraum erstreckte sich auf insgesamt drei Wochen von Mitte Juni bis Anfang Juli 2002.

Parallel dazu wurde eine repräsentative Bevölkerungsbefragung mit insgesamt 2.637 Befragten durchgeführt. Im Folgenden wird Letztere als Vergleich herangezogen, um Unterschiede zwischen der regionalisierten Studie mit insgesamt drei Regionen und der allgemeinen Befragung aufzeigen zu können. Zusammengenommen stützte sich die Analyse im Jahr 2002 mit telefonischer und repräsentativer Befragung auf insgesamt 3.242 Befragte.

Ein Vergleich der telefonischen und der repräsentativen Befragung ist in solchen Fällen sinnvoll, in denen übereinstimmende Fragen in den beiden Erhebungen gestellt wurden. Parallel verwendet wurden in beiden Fragebögen die Themen Technikverständnis, objektive bzw. subjektive Wahrnehmung der Region und die politische Partizipation der Bevölkerung bei technischen Großprojekten. In den nun folgenden Abschnitten wird an den entsprechenden Stellen in den Tabellen und im Text auf die

[22] CATI bedeutet „Computer Assisted Telephone Interviewing“

jeweiligen Vergleiche zwischen der telefonischen und der repräsentativen Befragung 2002 eingegangen.

3.2 Objektive und subjektive Wahrnehmung der Region

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit den Begriffen *Region* und *Heimat*, dem Ausmaß der Verbundenheit der Befragten mit ihrer Wohnumgebung, ihrer Mobilitätsbereitschaft, dem quantitativen Aktionsradius am Wohnort, den Informationen über wichtige Ereignisse in der Region sowie deren Güte, der Lösung zukünftiger Aufgaben in der Region, dem Image und der Berechtigung des Image der Region sowie der Abhängigkeit der Region von Fördermitteln des Bundes bzw. des Landes.

3.2.1 Zum Begriff der Region

Mit einer im Fragebogen offen gestellten Frage nach der Bedeutung des Begriffs Region sollte erhoben werden, was die Befragten darunter verstehen und welche geographische Ausdehnung mit dem Begriff verbunden wird (vgl. Anhang 4).

Für den regionalisierten Datensatz zeigt sich, dass zunächst einmal das jeweilige Bundesland benannt wird, also Mecklenburg-Vorpommern von 15,7 Prozent, Bayern von 10,6 Prozent und Nordrhein-Westfalen von 7,3 Prozent der Befragten. Damit wird relativ eindeutig die geographische Ausdehnung des Begriffs Region auf die jeweilige Größe des Bundeslandes bezogen.

Geographisch kleinräumige Regionen werden von 4,5 Prozent der Befragten mit Mecklenburg oder West-Mecklenburg bezeichnet, 18,8 Prozent sprechen vom Ruhrgebiet, 9,8 Prozent verwenden die Bezeichnungen Oberbayern, Südbayern oder Alpenvorland und 7,8 Prozent reden vom Großraum München bzw. Münchner Umland. Etwas seltener werden geographische Benennungen wie Mecklenburgische Seenplatte bzw. Elbtalregion und Rheinland bzw. Niederrhein verwendet.

Die quantitative Auswertung zeigt deutlich, dass 78,2 Prozent der Oberhausener entweder von Nordrhein-Westfalen oder vom Ruhrgebiet sprechen, wenn die Region gemeint ist. In den beiden anderen Landkreisen trifft Ähnliches nur auf jeweils 61 Prozent der Befragten zu.

3.2.2 Zum Begriff der Heimat

Mit dem Begriff *Heimat* wurde anders verfahren als mit dem Begriff *Region*. Es wurde eine geschlossene Frage mit insgesamt sechs verschiedenen Bezeichnungen verwendet, um festzustellen, was die Befragten unter Heimat verstehen. Es sollte jeweils nur angegeben werden, ob die Befragten den Stadtteil/das Dorf bzw. Europa als ihre Heimat betrachten.

Insgesamt 83,5 Prozent der Befragten sehen Deutschland als ihre Heimat an, während dies für Europa nur auf 54,2 Prozent zutrifft.

Tabelle 28: Verständnis des Begriffs Heimat in der Regionalstudie; Ja-Antworten; in Prozent (N=605)

Heimat ist für mich ...	Oberhausen	München Umland	Ludwigslust	Regionalstudie	Signifikanz
der Stadtteil/das Dorf, in dem ich wohne	67,7	56,9	82,6	69,0	.00
die Stadt/der Landkreis, in der/dem ich lebe	75,5	63,5	78,0	72,3	.00
die Region, in der ich lebe	79,5	75,2	85,6	80,1	.03
das Bundesland, in dem ich lebe	73,5	71,3	77,1	74,0	.41
Deutschland	84,6	79,5	85,5	83,2	.23
Europa	52,2	59,0	51,3	54,2	.24

Quelle: ITAS-Regionalisierte telefonische Umfrage 2002 / Stolle

Deutliche signifikante regionale Unterschiede können für die ersten drei Bezeichnungen in der Tabelle dargestellt werden. Im Landkreis Ludwigslust bejahen 82,6 Prozent die Frage nach der Heimat für den Stadtteil/das Dorf, während dies im Münch-

ner Umland nur für 56,9 Prozent der Befragten gilt. Ähnlich sehen die Ergebnisse für die beiden weiteren Bezeichnungen, die Stadt/der Landkreis bzw. die Region, aus.

Für die drei weiteren Bezeichnungen in der Tabelle lassen sich dagegen keine signifikanten Mittelwertunterschiede feststellen, d. h. für das Bundesland, Deutschland und Europa antworten die Befragten in den drei Regionen ähnlich.

3.2.3 Ausmaß der Verbundenheit mit der Wohnumgebung

Weiterhin sollte neben dem Heimatbegriff erhoben werden, inwieweit die Befragten sich mit ihrer unmittelbaren Wohnumgebung verbunden fühlen. Dazu wurde nach der stärksten, der zweitstärksten und nach der geringsten Verbundenheit gefragt. Das Ergebnis zu dieser Frage liefert die folgende Tabelle.

Tabelle 29: Verbundenheit mit der unmittelbaren Wohnumgebung; Ja-Antworten; in Prozent

Verbundenheit mit ...	am stärksten	am zweit-stärksten	am geringsten	N
Ihrem Stadtteil/Dorf, in dem Sie leben	47,6	32,8	19,6	296
der Stadt/dem Landkreis, in der/dem sie leben	45,4	42,4	12,2	262
der Region, in der Sie leben	45,0	43,3	11,7	231
dem Bundesland, in dem Sie leben	36,7	39,3	24,0	229
Deutschland	32,7	48,0	19,3	275
Europa	13,0	13,4	73,6	432

Quelle: ITAS-Regionalisierte telefonische Umfrage 2002 / Stolle

Mit 73,6 Prozent wird die geringste Verbundenheit mit Europa gesehen, während das unmittelbare Umfeld der Befragten (der Stadtteil bzw. das Dorf) mit der stärksten Verbundenheit bezeichnet wird. Allerdings erhalten die Stadt und die Region mit 45 Prozent eine fast ebenso hohe Zustimmung. Interessanterweise gibt ein Fünftel der Befragten an, dass sie eine sehr geringe Verbundenheit mit ihrem Wohnort verspüren.

3.2.4 Mobilitätsbereitschaft

Mit der Frage nach der Mobilitätsbereitschaft sollte erhoben werden, inwieweit die Befragten an einen Wohnort gebunden sind oder ob sie innerhalb eines geographisch abgrenzbaren Bereichs zum Umzug zur Verbesserung ihrer Wohn- und Arbeitssituation bereit sind.

Insgesamt lässt sich aus der folgenden Tabelle die Tendenz ablesen, dass die Bereitschaft zur Mobilität der Befragten mit der Größe des geographischen Raumes abnimmt. Am höchsten ist die Mobilitätsbereitschaft im kleinräumigen Bereich und am geringsten, wenn danach gefragt wird, ob jemand aus Europa wegziehen würde. Für die fünf ausgewiesenen Mobilitätsbereiche unterscheiden sich die dargestellten Mittelwerte signifikant. Für die beiden Regionen Oberhausen und Münchner Umland werden geringere Mittelwerte erzielt als in der repräsentativen Befragung, während für Ludwigslust durchweg höhere Werte erzielt werden.

Tabelle 30: Mobilitätsbereitschaft zur Verbesserung der Wohn- oder Arbeitssituation und die Wohndauer in Jahren; Vergleich der Mittelwerte für die telefonische und die allgemeine Bevölkerungsumfrage (N = 3.242)

	Ober-hausen	Mün-chen Umland	Ludwigs-lust	Deutsch-land	Mittel-wert	Signifi-kanz
Umzug in einen anderen Stadtteil/ein anderes Dorf in der Nähe	2.4	2.3	3.4	2.8	2.8	.00
Umzug in eine andere Stadt im gleichen Bundesland	2.6	2.8	3.5	3.2	3.2	.00
Umzug in ein anderes Bundesland	3.3	3.3	3.7	3.6	3.5	.00
Aus Deutschland wegzuziehen	3.8	3.3	4.2	4.1	4.0	.00
Aus Europa wegzuziehen	4.2	3.8	4.5	4.4	4.3	.00

Anmerkung: Die Skala der Umzugsbereitschaft reicht von 1 für „sehr bereit“ bis 5 für „überhaupt nicht bereit“

Quelle: ITAS-Regionalisierte telefonische Umfrage 2002 / Stolle

Geht man hier von Skalenmittelpunkt aus, der beim Wert 2.5 liegt, dann zeigt sich, dass die Mobilitätsbereitschaft eher im kleinräumigen Bereich besonders ausgeprägt

ist und dies auch eher in den beiden städtischen Räumen von Oberhausen und im Münchner Umland. Eine ähnlich ausgeprägte Mobilitätsbereitschaft lässt sich für den ländlichen Raum Ludwigslust nicht verzeichnen, hier nimmt der Mittelwert deutlich ab und liegt bei 3.4.

Die Bereitschaft zu einem Umzug ist im ländlichen Raum in der Tendenz wesentlich geringer als in den beiden städtischen Regionen.

Wird nach dem Ort der Kindheit bzw. der Jugend als Indikator für die Sesshaftigkeit einer Person gefragt, dann dürfte sich zeigen, ob es sich bei den Befragten eher um zugezogene oder um sesshafte Personen handelt.

Tabelle 31: Ort der Kindheit und Jugend; in Prozent

Ort der Kindheit und Jugend	Oberhausen	München Umland	Ludwigslust	Regionalstudie
In dieser Stadt/in diesem Dorf	67,3	38,1	53,2	52,9
In einer anderen Stadt/einem anderen Dorf, aber in diesem Bundesland	19,3	31,2	26,9	25,8
In einem anderen Bundesland	7,4	22,3	15,9	15,2
Außerhalb Deutschlands	5,9	8,4	4,0	6,1
Anzahl der Befragten	202	202	201	605

Anmerkung: Angaben zur Signifikanz – (N = 605); $CHI^2 = 39.97$; df = 2; p = .00

Quelle: ITAS-Regionalisierte telefonische Umfrage 2002 / Stolle

Von den Befragten in Oberhausen leben 67,3 Prozent und von denen in Ludwigslust leben 53,2 Prozent zum Zeitpunkt der Umfrage immer noch am Ort der Kindheit bzw. der Jugend, während dies im Münchner Umland nur für 38,1 Prozent der Befragten zutrifft. Werden die Antworten für die zweite Kategorie berücksichtigt, so ergibt sich ein Prozentsatz von 78,7 der Befragten, die sich in der Vergangenheit hauptsächlich in einem Bundesland aufgehalten haben. Insgesamt betrachtet ist somit eine Mobilität über größere Distanzen offensichtlich relativ gering, denn über drei Viertel der Befragten haben das jeweilige Bundesland niemals verlassen. Dies wiederum zeigt,

das die Befragten sich offensichtlich in einem hohen Maße mit der Region identifizieren, in der sie von Kindheit an leben.

Hinzukommt, dass die durchschnittliche Wohndauer der Befragten für die Regionalstudie bei 27 Jahren liegt. Am höchsten ist dieser Wert für Oberhausen mit 30,5 Jahren, er sinkt dann ab auf 29 Jahre für Ludwigslust und beträgt schließlich für das Münchner Umland 21,7 Jahre.

Diese signifikanten Unterschiede der Wohndauer für die drei Regionen lassen sich auch aus der folgenden Tabelle ablesen. Fast ein Drittel der Befragten im Münchner Umland wohnt weniger als zehn Jahre in der Region, während andererseits in Oberhausen 27,9 Prozent und in Ludwigslust 28 Prozent schon über 41 Jahre und länger in der Gegend wohnen.

Tabelle 32: Wohndauer; in Prozent (N = 602)

Wohndauer	Oberhausen	München Umland	Ludwigslust	Regionalstudie
bis 10 Jahre	17,9	29,9	24,5	24,1
11 bis 20 Jahre	19,9	25,4	16,0	20,4
21 bis 30 Jahre	15,9	20,9	16,0	17,6
31 bis 40 Jahre	18,4	13,9	15,5	15,9
41 Jahre und länger	27,9	10,0	28,0	21,9
Anzahl der Befragten	201	201	200	602

Anmerkung: Angaben zur Signifikanz – $CHI^2 = 33.2$; df = 8; p = .00

Quelle: ITAS-Regionalisierte telefonische Umfrage 2002 / Stolle

Daran lassen sich vermutlich unterschiedliche Dynamiken der betrachteten Regionen ablesen. Während die Kohle- und Stahlindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg Arbeitskräfte in das Ruhrgebiet gelockt hat, sind es in einer ländlichen Region wie Ludwigslust eher die Aussiedler und Flüchtlinge aus dem früheren Osten des Deutschen Reiches, die sich dort niedergelassen haben. Demgegenüber zieht das Münchner Umland offenbar eher in den letzten 20 Jahren Arbeitskräfte an, die dort in den aufstre-

benden Branchen der Kommunikationsindustrie arbeiten – immerhin wohnen über die Hälfte der Befragten weniger als 20 Jahre in der Region.

3.2.5 Quantitativer Aktionsradius

Um den quantitativen Aktionsradius der Befragten zu ermitteln, wurde nach der Entfernung zwischen dem Wohnort und den Geschäften, in denen man regelmäßig einkauft, gefragt. Weiterhin wurde die Entfernung zum Arbeitsplatz, zum Theater oder Kino und zum nächsten Naherholungsgebiet erhoben. Diese vier Fragen können nicht den geographischen Aktionsradius eines Menschen widerspiegeln, jedoch dienen sie als Indikatoren, um zu ermitteln, wie weit die Entfernungen zwischen Wohnort und anderen Gelegenheiten für den täglichen Bedarf im jeweiligen Raum der einzelnen Regionen sind.

Traditioneller Weise dürften die städtischen Bewohner bzw. diejenigen, die in der Nähe einer Großstadt leben, die jeweils kürzesten Wege zurücklegen; diejenigen jedoch, die auf dem Land leben, dürften dann auch die längsten Wege zu absolvieren haben. Die folgende Tabelle liefert dazu die Ergebnisse.

Tabelle 33: Entfernung zwischen der Wohnung und den Einkaufsmöglichkeiten, dem Arbeitsplatz, Theater/Kino und Naherholungsgebieten; Vergleich der Mittelwerte für die telefonische und die allgemeine Bevölkerungsumfrage in km (N = 3.242)

Entfernung zwischen ...	Oberhausen	München Umland	Ludwigslust	Deutschland	Mittelwert	Signifikanz
Wohnung und Einkaufsmöglichkeiten	2.9	4.1	10.0	3.6	4.0	.00
Wohnung und Arbeitsplatz	13.0	12.7	22.0	10.8	11.8	.00
Wohnung und Theater bzw. Kino	5.8	13.3	37.2	10.1	11.8	.00
Wohnung und Naherholungsgebiet	26.5	38.3	36.0	26.5	27.7	.00

Anmerkung: Die Entfernungen wurden in Kilometerangaben erhoben

Quelle: ITAS-Regionalisierte telefonische Umfrage 2002 / Stolle

Die Ergebnisse der Tabelle 33 zeigen für den vorgenommenen Mittelwertvergleich hoch signifikante Unterschiede für alle vier erhobenen Funktionsbereiche der Mobilität (Einkauf, Arbeit, Unterhaltung, Erholung). Im Landkreis Ludwigslust sind die zurückgelegten Entfernungen zum Einkaufen, zum Theater bzw. Kino, zum Naherholungsgebiet und zum Arbeitsplatz deutlich größer als in Oberhausen und als sie in der repräsentativen Bevölkerungsumfrage 2002 deutschlandweit ermittelt werden konnten.

3.2.6 Information über wichtige Ereignisse in der Region, Güte der Informiertheit und die Lösung zukünftiger Aufgaben

Zur Frage der Information über wichtige Ereignisse in der Region wurde erhoben, welche Informationskanäle überwiegend genutzt werden. In der folgenden Tabelle sind die jeweiligen bejahenden Antworten aufgeführt. Es zeigt sich, dass die Tageszeitungen sowohl in Oberhausen, wie auch im Münchner Umland und in Ludwigslust den ersten Informationsweg darstellen.

Tabelle 34: Information über Ereignisse in der Region; nur bejahende Antworten; in Prozent (N = 605)

	Oberhausen	München Umland	Ludwigslust	Regionalstudie
Tageszeitungen	87,1	88,1	90,5	88,6
Wochenzeitungen	65,8	50,0	54,2	56,7
Rundfunk	71,8	66,8	85,1	74,5
Internet	37,1	43,6	27,4	36,0
Fernsehen	82,2	64,4	84,6	77,0
Persönliche Gespräche	84,7	78,7	78,6	80,7
Anzahl der Befragten	202	202	201	605

Quelle: ITAS-Regionalisierte telefonische Umfrage 2002 / Stolle

In der Regionalstudie nutzen 88,6 Prozent der Befragten die Tageszeitung, um sich über Ereignisse in der Region zu informieren. An zweiter Stelle sind mit 80,7 Prozent

persönliche Gespräche und mit 77,0 Prozent das Fernsehen und der Rundfunk mit 74,5 Prozent ausschlaggebend, um informiert zu werden. Am wenigsten wird das Internet genutzt, das hier von 36 Prozent der Befragten als Informationsweg angegeben wird.

Wird in einem weiteren Schritt danach gefragt, wie gut man sich über die Angelegenheiten der hiesigen Region informiert fühlt, dann zeigt sich, dass sich über 60 Prozent der Befragten *sehr gut* bzw. *gut* informiert fühlen. Ein Drittel der Befragten ist teils gut, teils weniger gut informiert.

Tabelle 35: Güte der Informiertheit über Ereignisse in der Region; in Prozent (N = 605)

	Oberhausen	München Umland	Ludwigslust	Regionalstudie
sehr gut informiert	10,9	20,8	10,4	14,0
gut informiert	49,0	47,0	44,8	46,9
teils/teils	33,7	26,2	38,3	32,7
zu wenig informiert	6,4	4,5	5,5	5,5
gar nicht informiert	-	1,5	1,0	0,8
Anzahl der Befragten	202	202	201	605

Anmerkung: Angaben zur Signifikanz – CHI^2 = 18,3; df = 8; Signifikanz = .02

Quelle: ITAS-Regionalisierte telefonische Umfrage 2002 / Stolle

Werden die regionalen Unterschiede betrachtet, die wiederum signifikant sind, so zeigt sich, dass sich die Befragten im Münchner Umland mit 67,8 Prozent am besten informiert fühlen, während in der ländlichen Region Ludwigslust dies nur 55,2 Prozent von sich behaupten können.

3.2.7 Zukünftige Aufgaben für die Region

Im Anschluss daran wurden diejenigen Befragten, die hinsichtlich der Güte der Informiertheit[23] über die Region davon ausgehen, dass sie *sehr gut* bzw. *gut informiert* sind, danach befragt, welches die wichtigsten zu lösenden zukünftigen Aufgaben der Region sind.

Maximal sollten die Befragten drei zukünftige Aufgaben für die Region benennen. Es wurde eine vorgegebene Liste von sieben Aufgaben verwendet.

Tabelle 36: Die wichtigsten zukünftigen Aufgaben in der Region nach erster, zweiter und dritter Priorität; Spaltenprozente (N = 368)

	Oberhausen			München Umland			Ludwigslust			Regionalstudie		
Priorität	1.	2.	3.	1.	2.	3.	1.	2.	3.	1.	2.	3.
Arbeitslosigkeit abbauen	**46,3**	**26,7**	13,7	17,6	11,9	14,3	**40,5**	**30,2**	13,0	**34,0**	**22,6**	13,7
Kriminalität verringern	9,9	15,5	**18,6**	14,7	13,6	10,5	14,4	21,7	14,1	13,0	16,8	14,4
Wirtschaftsstandort stärken	12,4	10,3	14,7	11,0	13,6	14,3	14,4	13,2	**25,0**	12,5	12,4	**17,7**
Konjunktur ankurbeln	14,9	12,9	13,7	13,2	11,0	14,3	8,1	16,0	7,6	12,2	13,2	12,0
Bildungsdefizite abbauen	9,1	12,1	16,7	11,8	16,1	**16,2**	13,5	6,6	13,0	11,4	11,8	15,4
Umweltbelastung verringern	5,8	12,1	15,7	**20,6**	**19,5**	11,4	4,5	6,6	12,0	10,9	12,9	13,0
Lebensqualität verbessern	1,7	9,5	5,9	8,8	13,6	15,2	2,7	5,7	14,1	4,6	9,7	11,7
Anzahl der Antworten	121	116	102	136	118	105	111	106	92	368	340	299

Anmerkung: Die jeweils höchste Prozentzahl einer Spalte ist hervorgehoben

Quelle: ITAS-Regionalisierte telefonische Umfrage 2002 / Stolle

Deutliche Unterschiede sind in der Tabelle zu erkennen. In Oberhausen und in Ludwigslust sind jeweils die Aufgabe des Abbaus der Arbeitslosigkeit als erste und zweite Priorität benannt worden, so wie dies auch für die Regionalstudie insgesamt gilt.

[23] An dieser Stelle des Fragebogens unterteilt die Filterfrage „Güte der Informiertheit“ die Befragten in diejenigen, die nach den *zukünftigen Aufgaben für die Region* befragt werden – das sind 368 Personen

Als dritte Priorität wird in Oberhausen die Verringerung der Kriminalität genannt und in Ludwigslust die Stärkung des Wirtschaftsstandortes.

Im Gegensatz dazu antworten die Befragten im Münchner Umland ganz anders. Hier steht an erster und zweiter Stelle die Verringerung der Umweltbelastung und an dritter Stelle der Abbau von Bildungsdefiziten.

3.2.8 Image der Region und die Berechtigung des Image

In einer offen gestellten Frage wurde nach dem Image der jeweiligen Region gefragt, das die Region bei Personen hat, die nicht dort wohnen. Die dazu notierten Antworten sind sehr breit gestreut und müssen gesondert ausgewertet werden. Deshalb wird an dieser Stelle auf eine ausführliche Darstellung verzichtet.

In einem weiteren Schritt wurde jedoch danach gefragt, ob das von den Befragten genannte Image nach ihrer Auffassung zutreffend ist. Die Ergebnisse zu dieser Frage sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle 37: Ist das Image der Region zutreffend? in Prozent (N = 336)

		Oberhausen	München Umland	Ludwigslust	Regionalstudie
Ist das Image für Sie persönlich zutreffend?	Ja	55,2	90,8	80,0	76,5
	Nein	44,8	9,2	20,0	23,5
Anzahl der Befragten		105	131	100	336

Anmerkung: Angaben zur Signifikanz – $CHI^2 = 42,0$; df = 2; Signifikanz = .00

Quelle: ITAS-Regionalisierte telefonische Umfrage 2002 / Stolle

Eigen- und Fremdwahrnehmung der Region stimmen im Münchner Umland mit 90,0 Prozent weitgehend überein, während die Übereinstimmung in Ludwigslust immerhin noch 80 Prozent beträgt und in Oberhausen nur noch 55,2 Prozent der Befragten

– und diejenigen, die gleich zu der Frage nach dem perzipierten politischen Einfluss im hinteren Teil des Fragebogens springen (vgl. Anhang 4).

eine Übereinstimmung des Image bestätigen. Im Münchner Umland und in Ludwigslust ist demnach eine hohe Übereinstimmung von Eigen- und Fremdwahrnehmung zu verzeichnen, während diese in Oberhausen völlig auseinander gehem.

3.2.9 Abhängigkeit der Region von Fördermitteln

Weiterhin wurde erhoben, inwieweit die Region in der Auffassung der Befragten “in besonderem Maße auf Fördermittel des Landes oder des Bundes angewiesen” ist. Die Frage ist wiederum, orientiert an dem oben dargestellten Filter, nur an die besonders gut informierten Befragten gestellt worden Die Ergebnisse zur Abhängigkeit der Region von Fördermitteln sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle 38: Abhängigkeit der Region von Fördermitteln; in Prozent (N = 291)

		Oberhausen	München Umland	Ludwigslust	Regionalstudie
Abhängigkeit der Region von Fördermitteln	Ja	76,8	15,7	88,3	56,4
	Nein	23,2	84,3	11,7	43,6
Anzahl der Befragten		82	115	94	291

Anmerkung: Angaben zur Signifikanz – CHI^2 = 130,4; df = 2; Signifikanz = .00

Quelle: ITAS-Regionalisierte telefonische Umfrage 2002 / Stolle

In dieser Frage nach der Abhängigkeit der Region von Bundes- bzw. Landesmitteln wird recht deutlich, dass die subjektive Sicht der Befragten durchaus von den objektiven Gegebenheiten abweichen kann. In einer Region, in die der größte Teil der bayerischen Landesmittel zur Förderung neuer Technologien (ca. 80 Prozent) fließen, sind die Befragten der Auffassung, dass die Region auf keine Fördermittel angewiesen ist dies ist für das Münchner Umland der Fall!

Umgekehrt sind die Befragten in Oberhausen und in Ludwigslust mit 76,8 und 88,3 Prozent der Meinung, dass die jeweilige Region auf Fördermittel angewiesen ist – dies dürfte wohl eher den objektiven Gegebenheiten entsprechen. Die Ergebnisse zu dieser Frage unterscheiden sich signifikant.

3.3 Technikverständnis und politische Partizipation der Bevölkerung

Zu den beiden Themen Technikverständnis und politische Partizipation der Bevölkerung bei technischen Großprojekten konnten, Vergleiche zwischen der Regionalstudie und der repräsentativen Bevölkerungsbefragung 2002 vorgenommen werden. Dies war möglich, weil zu beiden Themenbereichen in beiden Untersuchungen identische Fragenerhoben wurden (vgl. Anhang 1 zur Fragebogenkonstruktion).

In weiteren, hier nicht dokumentierten, Analysen hat sich gezeigt, dass eine Beschränkung der Auswertung auf die drei untersuchten Regionen zu keinen signifikanten Unterschieden geführt hat. Für die nun folgenden Analysen gilt, dass die Befragten in den drei Landkreisen in ihrem Antwortverhalten relativ ähnlich sind. Aus diesem Grund werden nun auch die Daten der repräsentativen Bevölkerungsbefragung 2002 zum Vergleich herangezogen.

Wesentlich stärker als in den vorangehenden Abschnitten tritt nun ein Vergleich der Regionalstudie mit der repräsentativen Bevölkerungsumfrage 2002 in den Mittelpunkt der Analyse. Dadurch lassen sich auch besser Ähnlichkeiten bzw. die wesentlichen Unterschiede in den Ergebnissen zwischen beiden Studien darstellen.

3.3.1 Technikverständnis

Die Einschätzung der subjektiven Technikkenntnisse und die persönliche Einstellung zur Technik wurden mit zwei verschiedenen Fragen erhoben.

Die Ergebnisse zu den Mittelwertunterschieden beider Fragen liefert die Tabelle 39 in den ersten beiden Zeilen. Die Kenntnisse der modernen Technik sind im Münchner Umland mit einem Mittelwert von 4.3 ausgewiesen, während in den Vergleichsregionen geringere Werte ermittelt werden. Dies ist möglicherweise auf den Umstand zurückzuführen, dass es sich bei München um eine ausgesprochene Technologieregion handelt.

Tabelle 39: Technikkenntnisse, persönliche Einstellung zur Technik sowie positives und negatives Technikverständnis; Vergleich der Mittelwerte für die telefonische und die allgemeine Bevölkerungsumfrage (N = 3.242)[24]

	Ober-hausen	München Umland	Ludwigs-lust	Deutsch-land	Mittel-wert	Signifi-kanz
Kenntnisse der modernen Technik	4.0	4.3	3.9	4.0	4.0	.02
Persönliche Einstellung zur Technik	5.3	5.4	5.4	5.2	5.3	.04
Die Technik ist undurchschaubar und bedrohlich (a)	3.4	3.1	3.7	3.5	3.5	.00
Technik führt zu Umweltver-schmutzung (b)	3.8	3.8	4.2	4.1	4.1	.04
Technik wird eingesetzt, ohne die Auswirkungen vorher hinreichend zu untersuchen (c)	4.2	4.1	4.3	4.2	4.2	.46
Technik ist notwendig zum Überleben einer wachsenden Weltbevölkerung (d)	5.0	5.2	5.5	5.2	5.2	.02
Technik muss stärker überwacht und kontrolliert werden (e)	5.1	4.9	5.6	5.0	5.0	.00
Ohne Technik könnte man die Arbeit des Alltags gar nicht mehr bewältigen (f)	5.2	5.6	5.8	5.6	5.6	.00
Vereinfachung des täglichen Lebens (g)	5.2	5.2	5.6	5.7	5.6	.00

Anmerkung: Die Variable „Kenntnisse der modernen Technik“ ist von 1 für *„Ich verstehe von Technik gar nicht viel“* bis 7 *„Ich verstehe von Technik sehr viel“* codiert. Bei der Variablen „Persönliche Einstellung zur Technik“ bedeutet die 1 *„Ich stehe der Technik sehr negativ ...“* bzw. 7 für *„... sehr positiv gegenüber“*. Alle anderen in der Tabelle aufgeführten Items sind von 1 für *„stimme gar nicht zu“* bis 7 *„stimme vollkommen zu“* codiert.

Quelle: ITAS-Regionalisierte telefonische Umfrage 2002, Umfrage 2002 / Stolle

Für die persönliche Einstellung zur Technik werden in allen drei ausgewählten Regionen deutlich höhere Werte ermittelt als in der repräsentativen Befragung. Die dargestellten Mittelwerte für die Kenntnisse und die persönliche Einstellung zur Technik unterscheiden sich signifikant, wenn auch nur auf einem 5%-Niveau.

[24] Die Tabelle ist so aufgebaut, dass zuerst die Ergebnisse aus Oberhausen und aus dem Münchner Umland mit jeweils 202 Befragten und dann die aus Ludwigslust mit 201 Personen dargestellt werden. Danach folgen die Ergebnisse der deutschlandweiten repräsentativen Umfrage mit 2.637 Befragten. Schließlich wird in der Tabelle der Mittelwert aller vier vorher genannten Gebiete mit insgesamt 3.242 Befragten ausgewiesen.

Im Gegensatz zur repräsentativen Bevölkerungsumfrage 2001 wurden im Jahr 2002 für die beiden Studien insgesamt sieben Items zum Thema des positiven bzw. negativen Technikverständnisses verwendet. Die geringste Zustimmung, orientiert an der Höhe des Mittelwertes, erhält in der Tabelle 1 das Item „Die Technik ist undurchschaubar und bedrohlich“, während für „Vereinfachung des täglichen Lebens“ in der Tendenz die höchste Zustimmung zu verzeichnen ist. Die Mittelwerte aller anderen fünf Items befinden sich zwischen diesen beiden Extremwerten.

Bis auf eine Ausnahme (Item c) unterscheiden sich die dargestellten Mittelwerte signifikant. In der Tendenz sind die Mittelwerte in Ludwigslust etwas höher als in der repräsentativen Befragung und sie liegen auch im Vergleich zum Gesamtmittelwert höher, d. h. die verwendeten Items erhalten in diesem Landkreis eine höhere Zustimmung als dies für Oberhausen oder das Münchner Umland zu verzeichnen ist. Für den letzten Landkreis sind sogar gleiche oder geringere Mittelwerte ausgewiesen als in den Vergleichsspalten der Tabelle, d. h. die Zustimmung zu den Items ist dort etwas zurückhaltender.

Alle sieben Items erreichen im Durchschnitt Werte, die größer als 3.5 (Skalenmittelpunkt) sind.

In einem weiteren Schritt wurde eine Faktorenanalyse mit den sieben Items zum Technikverständnis durchgeführt. Es ergaben sich insgesamt zwei Faktoren mit einer erklärten Varianz von 54 Prozent. Theoretisch sinnvoll bleibt somit eine Differenzierung der Items nach positivem und negativem Technikverständnis bzw. Technikpessimismus und Technikoptimismus.

Unter diese neue Technikoptimismus-Skala fallen die Items (d), (f) und (g), während die Technikpessimismus-Skala durch die Items (a), (b), (c) und (e) gebildet wird, indem die Ursprungsitems additiv zusammengefasst werden. Letztere Skala ist dadurch zu charakterisieren, dass mit der Zustimmung der Befragten zu den genannten vier Items eher *Zweifel oder Bedenken* an der modernen Technik zum Ausdruck gebracht werden. Die Befragten, die diese vier Items eher zustimmend bewerten, können auch als *Technikskeptiker* bezeichnet werden. Im Gegensatz dazu stehen die Befragten, die den anderen drei Items überwiegend zustimmen, wodurch ein positi-

ves Technikverständnis zum Ausdruck gebracht wird – hier handelt es sich um *Technikoptimisten*.

In der Tabelle 40 werden die Korrelationen der Technikkenntnisse und der persönlichen Einstellung zur Technik mit der Technikoptimismus- und Technikpessimismus-Skala untergliedert nach den vier untersuchten Regionen dargestellt.

Tabelle 40: Korrelationen der Technikkenntnisse und der persönlichen Einstellung zur Technik mit der Technikoptimismus- und Technikpessimismus-Skala; Differenziert nach Regionen

	Region	Kenntnisse der modernen Technik	Persönliche Einstellung zur Technik	Technik-optimismus
Persönliche Einstellung zur Technik	Oberhausen	.27**		
	München	.50**		
	Ludwigslust	.35**		
	Deutschland	.45**		
Technikoptimismus	Oberhausen	.16*	.33**	
	München	.15*	.30**	
	Ludwigslust	.08	.32**	
	Deutschland	.15**	.42**	
Technikpessimismus	Oberhausen	-.15*	-.10	.23**
	München	-.21**	-.20**	.09
	Ludwigslust	.05	-.04	.25**
	Deutschland	-.19**	-.34**	-.14**

Quelle: ITAS-Regionalisierte telefonische Umfrage 2002 / Stolle

Die Variable „positive persönliche Einstellung zur Technik“ weist mit .45** eine hohe Korrelation zu den „Kenntnissen der modernen Technik“ auf. Dies bedeutet im Umkehrschluss zunächst auch, dass eine negative persönliche Einstellung zur modernen Technik mit geringen „Kenntnissen der modernen Technik“ einhergeht.

Die hier angesprochenen statistischen Zusammenhänge sind sowohl für die bundesweite Bevölkerungsbefragung als auch für die drei Regionen der telefonischen Befragung nachweisbar. Am höchsten ist die entsprechende Korrelation mit .50** im Münchener Umland, am geringsten fällt sie mit .27** in der Region Oberhausen aus.

Ob hierin freilich eine Bestätigung der häufig geäußerten Vermutung zu sehen ist, dass negative Technikeinstellungen vornehmlich auf geringe Technikkenntnisse zurückgehen, steht dahin. Man sollte angesichts des zweifellos gemessenen statistischen Zusammenhangs nicht vergessen, dass es sich bei den „Kenntnissen“ um eine Selbsteinschätzung der Befragten handelt, die ihrerseits nicht unerheblich von der generellen Technikbewertung dieser Befragten geprägt sein kann. (Ein gemeinsamer Nenner beider Variablen wäre dann: „Wir wollen mit der Technik etwas bzw. nichts zu tun haben.“)

Der Versuch, behauptete (Un-)Kenntnisse mittels Indikatorfragen gleichsam zu objektivieren, wird jedenfalls selten – auch in der vorliegenden Untersuchung nicht – unternommen.

Auch die von uns konstruierte Technikoptimismus-Skala weist eine positive Korrelation von .15** zu den „Kenntnissen der modernen Technik“ auf, bei der Technikpessimismus-Skala ist die Korrelation mit -.19* erwartungsgemäß negativ. Der Tendenz nach zeigen sich diese Zusammenhänge auch für die Regionen, mit Ausnahme der Region Ludwigslust.

An der Tatsache, dass die Beträge dieser Korrelationen durchweg geringer sind als jene der univariat erfragten „persönlichen Einstellung zur Technik“, wird zugleich bereits deutlich, dass in die hier verwendeten Optimismus/Pessimismus-Skalen über den technikbewertenden Aspekt hinaus weitere Dimensionen eingehen, die den statistischen Zusammenhang schwächen, auch wenn die Skalen ihrerseits mit den „persönlichen Einstellungen zur Technik“ im erwarteten Sinn korrelieren.

Die Technikoptimismus-Skala besitzt eine positive Korrelation von .42** mit der persönlichen Einstellung zur Technik, während umgekehrt die Technikpessimismus-Skala auch eine negative Korrelation von -.34** mit der persönlichen Einstellung zur Technik aufweist.

Obwohl also nun die direkten Beziehungen zwischen der Technikoptimismus- und der Technikpessimismus-Skala tendenziell invers sein sollten, wie dies mit einem Korrelationskoeffizienten von -.14** in der bundesweiten Befragung auch der Fall ist,

realisiert sich die genannte Erwartung im Rahmen der drei Regionalbefragungen nicht. Der scheinbar paradoxe Sachverhalt von Indifferenz bzw. gar einer schwach positiven Korrelation (Oberhausen, Ludwigslust) ist offenbar konstruktionsbedingt, d. h. er geht auf die nicht bewertenden Dimensionen der beiden Skalen zurück. Er verliert weiter an Gewicht, wenn man zudem die geringen Beträge der aufgewiesenen (positiven wie negativen) Korrelationen berücksichtigt. Gerade auch die in der bundesweiten Befragung „erwartungsgemäße“ negative Korrelation weist mit -.14** darauf hin, dass das Gewicht der nicht bewertenden Aspekte in beiden Skalen für die Befragten erheblich größer sein muss als der bewertende Aspekt.

3.3.2 Partizipation der Bevölkerung bei technischen Großprojekten

Die politische Partizipation im engeren Sinne wurde mit Hilfe einer weiteren Frage erhoben. Die Befragten sollten den perzipierten Einfluss verschiedener politischer Aktivitäten einschätzen. Im Gegensatz zur repräsentativen Bevölkerungsumfrage 2001 beschränkte sich die Telefonumfrage auf insgesamt neun politische Aktivitäten. Außerdem wurde eine Modifikation hinsichtlich einer Formulierung vorgenommen. Statt allgemein von Parlamentswahlen zu sprechen, wurde nun der Begriff Kommunalwahl verwendet. Die Ergebnisse von Regionalstudie und repräsentativer Bevölkerungsumfrage 2002 werden in der Tabelle 41 dargestellt.

In den drei untersuchten Regionen wird den abgefragten politischen Aktivitäten – mit Ausnahme der „Teilnahme an Demonstrationen“ – durchweg ein höherer Einfluss auf die Politik zugeschrieben als in der bundesweiten Befragung. Die für die Regionen ermittelten Mittelwerte – abgesehen von der erwähnten Ausnahme – differieren dementsprechend hochsignifikant von jenen der allgemeinen Bevölkerungsbefragung.

Tabelle 41: Perzipierter Einfluss politischer Aktivitäten auf die Politik; Mittelwerte; Vergleich der Regionalstudie mit der repräsentativen Befragung (N = 3.242)

	Ober-hausen	München Umland	Ludwigs-lust	Deutsch-land	Mittel-wert	Signifi-kanz
an Kommunalwahl beteiligen	5.1	5.2	5.1	4.8	4.9	.00
in einer Partei mitarbeiten	4.6	4.7	4.1	4.1	4.2	.00
in einer Bürgerinitiative mitarbeiten	4.4	4.5	4.4	4.1	4.2	.00
an einer Unterschriftensammlung beteiligen	4.0	4.1	4.3	4.0	4.0	.03
an öffentlichen Diskussionen beteiligen	4.1	3.9	4.3	3.8	3.9	.00
an Genehmigungsverfahren teilnehmen	4.0	4.0	3.9	3.7	3.7	.01
an Demonstration teilnehmen	3.6	3.4	3.7	3.5	3.5	.12
Leserbrief an Lokalzeitung schreiben	3.5	3.0	3.7	3.2	3.2	.00
nicht an Kommunalwahl beteiligen	2.5	2.1	2.7	2.5	2.5	.01

Anmerkung: Die Skala der Variablen reicht hier von 1 für *„überhaupt nicht“* bis 7 für *„sehr stark“*, d. h. je näher die Mittelwerte in Richtung der Zahl *„eins“* tendieren, desto geringer wird von den Befragten der perzipierte Einfluss politischer Aktionen angesehen – umgekehrt heißt das, je höher die Mittelwerte, desto höher der perzipierte Einfluss.

Quelle: ITAS-Regionalisierte telefonische Umfrage 2002 / Stolle

Ein insgesamt sehr geringer perzipierter Einfluss wird den drei Aktivitäten *Teilnahme an einer Demonstration*, *Schreiben eines Leserbriefs an die Lokalzeitung* und der *Verweigerung der Beteiligung an einer Kommunalwahl* zugeschrieben. Im Gegensatz dazu wird mit der *Beteiligung an einer Kommunalwahl*, der *Mitarbeit in einer Partei* und in *einer Bürgerinitiative* sowie der *Sammlung von Unterschriften* ein sehr hoher perzipierter Einfluss verbunden. Die Befragten verbinden also mit den konstruktiven Formen der politischen Partizipation einen wesentlich höheren perzipierten Einfluss auf die Politik.

In einer weiteren Frage wird nun der Relevanz der Partizipation der Bevölkerung bei einer Entscheidung über die Ansiedlung von technischen Großanlagen nachgegan-

gen. Wiederum basiert die folgende Tabelle 42 auf einem Vergleich zwischen der Regionalstudie und der repräsentativen Bevölkerungsumfrage 2002. Die Analyse hat im Vorhinein gezeigt, dass es keine signifikanten Mittelwertunterschiede zwischen den drei untersuchten Regionen gibt.

Tabelle 42: Relevanz der Partizipation der Bevölkerung bei einer Entscheidung über die Ansiedlung technischer Großanlagen (in Prozent); Vergleich der Regionalstudie mit der repräsentativen Befragung (N = 603 bzw. N = 2.637)

		Sehr wichtig	Wichtig	Eher unwichtig	Ganz unwichtig
Endlager für radioaktive Abfälle	Regionalstudie	61,6	9,3	7,8	21,3
	Deutschland	73,1	15,2	4,8	6,9
Müllverbrennungsanlage	Regionalstudie	46,8	29,1	12,6	11,5
	Deutschland	64,3	24,5	6,2	5,0
Atomkraftwerk	Regionalstudie	60,4	11,5	8,5	19,5
	Deutschland	68,4	16,6	8,8	6,3
Chemiefabrik	Regionalstudie	48,8	23,2	11,8	16,2
	Deutschland	61,2	23,0	9,8	6,0
Erdölraffinerie	Regionalstudie	43,5	27,3	15,7	13,5
	Deutschland	49,0	35,5	11,3	4,2
Gentechnische Anlage	Regionalstudie	34,2	28,3	23,4	14,1
	Deutschland	43,1	30,7	18,3	8,0
Wasserkraftwerk	Regionalstudie	23,4	43,4	23,0	10,2
	Deutschland	36,9	38,1	20,4	4,6
Windpark	Regionalstudie	22,1	38,9	26,8	12,2
	Deutschland	31,1	37,4	24,0	7,5
Automobilfabrik	Regionalstudie	24,7	39,0	25,0	11,3
	Deutschland	28,1	38,2	26,2	7,5

Quelle: ITAS-Regionalisierte telefonische Umfrage 2002, Umfrage 2002 / Stolle

Vergleicht man in der Tabelle 42 die Prozentwerte in den vier aufgeführten Kategorien, so zeigt sich, dass deutschlandweit für die aufgeführten technischen Großanlagen die Wichtigkeit der Partizipation der Bevölkerung wesentlich höher eingeschätzt wird als in der Regionalstudie. Umgekehrt zeigt sich auch, dass in der Regionalstudie die Partizipation der Bevölkerung in der Tendenz als unwichtig bewertet wird. An diesem Punkt können deutliche Unterschiede in der Bewertung der Befragten zwischen Regionalstudie und repräsentativer Studie festgestellt werden.

In der Tabelle 43 wird dieses Ergebnis mit Hilfe der einzelnen Mittelwerte verdeutlicht und es zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen den einzelnen Regionen und der deutschlandweiten Untersuchung.

Tabelle 43: Partizipation der Bevölkerung bei einer Entscheidung über die Ansiedlung technischer Großanlagen; Vergleich der Mittelwerte für die telefonische und die allgemeine Bevölkerungsumfrage (N = 3.242)

	Oberhausen	München Umland	Ludwigslust	Deutschland	Mittelwert	Signifikanz
Endlager für radioaktive Abfälle	1.8	1.8	2.1	1.5	1.5	.00
Müllverbrennungsanlage	1.8	1.8	2.0	1.5	1.6	.00
Atomkraftwerk	1.8	1.8	2.0	1.5	1.6	.00
Chemiefabrik	1.8	1.9	2.2	1.6	1.7	.00
Erdölraffinerie	1.9	1.9	2.2	1.7	1.8	.00
Gentechnische Anlage	2.1	2.2	2.3	1.9	2.0	.00
Wasserkraftwerk	2.1	2.3	2.2	1.9	2.0	.00
Windpark	2.2	2.4	2.3	2.1	2.1	.00
Automobilfabrik	2.2	2.3	2.2	2.1	2.2	.04

Anmerkung: Die Skala der Variablen reicht hier von 1 für *„sehr wichtig“* bis 4 für *„ganz unwichtig“*, d. h. je näher die Mittelwerte in Richtung der Zahl *„eins“* tendieren, desto wichtiger wird von den Befragten eine Beteiligung der Bevölkerung bei der Entscheidung über die Ansiedlung von technischen Großanlagen angesehen.

Quelle: ITAS-Regionalisierte telefonische Umfrage 2002, Umfrage 2002 / Stolle

Für die ersten sechs in der Tabelle aufgeführten technischen Anlagen sind die Mittelwerte im Landkreis Ludwigslust jeweils am höchsten, d. h. in dieser ländlich geprägten Region wird der Partizipation der Bevölkerung bei der Errichtung von technischen Großanlagen eine geringere Bedeutung zugeschrieben als in den anderen beiden Regionen und auch im Vergleich zu den deutschlandweiten Ergebnissen.

An diesem Punkt der Analyse stellt sich die Frage, ob die beschriebenen Ergebnisse als Effekte der Regionalisierung zu interpretieren sind oder als Ost-West-Gegensatz gesehen werden müssen. Da die Mittelwerte in den beiden anderen Regionen in der Tendenz auch höher sind als in der deutschlandweiten Befragung und sich diese un-

tereinander nicht signifikant unterscheiden, ist davon auszugehen, dass an dieser Stelle regionale Effekte zu unterstellen sind.

In einem weiteren Schritt wurden die Befragten mit der möglichen Realisierung eines konkreten technischen Projekts konfrontiert. In der repräsentativen Befragung 2002 wurde nach der Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle gefragt, während sich die Regionalstudie mit der gleichen Formulierung der Frage auf eine Sondermüllverbrennungsanlage bezog.

Tabelle 44: Errichtung einer Sondermüllverbrennungsanlage bzw. eines Endlagers für radioaktive Abfälle; Vergleich der Regionalstudie mit der allgemeine Bevölkerungsumfrage

Frage nach der Errichtung einer:	Regionalstudie Sondermüll-verbrennungsanlage	Repräsentative Studie End-lager für radioaktive Abfälle
Dafür	13,2	4,6
Das wäre mir egal	5,9	10,2
Dagegen	80,8	85,2
Anzahl der Befragten	589	2490

Quelle: ITAS-Regionalisierte telefonische Umfrage 2002, Umfrage 2002 / Stolle

In der Beantwortung dieser Frage gibt es in der Regionalstudie keine signifikanten Unterschiede zwischen den verschiedenen Landkreisen. Abgelehnt wird die Errichtung einer Sondermüllverbrennungsanlage von 81 Prozent der Befragten. In der repräsentativen Bevölkerungsumfrage wird das Endlager für radioaktive Abfälle von 85 Prozent der Befragten abgelehnt. Trotz unterschiedlicher technischer Anlagen ist die Ablehnung der Befragten ähnlich ausgeprägt. Im Gegensatz dazu befürworten jedoch 13 Prozent die Errichtung einer Sondermüllverbrennungsanlage und nur 5 Prozent wären für die Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle in der Region.

Wird schließlich nach der Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen verschiedener demokratischer Institutionen gefragt, die die Entscheidung für ein Endlager radioaktiver Abfälle bzw. einer Sondermüllverbrennungsanlage treffen, dann zeigen sich wie-

derum deutliche Mittelwertunterschiede zwischen der Regionalstudie und der repräsentativen deutschlandweiten Befragung 2002.

Tabelle 45: Akzeptanz der Mehrheitsentscheidung demokratischer Institutionen; Vergleich der Regionen mit der allgemeinen Bevölkerungsumfrage (N = 3.242); Bejahung der Frage; in Prozent

	Ober-hausen	München Umland	Ludwigs-lust	Deutsch-land	Gesamt	Signifi-kanz
des Bundestages	34,0	36,4	31,6	15,5	19,1	.00
des Landesparlaments	32,2	37,7	31,0	13,0	17,0	.00
Ihres Gemeindeparlaments	38,2	36,5	36,4	15,4	19,6	.00
bundesweite Volksabstimmung	40,1	39,2	39,7	23,8	26,9	.00
landesweite Volksabstimmung	41,8	39,3	36,9	23,9	27,0	.00
kommunale Volksabstimmung	42,6	48,8	44,8	29,1	32,4	.00

Quelle: ITAS-Regionalisierte telefonische Umfrage 2002, Umfrage 2002 / Stolle

Die Tabelle 45 zeigt recht deutlich, dass die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen aller aufgeführten demokratischen Institutionen in der deutschlandweiten Befragung wesentlich geringer ausfällt als in den drei Regionen. In den Regionen erhalten die drei Formen der Volksabstimmung eine relativ hohe Zustimmung, die um die 40 Prozent liegt; im Münchner Umland sind es bei einer kommunalen Volksabstimmung sogar fast 49 Prozent der Befragten. Die vergleichbaren Ergebnisse für die bundesweite Bevölkerungsumfrage sind dagegen wesentlich geringer.

Die Mehrheitsentscheidungen des Bundes-, Landes- und Gemeindeparlaments werden jeweils von über 30 Prozent der Befragten akzeptiert, wobei eine Zunahme der Zustimmung besonders in Ludwigslust mit 36,4 Prozent und in Oberhausen mit 38,2 Prozent zu verzeichnen ist, wenn es um die kommunale Ebene geht.

3.4. Zusammenfassung zur regionalisierten telefonischen Umfrage 2002

Die zentrale Fragestellung der telefonischen Befragung 2002 bestand darin, zu überprüfen, inwieweit regionale Unterschiede zwischen dem alt-industriell geprägten Oberhausen, dem neu-industriell geprägten Münchner Umland und dem landwirtschaftlich geprägten Landkreis Ludwigslust nachzuweisen sind.

Die Analysen haben gezeigt, dass weniger die Unterschiede zwischen den drei Regionen als vielmehr die signifikanten Unterschiede zwischen der Regionalstudie und der repräsentativen Bevölkerungsbefragung 2002 von Bedeutung sind. Insbesondere sind dabei die Ergebnisse zur Partizipation der Bevölkerung bei der Realisierung von technischen Großprojekten im Abschnitt 3.3.2 hervorzuheben.

Überraschend ist dort insbesondere, dass die Mehrheitsentscheidungen verschiedener demokratischer Institutionen für die Realisierung technischer Großprojekte in der Regionalstudie in höherem Maße akzeptiert werden, als dies im Durchschnitt der deutschen Bevölkerung der Fall ist. Darüber hinaus fänden eine bundesweite, landesweite und kommunale Volksabstimmung eine höhere Akzeptanz als die vergleichbaren Mehrheitsentscheidungen der demokratischen Institutionen. Aus diesen Ergebnissen ist zu schließen, dass es eine Tendenz dahingehend gibt, dass der Bevölkerung bei der Realisierung von technischen Großprojekten ein Mitspracherecht eingeräumt werden muss bzw. neuere Partizipationsformen ausprobiert werden sollten.

Mit Korrelationsanalysen konnte gezeigt werden, dass die persönliche Einstellung zur Technik und die Kenntnisse der modernen Technik einen hohen Zusammenhang aufweisen. Weiterhin konnte gezeigt werden, dass ein bestehender Technikoptimismus der Befragten einen hohen Zusammenhang mit der persönlichen Einstellung zur modernen Technik aufweist, während dieser mit den Kenntnissen moderner Technik nur gering korreliert ist. Demgegenüber korreliert Technikpessimismus negativ mit den Kenntnissen der modernen Technik und mit der persönlichen Einstellung zur Technik.

D. Ergebnisse der Medienanalyse

von

Peter Hocke-Bergler

1. Einführung, Fragestellung und Zielsetzung, Datenauswahl und Erhebungsmethode

Worum geht es bei der Analyse der Medieneffekte des AkEnd? Das Ziel des Projektes ist es, Expertenhandeln und seine mediale Resonanz am Beispiel des „Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte" zu erfassen. So sollen Rückschlüsse auf die Medienwirkungen von Expertenhandeln ermittelt werden. Um diese Medieneffekte interpretieren zu können, macht es Sinn, einen Blick auf den Kontext der Studie in handlungstheoretischer und öffentlichkeitssoziologischer Perspektive zu werfen. Ziel dieses Schrittes ist es, sich zu vergewissern, was bei der Betrachtung von Berichterstattung überhaupt wahrnehmbar ist und was nicht.

Handlungstheoretisch gesehen geht es um die Beschreibung und Bewertung eines Eingriffes einer Expertenrunde in einen politischen Entscheidungsprozess. D. h. es geht um die Frage, wo und unter welchen Bedingungen in der Bundesrepublik ein zentrales Endlager für radioaktive Abfälle gesucht und in Folge gebaut wird. Hintergrund dieser Entscheidung ist einerseits der sog. „Atomkonsens" mit seiner Festlegung, ein atomares Endlager auf dem Territorium der Bundesrepublik zu bauen, andererseits sind es die Zweifel, die an der Eignung des Endlagers Gorleben geltend gemacht wurden und zu einem Moratorium führten. In diesem Kontext richtete das BMU einen „Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagersuche" (AkEnd) ein, dessen Einfluss auf die öffentliche politische Kommunikation und die Einstellungen in der allgemeinen und in der interessierten Öffentlichkeit untersucht wird.[25]

[25] Siehe z. B. Stolle 2002b.

Öffentlichkeitssoziologisch betrachtet geht es um eine anstehende politische Entscheidung „Wo-Endlagerung?“, die bisher nicht politisch abschließend gefällt wurde. Dieses Entscheidungsdilemma wird zum einen von der nationalen Öffentlichkeit beobachtet. Zum anderen reagieren auf dieses Entscheidungsdilemma verschiedene Gruppen kollektiver Akteure, die sich durch die knapp 30jährige Debatte zur atomaren Endlagerung als Interessengemeinschaften konstituierten und mehr oder weniger elaborierte Positionen zu dieser Frage einnehmen. Für den Einfluss einer neuen Expertenkommission, die im Auftrag der Exekutive (hier BMU) eine neue Phase in einer alten Kontroverse eröffnen möchte und gleichzeitig die politische Entscheidung fachlich vorbereiten und in dieser Weise auch grundsätzlich gegenüber den verantwortlichen Entscheidungsträgern regulieren möchte, ergibt sich eine insbesondere historisch vorbelastete Ausgangsposition. Von dieser Position aus eröffnen sich einerseits Handlungschancen. Andererseits kann aber nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass es gelingt, einen offenen und sachorientierten Diskurs zu etablieren, der eine Fachlösung zum Ziel hat. Akteursallianzen können sich aufgrund der Konfliktgeschichte für Haltungen entschieden haben, die z. B. durch „passive Aggressivität“ gekennzeichnet sind und daher den Diskurs über die zu entscheidende Frage verweigern. In jedem Fall ist davon auszugehen, dass der Anfang neuer Endlager-Politik von einer Phase gegenseitiger Beobachtung geprägt sein wird, deren Länge nicht vorhersagbar ist. Für das aktuell vorrangige Arbeitsziel des AkEnd, ein diskursorientiertes Verfahren zu eröffnen (s. Gloede/Grunwald 2000: 9), wird es daher vor dem zweiten, nur unter bestimmten Bedingungen zu erreichenden Debattenabschnitt einen ersten Abschnitt geben, der durch gegenseitige Beobachtung und erste Auseinandersetzungen zu beschreiben ist. Diese Auseinandersetzungen, die aufgrund der vorausgehenden Konfliktgeschichte unausweichlich erscheinen, besitzen ein hohes Maß an Symbolkraft und damit zusammenhängender symbolischer Wirkung.[26] Die Wirkungen werden sich sowohl auf die „interessierten“ Fachöffentlichkeiten beziehen, zu der neben den klassischen Experten, die an der Endlagersuche als Berater und Organisatoren beteiligt sind, auch interessierte Teile der sog. „Laien“-

[26] Vgl. Sarcinelli 1987. – Die Kleine Anfrage der CDU zum Gorleben-Moratorium und zur Untersuchung alternativer Standorte für die Endlagerung vom Sommer 2001 ist ein Beispiel, das eindeutig in diesen Kontext einzuordnen ist (Bundestagsdrucksache 14 / 6691). Auch die Position der umweltpolitischen Sprecherin der FDP-Fraktion im Bundestag, Trittin besitze kein Endlagerkonzept, ist als Hinweis zu verstehen, der in dieser Richtung zu interpretieren ist (z. B. Freie Presse Chemnitz v. 10.10.2001).

Öffentlichkeit gehören,[27] die seit den 1970er Jahren z. T. erhebliches Wissen zu nuklearen Themen entwickelt haben.[28] Dazu werden aber auch Teile der allgemeinen Öffentlichkeit gerechnet – also Bürger, die sich in irgendeiner Form als Betroffene verstehen.

Die neue Debatte, die der AkEnd eröffnen möchte, besitzt also zwei zentrale Dimensionen:

a.) die Entwicklung wissenschaftlicher Kriterien, die dem aktuellen Stand der Forschung angepasst werden;

b.) die Vorbereitung eines Entscheidungsverfahrens, das unter Bedingungen der Öffentlichkeitsbeteiligung ein tragfähiges Standort-Auswahlverfahren festschreibt.[29]

In jeder dieser Dimensionen entwickelt das Expertenhandeln des AkEnd unterschiedliche Wirkungen. Das Vorbereiten der anstehenden Entscheidung zur deutschen Nuklearmüll-Lagerung bedeutet entsprechend in jeder Dimension etwas Anderes. Bei der Dimension der wissenschaftlichen Kriterien geht es um die Berücksichtigung des aktuellen Stands von Wissenschaft und Technik unter der Maßgabe, professionell begründbare Entscheidungen für ein Endlager in tiefen geologischen Schichten zu entwickeln. Im Vorgehen des AkEnd wurde zwischen geologisch-naturwissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Kriterien unterschieden. Die Dimension der Vorbereitung eines Entscheidungsverfahrens unter weitreichender Öffentlichkeitsbeteiligung richtet sich dagegen primär auf den politischen Raum, in dem ein neues Entscheidungsmodell mit „neuen“ Rechten (wie z. B. der vielfach eingeforderten „Freiwilligkeit“ der Standortgemeinden) jenseits der „alten“ politischen Entscheidungsmuster verwirklicht werden soll; dieser Öffentlichkeit betonende Neuanfang soll zusätzlich angesichts einer sachlich verzwickten und in erheblichen Be-

[27] Öffentlichkeit ist nach Neidhardt immer eine „allgemeine Bürgerkommunikation“ mit einer ausgeprägten Laienorientierung (Neidhardt 1993: S. 775). Entsprechend sollte es ein Anspruch an den AkEnd sein, die Endlager-Debatte als öffentlichkeitsorientierte Fachdiskussion immer stark an den Logiken der Laienkommunikation zu orientieren.

[28] Auf diesem Wissen aufbauend entwickelten sich z. T. eigene Institutionen der Expertise.

[29] Dabei hat es um ein „‚nachvollziehbares‘ Auswahlverfahren auf Basis wissenschaftlicher Kriterien“ zu gehen, das gleichzeitig „transparent“ und „glaubwürdig“ zu sein hat (ITAS o. J.: S. 3).

reichen blockierten Entscheidungssituation stattfinden. Entsprechend wird die Einleitung des zugehörigen politischen Prozesses daran zu messen sein, ob es der „scientific community“ der Endlager-Experten gelingt, eine Verhandlungssituation mit allen relevanten Akteuren unter Bedingungen öffentlicher Beobachtung herzustellen.

In dieser doppelten Konfliktlage melden sich verschiedene gesellschaftliche Akteure (Regierungsvertreter auf Bundes- und Landesebene, Fachbehörden, Wissenschaftler, Umweltverbände, Bürgerinitiativen, die Energiewirtschaft etc.) und treten mit ihren Wortmeldungen in die Öffentlichkeit. Diese Wortmeldungen werden von den (Massen-)Medien geprüft, selektiert und z. T. berichtet.[30] Diese berichteten „massenmedialen Wortmeldungen“ bilden dann selbst wiederum die „veröffentlichte Debatte“ um das Thema „atomare Endlagerung“. Die aktive Bürgerschaft selbst wiederum kann dieses Thema zur gemeinschaftlichen Verhandlung auswählen, wodurch es innerhalb der politischen Agenda einen nennenswerten Stellenwert erhält.

Was kann in dieser doppelten Konfliktlage (Aktualisierung des Forschungsstandes und Vorbereitung eines kollektiv verbindlichen Entscheidungsverfahrens) kommunikationstheoretisch entstehen? Erstens besteht die Möglichkeit, dass die Kommunikation zwischen den bereits beteiligten und den interessierten Akteuren gelingt. Zweitens gibt es verschiedene Möglichkeiten des Scheiterns. Im ITAS-Zwischenbericht zur Medienanalyse waren einige Möglichkeiten des Scheiterns umrissen worden (Hocke 2002: S. 5). Damals war die Bedeutung der Unterscheidung zwischen „formaler“ und „inhaltlich-substanzieller“ Integration zentraler Akteure in die Debatte und Entscheidungsvorbereitung von uns noch nicht hinreichend erkannt worden. Formale Integration bedeutet hier, dass die Akteure eingeladen und in der Debatte mit ihren vielen kleinen Diskussionen auch angehört werden. Inhaltlich-substanzielle Integration dagegen bedeutet, dass sie auch für die neuen beabsichtigten Politikformen begeistert und als Mitstreiter für ein solches Verfahren gewonnen werden können. Richtig war bereits damals eingeschätzt worden, dass vor allem Akteuren der Interessenaggregation (insbesondere den Parteien)[31] dabei eine besondere Rolle zukommt.

[30] Medien und insbesondere Massenmedien sind in modernen Gesellschaften sehr bedeutende „Dauerbeobachter“ öffentlichen Geschehens, lautet ein zentraler Befund der Mediensoziologie.

[31] Während Parteien als Akteure der Interessenaggregation funktionieren, bezeichnen moderne Ansätze der Öffentlichkeitssoziologie Verbände und Protestgruppen als Akteure der Interessenartikulation (Gerhards 1993, dort insbesondere das Theoriekapitel).

D. h. die Experten-Öffentlichkeit benötigt die Unterstützung von Parteien, um eine kollektiv verbindliche Entscheidung glaubhaft vorzubereiten und politisch als neu zu treffende Entscheidungsrunde zu installieren. Inwiefern dies gelang, wird an anderer Stelle abzuwägen sein. Nachdem bisher hier die theoretischen Leitgedanken für die empirische Durchführung der Medienanalyse benannt wurden, wird im Folgenden die empirische Vorgehensweise erläutert.

Zur Datenauswahl und Erhebungsmethode

Bei den Daten, auf die sich die empirische Untersuchung zum Thema „atomare Endlagerung" überwiegend stützt[32], ist zwischen zwei Datensätzen zu unterscheiden, die jeweils unterschiedliche Zeiträume abdecken und z. T. miteinander verknüpfbar sind:

- dem Datensatz aus der „aktuellen Erhebung" (Juni 2001 bis Oktober 2002),
- dem Datensatz aus der „retrospektiven Erhebung" (1997 bis Mai 2001).

Eine entscheidende Anforderung an die Mediendaten war, dass sie in spezifischer Weise repräsentativ für das bundesdeutsche Mediensystem sind, eine hohes Maß an Vollständigkeit beinhalten und systematisch erhoben wurden. Als Erhebungs- und Analyseverfahren bot sich in diesem Kontext das sozialwissenschaftliche Verfahren der quantitativen Inhaltsanalyse an.[33] Als Analyseeinheit wurde dabei die einzelne „mediale Wortmeldung" gewählt, die über das Thema „atomare Endlagerung" berichtet oder es kommentiert. Wann das Thema erwähnt wird, wurde dabei überwiegend inhaltlich-semantisch und nicht formal bestimmt.[34] Ausgewertet wurden folglich einzelne Pressebeiträge zum Thema, aber auch einzelne Aussagen, die in größeren Berichten mit einem anderen Schwerpunkt zum Thema Endlagerung gemacht werden. D. h. es wurden alle Berichte erfasst, die das Thema „atomare Endlagerung" behandeln oder es zumindest an einer Stelle ihres Berichtes aufgreifen.

[32] Die Datenerhebung wurde von einer mehrköpfigen Gruppe studentischer und freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getragen, denen an dieser Stelle für ihren Einsatz besonders gedankt sei. Zu ihnen gehörten Boris Eichler, Brigitte Hoffmann, Carolin Knorr-Hendreich, Alexander Müller, Olha Vitalish und Erdal Yilmaz. Bei der Projektvorbereitung und im Pretest unterstützte uns Victoria Wiesenmaier aus Trefflichste. Für die Aufbereitung der Rohdaten danken wir Carolin Knorr-Hendreich.

[33] Siehe dazu Früh 1998 und Wirth / Lauf 2001.

[34] Ausführlicher dazu s. Unterkap. B in Hocke 2001a.

Die strukturierte Auswahl an Printprodukten (Medien-Sample), die systematisch ausgewertet wurden, umfasst folgende Mediengattungen:

- bundesweite Abonnement-Zeitungen, die eine besondere Sensibilität für das Untersuchungsthema besitzen und unterschiedliche Pole des Meinungsspektrums repräsentieren („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Frankfurter Rundschau“),
- Wochenmagazine („Der Spiegel“ und „Focus“), die ebenfalls unterschiedliche Pole des Meinungsspektrums repräsentieren,
- Wirtschaftszeitungen mit täglichem Erscheinen („Financial Times“ und „Handelsblatt“),
- eine Straßenverkaufszeitung („Bild“),
- eine linksalternative Tageszeitung mit Nähe zur Anti-Atomkraft-Bewegung (die „tageszeitung“),
- regionale Abonnement-Zeitungen („Freie Presse Chemnitz/Zwickauer Zeitung“, „Lausitzer Rundschau“, „Südkurier“, „Elbe-Jeetzel-Zeitung“),
- Fachpublikationen („atomwirtschaft/atomtechnik“ [atw], „Strahlentelex/Elektrosmog-Report“, „anti-atom-aktuell“ [aaa][35]).

Dieses strukturierte Medien-Sample bildete die Grundlage für die aktuelle Datenerhebung, die im September 2001 begonnen wurde und Presseberichte ab Juni 2001 berücksichtigt. Repräsentativ ist das Mediensample insofern, als es versucht, nicht nur zentrale bundesdeutsche Medien, sondern auch wichtige Mediengattungen zu berücksichtigen. Viele andere Mediendaten-Inhaltsanalysen konzentrieren sich auf eine Mediengattung (z. B. bundesweite Abonnementzeitungen oder wichtige Nachrichtensendungen in Kombination mit der einer Printmedien-Gattung). Hier ist das ITAS-Sample insofern innovativ, als es eine relativ große Spannbreite von Mediengattungen abdeckt. Sowohl bei der aktuellen als auch bei der retrospektiven Erhebung wurden Vollerhebungen durchgeführt.

[35] Die Fachpublikation „aaa“ wurde im Gegensatz zu „atw“ und „Strahlentelex“ erst ab Juni 2001 und damit nicht retrospektiv erhoben.

Bei den Fachmedien war ursprünglich geplant, nur zwei Fachpublikationen auszuwerten („atw“ und „Strahlentelex“). Da Erscheinungsweise und Umfang der nuklearkritischen Zeitschrift „Strahlentelex“ nur eine sehr kleine Zahl an Artikeln erwarten ließen, wurde die Fachpublikation „anti-atom-aktuell“ zusätzlich aufgenommen.

Abgeschlossen wurde die aktuelle ITAS-Mediendaten-Erhebung im Oktober 2002. Dieser Zeitpunkt wurde gewählt, um die Berichterstattung über den AkEnd-Workshop am 18. und 19. Oktober 2002 noch erfassen zu können. Für einen Teil der berücksichtigten Printprodukte wurde parallel eine Erhebung der Berichterstattung für die Zeit 1997 bis 2000 durchgeführt.[36] Diese zweite Datenbasis wird als retrospektive Erhebung verstanden. Sie liefert wichtige Vergleichsdaten, die es erlauben, die aktuelle Endlager-Berichterstattung mit der Berichterstattung aus den 1990er Jahren zu kontrastieren und so zeitspezifische Eigenheiten von generellen zu unterscheiden.

Um die aktuelle Berichterstattung zum Thema „atomare Endlagerung“ in den Kontext der allgemeinen Berichterstattung über die Kernenergie einordnen zu können, wurden ab Juni 2001 zusätzlich alle Presseberichte erfasst, die diesen Themenkomplex aufgreifen. Dadurch wurde es möglich, die massenmediale Debatte über alle anderen Fragen der zivilen Nutzung der Kernenergie mit der massenmedialen Debatte um die atomare Endlagerung zu vergleichen.[37] Entsprechend unterscheiden wir zwischen dem Thema „Endlagerung“ und den „anderen nuklearen Themen“, die das Thema Endlagerung nicht berühren.

Die von uns beobachtete Medienresonanz beschränkt sich auf die Berichterstattung in der Presse. Dies hat einerseits methodologische Gründe.[38] Andererseits sind Printmedien klassische Akteure, denen im Prozess der öffentlichen Meinungsbildung

[36] Bei diesen retrospektiven Mediendaten-Erhebungen wurden vier bundesweit berichtende Printprodukte und zwei Fachpublikationen ausgewertet. Dies waren die Tageszeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Frankfurter Rundschau“ und die „tageszeitung“ sowie das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ (Massenmedien) und die „atw“ und der „Strahlentelex/Elektrosmog-Report“ (Fachpublikationen).

[37] Es wurde davon ausgegangen, dass die Berichterstattung über atomare Endlagerung nicht unabhängig von der Berichterstattung über die Gesamtberichterstattung zum Thema „Kernenergie“ betrachtet werden kann.

[38] Systematische Medien-Inhaltsanalysen zur Radio- und Fernseh-Berichterstattung sind sowohl technisch als auch analytisch ausgesprochen aufwändig: Insbesondere die Datenerhebung erzeugt erhebliche Kosten.

eine herausragende Rolle zugeschrieben wird. Im Vergleich zu Rundfunk und Fernsehen besitzen sie zusätzlich ein wesentlich höheres Informationsvolumen.

Dieses Informationsvolumen wird sowohl von der „Laien-Öffentlichkeit“ wie auch von der interessierten Fachöffentlichkeit intensiv genutzt. Printmedien besitzen also auch für den breiten gesellschaftlichen Dialog, den der AkEnd zur Endlagerfrage allgemein anstrebt, eine herausragende Bedeutung.

Aktuell liegen als analysierbare Rohdaten innerhalb des gesamten Mediensamples 3.016 Datensätze zur Medienresonanz vor. Zur aktuellen Medienresonanz gehören 1.833 Datensätze und zur retrospektiven die verbleibenden (Stand 26.12.2001). Sie schließen bei der aktuellen Datenerhebung die Berichte über den gesamten Themenbereich der zivilen Kernenergie-Nutzung ein. Abgeschlossene und daher vergleichend analysierbare Erhebungszeiträume liegen für die kompletten Jahre 1997 bis 2000 vor. Im Jahr 2001 wurden ebenfalls im Rahmen der retrospektiven Erhebung die Monate Januar bis Mai erhoben, um zusammen mit der aktuellen Mediendaten-Erhebung ein komplettes Jahr auswerten zu können (siehe z. B. Unterkapitel 2.3).

Dass diese beiden Datengruppen in dieser Form zusammengestellt wurden, ist einer Reihe von Bedingungen geschuldet. Erstens reagiert diese Zusammenstellung auf eine Fragestellung, die im Evaluationskonzept vereinbart wurde; d. h. sie konzentriert sich auf die Wirkungen von Expertenhandeln in der massenmedialen Öffentlichkeit. Gleichzeitig wird durch das Einbeziehen dreier wichtiger Publikationen, die sich an die „interessierte Öffentlichkeit“ richten, die Möglichkeit eröffnet, die massenmediale Debatte mit der Debatte in Fachpublikationen zu vergleichen. Zweitens wurde dabei berücksichtigt, dass qualitativ hochwertige Clipping-Dienstleistungen und aktuelle Online-Archive sowie archivierte Online-Daten nur eingeschränkt verfügbar waren.[39] Gleichzeitig wurde die vor allem zeitliche Rahmensetzung des Evaluationskontextes mit den Möglichkeiten abgestimmt, die in einer Großforschungseinrichtung wie dem Forschungszentrum Karlsruhe zur Verfügung stehen.

[39] Bei der retrospektiven Datenerhebung wurde auf CD-gebundene Datenarchivierung zurückgegriffen, die preislich günstiger war und bessere Analyse-Möglichkeiten bot, als die Nutzung kommerzieller Archive wie Genios.

Der ITAS-Endbericht präsentiert zentrale Befunde der Medienanalyse, die überwiegend auf Auswertungen der quantitativen und der qualitativen Inhaltsanalyse beruhen. Vertiefende Analysen werden in diesem Bericht insbesondere zum dritten Workshop des AkEnd eingeschoben (s. Kap. 5).

Zur Fragestellung und Zielsetzung

In Weiterentwicklung des Konzeptes von Gloede/Grunwald (2000) rücken folgende drei Fragen in den Mittelpunkt der Medienanalyse:

1.) Kommt es zu einer kontinuierlichen massenmedialen Berichterstattung über Fragen der atomaren Endlagerung?

2.) Welchen Mustern folgt diese Berichterstattung?

3.) Ist der AkEnd in der Endlager-Berichterstattung ein wichtiger Akteur?

Die generelle Zielsetzung der ITAS-Medienanalyse, relevante Argumentations- und Auffassungsmuster in den medialen Kommunikationen zu identifizieren (vgl. Gloede/Grunwald 2000: S. 30), wurde durch einige systematische Aspekte erweitert. Mittelfristig ist die Forschungsfrage leitend, welchen Einfluss die Tätigkeit des AkEnd auf den Verlauf der „veröffentlichten Debatte“ in den Massenmedien und Fachpublikationen hat.

2. Befunde der quantitativen Inhaltsanalyse

Mit der Häufigkeit der aktuellen Berichterstattung im Zeitraum Juni 2001 bis Oktober 2002 zum speziellen Thema der Endlagerung radioaktiver Abfälle im Vergleich zu den anderen Nuklearthemen insgesamt beginnt die Darstellung der empirischen Befunde in diesem Endbericht (Kap. 2.1). Anschließend wird auf die Rolle verschiedener Mediengattungen eingegangen sowie die Häufigkeit der Berichterstattung im Jahr 2001/2002 mit der der vorausgehenden Jahre verglichen (Kap. 2.2 und 2.3.). Im darauf folgenden Abschnitt wird nach dominanten Akteurstypen und den wichtigsten Unterthemen gefragt, bevor verschiedene inhaltliche und formale Merkmale der Endlager-Berichterstattung im Überblick dargestellt werden.

2.1 Häufigkeit der aktuellen Berichterstattung über die Zeit

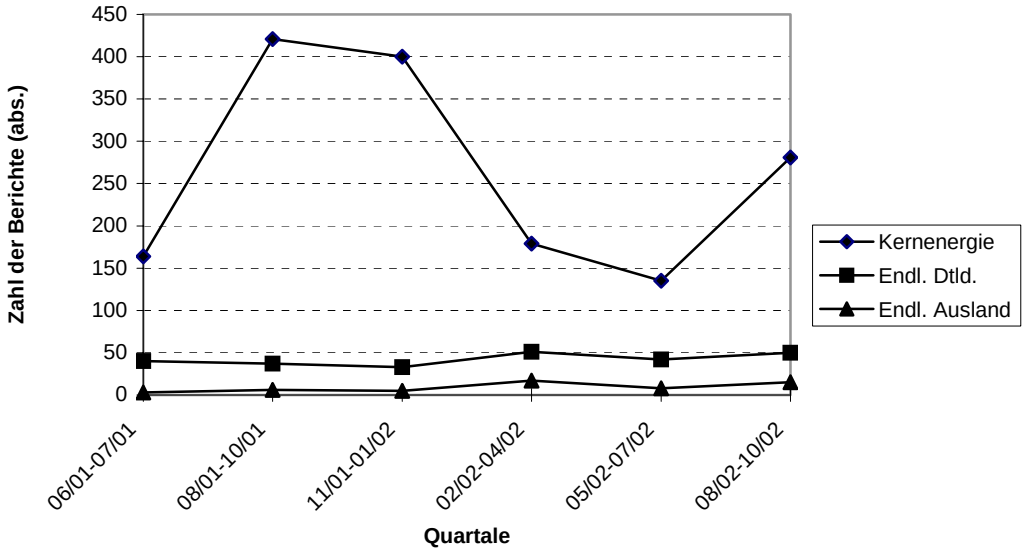
Welche Rolle die Endlager-Berichterstattung spielte, wurde mittels des strukturierten Mediensamples für den Zeitraum Juni 2001 bis Oktober 2002 kontinuierlich und systematisch bestimmt.

Die Berichterstattung zum Thema „atomare Endlagerung“ ist als nicht sehr ausgeprägt einzustufen. Zwar wird kontinuierlich berichtet, d. h. zwischen den untersuchten fünf Quartalen und der Zweimonatsphase zu Beginn der Analyse sind für die Endlager-Berichterstattung in Deutschland und im Ausland nur geringe Schwankungen der Medienresonanz nachzuweisen (s. Abb. 1) Im Vergleich zur Berichterstattung über die Gesamtheit der anderen nuklearen Themen wird aber deutlich, dass die Endlagerung radioaktiver Abfälle kein sehr prominentes Medienthema ist. Abbildung 1 zeigt weiterhin, dass die Berichterstattung über die anderen Nuklearthemen nie unter den Wert von 135 Artikeln pro Quartal fällt.[40] Im Durchschnitt[41] beträgt sie pro Quartal 308 Artikel, während die Endlager-Berichterstattung auf 54 Artikel (Inland und Ausland) kommt.

[40] Selbst zu Beginn der quantitativen Inhaltsanalyse, als kein komplettes Quartal, sondern nur zwei Monate erhoben wurden, sind es insgesamt 164 Artikel, die zu den Nuklearthemen ohne Endlagerung zu verzeichnen sind. Ihren niedrigsten Wert erreicht die Berichterstattung zu diesen Nuklearthemen im Quartal Mai bis Juli 2002.

[41] Der Durchschnitt wird hier nur über die komplett erhobenen Quartale gerechnet.

Abb. 1: Häufigkeit der Berichterstattung zum Thema Atomenergie: ”Endlagerung erwähnt” vs. ”Endlagerung nicht erwähnt” (nach Quartalen)



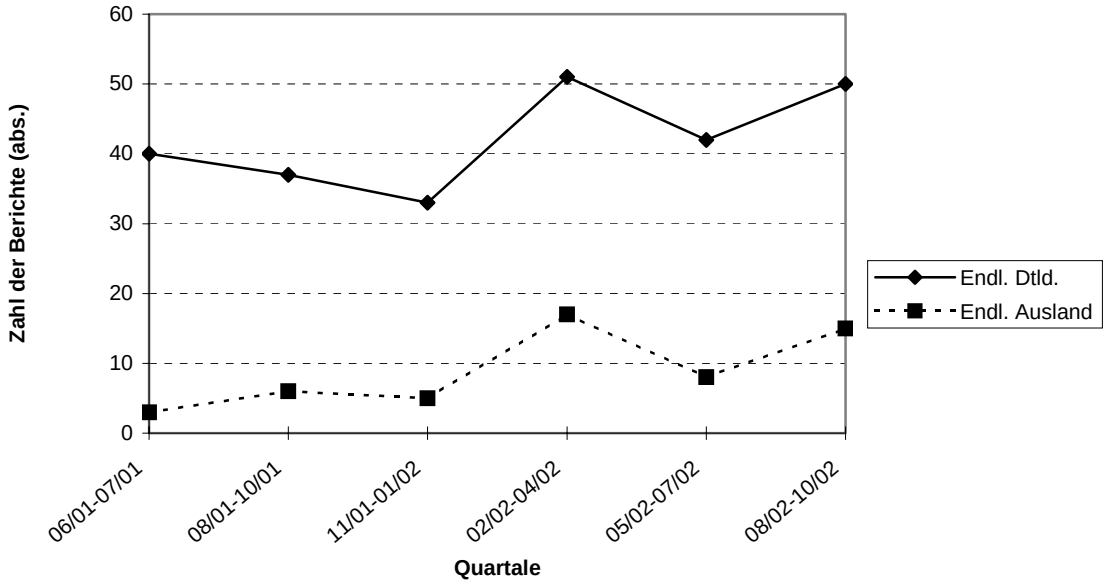
Quelle: Hocke-Bergler 2002 / ITAS-Sample

Die Endlagerung in Deutschland wird insgesamt in 253 medialen Wortmeldungen in den untersuchten 15 Printmedien thematisiert, während sich 54 mit der Endlagerung im Ausland beschäftigen, die wiederum entweder zur deutschen Endlager-Politik oder zur Endlagerung deutscher Nuklearabfälle in Beziehung stehen. Ebenso zeigt Abbildung 1, dass sowohl die Endlagerung in Deutschland wie auch die im Ausland als konstanter Themenblock mitlaufen. Sie zeigen über die Zeit weder deutliche Ausschläge nach oben noch Einbrüche nach unten. Die Berichterstattung über andere Nuklearthemen ist daher offensichtlich sehr starken Aufmerksamkeitsschwankungen unterworfen. Beachtet man die Hochphase der Nuklearberichterstattung in den Monaten August 2001 bis Januar 2002 (erstes und zweites komplett erhobenes Quartal), so sieht man, dass die Endlager-Berichterstattung auf diesen „Aufmerksamkeitszyklus“ nicht reagiert. Am Ende des Untersuchungszeitraums (August bis Oktober 2002) steigt die Nuklearberichterstattung wieder deutlich an, erreicht aber nicht das alte Niveau.

Bei einer differenzierten Betrachtung der Endlager-Berichterstattung fällt auf, dass die Auslandsberichterstattung im Vergleich zur Inlandsberichterstattung offensichtlich die kleinere Berichtsmenge bildet. Sie besteht durchschnittlich aus weniger als zehn

Artikeln pro komplett erhobenen Quartal, während sich die Inlandsberichterstattung durchschnittlich auf 42 Artikel beläuft. Erstaunlicherweise sind die Kurvenverläufe dieser beiden Endlager-Themensegmente relativ synchron (s. Abb. 2). Im Zeitverlauf zeigt die Berichterstattung zur deutschen Endlagerung eine weitgehend ähnliche Häufigkeitsentwicklung wie die Berichterstattung zur Endlagerung im Ausland.[42] D. h. die Berichterstattung über die Endlagerung nuklearer Abfälle im Ausland nimmt dann zu, wenn auch die Berichterstattung über die Endlagerung nuklearer Abfälle in der Bundesrepublik zunimmt. Dies überrascht insofern, als inhaltlich nicht plausibel ist, wieso Medien Endlager-Themen im Ausland keinen anderen Aufmerksamkeitszyklus beimessen als deutschen Endlager-Themen. Bestärkt wird diese Überraschung durch den Sachverhalt, dass alle anderen Nuklearthemen offensichtlich anderen Rhythmen folgen als das Thema der deutschen Endlagerung.

Abb. 2: Vergleich der Inlands- und Auslandsberichterstattung zu Fragen der Endlagerung



Quelle: Hocke-Bergler 2002 / ITAS-Sample

Höhepunkte der Endlager-Berichterstattung sind im Untersuchungszeitraum Anfang und Ende 2002 zu identifizieren. Insgesamt werden durchschnittlich etwas mehr als 40 Berichte pro Quartal identifiziert. Weiterhin sind durchschnittlich zehn Artikel zu

[42] Die Höhepunkte liegen im dritten und fünften Quartal.

ermitteln, die sich mit Themen der Endlagerung im Ausland beschäftigen. Wie sich diese Artikel auf die ausgewerteten 15 Einzelmedien verteilen, wird jetzt betrachtet.

Für die öffentliche Meinungsbildung wichtige überregionale Medien, wie die Boulevardzeitung „Bild“ und das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ – so ein zentrales Ergebnis der ITAS-Medienanalyse – kümmern sich nicht um Fragen der Endlagerung nuklearer Abfälle in Deutschland (s. Tab. 46). Zwar berichtet das Nachrichtenmagazin „Focus“ zweimal; insgesamt ist es jedoch ein Merkmal der Nachrichtenmagazine, dass ihre Berichterstattung zur Endlagerung sehr schwach ausfiel bzw. nicht stattfand. Werden die drei ausgewerteten Fachpublikationen betrachtet, die ebenfalls in größeren Abständen als die Tagespresse erscheinen, so fällt auf, dass die sehr schwache Berichterstattung durch Nachrichtenmagazine kein Effekt der Erscheinungsweise der Tagespresse sein kann. Dieser könnte nämlich unterstellt werden, dass sie durch den Rhythmus ihres Erscheinens stärker auf Ereignisse und Themen fixiert wäre, die „tagespolitisch“ relevant sind, während wöchentlich erscheinende Nachrichtenmagazine oder Fachpublikationen mit monatlichem oder seltenerem Erscheinen ihre Berichterstattung auf längerfristig wichtige Ereignisse und Themen ausrichteten. Die 119 Berichte der Fachpublikationen widerlegen diese Annahme.

Tab. 46 Häufigkeit der Endlager-Berichterstattung nach Einzelmedien (aktuelle Erhebung 6/01 bis 10/02)

	08-10/01	*11/01-01/02*	*02-04/02*	*05-07/02*	*08-10/02*	*(06-07/01)*	*Gesamt*
FAZ	1	2	2	3	2	1	11
FR	2	4	15	8	6	4	39
Der Spiegel	--	--	--	--	--	--	0
Focus	--	--	1	--	1	--	2
Bild	--	--	--	--	--	--	0
taz	5	3	7	4	4	1	24
Handelsblatt	3	1	1				5
FT Dtld					1		1
Elbe-Jeetzel-Z	3	2		1	16	12	34
Südkurier	2	2	3	1		3	11
Freie Presse	2	1	1				4
Lausitzer Rundschau			3				3
atw	6	11	12	14	10	9	62
Strahlentelex	2	3	1	2		2	10
Anti-Atom-Aktuell	11	4	5	9	10	8	47
Gesamt	37	33	51	42	50	40	253

Quelle: Hocke-Bergler 2002 / ITAS-Sample

Insgesamt fällt auf, dass die Berichterstattung der drei Fachpublikationen insgesamt fast genauso stark ausfällt wie die der beiden Gattungen der Abonnementpresse zusammen. In Prozentwerte umgerechnet zeigte sich, dass die Fachpublikationen einen Anteil von 47,0 Prozent an der Endlager-Berichterstattung haben, während die regionale und die überregionale Abonnementpresse zusammen mit 49,9 Prozent nur einen unwesentlich höheren Anteil verzeichnen.[43] Da sowohl die absoluten Zahlen wie auch die allgemeinen Trends der Berichterstattung nach Mediengattungen von Bedeutung sind, wird in Abbildung 3 die Häufigkeit der Berichterstattung über Zeit nochmals zusammengefasst. In den folgenden beiden Darstellungen sind nur noch die fünf Quartale ab August 2001 dargestellt. Dass zwar die Monate 6 und 7 / 2001 erhoben wurden, aber kein komplettes sechstes Quartal, ist Terminverschiebungen geschuldet, die außerhalb der Einflussmöglichkeiten von ITAS lagen.[44]

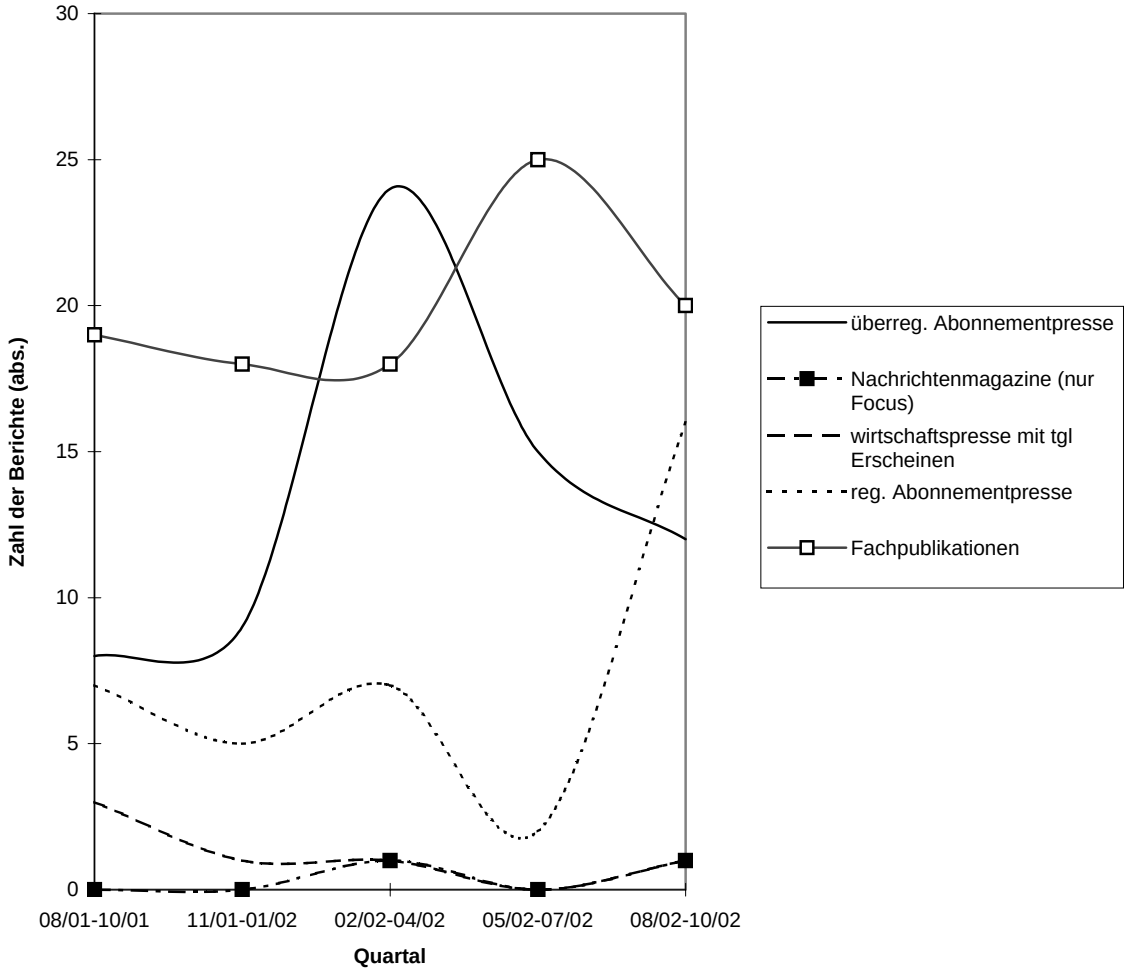
2.2 Häufigkeit der aktuellen Berichterstattung nach Mediengattungen

Die Nachrichtenmagazine, aber auch die Wirtschaftspresse (mit täglichem Erscheinen) gehören während des aktuellen Untersuchungszeitraumes nicht zu den Medien, die die öffentliche Debatte zu Fragen der nuklearen Endlagerung mit gestalten. Diese wird eindeutig geprägt von den Produkten der überregionalen Abonnementpresse und den Fachpublikationen (s. Abb. 3). Die Berichterstattung der regionalen Abonnementpresse nimmt im Vergleich dazu eine mittlere Stellung ein.

[43] Der Anteil der regionalen Abonnementpresse beläuft sich auf 20,6 Prozent, der der überregionalen auf 29,3 Prozent.

[44] Ursprünglich sollten fünf Quartale ab Juni 2001 erhoben werden. Als sich abzeichnete, dass der AkEnd seinen letzten Workshop nicht im Sommer 2002, sondern erst im Herbst 2002 veranstalten würde, der ITAS-Auftrag aber zum Jahresende 2002 abgeschlossen sein sollte, wurde die Erhebung der Mediendaten zuerst um einen, nach der Konkretisierung des Workshop-Termins auf den 18. und 19.10.2002 um insgesamt zwei Monate ausgedehnt.

Abb. 3: Häufigkeit nach Mediengattungen (komplette Quartale 2001/2002)



Quelle: Hocke-Bergler 2002 / ITAS-Sample

Dass die Endlager-Berichterstattung in den Fachpublikationen einen besonderen Stellenwert einnimmt, erstaunt insofern nicht, als ein komplexes Problem (wie das der nicht gelösten Endlagerung nuklearer Abfälle) in den Kommunikationsmedien der jeweiligen „interessierten Öffentlichkeit“ aus nachvollziehbaren Gründen zu einem Bedarf an Mitteilung und Kommunikation führt. Dies könnte als Hinweis interpretiert werden, dass sich die interessierte Öffentlichkeit mit einem Thema wie der Endlagerung auch dann auseinandersetzt, wenn es nicht die aktuelle öffentliche Debatte bestimmt.[45] Gleichzeitig nehmen sich auch die überregionalen Abonnementzeitungen dem komplexen Thema „Endlagerung“ an – allerdings in spezifischer Weise. Bei ih-

[45] Vgl. Ergebnisse in Abb. 1, die auf die geringe massenmediale Aufmerksamkeit für Endlagerthemen hinweist.

nen zeigt die Unterscheidung zwischen den beiden ausgewählten überregionalen Abonnementzeitungen, dass die „Frankfurter Rundschau“ (FR) der Endlager-Berichterstattung ein deutlich höheres Maß an Aufmerksamkeit widmet.

Während die FR in 35 Berichten die atomare Endlagerung in Deutschland aufgreift, geschieht das bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) nur in elf Berichten.[46] Die FR widmet also der Endlager-Berichterstattung ein deutlich höheres Maß an Aufmerksamkeit und trägt damit entscheidend dazu bei, dass die beiden ausgewerteten überregionalen Abonnementzeitungen die vier ausgewerteten regionalen Abonnementzeitungen deutlich übertreffen.[47]

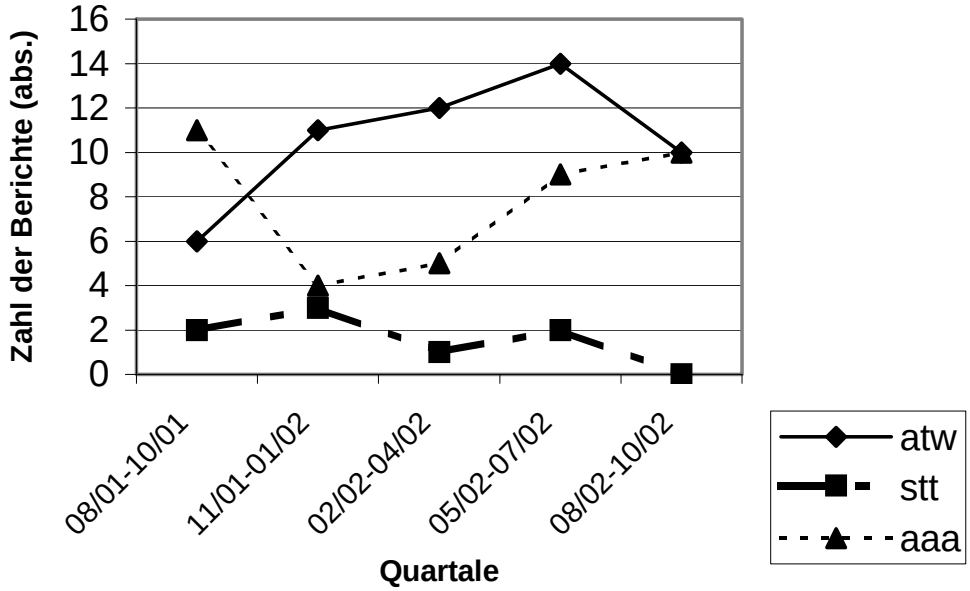
Die Fachpublikationen zusammen haben einen beachtlichen Anteil von 47 Prozent am der Endlagerberichterstattung im aktuell untersuchten Zeitraum. Wird nach einzelnen Fachpublikationen unterschieden so zeigt sich, dass die „Atomwirtschaft“ (atw) eine herausragende Rolle innerhalb des Fachdiskurses der Printmedien spielt (s. Abb. 4). Die „atw“ berichtet am häufigsten. Nur im ersten Quartal wird sie von der ausgesprochen atomkraftkritischen „anti-atom-aktuell“ (aaa) übertroffen. Während die „aaa“ sich insgesamt auf mittlerem Häufigkeitsniveau einpendelt, bleibt der „Strahlentelex/Elektrosmog-Report“ (stt) in allen fünf Quartalen auf dem niedrigsten Häufigkeitsniveau. Es zeigt sich also, dass innerhalb der am stärksten berichtenden Mediengattung erhebliche Unterschiede in der Intensität der Berichterstattung zu verzeichnen sind. Selbst wenn die beiden nuklearkritischen Zeitungen (Strahlentelex und aaa) zusammengenommen werden und damit der atomkraftkritische Block den atomkraftfreundlichen gegenübergestellt wird, bleibt dieser mit seinen Häufigkeiten hinter dem der „Atomwirtschaft“ zurück.[48]

[46] Werden die Monate Juni und Juli 2001 hinzugezogen, so verbessert sich das Ergebnis weiter zugunsten der FR: 39 mediale Wortmeldungen sind bei der FR und elf bei der FAZ festzustellen.

[47] Während die regionalen Abonnementzeitungen in den fünf Quartalen ab August 2001 17,4 Prozent der Endlager-Berichterstattung auf sich vereinen, ist es bei der überregionalen Abonnementpresse fast ein doppelt so hoher Anteil (32 Prozent) (s. Tab. A4 im Tabellen-Anhang)

[48] Die „atw“ berichtet in den fünf Quartalen in 62 Artikeln zum Thema Endlagerung, während in den beiden nuklearkritischen Fachpublikationen nur 57 Artikel festzustellen sind (zehn im Strahlentelex und 47 in der aaa).

Abb. 4: Häufigkeit der Endlager-Berichterstattung in Fachpublikationen (Quartale 2001/2002)



Quelle: Hocke-Bergler 2002 / ITAS-Sample

Auch bei einem Vergleich der Aufmerksamkeit, die die einzelnen analysierten Printmedien der Endlager-Berichterstattung auf der einen und der Berichterstattung über die anderen Nuklearthemen auf der anderen Seite widmeten, sind interessante Unterschiede festzustellen (s. Tab. 47). Um diese Unterschiede zu bestimmen, werden die Anteile verglichen, die in den einzelnen Medien auf diese beiden Themengruppen entfallen.

Tab. 47: Vergleich der Einzelmedien nach Anteilen an der Berichterstattung (Endlagerung vs. andere Nuklearthemen); in Prozent; Gesamtzeitraum 6/01 bis 10/02*

Medium	*andere Nuklearthemen*	*Endlagerung*	*mehr Endlagerung im Vergleich*
FAZ	11,5	8,2	-3,3
FR	24,5	29,1	4,6
Spiegel	1,6	0,0	-1,6
Focus	0,7	1,5	0,8
Bild	3,6	0,0	-3,6
taz	19,3	17,9	-1,4
Handelsblatt	5,4	3,7	-1,7
Financial Times Dtld.	3,1	0,8	-2,3
Elbe-Jeetzel-Zeitung	11,3	25,4	14,1
Südkurier	15,5	8,2	-7,3
Freie Presse	1,1	3,0	1,9
Lausitzer Rundschau	2,5	2,2	-0,3
Gesamt	100 (n=1.580)	100 (n=134)	0,00

Quelle: Hocke-Bergler 2002 / ITAS-Sample

* Ohne Fachpublikationen, da dort keine Berichterstattung zu anderen als Endlager-Themen erhoben wurde.

Ein Vergleich der Anteile, die die Printmedien zwischen Juni 2001 und Oktober 2002 an den beiden Typen von Berichterstattung haben, zeigt zwar, dass sich FAZ und Bild-Zeitung bei der Berichterstattung über Nuklearthemen, die sich nicht auf die Endlagerung beziehen, stärker engagieren (s. Tab. 47). Die FAZ erreicht mit einem 11,5-prozentigem Anteil an der Berichterstattung zu anderen Nuklearthemen immerhin den vierten Rang. Im Vergleich zur FR (24,5 Prozent) und „Tageszeitung“ (taz) (19,3 Prozent) ergibt sich jedoch auch hier, das Nuklearthemen nur für diese beiden Zeitungen eine wichtigere Rolle spielen, da alle anderen Medien (mit einer Ausnahme) relativ geringe Anteile an der Berichterstattung zu verzeichnen haben. Die Elbe-Jeetzel-Zeitung allerdings, die bei der Endlager-Berichterstattung die drittstärkste Zeitung ist, berichtet zwar auch über andere Themen der Kernenergie überdurchschnittlich stark, erreicht aber bei der Berichterstattung über Letztere nicht die herausragende Position, die sie mit ihrem dritten Rang bei der Endlager-Berichterstattung einnimmt. Der Anteil an der Berichterstattung, den die Elbe-Jeetzel-

Zeitung dem Thema „Endlagerung“ widmete, liegt um 14,1 Prozent höher als der, den sie bei den anderen Nuklearthemen erreicht.

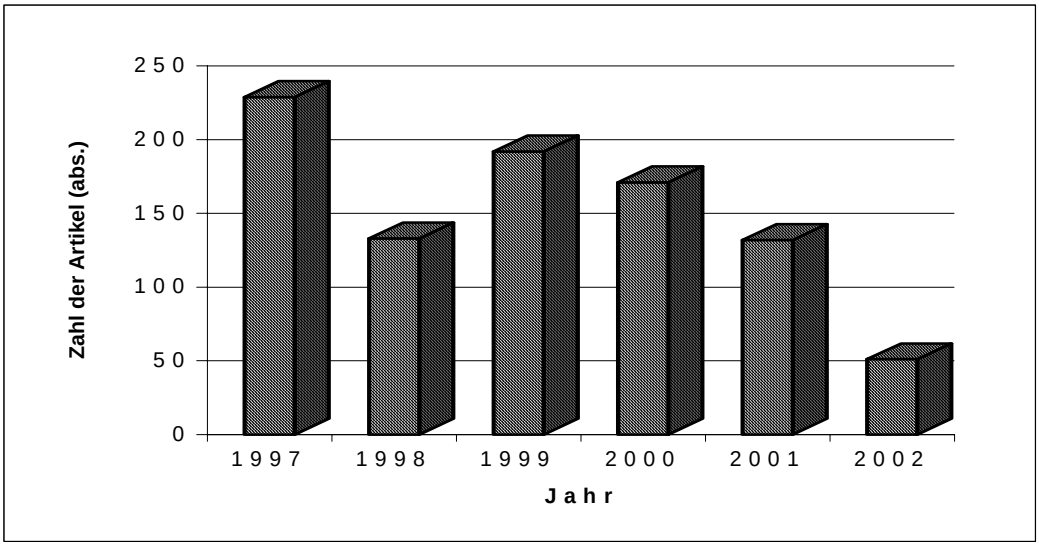
2.3 Vergleich der aktuellen Berichterstattung mit der Berichterstattung in den 90er Jahren

Um die Bedeutung der Endlager-Berichterstattung der Jahre 2001/2002 näher einzustufen, wurde für eine Auswahl der Printmedien aus dem Sample der aktuellen Erhebung verglichen, welche Intensitäten der Berichterstattung davor zu verzeichnen waren.[49] Die aktuelle Datenerhebung wurde also um eine retrospektive Datenerhebung ergänzt. Bereits die wesentlich schmälere Datenbasis, die für den Zwischenbericht zur Verfügung stand, hatte gezeigt, dass die Endlager-Berichterstattung im Untersuchungszeitraum im Vergleich zu den Vorjahren an Intensität verloren hatte (s. Hocke 2002: S. 18). Der Vergleich der retrospektiven Endlager-Berichterstattung der Jahre 1997 bis 2000 mit dem „aktuellen“ Erhebungszeitraum 2001/2002 zeigt, dass sie sich auf einem höheren Niveau befand als im Untersuchungszeitraum. Mit Ausnahme des Jahres 1998 liegen die Zahlen für die medialen Wortmeldungen pro Jahr deutlich über denen im Untersuchungszeitraum und fallen bereits 2001 deutlich ab (s. Abb. 5). Der Wert für 2002 liegt sogar weit unter 100 medialen Wortmeldungen. Auch wenn 2002 nur die Monate Januar bis Oktober erfasst wurden, so wäre selbst bei überdurchschnittlicher Berichterstattung in den beiden fehlenden Monaten keine Umkehrung des Trends zu erwarten. D. h. es ist nicht zu erwarten, dass bei Einschluss der Monate November und Dezember 2002 der Wert des Jahres 2001 erreicht würde.[50]

[49] Dazu gehören neben den überregionalen Abonnementzeitungen FAZ und FR die taz und der Spiegel sowie die Fachpublikationen Strahlentelex und atw. Bei den Fachpublikationen und den überregionalen Abonnementzeitungen wurde damit jeweils eine nuklearfreundliche und eine nuklearkritische Publikation erhoben. Zusätzlich wurde die taz erfasst. Dies hat neben der einfachen Verfügbarkeit der taz-Berichterstattung seinen Grund in der besonderen Aufmerksamkeit, die die links-libertäre Tageszeitung dem Endlager-Thema widmete. Der Spiegel wurde als Nachrichtenmagazin aufgenommen, dem innerhalb der Medienlandschaft eine besondere Rolle bei der Generierung „öffentlicher Meinung“ zugeschrieben werden kann.

[50] Während 2001 in den ausgewählten Massenmedien und Fachpublikationen 180 Artikel und 2002 (nur Januar bis Oktober) 95 Artikel mit medialen Wortmeldungen zur Endlager-Berichterstattung ermittelt wurden, waren es in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in drei von vier Jahren deutlich höhere Werte: 282 (1997), 184 (1998), 227 (1999) und 215 (2000).

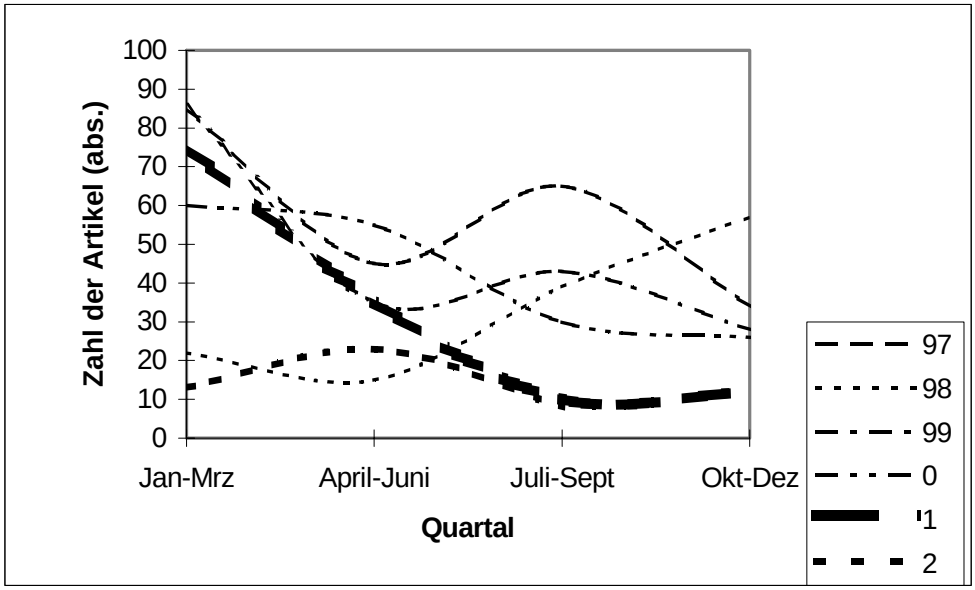
Abb. 5: Dichte der Endlager-Berichterstattung im Jahresvergleich (FAZ, FR, taz und Spiegel)



Quelle: Hocke-Bergler 2002 / reduziertes ITAS-Sample (2+4)

Wenn zwischen den einzelnen Quartalen des Jahres unterschieden wird, so zeigt sich ein wenig übersichtliches Bild. Mit Ausnahme des Jahres 1998 ist jeweils im ersten Quartal der Jahre zwischen 1997 und 2002 eine relativ häufige Endlager-Berichterstattung festzustellen (s. Abb. 6). In den Jahren 1997, 1998 und 1999 ist weiterhin auch das dritte Quartal des Jahres durch intensivere Berichterstattung gekennzeichnet. Insgesamt bleibt jedoch folgender Befund festzuhalten: Im Vergleich zum Ende der 1990er Jahre ist der aktuelle Erhebungszeitraum als eine Phase reduzierter Aufmerksamkeit für Endlager-Themen zu charakterisieren.

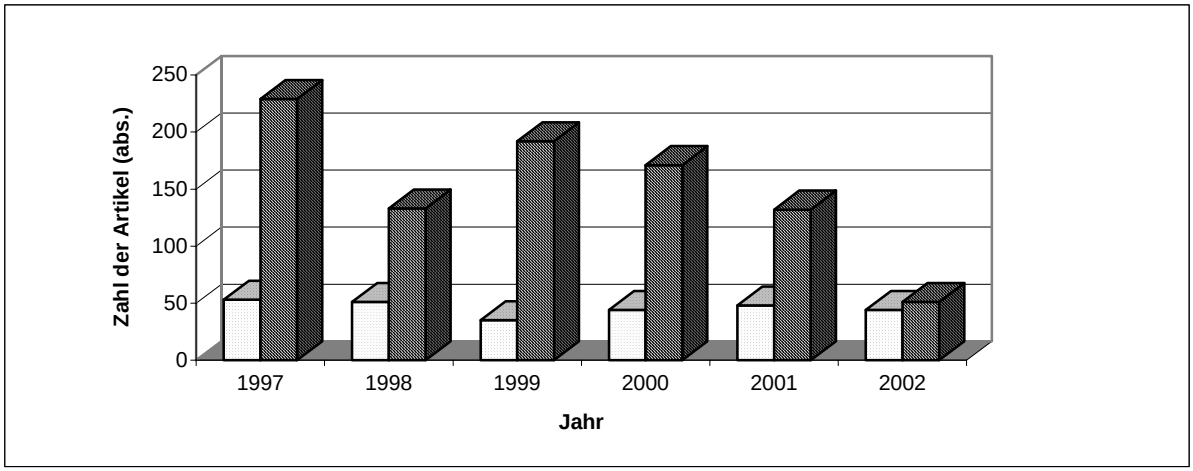
Abb. 6: Vergleich der aktuellen massenmedialen Endlager-Berichterstattung mit der der Endlager-Berichterstattung in den 1990er Jahren (FAZ, FR, TAZ und Spiegel)



Quelle: Hocke-Bergler 2002 / reduziertes ITAS-Sample (2+4)

Interessant ist in diesem Zusammenhang allerdings die Unterscheidung zwischen Massenmedien und Fachpublikationen. Die starken Schwankungen in der Dichte der Endlager-Berichterstattung zeigen sich nämlich nur in der massenmedialen Berichterstattung. Während die beiden Fachpublikationen, die auch retrospektiv ausgewertet wurden, auf relativ einheitlichem Niveau bleiben (s. Abb. 7), finden sich sowohl der Einbruch im Jahr 1998 als auch der starke Niedergang 2001/2002 insbesondere bei den vier erhobenen Massenmedien wieder. Die massenmediale Öffentlichkeit (weiß/schwarze Schraffur) scheint also in den letzten beiden Jahren dem Thema „Endlagerung“ deutlich weniger Aufmerksamkeit gewidmet zu haben, als in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Sowohl das frühe Absinken der medialen Aufmerksamkeit 1998 als auch das generelle Absinken seit 1997 ist weitgehend den Massenmedien zuzuschreiben.

Abb. 7: Vergleich der Dichte der Endlager-Berichterstattung im Zeitvergleich nach Medientypen: Fachpublikationen vs. Massenmedien



Quelle: Hocke-Bergler 2002 / reduziertes ITAS-Sample (2+4)

2.4 Welche Akteurstypen und welche Themen dominieren die aktuelle Endlager-Berichterstattung?

In diesem Abschnitt wird danach gefragt, welcher Typ von Akteuren und welche Themen die Berichterstattung zur atomaren Endlagerung dominieren. Die Akteurstypen werden unterschieden nach Parteien (als Akteuren der Interessenaggregation)[51], Regierungsorganisationen, Verbänden, Bürgerinitiativen bzw. Protestgruppen, Wissenschaft und Atomwirtschaft. Die Frage in diesem Kontext ist, welche Rolle Experten in der Berichterstattung über Kernenergie generell und über atomare Endlagerung speziell spielen.

Zu den Akteurstypen

Vertreter der Wissenschaft, und damit Experten, spielen in der Berichterstattung zu Themen der atomaren Endlagerung eine geringe Rolle, lautet an dieser Stelle das

[51] Akteure der Interessenaggregation spielen bei Prozessen politischer Kommunikation eine besondere Rolle. Im Vergleich zu Akteuren der Interessenartikulation (wie Verbänden, Bürgerinitiativen und Protestgruppen bzw. sozialen Bewegungen) müssen sie die Übersetzungsleistung vollbringen, die unterschiedlichen Interessen auf eine beschränkte Zahl von Alternativen zu reduzieren und diese dann als Entscheidungsfrage der Bürgerschaft vorzulegen.

Ergebnis der ITAS-Medienanalyse. Nur in sechs Prozent der Artikel, die in den Massenmedien dieses Thema aufgreifen, sind Experten die Akteursgruppe, die die jeweilige Berichterstattung dominiert. Also nur bei jedem 16. Artikel stehen Experten mit ihren Positionen im Mittelpunkt des medialen Interesses (s. Spalte 2 in Tab. 48).

Tab. 48: Berichterstattung nach dominanten Akteuren: „Endlagerung“ vs. „andere Nuklearthemen“ (in Prozent)

	Endlager-Berichterstattung	*andere Nukearthemen*
Regierungsorganisation	55,2	46,0
Protestgruppe/Bürgerinitiative	11,9	13,5
Partei	11,2	13,5
Wissenschaft	6,0	2,2
Atomwirtschaft	4,5	17,0
Verband	3,7	4,8
Sonstiges	7,4	7,8
Gesamt	100 (n=134)	100 (n=1.580)

Quelle: Hocke-Bergler 2002 / ITAS-Sample

Regierungsorganisationen stehen vielmehr im Vordergrund der Endlager-Berichterstattung. In mehr als jedem zweiten Bericht stellen sie die Akteursgruppe, die für den zu berichtenden Sachverhalt zentral war (55,2 Prozent aller Berichte). Zu den Regierungsorganisationen sind sowohl Ministerien auf Landes- oder Bundesebene, Fachbehörden etc. sowie deren jeweilige Vertreter und Repräsentanten zu zählen. In der Endlager-Berichterstattung nehmen sie diese dominierende Rolle sogar noch stärker als bei anderen Nuklearthemen ein. Während ihr Anteil bei „anderen Nuklearthemen“ nur 46 Prozent beträgt, ist er bei Endlager-Themen um knapp zehn Prozent höher.[52]

Der Vergleich des Anteils, den Experten in der Endlager-Berichterstattung und in der Berichterstattung über andere Nuklearthemen haben, zeigt jedoch ein für den AkEnd nicht ungünstiges Ergebnis. Während Expertenhandeln und damit zusammen-

[52] Vgl. dazu Schütz/Peters, die darauf hinweisen, dass Massenmedien insbesondere über die politisch-administrative Regulation existierender Risiken und die Entscheidungen von Behörden und Unternehmen berichten (Schütz/Peters 2002: 42).

hängende Statements bei „anderen Nuklearthemen“ nur in 2,2 Prozent der Artikel im Zentrum der Berichterstattung stehen, zeigt sich bei Artikeln zur Endlagerung ein deutlich anderes Ergebnis. Mit sechs Prozent liegt der Anteil fast dreimal so hoch. Die Chance, als Endlagerexperte des AkEnd hier berücksichtigt zu werden, war also potenziell höher.

Zu den Einzelthemen

Bei den Einzelthemen, die die Berichterstattung in den beiden Gruppen von Presseveröffentlichungen bestimmen, fällt auf, dass die Fragen der Endlagerung zwar eine gewisse, nicht aber die zentrale Rolle spielen. Dies zeigt sich, wenn die Daten nach verschiedenen Gesichtspunkten ausgewertet werden.

Werden die Einzelthemen, die die einzelnen Artikel dominieren, ihrer Häufigkeit nach gruppiert, so erweist sich das Einzelthema „Endlagerung“ nur in 105 von 1.768 Artikeln als tragend (s. Tab. 49). Es liegt damit nach den Spitzenreitern „Bericht zu einzelnen deutschen Kernreaktoren“ (Rang 1 mit 29,9 %), den „Atomtransporten“ (Rang 2 mit 23,8 Prozent) und der „Kernenergie im Ausland“ (Rang 3 mit 9,8 Prozent) auf dem sechsten Rang. Sein Anteil beträgt 5,9 Prozent (ebd.). Das Einzelthema „Endlagerung“ erhält damit einen Rang in der unteren Hälfte der erfassten Einzelthemen. Allerdings ist in diesem Kontext zu beachten, dass auch die Frage des „Atomausstiegs in Deutschland“, die im untersuchten Zeitraum von besonderer Bedeutung ist[53], als dominierendes Thema der Berichterstattung nur etwas mehr als drei Prozentpunkte erhält.

[53] Von besonderer Bedeutung ist die Ausstiegsvereinbarung hier u. a. deswegen, weil sie im Dezember 2001 Gesetz wurde. Auch im Bundestagswahlkampf (Sommer 2002) spielte diese Vereinbarung eine wichtige Rolle.

Tab. 49: Dominante Einzelthemen in der Berichterstattung zum Schlüsselthema „Kernenergie“ (Juni 2001 - Okt. 2002)*

Einzelthemen	*Häufigkeit*	*Prozent*
einzelne dt. AKWs	529	29,92
Atomtransporte in D	420	23,76
Atomenergie im Ausland	174	9,84
Ausstieg Atomenergie in D	165	9,33
Kernenergie in D allgem.	137	7,75
Endlagerung radioakt. Abfälle	105	5,94
Zwischenlagerung radioakt. Abfälle in D	73	4,13
Wiederaufarbeitung dt. Kernbrennstoffe	47	2,66
Atomforschung in D	19	1,07
Stromproduktion in dt. AKWs allgem.	16	0,90
Genehmigungsverfahren bei dt. Atomprojekten	3	0,17
Bürgerbeteiligung bei Entscheidungen zu dt. Atomprojekten	2	0,11
Sonstiges	78	4,41
Gesamt	1.768	100

Quelle: Hocke-Bergler 2002 / ITAS-Sample

* Datenbasis: Berichterstattung über alle Nuklearthemen (incl. Berichterstattung zu Endlagerung in Deutschland, aber nicht zur Endlagerung im Ausland)

Unterscheidet man die Endlager-Berichterstattung von anderen Nuklearthemen und vergleicht die Häufigkeit der dominierenden Einzelthemen zwischen beiden Artikel-Gruppen, so fällt auf, dass das Einzelthema „Atomausstieg in Deutschland“ bei der Endlager-Berichterstattung eine besondere Rolle spielt. Das Thema „Endlagerung“ ist bei den Artikeln, die das Thema der atomaren Endlagerung überhaupt ansprechen, zwar in jedem zweiten Artikel auch das dominierende Thema (s. Tab. 50), aber der Atomausstieg nimmt überraschenderweise den zweiten Rang ein. Obwohl er in der gesamten Kernenergie-Berichterstattung insgesamt nur eine kleinere Rolle spielt, ist der Ausstieg für die Endlager-Berichterstattung mit einem Anteil von 17,2 Prozent ein wichtiger thematischer Zusammenhang, der die Endlager-Berichterstattung in der aktuellen Datenerhebung immer wieder prägt.

Tab. 50: Dominantes Thema der massenmedialen Berichterstattung: „Endlagerung“ vs. „andere Nuklearthemen“ (in Prozent und nach Rang bei Endlager-Berichterstattung)

Einzelthemen	*Endlager-Berichterstattung (o. Fachpubl.)*	*andere Nuklearthemen*
Endlagerung radioakt. Abfälle	50,0	0
Ausstieg Atomenergie in D	17,2	8,8
Atomtransporte in D	10,4	25,7
Zwischenlagerung radioakt. Abfälle in D	5,2	4,05
Atomenergie im Ausland	5,2	9,87
Kernenergie in D allgem.	4,5	8,23
Wiederaufarbeitung dt. Kernbrennstoffe	3,0	2,72
einzelne dt. AKWs	2,2	33,23
Sonstiges	1,5	4,81
Atomforschung in D	0,7	1,14
Gesamt	100 (n=134)	100 (n=1.580)

Quelle: Hocke-Bergler / ITAS-Sample

Bei einer Auswertung der Endlager-Berichterstattung nach den Einzelthemen, die in den verschiedenen medialen Wortmeldungen behandelt werden, zeigt sich, dass das „Gorleben-Moratorium“ von besonderer Bedeutung ist. Sowohl in den Massenmedien als auch in den Fachpublikationen ist es in jedem vierten Fall das Endlager-Thema, dass die Berichterstattung strukturiert (s. Tab. 51).

Tab. 51: Endlager-Berichterstattung nach thematischem Kontext (in Prozent)

	Fachpublikationen	*Massenmedien*
Gorleben-Moratorium	26,05	27,61
Atomtransporte	2,52	3,73
Genehmigung Schacht Konrad	14,29	19,40
Aktivitäten von Endlager-Experten	8,40	7,46
Interimslager oder dezentrale Zwischenlager	8,40	8,21
Proteste	0,84	1,49
Atommüll-Export	2,52	2,99
Endlager Morsleben	10,92	5,97
Zentrale Zwischenlager	0,00	0,75
Sonstiges	26,05	22,39
Gesamt	100 (n=119)	100 (n=134)

Quelle: Hocke-Bergler 2002 / ITAS-Sample

2.5 Formale und inhaltliche Merkmale der aktuellen Berichterstattung

In welcher Form, in welchem Umfang und mit welchen inhaltlichen Merkmalen die Endlager-Berichterstattung der Monate Juni bis September 2001 beschrieben werden kann, wird in diesem Unterkapitel dargestellt.[54] Beim Umfang der Berichterstattung wird nach der Länge des Berichts insgesamt, dem Anteil des Berichts, in dem die Endlagerung thematisiert wird, und der „Aufmachung“ gefragt, in die die Information „verpackt“ ist.

2.5.1 Zu Umfang und Form der Berichterstattung

Beim Umfang der Berichterstattung in den Massenmedien (ohne Fachpublikationen) zeigt sich, dass die einspaltigen Artikel und die mehr als vierspaltigen Artikel die Endlager-Berichterstattung dominieren (s. Tab. 52). Während die einspaltigen Artikel einen Anteil von 41,8 Prozent auf sich vereinen, sind die vier- oder mehrspaltigen Artikel mit 35,8 nur wenig schwächer vertreten. Die mittleren Größengruppen (zwei- und dreispaltige Artikel) sind nicht sehr stark vertreten.

Tab. 52 Umfang der Artikel in der massenmedialen Endlager-Berichterstattung

Umfang	*Prozent*
einspaltig	41,8
zweispaltig	14,9
dreispaltig	6,7
vierspaltig oder mehr	35,8
Sonstiges	0,7
Gesamt	100 (n=134)

Quelle: Hocke-Bergler 2002 / ITAS-Sample

Ob ein Presseartikel sich jedoch „allein“ mit dem Thema Endlagerung oder ob er sich nur „am Rande“ mit demselben beschäftigt, ist dabei noch nicht berücksichtigt. Bei

[54] Um die Fallzahl zu erhöhen, werden hier nicht nur die fünf kompletten Quartale der „aktuellen Erhebung“, sondern auch die Monate Juni und Juli 2001 in die Auswertung einbezogen.

den einspaltigen Artikeln sind es immerhin zwei Drittel der Artikel, bei denen sich mehr als 50 Prozent des Textes mit dem Thema auseinandersetzten. Bei den vier- oder mehrspaltigen Artikeln dreht sich das Verhältnis dagegen um. Nur ein Drittel der Artikel beschäftigt sich in mehr als der Hälfte des Textes mit der atomaren Endlagerung, die anderen zwei Drittel behandelen also andere Themen. D. h. die Ausführlichkeit der Endlager-Berichterstattung darf trotz der relativ hohen Zahl großer Artikel nicht überbewertet werden. Häufig wird über die Endlagerung in den Massenmedien also nur kurz berichtet.

Wird der Umfang der Berichterstattung in den ausgewerteten Massenmedien mit dem in den Fachpublikationen verglichen, so zeigt sich, dass die Muster sich ähneln. Beim Umfang der Artikel, die die Endlagerung ansprechen, sind ebenfalls die „einspaltigen“ und die „vier- und mehrspaltigen Berichte“ die beiden häufigsten Größengruppen. Zwar sind die vier- und mehrspaltigen Artikel mehr als doppelt so stark vertreten (s. Tab. A5 im Tabellen-Anhang), gleichzeitig besitzen Fachpublikationen jedoch auch andere „Formate“, in die sie ihre Berichterstattung verpacken. Lange Artikel, die oft über mehrere Zeitschriftenseiten gehen, sind dort sehr häufig vertreten und daher weniger ungewöhnlich als in der Tages- und Wochenpresse. Auch bei der Berücksichtigung des Anteils der Textpassagen, die sich direkt mit der Endlagerung befassen, verändert sich das Bild nicht grundlegend, das bei den Massenmedien gezeichnet wird. Bei den vier- und mehrspaltigen Artikeln sind es ebenfalls 37 Prozent der Texte, die mindestens zur Hälfte das Thema „Endlagerung“ direkt behandeln.[55] Bei den einspaltigen ist der Anteil der Endlager-Textpassagen zwar um acht Prozent höher. Ein Viertel der einspaltigen Berichte beschäftigt sich aber immer noch in weniger als der Hälfte des Textes mit der Endlagerung.

Die „Aufmachung“ einer Information lässt sich über die journalistischen Textgattungen beschreiben. Die leitenden Redakteure der ausgewerteten Printmedien entscheiden sich sowohl bei den Massenmedien als auch bei den Fachpublikationen überwiegend für das klassische Nachrichtenformat. Knapp neun Zehntel der Endlager-Berichterstattung in den Massenmedien wählen dieses Format. Bei den Fachpublikationen sind es gut acht Zehntel (s. Tab. 53).

[55] Bei den Massenmedien waren es 37,5 Prozent, bei den Fachpublikationen 37,3.

Tab. 53 Textgattungen in der Endlager-Berichterstattung (in Prozent)

Textgattung	*Massenmedien*	*Fachpublikationen*
Nachricht/Meldung/Bericht	87,3	81,5
Reportage	4,5	0,8
Kommentar	4,5	3,4
Interview	0	1,7
Dokumentation	0	5,9
Sonstiges	3,7	6,7
Gesamt	100 (n=134)	100 (n=119)

Quelle: Hocke-Bergler 2002 / ITAS-Sample

Bei den Massenmedien sind jeweils knapp fünf Prozent der medialen Wortmeldungen in Kommentare und in Reportagen „verpackt“ (jeweils sechs mediale Wortmeldungen). Bei den Fachpublikationen dagegen spielen „Dokumentationen“ die zweitgrößte Rolle. Allerdings bleibt auch bei ihnen die Zahl überschaubar (insgesamt sieben Dokumentationen). Kommentare finden sich auch bei diesem Medientypus. Mit insgesamt vier Kommentaren bleibt jedoch die absolute Zahl ebenso wie bei den Massenmedien (mit sechs) überschaubar.

2.5.2 Zur Tendenz der Berichterstattung

Unter der Tendenz der Berichterstattung werden in der Kommunikationswissenschaft Merkmale verstanden, die auf die inhaltliche Ausrichtung der Berichterstattung abzielen.[56] In der ITAS-Medienauswertung wurden dazu auf quantitativer Ebene drei Merkmale ausgewertet:

- die Zentrierung,
- die Personalisierung,
- die zustimmende oder ablehnende Haltung zur „direkten Endlagerung“.

Da die Fallzahlen für personalisierende Berichte zu klein waren, werden sie aus der quantitativen Inhaltsanalyse an dieser Stelle ausgeklammert.

[56] Da der Kopf einer Meldung (Überschriften und Manschette bzw. erster Absatz) der am intensivsten bearbeitete Teil eines journalistischen Textes ist, wird an ihm in diesem Projekt die „Tendenz“ bestimmt.

„Zentrierungen“ sind gerade in Nachrichtentexten häufig anzutreffen. Sie zielen auf Betonungen, die berichterstattende Journalisten ihren Nachrichtentexten (z. B. in Überschriften oder eingestreuten kleineren Kommentierungen) geben.[57] Im Effekt stellen Zentrierungen auf Sachverhalte ab, die von dem Journalisten besonders betont werden. In ihrer stärksten Ausprägung werden von den Journalisten innerhalb von Nachrichtentexten Sachverhalte skandalisiert und damit die Themen dramatisiert, über die sie berichten. In dieser Analyse wird der Unterschied zwischen sachlich „protokollierender“ und „dramatisierender Berichterstattung“ mit einer 5er-Skala erfasst (vgl. D.2.2 in Hocke 2001a).

Bei der Erfassung der Zentrierungen zur Endlager-Berichterstattung fällt auf, dass bei knapp der Hälfte der Artikel in den Massenmedien keine Zentrierungen festzustellen sind (45,5 Prozent) (s. Tab. 54). In den Fachpublikationen ist dieser Anteil deutlich geringer. Hier ist nur für gut jeden vierten Artikel keine Zentrierung festzustellen. Es zeigt sich vielmehr, dass der Anteil der „polarisierenden Ausrichtungen“ und der der „verhalten-skeptischen Ausrichtungen” der medialen Botschaft wesentlich größer ist als bei den Massenmedien. Für die Sachlichkeit der kleinen medialen Endlager-Debatte spricht, dass skandaliserende und/oder dramatisierende Ausrichtungen in beiden Medientypen den geringsten Anteil auf sich vereinen.

Tab. 54: Formen der Zentrierung (in Prozent)

Zentrierung	*Massenmedien*	*Fachpublikationen*
keine erkennbare Zentrierung	45,52	26,05
zentrierend, aber neutral	23,88	19,33
formal ausgewogen, aber polarisierend	14,18	18,49
verhalten-skeptisch	8,96	17,65
skandalisierund und dramatisierend	5,22	6,72
	n = 134	n = 119

Quelle: Hocke-Bergler 2002 / ITAS-Sample

[57] In älteren Konzepten der Kommunikationswissenschaft werden Zentrierungen häufig als „Verzerrungen“ der objektiv ermittelbaren Wirklichkeit verstanden.

Für Formen der direkten Endlagerung plädieren nur 32 der 253 Wortmeldungen in der Endlagerberichterstattung.[58] Dies korrespondiert in gewisser Weise mit einem Ergebnis, das oben genannt wurde: Die Endlager-Berichterstattung zeichnet sich durch ein nur relativ geringes Maß an Zentrierung aus. Entsprechend wird in den tendenzbestimmenden Nachrichtenteilen auch nicht für eine solche Endlager-Option votiert. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sich die Artikel generell kleinerer Kommentierungen enthalten würden.

[58] Die Frage nach den Kommentierungen bezog sich auf den gesamten Bericht und nicht nur auf die Passagen zur Endlagerung (siehe Variable „end_dir“ und D.2.5 in Hocke 2001a).

3. Befunde der qualitativen und quantitativen Inhaltsanalyse aller Berichte mit AkEnd-Nennung

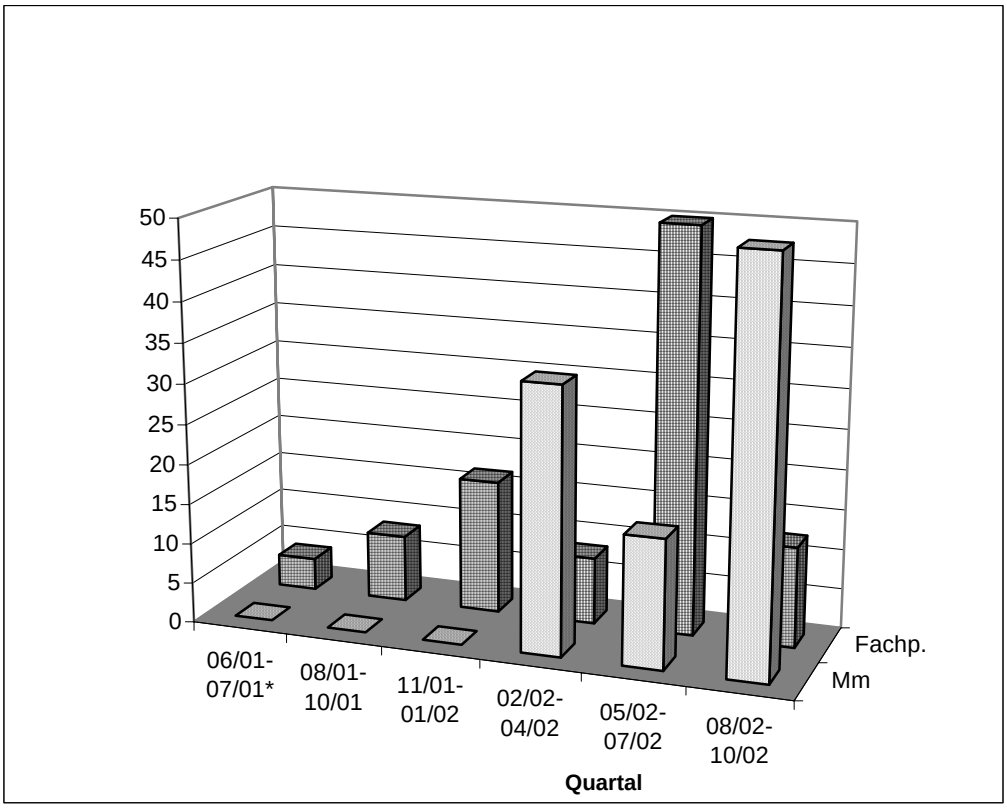
Nachdem im Zwischenbericht noch konstatiert werden musste, dass der AkEnd kein Thema der Berichterstattung war (Hocke 2002: S. 26), hat sich das Bild nach der Komplettierung der Daten deutlich verändert. Insgesamt wurde der AkEnd allein in den ausgewerteten Massenmedien 18-mal erwähnt.[59] In den Fachpublikationen waren 24 Erwähnungen zu verzeichnen.

3.1 Nennung des AkEnd in den Massenmedien erst im Jahr 2002

Wird nach Massenmedien und Fachpublikationen unterschieden und auf die Verteilung der Häufigkeiten der AkEnd-Nennungen in den Quartalen der aktuellen Untersuchungsphase geachtet, so zeigt sich, dass der AkEnd in den Massenmedien eine andere Rolle spielt als in den Fachpublikationen (s. Abb. 8). Obwohl die Fachpublikationen bereits in den ersten acht Monaten der aktuellen Erhebung über den AkEnd berichten, findet er in den Massenmedien keine Aufmerksamkeit. Erst im neunten Monat der aktuellen Datenerhebung mit dem erweiterten Mediensample wird der AkEnd erstmals in einem Artikel erwähnt. Im Anschluss erzielt er – so die Ergebnisse der quantitativen Inhaltsanalyse – etwas mehr Medienresonanz: Im letzten Quartal sind es neun Nennungen, in dem Quartal davor drei und im Quartal Februar bis April 2002 sechs Nennungen.

[59] Zusätzlich zu diesen Nennungen des AkEnd sind sechs weitere festzustellen. Diese beziehen sich auf das Unterthema „Endlagerung im Ausland“ und hängen alle mit der Stellungnahme zusammen, die der AkEnd zum Schweizer Endlager-Projekt Benken erstellen wollte. Fünf der Artikel werden in der Zeit vom 15. bis zum 29. Oktober 2002 veröffentlicht (z. B. Südkurier v. 24.10.02).

Abb. 8: Verteilung der Berichterstattung mit AkEnd-Nennung: Massenmedien (Mm) vs. Fachpublikationen (Anteile in Prozent pro Medientyp) **



Quelle: Hocke-Bergler 2002 / ITAS-Sample

* Nur zwei Kalendermonate

** Je nach Medientyp addieren sich die Quartalswerte auf 100 Prozent

Die Fachpublikationen berichten vor allem im Quartal Mai bis Juli 2002 besonders intensiv über den AkEnd. Allerdings kommt er in ihrer Berichterstattung auch zu Beginn der Erhebung bereits vor. D. h. die Berichterstattung in den Fachpublikationen, bei denen der AkEnd genannt wird, folgt offensichtlich nicht dem Aufmerksamkeitszyklus der Massenmedien, der erst ab Februar 2002 und damit in der zweiten Hälfte des aktuellen Erhebungszeitraumes zu feststellbarer Medienresonanz führt.[60]

[60] Da Fachpublikationen wegen ihrer anderen Erscheinungsweise gegenüber tagesaktuell berichtenden Massenmedien weniger schnell über Veranstaltungen berichten können, kann es sein, dass nach Ende der Erhebungsphase intensiv über AkEnd-Aktivitäten wie den Workshop berichtet wurde (vgl. dazu die Hinweise in Kap. 5). Die quantitative Inhaltsanalyse ergibt an dieser Stelle aber aus Gründen des Erhebungsverfahrens keine tragfähigen Ergebnisse.

Bei einer vertieften Betrachtung der Artikel mit AkEnd-Nennungen in den Massenmedien fällt auf, dass nur wenige Zeitungen die Aktivitäten des AkEnd ansprechen. Dies sind – wie bereits bei der gesamten Endlager-Berichterstattung[61] festgestellt – insbesondere die „Frankfurter Rundschau", die „Elbe-Jeetzel-Zeitung" und die „tageszeitung" mit jeweils mehreren Nennungen.[62] Die „Freie Presse Chemnitz" als einziges weiteres Massenmedium berichtet in den 17 Monaten der aktuellen Erhebung nur einmal über den AkEnd. Wird anerkannt, dass die ITAS-Medienstichprobe das Mediensystem der Bundesrepublik repräsentativ widerspiegelt, so ist festzuhalten, dass es dem AkEnd offensichtlich nicht gelingt, bei Nachrichtenmagazinen und der bundesweit berichtenden Boulevard-Presse sowie bei einem erheblichen Teil der Regionalpresse wahrgenommen zu werden.[63] Bei den überregional berichtenden Tageszeitungen sind es nur die links-liberale Frankfurter Rundschau und die links-libertäre „tageszeitung" aus Berlin, die den AkEnd in ihrer Berichterstattung nennenswert berücksichtigen.

In den Fachpublikationen steht die ausgesprochen nuklear-kritische Zeitschrift „anti-atom-aktuell" mit elf Artikeln, in denen der AkEnd genannt wird, an der Spitze. Sie übertrifft damit die „atw" eindeutig, die wesentlich intensiver über Endlager-Themen berichtet.

Wie wird der AkEnd in der Berichterstattung dargestellt? Besonders hervorgehoben wird der AkEnd in fünf Artikeln der Frankfurter Rundschau, zwei der „tageszeitung" und zwei der „Elbe-Jeetzel-Zeitung". Die besondere Aufmerksamkeit, die der AkEnd in diesen neun Berichten erhält, wird über die erste Erwähnung des AkEnd in dem erfassten Artikel ermittelt.[64] Als Hilfskonstruktion, mit der die besondere mediale Aufmerksamkeit für einen Akteur wie den AkEnd bestimmt wird, dient hier die Frage, ob der AkEnd im Kopf der Meldung genannt wird; da Überschriften und der erste Ab-

[61] „Gesamte Endlager-Berichterstattung" meint hier die Berichterstattung mit und ohne Nennung des AkEnd.

[62] Die Frankfurter Rundschau berichtet insgesamt achtmal, die Elbe-Jeetzel-Zeitung sechsmal und die „tageszeitung" dreimal (s. Anhang 13).

[63] Die Elbe-Jeetzel-Zeitung mit ihrer geringen Auflage und den Nukleareinrichtungen in Gorleben muss in diesem Kontext als Sonderfall eingestuft werden.

[64] Methodische Anmerkung: War nicht der komplette Artikel, sondern nur eine Passage der Endlager-Berichterstattung zuzuordnen, so wurde jeweils der erste Satz dieser Passage wie der „Kopf der Meldung" behandelt.

satz, der sog. „Kopf einer Meldung“ von Redaktionen besonders sorgfältig und genau bearbeitet werden, ist davon auszugehen, dass die dort erwähnten Akteure in den Augen der jeweiligen Redaktionen besondere Aufmerksamkeit verdienen. Bei drei Fünftel der Artikel gelingt es dem AkEnd nicht, diese spezielle Aufmerksamkeit der verantwortlichen Redakteure zu erhalten.

Bei 14 der 18 Artikel in der massenmedialen Berichterstattung, die den AkEnd erwähnen, wird dieser auch in spezifischer Weise charakterisiert. Bei der überwiegenden Zahl dieser Artikel wird der AkEnd als „Regierungsorganisation“ und damit als Instrument der rot-grünen Bundesregierung beschrieben. Als „beratende Experten“ werden die Wissenschaftler des AkEnd nur in zwei Fällen charakterisiert[65]; lediglich in einem der beiden Berichte wird der AkEnd als Akteur klassifiziert, der von der Regierung unabhängig handelt. Auch die Charakterisierung als ausgewiesene und neutrale Wissenschaftler wird ihnen nur in zwei Fällen zugeschrieben.[66]

Der Kontext, in dem die Artikel, die den AkEnd erwähnen, auf ihn zu sprechen kommen, ist bei mehr als vier Fünftel der Artikel (83 Prozent) eindeutig. In verschiedenen Formulierungen wird jeweils auf das nach wie vor „ungelöste Problem der Endlagerung“ nuklearer Abfälle hingewiesen. Hier zeigt die Berichterstattung, dass im Falle einer Berichterstattung über den AkEnd auch auf die Problemdefinition, mit der der AkEnd selbst arbeitet, zurückgegriffen wird.

3.2 Zu den Anlässen der Berichterstattung

Bei Unterscheidung der verschiedenen Nennungen des AkEnd nach inhaltlichen Kriterien, lassen sich in den Massenmedien drei zeitliche Phasen feststellen. In diesen wird der AkEnd und seine Arbeit jeweils in spezifischer Weise dargestellt. In der ersten Phase, in der vier Artikel in der FR sowie einer in der Freien Presse Chemnitz erscheinen, wird die Arbeit des AkEnd sowohl umschrieben als auch kommentiert. Der erste Artikel in der FR wird am 26.2.02 veröffentlicht, der letzte am 20.4.2002. Die zweite Phase ist im Juni 2002 auszumachen, als drei Umweltverbände ihre „Zu-

[65] FR v. 5.3.02 und FR v. 24.7.02.

[66] taz v. 20.04.02 und Elbe-Jeetzel-Zeitung v. 22.10.02.

sammenarbeit“ mit dem AkEnd aufkündigen (ein Bericht in der FR und zwei in der taz). Die dritte Phase wird durch den AkEnd-Workshop in Berlin und die kurz davor stattfindende Bundestagswahl bestimmt. In den folgenden Passagen wird für die einzelnen Phasen die jeweilige Nennung des AkEnd qualitativ beschrieben und im Zusammenhang dargestellt.

In der ersten Phase (Februar bis April 2002) widmet sich die FR dem AkEnd aus verschiedenen Perspektiven. Während im ersten Artikel der AkEnd nur am Rande erwähnt wird[67], folgt anschließend in drei relativ umfangreichen Artikeln eine ausführliche Beschreibung des AkEnd (FR v. 5.3.02), eine Darstellung zentraler Ergebnisse der allgemeinen Bevölkerungsumfrage, die ITAS 2001 in Zusammenarbeit mit AkEnd-Mitglied Detlef Ipsen entwickelt und durchgeführt hatte (FR v. 3.4.02), und ein Kommentar auf der Umweltseite der FR (FR v. 9.4.02). Der große dreispaltige Bericht der FR von Anfang März 2002 stellt auf die schwierige Situation ab, in der sich der AkEnd mit seiner Entwicklung von Standortkriterien und seiner Entwicklung eines Verfahrensvorschlags damals befindet (FR. v. 5.3.02).

„Gorleben lässt unschön grüßen“, lautet die Überschrift, die den AkEnd als „Arbeitskreis des Bundes“ (Untertitel) vorstellt. Im „Kopf“ des Artikels wird das Problem auch deutlich gerahmt: Gorleben und Schacht Konrad seien die „Reizworte“ (FR), die eigentlich jeder (auch der AkEnd) vermeiden möchte, die aber durch den eingeschlagenen Weg, die Öffentlichkeit an der Arbeit des Arbeitskreises zu beteiligen, nach Auskunft der FR nicht auszublenden seien. Dass die jeweils betroffene Bevölkerung ein Endlagerprojekt „akzeptieren“ müsse, wenn es realisiert werden solle, wird ebenso erwähnt wie die nicht durchsetzbare WAA im bayerischen Wackersdorf und der Umstand, dass selbst bei einem sofortigen Atomausstieg ohne Restlaufzeiten auch der bereits heute vorhandene Atommüll sicher gelagert werden müsse (ebd., Absatz 2 und 3). Neben der pluralen Zusammensetzung des AkEnd unter Einbeziehung von Atomkraftbefürwortern und -gegnern wird das hohe zeitliche En-

[67] Die erste Erwähnung des AkEnd besteht aus der Information, dass der „von Bundesumweltminister Jürgen Trittin (...) eingesetzte Arbeitskreis Endlager (...) derzeit Kriterien für ein alternatives Endlager“ entwickle (FR v. 26.2.02). Der Begriff „alternativ“ bezieht sich hier auf das Endlagerprojekt Gorleben. Der Kontext der Erwähnung besteht in einer Stellungnahme der BI Lüchow-Dannenberg, die wiederum auf die Ankündigung des Bundesamtes für Strahlenschutz reagiert, am Erkundungsbergwerk Gorleben Wasserwerfer abzuziehen und Stacheldraht zu entfernen (ebd.; s. auch Lausitzer Rundschau v. 25.2.02).

gagement der Nuklearexperten herausgestellt und den AkEnd-Mitgliedern die Möglichkeit gegeben, von der positiven Arbeitsatmosphäre im Arbeitskreis zu berichten; in diesem Kontext stellt AkEnd-Mitglied Kreusch heraus, dass der AkEnd (im Unterschied zum Auftraggeber Umweltministerium) das Zwei-Endlager-Konzept dem Ein-Endlager-Konzept vorziehen würde (ebd., Absatz 6). Zusammenfassend meint die FR an dieser Stelle zur Aufgabe des AkEnd: Er „soll die Politik beraten", entscheiden müssten „die Politiker schon selbst". Das AkEnd-Mitglied Haury, der als Spezialist für Öffentlichkeitsarbeit im AkEnd ist, bekommt an dieser Stelle die Möglichkeit, seine Vorstellungen von zentralen Zwischenschritten darzustellen, die der AkEnd erreichen möchte.[68] Ein gewisses Maß an journalistischer Skepsis zeigt sich nicht nur in der Überschrift, sondern auch im letzten Absatz. Dort heißt es, dass vor „Haury und Co. (...) noch ziemlich viel Öffentlichkeitsarbeit" liege, „bis sich ein Landkreis freiwillig als ein Standort für ein Endlager" melden würde. Die FR lässt also mit einer latenten Kommentierung durchscheinen, dass man sich die freiwillige Zustimmung der Bevölkerung in einer Region, die für ein Endlager geeignet sei, nur schwer vorstellen könne (ebd.).

Fast schon in idealer Weise erhält der AkEnd einen guten Monat später die Möglichkeit, seine Sicht der heiklen Situation der „neuen" Endlagersuche darzustellen und auf die Einstellungen in der Öffentlichkeit innerhalb eines Berichts auf der Titelseite der FR zu reagieren (FR v. 3.4.02). Der ausgewiesene Umweltjournalist Joachim Wille fasst unter Bezug auf Detlev Ipsen die Ergebnisse der ITAS-Bevölkerungsumfrage aus dem Jahr 2001 zusammen. So lautet die Überschrift des vierspaltigen Artikels: „Ein Atomendlager wollen die meisten – aber bitte ganz woanders" (ebd.). Im Folgenden werden die Interpretationen der Umfragedaten durch den AkEnd ebenso zusammengefasst wie der Kontext, in dem die Arbeit des AkEnd steht und aus dem heraus die Umfrage in Auftrag gegeben wurde. In den fokussierenden Passagen des Artikels, die Rückschlüsse auf die journalistische Haltung des Artikels

[68] Die Passage in der FR lautet: „Haury fällt die Aufgabe zu, bei der Überwindung ‚polarisierter Meinungsbildung' zu helfen. Ein gesellschaftlicher Konsens über die technisch umstrittene Notwendigkeit eines Endlagers könnte seiner Meinung nach nämlich zu einem recht verblüffenden Ergebnis führen: ‚Vielleicht erkennt eine wirtschaftlich schwache Region, die für ein Endlager geeignet ist, neben den Risiken einer solchen unterirdischen Atomdeponie auch die Chancen, die in einem solchen Projekt stecken'. Schließlich biete das Endlager auch Arbeitsplätze in einem sinnvollem Job, denn irgendwo müsse der strahlende Müll ja eingelagert werden. Und die Arbeiter könnten sich gegen die radioaktiven Strahlen

zulassen, wird deutlich, dass der AkEnd bei der Frankfurter Rundschau ein offenes Ohr für die Schwierigkeiten, aber auch für seine konstruktive Aufgabenstellung findet. Prozentwerte aus dem Antwortverhalten gegenüber einzelnen Schlüsselfragen werden ebenso wiedergegeben (vgl. ebd., Absatz 3) wie auch der in sich komplexe Arbeitsprozess beschrieben wird, den der AkEnd vor sich hat. Der letzte Absatz wird ebenso wie im letzten beschriebenen Artikel der FR zu einer latenten Kommentierung benutzt. Ein Argument Ipsens, in dem die ungeklärte Finanzierung des neuen, vom AkEnd favorisierten vergleichenden Auswahlverfahrens als nicht einfach zu lösendes Problem dargestellt wird, wird dazu benutzt. Eine Standortfindungsphase mit Öffentlichkeitsbeteiligung würde 500 Millionen Euro kosten. „Die Stromversorger, sagt Ipsen, seien da ‚alles andere als begeistert'", lautet der Schlusssatz der FR. Der letzte Satz in einem Artikel setzt immer einen „Schlusspunkt", der das in ihm angesprochene Thema nochmals besonders betont. Im vorliegenden Fall tut dies die FR, indem sie auf ein aus ihrer Sicht zentrales Problem, die ungeklärte Finanzierung, hinweist. Im Kontext mit dem ersten Satz im ersten Absatz („Gorleben lässt grüßen...") ist aus unserer Sicht die Interpretation naheliegend, dass die FR auch bei einer neuen Standortsuche ähnliche Konflikte wie in Gorleben nicht ausschließen möchte.

Wenige Tage später erscheint in der FR-Rubrik „Öko – logisch", die auf der Umweltseite der FR regelmäßig veröffentlicht wird, ein Kommentar, der ebenfalls die Formulierung „Gorleben lässt grüßen" verwendet (FR v. 9.4.02). Der Autor des Kommentars ist ebenfalls Joachim Wille, der auch für den letzten Artikel verantwortlich zeichnete. Mit den ITAS-Umfrageergebnissen kommt der AkEnd damit auch in das selten für einen Akteur wie den AkEnd verwandte Genre des Kommentars. Der weitgehend problemorientierte Kommentar greift eingangs die Einstellung in der Bevölkerung zur Akzeptanz basisdemokratischer Entscheidungen für ein mögliches neues Endlager-Projekt auf, um anschließend zu folgern: „Es braucht nicht viel Fantasie, um sich ein ‚Gorleben II' für den Fall vorzustellen, dass irgendwo in der Republik eine geologische Formation aus Salz, Granit oder Ton neu als Endlagerort herausgedeutet wird" (ebd., Abs. 2). Der AkEnd wird schließlich an der Stelle angesprochen, an der darauf hingewiesen wird, dass der Bundestag und die Bundesregierung in der aktuellen Le-

im Prinzip recht gut schützen. Dies bewiesen doch die Beschäftigten in den Kernkraftwerken', meint der GSF-Mann" (FR v. 5.3.02 / Absatz 8).

gislaturperiode unabhängig von ihrer Couleur ein Verfahren beschließen müssten, in dem das zukünftige Endlager für deutsche nukleare Abfälle bestimmt wird. Der AkEnd spiele bei der Vorbereitung die Rolle, dass diese Entscheidung „wenigstens im Konsens“ geschehen könne (ebd., Absatz 4). Der AkEnd komme mit seiner Arbeit gut voran (ebd., Absatz 3). Die dabei entwickelten Ideen würden sich interessant anhören. Es stünde aber in den Sternen, ob sie die Skepsis der Bürger wirklich beseitigen könnten. „Das neue Konzept für das Endlager muss also schon verdammt gut sein“, lautet der Schlusssatz (ebd., Abs. 4).

In der Freien Presse Chemnitz, die als einzige regionale Abonnement-Zeitung eine Nennung des AkEnd in dieser Phase zu verzeichnen hat, wird der AkEnd nur am Rande thematisiert (Freie Presse Chemnitz v. 10.4.02). Die sächsische Regionalzeitung nimmt ein Statement der Landesregierung Sachsen-Anhalts zum Anlass, auf einen Widerspruch hinzuweisen, der durch die Arbeit des AkEnd mitbedingt werde. In der ausführlichen zweispaltigen Meldung wird berichtet, dass Sachsen-Anhalt nicht mehr davon ausgehe, dass Morsleben zum „Endlager für den gesamten Atommüll Deutschlands“ werde (ebd., Abs. 1). Für den berichtenden Journalisten Johannes Fischer steht diese Interpretation im Widerspruch zur Arbeit des AkEnd, der für sein neues Suchverfahren von einer „weißen Deutschlandkarte“ ausgehe – also von einem Suchverfahren, bei dem von vornherein kein Standort ausgeschlossen ist. Die Salzstöcke in der Mitte und im Norden Deutschlands (und damit auch Morsleben) wären damit nicht ausgeschlossen. Diese Berichterstattung weicht vom Tenor der FR zwar ab, ist aber gleichzeitig weitgehend frei von indirekten Kommentaren.[69]

Die Berichterstattung in dieser ersten Phase verweist darauf, dass der AkEnd ein sehr anspruchsvolles gesellschaftliches Projekt in Angriff nehme – ein Projekt, dass immer auch scheitern könne. Insgesamt wird die Arbeit des AkEnd fair dargestellt. Die medienorientierten Aktivitäten des AkEnd aus dieser Phase seiner Arbeit führen, zumindest in der FR, auch zu hochwertiger Berichterstattung. Die journalistische Skepsis, die an verschiedenen Stellen durchscheint, bedient sich weder Mustern der

[69] Bei der Auswertung des Gangs der Argumentation ist an latenter Kommentierung lediglich in einzelnen Formulierungen festzustellen, dass die Freie Presse durch Hinweis auf den Widerspruch natürlich auch nicht ausschließen möchte, dass die Einschätzung der Landesregierung Sachsen-Anhalts falsch und damit skandalisierenswert wäre.

Skandalisierung noch der Dramatisierung. Auch die Berichterstattung der Freien Presse weist lediglich auf einen Widerspruch hin, mit dem der AkEnd leben müsse und der auch durch verbesserte PR-Arbeit nicht aus der Welt zu räumen wäre.

In der zweiten Phase der Berichterstattung mit AkEnd-Nennung (Juni 2002) berichten die FR und die taz über die Beendigung des Dialogs zwischen drei Umweltverbänden und dem AkEnd bzw. der Bundesregierung (FR v. 4.6.02; taz v. 4.6.02)[70,71]. Öffentlichkeitswirksam hatten die drei Verbände „BUND", „Nabu" und „Robin Wood" die Zusammenarbeit mit dem AkEnd aufgekündigt.[72] Beide überregionalen Abonnementzeitungen verweisen in der Überschrift auf den direkten Zusammenhang zwischen der einseitigen Aufkündigung des Dialogs durch die drei Umweltverbände und der Genehmigung des Atommüll-Endlagers „Schacht Konrad" durch die niedersächsische Landesregierung. Die FR titelt: „Atom-Endlager: Schacht Konrad sprengt Arbeitskreis". Die „taz" schreibt am gleichen Tag: „Endlager Schacht Konrad genehmigt" (Überschrift), „Umweltverbände werden deshalb in Sachen Endlager nicht mehr mit der Bundesregierung zusammenarbeiten" (Unterüberschrift).

In der Berichterstattung der FR werden die verschiedenen, aufeinander reagierenden Positionen der „aussteigenden" Verbände, des AkEnd und Umweltminister Jürgen Trittins einander gegenübergestellt. Nach einer Anfangspassage, die den Ausstieg und den Grund des Ausstiegs der Umweltverbände nennt, erläutert die FR, wer der

[70] Der zweite Artikel der taz-Berichterstattung erscheint zwar bereits im April 2002, bezieht sich aber inhaltlich auf die anstehende Genehmigung von Schacht Konrad und die Position, die Umweltminister Trittin in dieser Frage vertrat (taz v. 20.4.02). Er wird deshalb der zweiten Phase der Berichterstattung mit AkEnd-Nennung zugeordnet. Über den AkEnd wird dort lediglich berichtet, dass er im Oktober oder November 2002 die Ergebnisse seiner Arbeit vorlegen wolle.

[71] In einem weiteren FR-Bericht über gerichtliche Klagen gegen die Genehmigung von Schacht Konrad wird die Endlager-Politik Trittins beschrieben und die Rolle des AkEnd nüchtern dargestellt (FR v. 24.7.02, Abs. 4). FR-Journalist Thomas Maron weist darauf hin, dass der AkEnd ein Gremium sei, das eine Endlagersuche basierend auf wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen anstoßen solle. Die damit im Zusammenhang stehende Entscheidung über ein Endlager solle nicht mehr auf politischer Willkür fußen (ebd.). Der Bericht wurde an dieser Stelle nicht in die vertiefte Auswertung aufgenommen, da die Nennung des AkEnd für den Gang der Argumentation keine zentrale Rolle spielt.

[72] Vgl. „Gemeinsame Presseinformation von BUND, NABU und ROBIN Wood" v. 3.6.02. – Greenpeace war schon früher aus dem Gesprächsprozess ausgestiegen, den der AkEnd bundesweit anregen wollte.

AkEnd sei.[73] Anschließend werden in vier Sätzen Vertreterinnen des BUND und von Robin Wood mit ihren Argumenten zum Ausstieg zitiert, bevor im letzten Absatz Umweltminister Trittin mit seiner Reaktion auf den Ausstieg der Verbände ausführlich zu Wort kommt, während der AkEnd in einer zusammenfassenden Formulierung nur kurz erwähnt wird. Dieser letzte Absatz lautet:

„Trittin und Mitglieder des AkEnd bedauerten den Abgang der Umweltschützer. Sie vergäben damit die Chance, an der Standortauswahl für das von der Bundesregierung geplante Endlager für alle Arten radioaktiven Mülls mitzuwirken, sagte Trittin. Zu Schacht Konrad stünden noch Gerichtsentscheidungen an. Die neue Endlagersuche sei ‚ergebnisoffen'" (FR v. 4.6.02, Abs. 3).

Während die FR in einem einspaltigen, wenn auch etwas längeren Artikel berichtet, widmet die taz dem Ausstieg der Umweltverbände mit einem vierspaltigen Artikel besondere Aufmerksamkeit. Nach der Überschrift, die in ihrer argumentierenden Art als ungewöhnlich einzustufen ist, verweist die taz darauf, dass mit der Genehmigung von Schacht Konrad durch Niedersachsen die „erste atomrechtliche Genehmigung eines Endlagers in Deutschland" vorliege (taz v. 4.6.02, Abs. 1). In der taz werden nach der Beschreibung der Aufgabe des AkEnd Sprecher aller drei Verbände ähnlich ausführlich wie in der FR mit ihren Argumenten zitiert (insges. sechs Sätze). Anschließend kommt Umweltminister Trittin zu Wort, der einerseits auf die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten von Bund und Land hinweist und andererseits hinzufügt, der Bund habe „als Antragsteller seinen Antrag auf sofortige Vollziehbarkeit der Genehmigung zurückgezogen. Dadurch kann die Konrad-Genehmigung zunächst gerichtlich überprüft werden" (ebd., Abs. 4). Im kommentierenden letzten Absatz des Berichtes stuft taz-Journalist Jürgen Voges die Aufkündigung der Zusammenarbeit durch die Verbände als bloßen „Nadelstich" ein (ebd., Abs. 5). „Schließlich haben die drei Verbände keine eigenen Experten in dem Arbeitskreis, sondern wurden über dessen Arbeit nur regelmäßig unterrichtet" (ebd.). Da die taz von ihrem Selbstverständnis her nicht auf der journalistischen Regel aufbaut, zwischen Nachricht und

[73] Die realpolitische Bedeutung des AkEnd wird dabei etwas stärker dargestellt, als sie tatsächlich ist. Es heißt: „Im ‚Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte' (AkEnd) sollten Wissenschaftler einheitliche Verfahren für die Lagerung radioaktiver Abfälle vereinbaren" (FR v. 4.6.02, Abs. 1). Diese Formulierung unterstellt, dass die Vereinbarungen des AkEnd bereits eine gewisse Verbindlichkeit hätten. Vom Status bildeten sie jedoch nur Vorschläge, die dem Umweltministerium inzwischen vorgelegt wurden.

Kommentar immer zu trennen[74], bewegt sich diese journalistische Praxis innerhalb des „klassischen“ Rahmens der taz-Berichterstattung.

Insgesamt zeigen die beiden Berichte aus dieser Phase der AkEnd-Berichterstattung, dass FR und taz den Konflikt nicht skandalisieren, verschiedene Seiten zu Wort kommen lassen und den AkEnd in seiner Arbeit auch in dieser Situation nüchtern beschreiben.

Das Handeln des AkEnd selbst und die in diesem Kontext stehenden Regierungsentscheidungen anlässlich der Bundestagswahl dominieren die dritte Phase der Berichterstattung mit AkEnd-Nennung. Diese ist die Phase mit der umfangreichsten Berichterstattung. Sie erstreckt sich über die Monate September und Oktober 2002. Da in Kapitel 4 dieses Berichtes zur Medienanalyse auf die Berichterstattung über den Berliner AkEnd-Workshop vertieft eingegangen wird, werden an dieser Stelle nur Ergebnisse aus der qualitativen Inhaltsanalyse von vier Artikeln dargestellt, die dort nicht berücksichtigt sind. Die Artikel, auf denen diese Ergebnisse basieren, stammen ausschließlich aus der Elbe-Jeetzel-Zeitung.

Alle vier Artikel aus der Elbe-Jeetzel-Zeitung erwähnen den AkEnd nur kurz. Keiner der Artikel ist als Medienresonanz auf den AkEnd-Workshop einzustufen. Zu den einzelnen Artikeln bleibt festzuhalten: Im Rahmen eines Berichtes über den Bundestagswahlkampf einer bündnisgrünen Kandidatin wird spekulativ darauf hingewiesen, dass der AkEnd möglicherweise zu Ergebnissen komme, die den Endlager-Standort Gorleben als geeignet charakterisieren. Die Position der grünen Wahlkämpferin (Gorleben sei ungeeignet) werde dadurch jedoch nicht beeinflusst (Elbe-Jeetzel-Zeitung v. 16.9.02, Abs. 4). Im darauf folgenden Bericht wird der AkEnd im Kontext einer rhetorischen Frage erwähnt (Elbe-Jeetzel-Zeitung v. 10.10.2002, Abs. 3). Die nächste Nennung erfolgt im Zusammenhang mit der Ankündigung einer Vortragsveranstaltung, auf der auf die Empfehlungen des AkEnd eingegangen werden soll (Elbe-Jeetzel-Zeitung v. 15.10.02, Abs. 2). Im vierten Artikel wird der AkEnd ebenfalls nur knapp erwähnt; vor dem Hintergrund der neuen Koalitionsvereinbarung der Bundes-

[74] Siehe Flieger 1992.

regierung (2002) wird die Arbeit des AkEnd als „reine Hinhaltetaktik“ bezeichnet (Elbe-Jeetzel-Zeitung v. 19.10.02).

Die AkEnd-Nennungen im Rahmen der Endlager-Berichterstattung insgesamt sind in allen drei Phasen oft nur als sehr kurz einzustufen. Nur in der Berichterstattung der Frankfurter Rundschau wird ausführlich über den AkEnd als eigenständigen Akteur und über sein Handeln berichtet.

4. Medienresonanz auf den AkEnd-Workshop in Berlin

Fragen der Endlagerung und damit zusammenhängende Sachverhalte werden seit langem auch massenmedial verhandelt. Entsprechend kommt auch der Medienresonanz, die der AkEnd mit seinem dritten öffentlichen Workshop erzielte, eine besondere Bedeutung zu. Im Vergleich zu den vorhergehenden Workshops wird diese Bedeutung dadurch gesteigert, dass der AkEnd seine Arbeitsergebnisse kurz vor der Übergabe an Umweltminister Jürgen Trittin vorstellte und vor der Fertigstellung seines inzwischen vorliegenden Endberichts (AkEnd 2002) öffentlich diskutieren wollte. Die Medienresonanz auf den Workshop versuchte der AkEnd durch PR-Maßnahmen positiv zu beeinflussen. Zu diesen PR-Maßnahmen gehörte sowohl eine aktive Einladungspolitik als auch klassische Presse- und Medienarbeit. Welche Effekte diese PR-Maßnahmen hatten, wird im folgenden Teil des Evaluationsberichts zu der Berliner Veranstaltung problemorientiert zusammengefasst. Die Veranstaltung stand unter dem Titel: „Wege zur Endlagerung. Gemeinsam bewerten, entscheiden, handeln“ (Faltblatt AkEnd 2002).

4.1 Der Input des AkEnd

Die Hauptbotschaft, die der AkEnd der Öffentlichkeit mit dem Workshop präsentieren wollte, lässt sich anhand der AkEnd-Pressemitteilung zum Workshop-Auftakt nicht eindeutig rekonstruieren (s. Anlage 15.1). Vielmehr verweist er zu Beginn der Pressemitteilung auf das große Interesse, das „die Arbeiten des AkEnd international“ hervorgerufen hätten, und auf die 300 Anmeldungen zu der Berliner Veranstaltung. Nach diesem ersten Aspekt wird zweitens betont, dass der Berliner Workshop die „letzte Möglichkeit“ sei, auf die Arbeiten des AkEnd Einfluss zu nehmen. Der Schwerpunkt der Veranstaltung wird anschließend in mehrere Bereiche „zerlegt“, die insgesamt wenig verbunden wirken.[75] Der Schwerpunkt, der letztendlich formuliert wurde, spricht sowohl von den „harten“ geowissenschaftlichen als auch von den

[75] Zitat aus der Pressemitteilung: „Schwerpunkt der Veranstaltung werden neben den geowissenschaftlichen Voraussetzungen vor allem sozial- und planungswissenschaftliche Kriterien für die Auswahl eines Endlagerstandortes sein (...). So werden Kriterien für Ausschlussgebiete vorgestellt, zum Beispiel Vulkangebiete, aber auch solche für Regionen, die theoretisch besonders günstige Voraussetzungen bieten“ (Pressemitteilung zum 3. Workshop des AkEnd, ohne Datum) (s. Anlage 15.1).

„weichen“ sozial- und planungswissenschaftlichen Kriterien und thematisiert damit das gesamte Arbeitsspektrum des Arbeitskreises, ohne ein Thema in den Mittelpunkt zu stellen und mit einer Botschaft zu versehen.[76]

Einen anderen Weg wählt dagegen das Bundesumweltministerium, das in seiner parallel herausgegebenen Presseerklärung das angestrebte „transparente Verfahren“ in den Mittelpunkt stellt (s. Pressedienst Nr. 262/2002 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit v. 18.10.02). Die zentrale Botschaft wird entsprechend auch im ersten Satz formuliert: „Die Bundesregierung wird die Suche nach einem geeigneten Standort für ein Atom-Endlager mit einem Höchstmaß an Transparenz und unter angemessener Beteiligung der Öffentlichkeit betreiben“. Was die Bundesregierung unter transparentem Verfahren versteht, wird kurz darauf beschrieben. Der Begriff „transparentes Verfahren“ stehe – so Staatssekretär Rainer Baake – für „Dialog mit allen Beteiligten“.

Auch die Pressemitteilung, die der AkEnd am zweiten Tag des Workshops als Abschlusserklärung herausgibt, beginnt mit der erreichten Besucherzahl (s. Anlage 15.3). Herausgestellt wird, dass es beim dritten Workshop einen Besucherrekord gab. Die Abschluss-Presseerklärung ist wesentlich stringenter formuliert als die erste Presseerklärung und betont eine Doppelbotschaft. Sie lautet: (1) Der AkEnd steht kurz vor Abschluss seiner Arbeiten. (2) Der AkEnd fordert eine zügige Umsetzung seiner Empfehlungen.

Welche Effekte hatte dieser „Input“ durch den AkEnd im medialen Subsystem? Veranstaltungsankündigungen, die ITAS im Rahmen seiner Medienbeobachtung ermitteln konnte, gibt es in zwei Fachpublikationen und der „Financial Times Deutschland“. Die beiden Fachpublikationen sind die Zeitschrift „atomwirtschaft“ (atw) und das nuklearkritische Magazin „anti-atom-aktuell“ (aaa), die jeweils im Oktober-Heft auf die Veranstaltung hinweisen. Während „atw“ lediglich im Veranstaltungskalender auf den Workshop hinweist, geht „aaa“ anders vor. Im Oktober-Heft 2002 veröffent-

[76] Diese Botschaft könnte z. B. lauten: „Erfolgreiche Endlagersuche nur bei transparentem Verfahren zu erwarten!“ – Botschaften wie die hier vorgeschlagene müssten natürlich innerhalb eines pluralen Gremiums abgestimmt und entsprechend zusammen mit Alternativen im Rahmen der PR-Betreuung entwickelt werden. D. h. zumindest zeitliche Ressourcen wären dafür vorzusehen.

licht das Magazin einen umfangreichen Bericht (unter der wenig aussagekräftigen Überschrift „Atommüll-Endlager“). In dem Beitrag wird dann ausführlich auf die Arbeit des AkEnd und seine Positionen hingewiesen. Im Mittelpunkt steht dabei die Kritik, dass aus ehemals „kritischen WissenschaftlerInnen der Anti-AKW-Bewegung kritische Mitbetreiber des Atomprogramms“ geworden seien. Eingebunden in die Darstellung der verschiedenen Positionen, die der AkEnd bis dahin vertreten hatte, wird schließlich die Information, dass der Endbericht des AkEnd demnächst an das Bundesumweltministerium übergeben wird; damit wird indirekt auch auf den Workshop hingewiesen.

Der ausführliche Bericht der „Financial Times“ dagegen kündigt nicht nur den Workshop an, sondern geht am Donnerstag vor der Veranstaltung auch ausführlich auf die Arbeit des AkEnd ein (Financial Times v. 17.10.02).

Kommentierung der Pressemitteilungen: Beim Vergleich der ersten Pressemitteilung des AkEnd mit der des BMU, die am ersten Tag des Workshops versandt wurde, fällt auf, dass der AkEnd hier keine zentrale Botschaft in den Mittelpunkt der Pressemitteilung gerückt hat. Der AkEnd favorisiert nicht ein Thema, das im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen soll, sondern rekapituliert stattdessen sein gesamtes Vorgehen. Dies geschieht nicht zum ersten Mal, sondern war bereits auf zahlreichen Veranstaltungen der Fall gewesen. Das BMU fokussiert dagegen auf das transparente Verfahren und schafft damit einen spezifischen „Nachrichtenwert“.[77] In der Abschluss-Presseerklärung des AkEnd werden dagegen zwei klare Botschaften herausgestellt. In ihrem Duktus wird die Entscheidungslage allerdings auf die Zuständigkeit der Politik verengt.

Die Pressekonferenz des AkEnd am Freitagmittag begann mit drei Statements von AkEnd-Mitgliedern, die komprimiert zentrale Informationen über die Arbeit des AkEnd und den Workshop enthielten. Heinz-Jörg Haury nahm die Rolle des Moderators wahr. Über die Rahmenbedingungen und die Aufgabenstellung des AkEnd informierte Jürgen Kreusch. Über die Arbeiten des AkEnd zu den geowissenschaftlichen Kriterien berichtete Wernt Brewitz, während Detlev Ipsen auf die Notwendigkeit von

[77] Zur Nachrichtenwert-Theorie vgl. Hocke 2002a, S. 36-45, und Staab 1990.

Öffentlichkeitsbeteiligung und bürgerschaftlichem Dialog gerade angesichts der bekannten öffentlichen Meinung verwies (s. ITAS-Umfragen). Nachdem die AkEnd-Mitglieder mehr als eine halbe Stunde Kernpositionen des AkEnd vorgetragen hatten[78], begann die Fragerunde der 13 anwesenden Journalisten. Die daran anschließenden Fragen der Journalisten stellten auf vier Themenkomplexe ab: (1) das Verhältnis von sozial- und geowissenschaftlichen Kriterien zueinander, (2) die Öffentlichkeitsbeteiligung in Phase 2 sowie mögliche Konflikte zwischen Kommunalpolitik und Bürgern in späteren Phasen, (3) die Koalitionsvereinbarung der aktuellen Bundesregierung sowie (4) auf Standortfragen (z. B. Gorleben, Ein- und Zwei-Endlager-Konzepte). Die gesamte Pressekonferenz dauerte 70 Minuten.

Kommentierung der Pressekonferenz: Ähnlich wie bereits an der Pressemitteilung des AkEnd zu sehen war, spannt der AkEnd auch hier in den Eingangsstatements den „Themenfächer" seiner mehrjährigen Arbeit auf. Dies geht an einigen Punkten zu Lasten einer eindeutigen Botschaft. Gleichzeitig wird der AkEnd dadurch der nicht zu unterschätzenden Komplexität des Problems Endlagerung deutscher Nuklearabfälle gerecht. Bei der Beantwortung der Journalisten-Fragen zeigen sich die AkEnd-Mitglieder sehr routiniert und argumentieren pointiert und strategisch. Gleichzeitig machen sie deutlich, welche hohe Bedeutung der Einlösung der sozialwissenschaftlichen Kriterien bei der Standortsuche nach einem Endlager ihrer Meinung zuzuschreiben ist. An dieser Stelle treffen sie sich schließlich mit der noch pointierteren Argumentation von BMU-Staatssekretär Baake in der BMU-Presseerklärung.

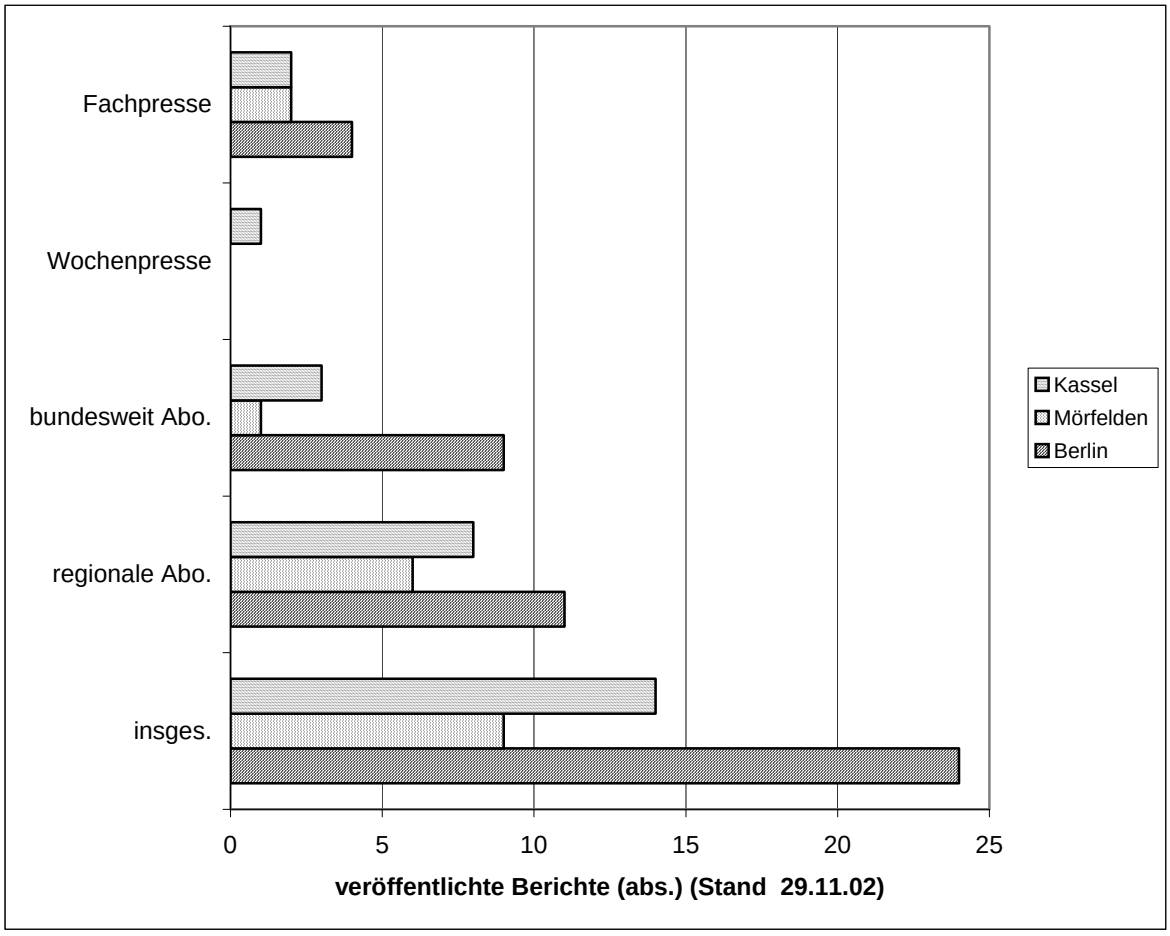
4.2 Presseberichte: Diesmal auch bundesweite Abonnementpresse

Im Zusammenhang mit dem Workshop Berlin waren insgesamt 24 Presseberichte zu recherchieren (s. Tab. A1 im Anhang). Im Vorfeld hatte es eine Ankündigung in der „atw" und einen ebenfalls als Portrait mit Ankündigungscharakter einzustufenden ausführlichen Bericht in der Fachpublikation „anti-atom-aktuell" gegeben, die im vorausgehenden Abschnitt bereits dargestellt wurden.

[78] Die Statements der AkEnd-Mitglieder dauerten insgesamt 36 Minuten und sind damit insgesamt als sehr ausführlich einzuschätzen.

Im Vergleich zu Mörfelden hat sich die Zahl der Presseartikel, die über den Workshop berichten, mehr als verdoppelt (s. Abb. 9). Auch die Resonanz auf den Workshop in Kassel wird deutlich übertroffen. Zu Berlin erschienen elf Artikel in regionalen Abonnementzeitungen, neun in überregional berichtenden Abonnementzeitungen, drei in nuklearkritischen Fachpublikationen und einer in der kernenergiefreundlichen „atw“. Bei den überregionalen Abonnementzeitungen fällt auf, dass sowohl die „Süddeutsche Zeitung“ als auch die „Frankfurter Rundschau“ in jeweils mehreren Artikeln über den AkEnd und seinen Vorschlag für eine neue Endlagersuche berichten. Die Aufmerksamkeit der überregional berichtenden Presse hat sich damit enorm gesteigert und übertrifft die relativ positive Resonanz auf Kassel um das Dreifache. Der starke Rückgang in der Häufigkeit der Berichterstattung zur Endlagerproblematik bei der überregionalen Abonnementpresse nach der Durchführung des Mörfelden-Workshops wird nun durch eine deutliche Zunahme abgelöst.

Abb. 9: Vergleich der Presseresonanz zu den drei AkEnd-Workshops



Quelle: Hocke-Bergler (ITAS)

Bei den regionalen Abonnementzeitungen, die bereits in der Mörfelden-Berichterstattung besondere Aufmerksamkeit auf sich zogen (s. Gloede/Hocke/Stolle 2001, S. 53-57) und auch hier die am stärksten berichtende Mediengattung sind, erhöht sich die Zahl der Artikel ebenfalls noch einmal nennenswert. Ihre Zahl steigt von acht auf elf Artikel. In Organen der Wochenpresse, die in der Kommunikationswissenschaft und Mediensoziologie als Meinungsführer eingestuft werden, gibt es hier wie auch schon zu Mörfelden keine Veröffentlichungen.[79]

Disaggregiert man diese einfachen quantitativen Beobachtungen jedoch, so zeigt sich, dass bei den überregionalen Abonnementzeitungen mit täglichem Erscheinen lediglich die beiden „liberaleren" Tageszeitungen, nämlich die „Süddeutsche Zeitung" und die „Frankfurter Rundschau", sowie die beiden tendenziell linksorientierten Zeitungen „Neues Deutschland" und „taz" berichten, während gerade die beiden konservativeren überregionalen Zeitungen („Frankfurter Allgemeine Zeitung", „Die Welt") dies nicht tun. [80] Nur ein bestimmtes Segment der massenmedialen Öffentlichkeit widmet also der Kontroverse um die nukleare Endlagerung Aufmerksamkeit.

In der regionalen Tagespresse, die schon nach den beiden vorausgehenden Workshops die Berichterstattung dominierte, zeigt sich auch diesmal, dass regional ausgerichtete Zeitungen, deren Verbreitungsgebiet in einem Bundesland liegt, für das Endlagerstätten projektiert oder in der Diskussion sind, dem Workshop besondere Aufmerksamkeit schenken. Dazu gehören die „Braunschweiger Zeitung", die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" und die „Elbe-Jeetzel-Zeitung" aus Niedersachsen. Alle drei Zeitungen berichteten bereits über die vorausgehenden Workshops. Zum Teil sind es in der Berichterstattung über den Berlin-Workshop die selben Journalisten, die bereits über die vorausgegangenen Workshops berichtet hatten.

Bewertet man die Berlin-Berichterstattung anhand ihrer Häufigkeit im Vergleich zu den Workshops in Kassel und Mörfelden, so ist die Zahl der Veröffentlichungen zwar

[79] Zu diesen sog. Meinungsführern gehören z. B. die Wochenmagazine „Focus" und „Der Spiegel" sowie die Wochenzeitung „Die Zeit". – Zu Kassel hatte es einen Bericht in der „Zeit" gegeben (AkEnd o. J. / 2001: A-24).

[80] Die Frankfurter Rundschau veröffentlichte insgesamt drei Berichte, die in zwei Ausgaben erschienen. Auch über den Kassel-Workshop berichtete die FR zweimal. (s. AkEnd o. J / 2001: A-10 + A-13). Die Süddeutsche Zeitung dagegen berichtete erstmals über einen AkEnd-Workshop. Das „Neue Deutsch-

relativ hoch. Wird jedoch die große Anzahl der Presseprodukte, die in Deutschland erscheinen, berücksichtigt, so ist nicht zu übersehen, dass nur Teile der massenmedialen Öffentlichkeit sich des Themas AkEnd annehmen. Zahlreiche Printmedien (insbes. die Wochenzeitungen und weite Teile der regionalen Abonnementpresse) zeigen sich an der Berichterstattung über die Vorschläge des AkEnd uninteressiert. Unabhängig von diesem wenig günstigen Befund ist aber gleichzeitig auch die Zahl der potenziell erreichten Leser der stattgefundenen Berichterstattung eine wichtige Größe, die es erlaubt, die Wirkungen von Expertenhandeln auf die massenmediale Öffentlichkeit einzustufen.

Vergleicht man Mörfelden mit Berlin, so hat sich die Zahl der potenziell erreichten Leser mehr als verdoppelt. Während mit dem Mörfelden-Workshop knapp 2,8 Mio. potenzielle Leser erreicht wurden, sind es mit der Berichterstattung über den Berlin-Workshop ca. 5,7 Mio.[81]

Durch die Berichterstattung der Frankfurter Rundschau und der Süddeutschen Zeitung, die bei den überregionalen Abonnementzeitungen zu den „Qualitätszeitungen" (Kepplinger) gerechnet werden, werden im Vergleich zu Mörfelden über 600.000 Abonnenten bzw. Käufer am Kiosk zusätzlich erreicht.[82] Bedenkt man weiterhin, dass jede Zeitung durchschnittlich von zwei Personen gelesen wird, so bedeutet dies, dass mehr als 1,2 Mio. potenzielle Leser in einer Mediengattung erreicht werden, die in der Mörfelden-Berichterstattung nicht vertreten war.

land" ist die einzige überregionale Abonnementzeitung, die über alle drei Workshops berichtete, während die taz zwar über Kassel, nicht jedoch über Mörfelden berichtete.

[81] Bei diesen Werten handelt es sich um grobe Schätzgrößen. Ihnen liegen zwei Recherchen zu Grunde. In einem ersten Schritt wurden für die jeweiligen Ausgaben der Printprodukte, in denen Artikel zum AkEnd-Workshop erschienen, die durchschnittlichen Auflagenzahlen anhand der IVW-Angaben jeweils zum dritten Quartal ermittelt und addiert. Im Vergleich zum ITAS-Bericht über Mörfelden geschah dies auf einer verbesserten Datenbasis. Diese Auflagenzahlen wurden mit dem Faktor 2 multipliziert, da nach Auskunft des Verbandes deutscher Lokalzeitungen mehr als zwei Leser eine Tageszeitung in die Hand nehmen. Da uns Daten zur Nutzungsfrequenz eines Printproduktes nach Mediengattungen nicht vorliegen, reduzierten wir den Faktor auf 2,0 und schätzten so die Zahl der potenziell erreichten Leser (s. dazu Tab. A2 im Tabellen-Anhang).

[82] Die Zahl der Käufer eines Printproduktes geht auf die verkaufte Auflage im Quartal zurück. Berichtete ein Printprodukt mehrmals, so wurde die verkaufte Auflage nur einfach gezählt, da die Zahl der potenziellen Leser davon nicht beeinflusst wurde.

Trotz der begrenzten Zahl berichtender Medien kann davon ausgegangen werden, dass spezifische Leserschaften relativ gut erreicht werden. Bei dem massenmedialen Publikum dürften dies die „liberaleren“ Teile der politischen Mitte und Teile des linken Spektrums sein. Sowohl die Süddeutsche Zeitung und die Frankfurter Rundschau als auch taz und Neues Deutschland sind zwar keine „Zentralorgane“ für diese Teile der Bevölkerung, aber wichtige Informationsquellen gerade für Multiplikatoren und gut ausgebildete Bevölkerungsgruppen, denen in der öffentlichen Meinungsbildung eine nicht zu unterschätzende Rolle zuzuschreiben ist. Weiterhin ist davon auszugehen, dass gerade die Leserschaft in Niedersachsen, die Erfahrungen mit den Konflikten um Gorleben und Schacht Konrad hat, zu einem nennenswerten Teil Informationen über den Workshop erhält. Auffällig ist jedoch gleichzeitig, dass der Workshop in der überwiegenden Mehrheit der Bundesländer über deren Regionalpresse keine Aufmerksamkeit erhält. Dies ist als Sachverhalt bedauerlich, sollte aber bei weiteren Phasen des Verfahrens der Standort-Suche PR-strategisch ebenso aufgegriffen werden, wie die sehr zurückhaltende Berichterstattung der bundesweit berichtenden Wochenpresse.

4.3 Umfang der Berichterstattung gesteigert

Auffallend ist, dass der überwiegende Teil der Berichte in ausgesprochen umfangreicher Weise auf die Veranstaltung des AkEnd eingeht. Um den Umfang der Berichterstattung quantifizieren zu können, wurde eine Unterscheidung zwischen kurzen Berichten mit geringem Umfang, Berichten mit mittlerem und solchen mit hohem Umfang eingeführt. Die Klasse der Berichte mit mittlerem Umfang hat zwischen vier und sechs Absätzen. Sie wurde bewusst so begrenzt und besitzt damit die Eigenschaft, dass zu ihr auch Artikel gehören, die für Nachrichtentexte bereits erheblichen Umfang aufweisen.[83]

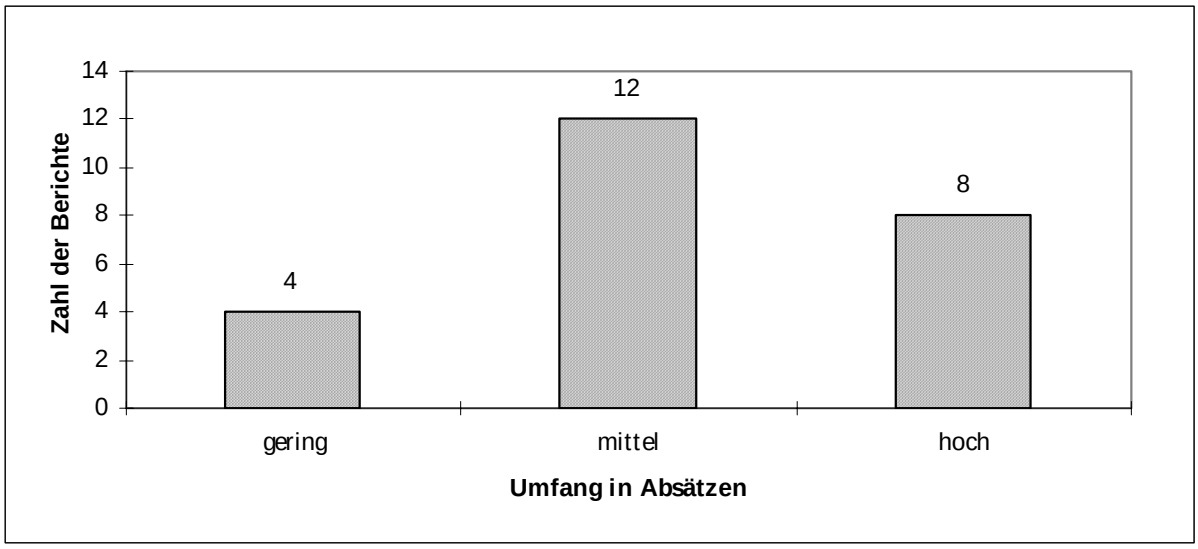
Der Anteil der Berichte mit hohem Umfang ist insgesamt als hoch einzuschätzen. Dies lässt sich mit zwei empirischen Ergebnisse verdeutlichen: die geringe Zahl der

[83] Während also Artikel mit ein bis drei Absätzen der Kategorie „geringer Umfang“ zugeordnet werden, werden Artikel mit vier bis sechs Absätzen der Kategorie „mittlerer Umfang“ und solche mit mehr als sechs Absätzen der Kategorie „hoher Umfang“ zugeordnet.

kleinen Presseartikel und die durchschnittliche Zahl von Absätzen pro Artikel. Zuerst zu den kleinen Presseartikeln:

Klassische Kurzmeldungen (mit einem Absatz) kommen in der Berichterstattung über den Berliner Workshop überhaupt nur einmal vor. In einem weiteren Bericht wird die Endlagerung in zwei Absätzen thematisiert.[84] Zwei weitere Berichte fallen mit drei Absätzen ebenfalls in die kleinste Klasse. Die größte Klasse (mehr als sechs Absätze) ist mit insgesamt acht Berichten doppelt so stark vertreten wie die kleinste (siehe Abb. 10).

Abb. 10 Umfang der Berlin-Berichterstattung (Größenklassen nach Zahl der Absätze)



Quelle: Hocke-Bergler (ITAS)

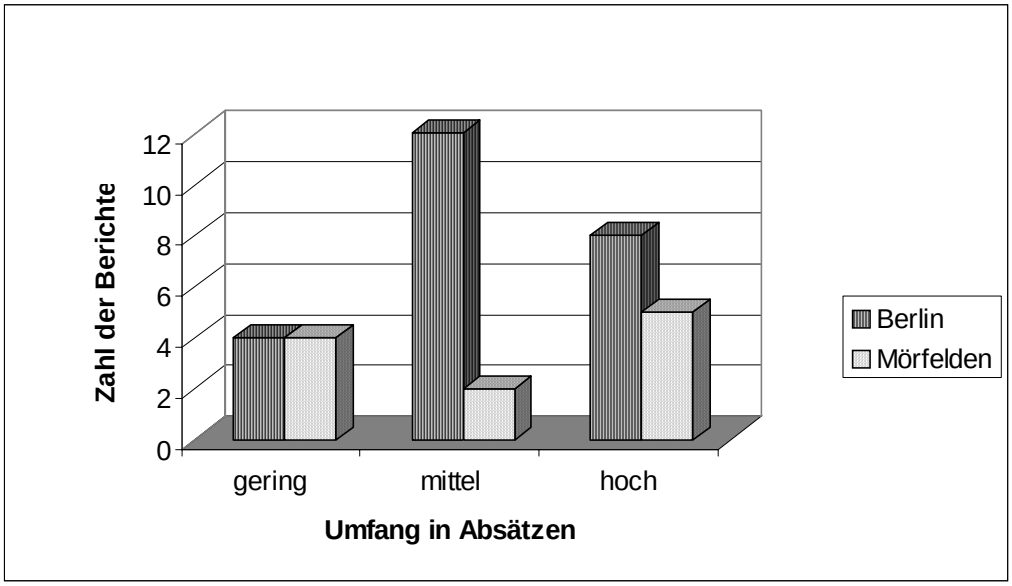
Vergleicht man die Berichterstattung über die Berliner Veranstaltung mit dem Workshop in Mörfelden, so zeigt bereits die durchschnittliche Zahl von Absätzen, dass der Umfang der Berichterstattung zunahm. Umfasste in der Mörfelden-Berichterstattung ein Artikel durchschnittlich 4,5 Absätze, so liegt die durchschnittliche Zahl bei der Berlin-Berichterstattung mit 6,2 Absätzen wesentlich höher.[85] Auch wenn der Durchschnittswert nicht sehr stark anstieg, so zeigt Abbildung 11 deutlich, wo im Vergleich

[84] Im ersten und dritten Absatz der „Greenpeace-Nachrichten“ wird die Option der Endlagersuche durch die rotgrüne Bundesregierung skeptisch behandelt.

[85] Auch bei den Fachpublikationen, die berichten, lässt sich eine parallele Steigerung des durchschnittlichen Umfangs ausmachen. Waren es zu Mörfelden durchschnittlich 5,5 Absätze pro Bericht, so sind es zu Berlin 7,25 Absätze.

zu Mörfelden der Zuwachs an umfangreicher Berichterstattung zu verzeichnen ist. Während die Mörfelden-Berichterstattung überwiegend aus kürzeren und längeren Artikeln bestand, gibt es bei der Berichterstattung zu Berlin einen deutlichen Zuwachs an Artikeln mit vier bis sechs Absätzen. Die mittlere Größenkategorie versechsfacht sich also (von zwei auf zwölf Artikel).

Abb. 11: Vergleich der Mörfelden- und der Berlin-Berichterstattung nach Größenklassen



Quelle: Hocke-Bergler (ITAS)

In der Betrachtung der quantitativen Ebene fällt auf, dass die Presseresonanz des Berliner Workshops die der Workshops in Kassel und Mörfelden deutlich übertrifft. Auch steigt der Umfang der Berichte im Vergleich zu Mörfelden nennenswert an. Ebenso ist festzuhalten, dass der AkEnd viele kollektive Akteure mit gesellschaftlicher Relevanz übertrifft, die mit ihrem Handeln meist nur Stoff für Kurznachrichten sind. Wenn sich die Medien also entscheiden, über den AkEnd zu berichten, dann tun sie das – so jedenfalls die Beobachtung bei der Auswertung der Berlin-Berichterstattung im Regelfall mit relativ umfangreichen Artikeln.

4.4 Tendenz der Workshop-Berichterstattung

Um die Tendenz der Berichterstattung zu ermitteln, wurden einerseits die Überschriften[86], andererseits die „news stories“ ausgewertet. Der Terminus „news story“, der von einem niederländischen Sozialwissenschaftler stammt[87], lässt sich im Deutschen am besten mit „Gang der Argumentation“ übersetzen. Gerade indirekte Formen der Kommentierung lassen sich über eine Betrachtung der „news story“ sehr gut erschließen. Die dazu erhobenen „news stories“ wurden mit folgenden beiden Forschungsfragen untersucht: Welches sind die Kernbotschaften des AkEnd in den Überschriften von Zeitungsartikeln und welche Bedeutung wird diesen Kernbotschaften zugeschrieben?

Tendenz in den Überschriften

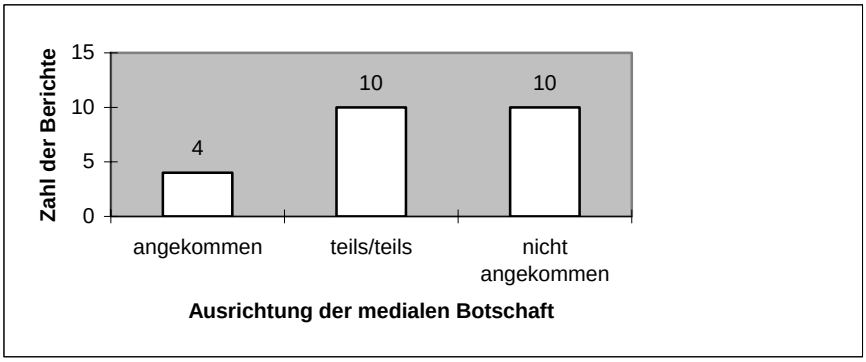
Die Kernbotschaften, mit denen der AkEnd für das weitere Vorgehen bei der Suche nach einem Endlagerstandort in Deutschland plädierte, wurden bei lediglich vier der 24 Berichte in die Überschrift aufgenommen. Weitere zehn Überschriften bezogen sich z. T. auf die Botschaften des AkEnd. D. h. die Überschriften griffen meist zentrale Aspekte des AkEnd-Vorschlags auf, nahmen aber gleichzeitig eigene Fokussierungen oder Zentrierungen des behandelten Problems auf (s. Abb. 12). Dies erscheint erstens für Akteure, die an einer guten „Vermarktung“ ihrer Botschaft durch Medien interessiert sind, gering. Zweitens verstehen sich moderne Massenmedien nicht als „Wasserträger“ gesellschaftlicher Akteure, die jeweils ihre Botschaften an das Publikum weitergereicht haben wollen. Drittens wollen die Medien Komplexität reduzieren und die griffigen Aspekte eines verhandelten Themas herausstellen und so Probleme auf den Punkt bringen. Dies geschieht häufig durch Fokussierungen und Zentrierungen, die sich an Überschriften zeigen. Wenn es viertens den Veranstaltern jedoch gelingt, ihre „guten Argumente“ plausibel den berichtenden Journalisten zu vermit-

[86] Methodische Anmerkung: Die eingesetzte Recherche-Technik für die Presseresonanz auf den Berlin-Workshop führte dazu, dass nur im selteneren Fall Originalausgaben der Printberichte vorlagen. Dies hatte seinen Grund hauptsächlich im Einsatz der Ressourcen sparenden Internet-Suchmaschine „Paperball“. Aufgrund der öfters unklaren Auszeichnung der Textteile der Online-Artikel mussten die Textteile Überschrift, Dachzeile und Untertitel in einigen Fällen nach Plausibilitätserwägungen zugeordnet werden.

[87] Siehe dazu van Dijk 1985.

teln, dann haben Veranstalter gute Chancen, mit Aussagen und Argumenten in die Überschriften zu gelangen.

Abb. 12: Wird die Botschaft des AkEnd in den Überschriften der Berichterstattung aufgenommen?



Quelle: Hocke-Bergler 2002 (ITAS)

Vergleicht man die Berichterstattung zu Mörfelden mit der zu Berlin, so ist auch hier ein leicht positiver Trend festzustellen. Während zu Mörfelden nur eine regionale Abonnementzeitung die Botschaft des AkEnd positiv berichtete, sind es in der Berichterstattung zu Berlin zwei bundesweit berichtende Tageszeitungen und zwei regionale Abonnementzeitungen.

Diese bundesweit berichtenden Tageszeitungen stellen auf unterschiedliche Gesichtspunkte ab. Während die „Financial Times“ die Dringlichkeit der Problemlösung betont, in dem sie die ungelöste und umstrittene Endlagerfrage in den Mittelpunkt stellt, wählt das „Neue Deutschland“ einen anderen Ansatzpunkt. Das neue Verfahren, das der AkEnd nach Auftrag des BMU entwickeln und vorantreiben soll, stellt das Neue Deutschland in den Mittelpunkt. Dachzeile und Hauptüberschrift lauten: „Atommüll: Endlagersuche beginnt von vorn“. Im Untertitel heißt es weiter: „Experten wollen Beteiligung der Öffentlichkeit“. Die Financial Times, die bereits vor dem Workshop ausführlich berichtete und sich dabei überwiegend auf die Informationen stützte, die auch in der AkEnd-Broschüre (AkEnd 2002a) enthalten sind, titelt dagegen: „Wohin mit dem strahlenden Erbe?“ Der Untertitel lautet: „Geologen rollen ab Don-

nerstag die Debatte um das sicherste Atommüll-Endlager neu auf. Von einem Standort allein raten die Forscher ab“.[88]

Bei den regionalen Abonnementzeitungen wird bei der „Braunschweiger Zeitung“ und bei der „Nordwest-Zeitung“ die Botschaft des AkEnd positiv in der Überschrift hervorgehoben. Die Braunschweiger Zeitung betont in der Hauptüberschrift ihres zweiten Berichtes zum Berlin-Workshop[89], dass bei der neuen Suche nach einem Atommüll-Endlager von einer „weißen Landkarte“ ausgegangen werden solle. Im Untertitel wird erläutert, dass eine „Expertengruppe (...) nach dreieinhalbjährigen Beratungen (ein) Idealverfahren“ vorschlage und gleichzeitig darauf hinweist, dass die Fragen der geologischen Bewertung und Vorstellungen von „Bürgerbefragungen“ für den AkEnd eine besondere Rolle spielen.[90] Die Nordwest-Zeitung stellt in ihrem Artikel, der ebenfalls eine für den AkEnd positive Zentrierung enthält, darauf ab, dass die Endlagerstätte nur in tiefen geologischen Formationen zu verwirklichen sei – ebenfalls ein zentrales Argument des AkEnd für das von ihm favorisierte Endlager-Konzept.[91]

Negative bzw. kritische Zentrierungen der medialen Botschaften sind dagegen bei 38 Prozent der Artikel zum Berlin-Workshop festzustellen.[92] Zu den Massenmedien, die sich in jeweils einem Artikel für eine kritische Zentrierung entscheiden, gehören die regionalen Abonnementzeitungen „Tagesspiegel“, „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ und „Elbe-Jeetzel-Zeitung“. Bei den überregionalen Tageszeitungen sind es die „Frankfurter Rundschau“ (in zwei von drei Artikeln) und die Süddeutsche Zeitung (in einem von zwei Artikeln).[93] Von den Fachpublikationen äußern sich nur der „Strah-

[88] FT v. 17.10.02, ND v. 22.10.02.

[89] Im ersten Bericht der Braunschweiger Zeitung ist die Überschrift nicht negativ, sondern nur leicht fokussierend. Sie stellt besonders heraus, dass sich der AkEnd zu den brisanten Fragen der Endlagerstandorte nicht äußern sollte (Braunschweiger Zeitung v. 19.10.02).

[90] Die Überschriften lauten: (Hauptüberschrift) „Suche nach Atommüll-Endlager auf weißer Landkarte“ (Untertitel). „Expertengruppe schlägt nach dreieinhalbjährigen Beratungen Idealverfahren vor – Geologische Bewertung und Bürgerbefragung“ (Braunschweiger Zeitung, 21.10.2002).

[91] „Endlager nur in tiefen Formationen“ (Nordwest-Zeitung v. 19.10.02).

[92] Neun der 24 Artikel weisen eine kritische bzw. negative Zentrierung gegenüber der AkEnd-Botschaft auf (s. Tab. A3 im Tabellen-Anhang).

[93] Die „Süddeutsche Zeitung“ veröffentlicht am 19.10.02 auf der zweiten Zeitungsseite („Thema des Tages“) und damit an hervorgehobener Stelle einen mehrteiligen Großbeitrag zu Endlager-Fragen. Dieser Großbeitrag besteht aus insgesamt drei Artikeln, von denen sich zwei mit Fragen der Lagerung deutscher Nuklearabfälle auseinandersetzen und damit in die ITAS-Auswertung aufgenommen wurden.

lentelex“ und die „Greenpeace-Nachrichten“ in den Überschriften kritisch zur Botschaft des AkEnd.

Wie sehen diese negativen Zentrierungen aus? Bei der Sichtung dieser Zentrierungen fallen zwei Gesichtspunkte auf. Der erste Gesichtspunkt verweist auf verschiedene Dilemmata, in die der AkEnd durch seine eigene Arbeit geriet, während der zweite Gesichtspunkt auf Kommentierungen verweist, die die Printmedien mit ihren Überschriften in ihre Nachrichtenberichterstattung indirekt einfließen lassen.

Zu den Dilemmata des AkEnd

Unter Aspekten guter Außendarstellung und PR wäre es wünschenswert, dass ein an die Öffentlichkeit tretender kollektiver Akteur (wie der AkEnd) jederzeit strategisch handelt und dabei die Aufgabe, derer er sich annimmt, immer so darstellt, dass er sich selbst in positivem Licht präsentiert. Trotzdem gibt es Sachverhalte, die sich dieser anzustrebenden positiven „Rahmung“ entziehen. Beispielsweise kann die Ausgangslage für die Bearbeitung eines Sachverhaltes so komplex oder durch vorausgegangene Konflikte in einer Weise blockiert sein, dass der jeweilige moderierende kollektive Akteur nur unter „hohen Kosten“ (wie z. B. massiven Glaubwürdigkeitsverlusten) sagen kann: „Natürlich sind alle Probleme zu bewältigen und wir besitzen die dazu notwendige Handlungsfähigkeit, die ausreichenden Kompetenzen und Ressourcen“. In einem solchen Fall macht es Sinn, diese Sachverhalte als „Dilemma“ zu interpretieren, in dem ein rein auf Außendarstellung orientiertes Verhalten wahrscheinlich kontraproduktiv wäre. Ist das Dilemma jedoch als solches charakterisiert, so könnte auch auf das Spannungsfeld eingegangen werden, das sich aus den unterschiedlichen Problemwahrnehmungen entlang des jeweiligen Sachverhaltes ergibt. Unter kommunikationspolitischen Gesichtspunkten entstünde dann die Möglichkeit, umstrittene Sachverhalte und Bedenken „produktiv“, d. h. über Argumente mit den verschiedenen Stakeholdern zu bearbeiten und Übereinstimmungen auszuloten.

Andere Sachverhalte sind dagegen als „Kontextbedingungen“ einzustufen, auf die der AkEnd selbst wiederum kaum oder keinen Einfluss hat. Zu diesen Kontextbedingungen wäre z. B. die Aufgabenstellung des AkEnd durch das BMU zu zählen. Diese Kontextbedingungen sind unter Aspekten öffentlicher Kommunikation mindes-

tens ebenso schwierig zu handhaben wie die oben angeführten Dilemmata, die sich aus der Bearbeitung von umstrittenen Sachproblemen ergeben.

Unter Bedingungen der Pressefreiheit ist es natürlich das „gute Recht“ von Journalisten, auch eines oder mehrere Dilemmata ebenso in der Berichterstattung besonders herauszustellen wie Kontextbedingungen, die das Handeln des kollektiven Akteurs ungünstig erscheinen lassen. Auf diese beiden grundlegenden Aspekte, Dilemmata und Kontextbedingungen, wird in den folgenden Passagen jeweils anhand der konkreten Workshop-Berichterstattung eingegangen.

„Wo soll der Atommüll hin?“ Mit dieser Frage im Untertitel greift der Berliner „Tagesspiegel“ das Grundproblem auf, dem sich der AkEnd mit seiner mehrjährigen Arbeit zu stellen hatte (Tagesspiegel v. 21.10.02). Allerdings wird diese problemadäquate Frage durch die Hauptüberschrift und den zweiten Teil des Untertitels in spezifischer Weise negativ gerahmt: Während die Hauptüberschrift darauf abstellt, dass sich offensichtlich längst eine gängige Praxis im Umgang mit dem Atommüll eingestellt habe (nämlich das „Leben mit dem Lager“), skandalisiert der zweite Teil des Untertitels den Sachverhalt, dass für den gefährlichen Atommüll immer noch kein Lager gefunden wurde. Dies geschieht in spezifischer Weise: Mit der Überschrift („Die Experten wissen bislang nur, wo er nicht hin darf“) deutet der Tagesspiegel an, dass die Experten nur wissen, was nicht sein soll. Das Nicht-Wissen, wo das Lager dagegen entstehen soll, wird als Defizit den Experten selbst angekreidet und nicht als Ergebnis eines Konflikts verstanden.[94] Der Tagesspiegel erweckt also in der Überschrift den Eindruck, dass vielleicht nicht das Problem selbst ein hochdiffiziles sei, sondern dass die Experten ein Problem hätten. Das Dilemma besteht an dieser Stelle darin, dass die Suche nach einer sicheren Deponierungsmöglichkeit von der Sache her auch für Experten schwierig ist und dies auch eingeräumt werden könnte. Andererseits besteht aber auch die Notwendigkeit, eine Lösung für die hochradioaktiven Abfälle zu finden. Die Zentrierung des Tagesspiegel reagiert zwar auf das Spannungsfeld, blendet jedoch das Dilemma zwischen der Schwierigkeit der Suche und der Notwendigkeit der Problemlösung selbst aus.

[94] Diese Interpretation der Überschrift wird durch verschiedene Kommentierungen, die in die „news story“ einfließen, gestützt.

Eine andere Form der Skandalisierung, die ebenfalls auf ein spezifisches Dilemma verweist, macht sich dagegen die „Frankfurter Rundschau“ (FR) zu eigen. Der Topos des „Schmackhaft-Machens“ wird in der FR vom 19.10.02 in der Überschrift prominent platziert. Sie titelt am zweiten Workshoptag: „Mitsprache soll Bürgern Suche nach Atom-Endlager schmackhaft machen“ (FR v. 19.10.02). Mit dieser Hauptüberschrift wird nahegelegt, dass es sich bei den Formen bürgerschaftlichen Dialogs, die der AkEnd in das neue Standortauswahlverfahren integrieren möchte, lediglich um Formen strategischen Agierens handelt, durch die vorrangig „Akzeptanz“ beschafft werden soll. Diese Aussage wird in der zentrierenden Überschrift durch zwei Aussagen des Untertitels gestützt: Erstens wird die Eile moniert, zu der der AkEnd aus Sicht der FR drängt. Zweitens wird auf die Option der sog. Legalplanung abgehoben, die der AkEnd selbst ins Spiel gebracht hatte. Die Legalplanung wird im Zusammenhang des entwickelten Standortsuchverfahrens für den Fall „angedacht“, dass nach der Erkundung der verschiedenen Endlagerstandorte, die im neuen Auswahlverfahren gegeneinander abgewogen werden, keine Gemeinde sich letztendlich für die Einrichtung eines Endlagers in ihrem Gemeindegebiet entscheiden würde.[95] D. h. die FR verweist darauf, dass sich der AkEnd auch bereits für den Fall Gedanken macht, dass das noch nicht beschlossene neue Verfahren in seinem Effekt nicht zu möglichen Endlager-Standorten führt, weil die Gemeinden nicht zustimmen. Die FR greift also an dieser Stelle einen Punkt auf, den der AkEnd selbst ins Spiel gebracht hat und der die Vorstellung bedient, dass bürgerschaftliche Dialoge in bestimmten Konstellationen nur Alibi-Charakter besitzen. Das Novum eines Suchverfahrens mit eindeutig partizipatorischen Elementen, das in dieser Form in Deutschland (trotz in der Bevölkerung eindeutig gestiegener Partizipationswünsche) nicht vorhanden ist, wird damit zu einer „Frage des Geschmacks“ umdefiniert. Das Dilemma, in dem der AkEnd an dieser Stelle steht, resultiert aus der Vorstellung, was Akzeptanz in diesem Entsorgungskonflikt bedeuten kann. Die Eile, auf die der AkEnd bei der Etablierung der neuen Standortsuche drängt, und die Option der Legalplanung müssen nicht bedeuten, dass Akzeptanz für die Position beschafft werden muss, der Umgang mit atomaren Abfällen sei kein Problem. Vielmehr solle der bürgerschaftliche Dialog das Dilemma nach der Seite auflösen, dass Akzeptanz für einen verfahrensförmigen Weg geschafft wird, auf dem entschieden werden kann, wo die Abfälle gelagert werden

[95] Vgl. AkEnd 2001a, S. 19 – Der Untertitel in der FR lautet „Arbeitskreis drängt bei Standortauswahl zur Eile / Wehrt sich eine Gemeinde, entscheiden der Bund und die Länder“ (FR v. 19.10.02).

können. Diese Seite des Spannungsverhältnisses wird in der Zentrierung der FR ausgeblendet.

Starke Zentrierungen finden sich auch in den Überschriften zweier nuklearkitischer Fachpublikationen: dem „Strahlentelex“ und den „Greenpeace-Nachrichten“.[96] Der Strahlentelex greift eine Aussage von AkEnd-Mitglied Detlev Ipsen auf. Dieser hatte in der Pressekonferenz zum Berlin-Workshop in einer relativ randständigen Bemerkung gesagt, dass das Auswahlverfahren nicht nur für die Ermittlung einer kleineren Zahl, sondern auch für eine große Zahl von Standortermittlungen tauglich sei. Der Strahlentelex stellt diese Aussage in der Überschrift besonders heraus und erweckt damit den Eindruck, dass die Zahl möglicher Standorte ein wichtiges Thema der stattfindenden Endlager-Debatte sei. Während des Workshops und auch in den erkennbaren Positionen des AkEnd war dies jedoch bis dahin kein erkennbares Thema gewesen. Das kommunikationspolitische Dilemma, auf das hier verwiesen wird, besteht darin, dass die „Standortunabhängigkeit“ des Verfahrens einerseits ein Qualitätsmerkmal des Verfahrens selbst ist. Anderseits wird aber gerade auch durch die Erfüllung dieses Qualitätsmerkmals die Möglichkeit geschaffen, dass nicht nur das eine, von der Bundespolitik angestrebte Endlager geschaffen wird, sondern unter Umständen dieses Verfahren in mehreren Fällen angewendet wird. Hier wird in der journalistischen Zentrierung aus einem Qualitätsmerkmal ein Nachteil insofern konstruiert, als der Kreis der betroffenen Bürger potenziell erweitert wird.

Einen anderen Weg starker Zentrierung wählen dagegen die „Greenpeace-Nachrichten“. Sie „moralisieren“ die Atommüll-Politik der rot-grünen Bundesregierung, indem sie diese als eine von drei „Atom-Lügen“ bezeichnen, deren sich die Bundesregierung schuldig mache. Das Organ dieses Umweltschutz-Verbandes, der bereits früh den Dialog mit dem AkEnd aufgekündigt hatte, kritisiert dabei nicht in erster Linie die spezielle Aufgabenstellung des AkEnd, sondern stellt den Atomausstieg als „Kontext“ in den Mittelpunkt seiner Argumentation. Sowohl die Verlängerung der Laufzeit des Atomreaktors Obrigheim als auch die fortgesetzte Wiederaufarbeitung in den europäischen Wiederaufarbeitungsanlagen wird argumentativ dazu benutzt, den Atomkonsens als Gegenteil eines deutschen Atomausstiegs darzustellen. Wenn es also in der Dachzeile heißt „Immer mehr Müll, kein Endlager, kein Ausstieg“, so wird

[96] Strahlentelex Nr. 380 und 381 (November 2002), S. 3; Greenpeace-Nachrichten, H4 (2002), S. 4.

damit der Atomkonsens der rot-grünen Bundesregierung, der wiederum auch eine Kontextbedingung für die Atommüll-Politik ist, als Täuschung dargestellt, die aus Sicht von Greenpeace legitimerweise herauszustellen und damit zu skandalisieren sei.

Eine Kontextbedingung wie der Atomkonsens wird also von einem nuklearkritischen Akteur zum Streitpunkt eines angestrebten Aushandlungsverfahrens und damit zu einem Kernthema gemacht. Auch andere Verfahren, die auf Konzepte bürgerschaftlicher Kommunikation setzten, hatten immer wieder mit z. T. massiven Konflikten um Kontextbedingungen zu tun (vgl. z. B. Bora / van den Daele 1997 und Gloede 1997). Als kommunikationspolitische Herausforderung ist diese Erfahrung ernst zu nehmen, auch wenn sie sich bei der Bearbeitung der Aufgabenstellung dem Einfluss der AkEnd-Experten entzieht.

Die „Süddeutsche Zeitung“ mit ihrer Berichterstattung am zweiten Workshop-Tag ist als Sonderfall einzustufen.[97] Dies ist vor allem deswegen der Fall, da sie als einzige Tageszeitung neben einem Hauptartikel, der sich mit der Endlagersuche in Deutschland auseinander setzt, auch ein längeres Interview mit einem AkEnd-Mitglied abdruckt. Einerseits wird dem AkEnd mit seinem Sprecher Heinz-Jörg Haury damit in besonderer Weise Raum eingeräumt, im „Originalton“ Botschaften des AkEnd zu vermitteln. Andererseits verweisen aber gleichzeitig die Überschriften zum Interview auf eine eindeutige Zentrierung, die den Absichten des AkEnd bis zu einem gewissen Punkt kritisch entgegensteht. „Im Zweifel ohne die Bürger“ lautet der Haupttitel des Interviews (SZ v. 19.10.02, S. 2). Im Untertitel wird dagegen darauf hingewiesen, dass die Entscheidung über einen Standort für ein Atommüll-Endlager jetzt anstehe.[98] Wird die Überschrift für sich allein genommen, so könnte sie auch so interpretiert werden, dass die Süddeutsche Zeitung eben nur auf die Option der Legalplanung hinweisen möchte. (Dies hatte bereits auch schon die Frankfurter Rundschau getan.) Betrachtet man jedoch den Verlauf des Gesprächs zwischen Haury und der SZ-Journalistin Jeanne Rubner, den das abgedruckte Interview wiedergab, so ist zu

[97] Zwei Drittel der zweiten Seite der SZ wird für die Behandlung des Themas „Endlagerung atomarer Abfälle“ in Deutschland und den USA reserviert.

[98] Der Untertitel lautet zwar nur knapp „Entscheidung über Standort“. Im Kontext mit der Dachzeile und der Hauptüberschrift erschließt sich jedoch der Zusammenhang einer unmittelbar (!?) anstehenden Entscheidung.

erkennen, dass die SZ-Journalistin im Verlauf des Interviews an mehreren Punkten ausgesprochen offensiv nachhakt. Es entsteht dadurch der Eindruck, dass die Journalistin besonders daran interessiert war, durch ihre journalistische Arbeit Schwachpunkte in der Beratungs- und Kommunikationsleistung des AkEnd aufzuspüren.

Die Überschriften, die hier als negativ gegenüber der Botschaft des AkEnd klassifiziert wurden, zeigen die Ansatzpunkte, denen sich die kritische Nachfrage oder die explizite Kritik der berichtenden Medien zuwandte. Kontextbedingungen (wie der Atomausstieg) wurden dabei ebenso in den Mittelpunkt gerückt wie Zweifel an der Durchführbarkeit eines neuen, von bürgerschaftlichem Dialog mitbestimmten Standortsuchverfahrens. Da die Zweifel sich meist auf Dilemmata stützen, die der Aufgabe des AkEnd selbst innewohnen, waren sie aus Sicht der evaluierenden Medienanalyse nur bedingt zu vermeiden. Medien besitzen in demokratischen Gesellschaften das Recht, heikle Aspekte und Sachverhalte anzusprechen. Andererseits macht es jedoch auch Sinn, dass kollektive Akteure sich kommunikationsstrategisch auf diese Dilemmata einstellen. Kontextbedingungen dagegen entziehen sich aufgrund ihres Charakters häufig den Möglichkeiten PR-strategischer und realer Bearbeitung. Dies sollte als Sachverhalt so auch kommuniziert werden.

Ausgewählte „News Stories“

Nun handelt es sich bei Überschriften, die bisher im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse zum Berliner Workshop analysiert wurden, nur um einen kleinen Teil journalistischer Darstellung und Argumentation in der Berichterstattung über den dritten Workshop. Welche Perspektiven die berichterstattenden Printmedien durch direkte Kommentare und die „news stories“ in die massenmediale Kommunikation einbrachten, soll an drei Beispielen beleuchtet werden. An der bereits erwähnten Berichterstattung des „Tagesspiegel“, am Interview der „Süddeutschen Zeitung“ und am einzigen expliziten Kommentar, der zum Workshop veröffentlicht wurde. Für die journalistische Stilform „Kommentar“, die darauf schließen lässt, dass die jeweilige Redaktion dem Thema eine besondere Bedeutung zuwies, entschied sich die Frankfurter Rundschau.

In seiner Überschrift betont der „Tagesspiegel“, dass die Endlager-Experten bisher nur wüssten, wo das Lager nicht hin solle. Die „news story“ selbst wählt im „Lead“[99] einen anderen Ansatzpunkt. Sie stellt auf die von AkEnd-Mitglied Ipsen an verschiedenen Stellen geäußerte widersprüchliche Einstellung der Bevölkerung ab, die die ITAS-Umfrage herausgearbeitet hatte: Der Atommüll müsse deponiert werden – möglichst umgehend, hatte Ipsen meist noch in Erläuterung hinzugefügt, was der Tagesspiegel an dieser Stelle jedoch nicht erwähnt. Der Bürger möchte den Atommüll aber gleichzeitig nicht in seinem „Vorgarten“ (Tagesspiegel v. 21.10.02, Abs. 1). Die „news story“ beginnt also mit der Widersprüchlichkeit der öffentlichen Meinung, rekapituliert den aktuellen Arbeitsstand des AkEnd, um anschließend im zweiten Absatz über die allgemeinen Ausschlusskriterien für ein Endlager und die staatlichen Vorgaben zu berichten, die der AkEnd erhielt. An diesem Punkt der Argumentation beginnt die Tagesspiegel-Journalistin dann, stärker kommentierende Passagen in die Nachrichtenberichterstattung einfließen zu lassen. „Der strahlende Abfall soll in einer ‚tiefen geologischen Formation’ gelagert werden – damit brauchte der AkEnd über Ideen, ihn in den Weltraum zu schießen oder im Meer zu vergraben, gar nicht nachzudenken“. Durch das Ein-Endlager-Kozept[100] sei auch die „Vorstellung gestorben, dass Nord- und Süddeutschland die Lasten teilen“ (Tagesspiegel v. 21.10.02, Abs. 2). Im folgenden Absatz wird dann darauf hingewiesen, dass die Aufgabe durch die Vorgabe, den zu erreichenden Sicherheitszeitraum auf eine Million Jahre festzulegen, in besonderer Weise „delikat“ sei. Dies übersteige – so der Tagesspiegel – das Vorstellungsvermögen der meisten ebenso wie das Ziel des AkEnd, die „Zustimmung der Bevölkerung für einen Endlager-Standort (zu gewinnen; Peter Hocke-Bergler)... Der AkEnd will die Bevölkerung in die Suche einbeziehen und am Ende darüber abstimmen lassen, ob sie sich ein Leben mit dem Endlager vorstellen können“ (ders., Abs. 4). Anschließend wird herausgestellt, dass der AkEnd einen ersten Schritt in diese Richtung unternommen habe, in dem Atomkraftgegner und -befürworter erstmals gemeinsam über dieses Problem nachdenken würden. Am Ende des Berichtes wird dann eine Anekdote berichtet: Bei einem AkEnd-Workshop wie diesem würde sich kurz vor Mitternacht die Zusammensetzung an den Tischen mischen.

[99] Lead ist der erste Absatz der Berichterstattung, der ebenso wie die Überschrift von der verantwortlichen Redaktion mit besonderer Aufmerksamkeit bearbeitet wird und häufig direkt oder indirekt die Meinung der Redaktion zu einem Thema in latenten Kommentierungen widerspiegelt.

[100] Das bedeutet: Ein Endlager für alle Abfallarten!

Nun kann das Berichten dieser Anekdote sicher als journalistischer Kunstgriff interpretiert werden, um den Artikel für den Leser „gefällig“ enden zu lassen. Angesichts der „news story“ bietet sich jedoch auch eine zweite Interpretationsmöglichkeit an, die stärker von Strukturen des latenten Meinungsjournalismus gekennzeichnet ist. Bedenkt man die Hinweise auf die Verklappung von Atommüll sowie Spekulationen, Nuklearabfälle mit Raketen in den Weltraum zu schießen, und fügt dies mit einer vermeintlich – zumindest für das Vorstellungsvermögen weiter Teile der Bevölkerung – plausiblen Argumentation zusammen, so stellt sich die Anekdote in anderem Licht dar. Hier wird – so die These – journalistische Skepsis sowohl hinsichtlich des langen Isolationszeitraumes von einer Million Jahren als auch hinsichtlich einer wirksamen Beteiligung der Bevölkerung an einer Standort-Entscheidung mit spezifischen Vorurteilen und Stereotypen gemischt, sodass am Ende eine legitime journalistische Kritik in latenten Meinungsjournalismus hinübergleitet. Dass die unterstellte NIMBY-Haltung[101] der Bevölkerung in sich widersprüchlich ist und dass die Mitglieder des AkEnd genau das Problem einer Abstimmung am Ende eines Endlager-Suchverfahrens zum Zeitpunkt des Workshops unterschiedlich beurteilen, wird in der „news story“ der Tagesspiegel-Journalistin Dagmar Dehmer nicht erwähnt.[102]

Journalistische Skepsis angesichts der „neuen“ Endlagersuche scheint auch das abgedruckte Interview in der Süddeutschen Zeitung zu strukturieren (SZ v. 19.10.02). Nach zwei professionellen Einstiegsfragen durch die SZ-Journalistin Jeanne Rubner wechselt die Journalistin zu einem speziellen Muster der Interview-Führung, das mit dem Begriff des „kritischen Nachhakens“ charakterisiert werden kann. Ihre erste Nachfrage stellt darauf ab, ob die Beteiligung der Bevölkerung nicht zu der Gefahr führe, dass „jeder Standort von den betroffenen Bewohnern“ abgelehnt würde? Als Haury auf die verbreitete Einstellung „Endlager ja! Aber nicht bei mir.“ verweist, die in Umfragen nachzuweisen ist, fragt sie nach, ob der AkEnd „denn schon einmal die Bevölkerung von Gorleben motiviert“ habe?

Einerseits handelt es sich hier um eine Form des verständlichen Nachhakens, da die skeptische Haltung der Bevölkerung einer Region, für die ein Endlager angedacht

[101] NIMBY = not in my backyard!

[102] Im Endbericht des AkEnd hatten sich die Befürworter einer Abstimmung auch am Ende des Verfahrens innerhalb des AkEnd durchgesetzt (vgl. AkEnd 2002: 78).

wird, erwartbar ist. Andererseits zeigt die Folge der sich daran anschließenden Fragen auch, dass die Journalistin offensichtlich in besonderer Weise partizipationsskeptisch ist. Sie wechselt nicht vom Thema „Nachteile bürgerschaftlicher Partizipation“ zu anderen Unterthemen der Endlagersuche, sondern beharrt auf ihm. Die folgenden Fragen lauten: a.) „Was wird der Arbeitskreis tun, wenn sich ein Standort herauskristallisiert und die Proteste lautstark werden?“ b.) „Und wenn sich überhaupt keine willigen Bürger finden?“ c.) „Ob ganz zum Schluss die Bevölkerung nochmal abstimmen darf, ist aber noch nicht entschieden?“ (ebd.)

AkEnd-Mitglied Haury bemüht sich zwar mehrmals, durch präzise formulierte Aussagen die Schlüsselargumente zu vermitteln und bleibt in seinem (abgedruckten) Antwortverhalten professionell und gelassen. Gleichzeitig erlaubt er es aber der offensichtlich am Thema „Nachteile bürgerschaftlicher Partizipation“ sehr hartnäckig festhaltenden Journalistin, ihre Skepsis gegenüber Bürgerbeteiligung und Transparenz in Form indirekter Kommentare einfließen zu lassen. Er versucht an dieser Stelle – so zumindest das abgedruckte Interview – nicht, die Richtung des Gesprächsverlaufs umzusteuern.

Einen anderen Weg journalistischer Kommentierung und Zentrierung geht die Frankfurter Rundschau (FR v. 21.10.02). Ihr Berichterstatter Thomas Maron, der insgesamt dreimal berichtet und auch in dem Artikel, der hier aufgegriffen wird, keine AkEnd-freundliche Botschaft in der Überschrift platziert, veröffentlicht seine Kommentierung in Form eines expliziten Kommentars. Unter dem Titel „Geld oder Gorleben“ nimmt er die in verschiedenen Berichten thematisierte Formulierung des Koalitionsvertrages zur Endlagersituation zum Anlass, um seine Interpretation der Problemlage darzustellen. Die blockierte Entscheidungssituation zur Frage, wo Deutschland seinen Nuklearmüll deponieren möchte, wird nicht als Problem der Bevölkerung und aller gesellschaftlich verantwortlichen Akteure, sondern als Problem der Politik interpretiert. Maron verweist darauf, dass nach den Arbeiten des AkEnd nun Politik und Öffentlichkeit gefragt seien, um eine „zügig“ zu eröffnende, „groß angelegte öffentliche Debatte“ anzustoßen, um die „Notwendigkeit einer sicheren Endlagerung wieder ins Bewusstsein der Gesellschaft zu rücken“ (Frankfurter Rundschau v. 21.10.02). Die Abgeordneten und Entscheidungsträger werden in diesem Zusammenhang aufgefordert, das Thema Endlagerung nicht mit Blick auf die „leeren“ Staatskassen zu kip-

pen, weil es „populärer ist, keine Schulden zu machen, als Probleme zu lösen“. (ebd.) Maron geht also auf ein weiteres Dilemma ein, das sich aus der Arbeit des AkEnd ergibt. Der AkEnd kann zwar einerseits die fachlich angemessenen Argumente und Empfehlungen für ein kriteriengestütztes Auswahlverfahren unter Öffentlichkeitsbeteiligung formulieren. Andererseits braucht er zur Umsetzung seiner Empfehlungen ein wissenschaftsexternes Teilsystem: die Politik (mit ihren Akteuren der Interessenaggregation). Für das neue Auswahlverfahren müssen also einflussreiche Unterstützer in den Parteien und im Regierungslager auf Bundes- und Landesebene gefunden werden. In der Workshop-Berichterstattung selbst taucht dies nur sehr eingeschränkt auf.

4.5 Problemorientierte Einschätzung der Workshop-Berichterstattung

Im Gegensatz zum Workshop in Mörfelden berichtete auch die überregionale Tagespresse (Qualitätszeitungen und Wirtschaftspresse) mit ausführlichen Berichten über den Abschluss-Workshop des AkEnd. Allerdings konnte auch in diesem Jahr die Wochenpresse, der eine besondere Rolle bei der Meinungsbildung zukommt, nicht für die Berichterstattung interessiert werden. Die Anzahl der Berichte in der Regionalpresse war nur wenig höher als in der bundesweit berichtenden Presse mit massenmedialem Publikum. Allerdings stieg ebenso wie bei der überregionalen Presse auch die Zahl der Berichte in den Fachpublikationen an. Insgesamt reagierte jedoch ein überschaubarer Kreis von Printmedien auf die öffentliche Abschlussveranstaltung des AkEnd. Konnte eine Zeitung aber als Berichterstatter gewonnen werden, so berichtete sie im Regelfall umfangreich. Kurzmeldungen waren die Ausnahme.

Eine besondere Rolle spielten neben der Frankfurter Rundschau, der Süddeutschen Zeitung und dem Neuen Deutschland als Zeitungen mit einer bundesweit interessierten Leserschaft regionale Abonnementzeitungen nur unter besonderen Bedingungen. Die Daten zeigen, dass nur die westdeutsche Regionalzeitung, die in ihrem Einzugsgebiet ein relativ weit vorangetriebenes Endlager-Projekt besitzt, bei der Workshop-Berichterstattung eine nennenswerte Rolle spielte. Es kann vermutet werden, dass der anhaltende Konflikt um den Nuklearstandort Gorleben sie für das Thema „Endlagerung“ sensibilisiert hat.

Über alle drei Workshops berichtete lediglich das „Neue Deutschland“. Die Frankfurter Rundschau berichtete zweimal über Berlin und hatte sich auch über den Auftakt-Workshop in Kassel zu Wort gemeldet. Neu und sehr ausführlich stieg die Süddeutsche Zeitung in die Endlager-Berichterstattung ein.

Keiner der Berichte ist als grob verzerrend und in dieser Weise tendenziöse Berichterstattung einzustufen. Vielmehr schlagen die klassischen Formen zentrierender Berichterstattung in mehreren Berichten durch. In einigen Fällen ist die Berichterstattung als hochwertig einzustufen. Allerdings gelang es insgesamt nur wenig, die Idee eines offenen und transparenten Verfahrens – wie es der AkEnd anstrebt – zu verdeutlichen. Die im Vergleich zu Mörfelden deutlich bessere Medienresonanz, die der Berlin-Workshop fand, dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit damit zu tun haben, dass der AkEnd bei seinem dritten Workshop auf Arbeitsergebnisse verweisen konnte. Zwar präsentierte der Arbeitskreis noch nicht seine ausgearbeiteten Empfehlungen; seine inhaltlichen Positionen waren jedoch in ihren Grundpositionen klar und bereits dem Endbericht sehr nah, der zwei Monate später an Umweltminister Jürgen Trittin übergeben wurde. Die qualitative Inhaltsanalyse der Workshop-Berichterstattung zeigte noch einige andere beachtenswerte Aspekte auf.

Gegen journalistische Stereotype (wie die Behandlung von Sachverhalten als Geschmacksfrage) oder die „Kirchturmpolitik“, die auch in weiten Kreisen der Bevölkerung angeblich das Handeln leitet, lassen sich aus öffentlichkeitssoziologischer Perspektive nur schwer „Gegenmittel“ entwickeln. Allerdings könnten Experten (wie die des AkEnd) auch an diesen Punkten strategischer vorgehen, als dies bisher offensichtlich geschah. Einerseits könnten sie bestimmte Dilemmata als relativ unumgängliche wahrnehmen und als solche auch kommunizieren. Anderseits könnten Experten andere Dilemmata in ein besseres, da reflektierteres Licht rücken.

Der Tagesspiegel und die Süddeutsche Zeitung argumentierten mit journalistischen Fokussierungen, die eine spezifische Interpretation und Kommentierung der Problemlage darstellten, und reduzierten das Endlager-Problem auf die Frage erwartbarer gesellschaftlicher Akzeptanz. Sie blendeten dabei aus, dass der AkEnd inhaltliche und formal-prozedurale Kriterien für die Endlagersuche formuliert, die eine Chance auf Erfolg bieten. Dass die Arbeit des AkEnd selbst noch keine Akzeptanz erzeugen

kann, sondern diese sich erst in Folge eines mehrstufigen Verfahrens entwickeln kann, wurde dabei ausgeblendet. Dass die Akzeptanz, die angesichts des Risikogehalts der bereits vorhandenen Nuklearabfälle wünschenswert wäre, heute nicht allgemein besteht und auch durch Expertenkommunikation innerhalb der begrenzten Zeit einer Legislaturperiode nicht herstellbar ist, wäre eine Botschaft gewesen, die der AkEnd zu einem Schlüsselthema hätte machen können. So wäre das Dilemma zwischen erwartbarer Skepsis in regionalen Bevölkerungsgruppen und der Einsicht in die Notwendigkeit einer zügigen Problembearbeitung auch gegenüber verfahrensskeptischen Medien und ihren Einwänden kommunikationsstrategisch „bearbeitbar“ geworden. Diese Chance hat der AkEnd in seinen bisherigen Medienstatements, die veröffentlicht wurden, häufig nicht genutzt. Das Ineinandergreifen von Politik und Expertenhandeln kann auch die Bedürfnisse nach Problem- und Konfliktlösung befördern – selbst dann, wenn es Zeit braucht und die Lösung des Konflikts mit seinen Dilemmata nicht per se evident ist.

Gleichzeitig gibt es andere Dilemmata, in denen sich der AkEnd befand, die PR-strategisch weniger leicht zu bearbeiten sind. Auf ein Dilemma dieser Art wies die Frankfurter Rundschau hin, indem sie die unterschiedlichen Interessenlagen zwischen Entscheidungsträgern (parlamentarischen und wirtschaftlichen) und Unterstützern einer problembewussten Endlagersuche in den Vordergrund stellte. Auf die Rahmenbedingungen, unter denen von Politik und Wirtschaft die Vorschläge des AkEnd umgesetzt oder negiert werden, kann eine Expertengruppe wie der AkEnd auch PR-strategisch nur schwer Einfluss nehmen. Hier kann er nur auf die „Kraft des besseren Arguments“ vertrauen und vertrauensbildende Begleitmaßnahmen initiieren. Auch der sog. Atomkonsens mit dem Gorleben-Moratorium und die damals offensichtlich beschlossene Regierungsstrategie im Umgang mit der Genehmigung von Schacht Konrad gehört zu diesen Dilemmata, die nicht durch Expertenhandeln wie das des AkEnd aus dem Weg zuräumen sind. Durch ihre Negation können aber Versuche bürgerschaftlichen Dialogs scheitern.

5. Zusammenfassung der Medienanalyse

Zentrale Beobachtungen der Medienanalyse werden an dieser Stelle komprimiert zusammengefasst: Sie haben die Aufgabe, in evaluierender Perspektive die Medien- und PR-Effekte des Expertenhandelns durch den AkEnd zu verdeutlichen. Die ausführlichen Begründungen finden sich in den Darstellungen der jeweiligen empirischen Befunde weiter oben im Manuskript.

Die mediale Resonanz auf das Expertenhandeln des AkEnd, die im Rahmen der ITAS-Untersuchung rekonstruiert wurde, muss sowohl quantitativ als auch qualitativ als ambivalent eingestuft werden. Während die Fachpublikationen relativ konstant über den AkEnd berichten, ist dies in den Massenmedien nur eingeschränkt der Fall. Erst im letzten Jahr der AkEnd-Arbeit (2002), ist ein deutliches Anwachsen der Berichterstattung festzustellen.

Die insgesamt relativ überschaubare Zahl von Berichten mit AkEnd-Nennung hängt sicher auch mit der nicht sehr dichten Medienberichterstattung über Fragen der atomaren Endlagerung zusammen. Der Vergleich mit anderen Nuklearthemen zeigt zwar, dass es sich bei der Endlager-Berichterstattung um eine stetige, von großen Aufmerksamkeitszyklen relativ unbeeinflusste Debatte handelt. Gleichzeitig zeigt der Vergleich mit den 1990er Jahren auch, dass die Bedeutung der Endlager-Berichterstattung insgesamt eher zurückgegangen ist und die aktuelle Untersuchung der Medieneffekte des AkEnd in der massenmedialen Debatte zu einer Zeit stattfand, in der Endlagerfragen nur auf eingeschränkte mediale Aufmerksamkeit stießen. Für den AkEnd war also in quantitativer Perspektive die Wahrscheinlichkeit, ein Thema der Endlager-Berichterstattung zu werden, nicht sehr groß.

In der Berichterstattung der Massenmedien sind Experten im Vergleich zu Regierungsorganisationen nur ein Akteur mit tendenziell geringer Bedeutung. Dies zeigt die empirische Medienanalyse. Überraschend ist dies insofern nicht, als Fragen der Nuklearpolitik in den Massenmedien meist dem politischen Ressort zugeordnet werden und diesem gleichzeitig im Vergleich zu anderen Rubriken (wie Wissenschaftsseiten) meist relativ viel Platz eingeräumt wird. Als wirtschaftliche Frage wird das Endlager-Problem ebenfalls so gut wie nie dargestellt. Dies zeigt sich sowohl an

der Berichterstattung der Wirtschaftszeitungen als auch an den Akteuren, die die jeweilige Berichterstattung dominieren.

Besondere Aufmerksamkeit widmet dem AkEnd verstärkt – so die Interpretation der Stichprobe zu den bundesweit berichtenden Massenmedien – nur eine kleine Gruppe der Massenmedien. Dazu gehören die „Frankfurter Rundschau“, die „tageszeitung“ und bei der Workshop-Berichterstattung „Neues Deutschland“. Während die FR dem links-liberalen Meinungsspektrum zuzuordnen ist, gehören die beiden anderen Tageszeitungen dem ausgewiesen linken politischen Spektrum an. Bei den regionalen Abonnementzeitungen zeigt nur die „Elbe-Jeetzel-Zeitung“ besonderes Interesse am AkEnd und seiner Arbeit. Politisch tendenziell konservative Medien wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und das Nachrichtenmagazin „Focus“ berichten nicht.

Offen tendenziöse Berichterstattung findet sich sehr selten. Nur wenig mehr als jeder zwanzigste Bericht ist als skandalisierend und/oder dramatisierend einzustufen. Allerdings sind Endlager-Themen weder in der ausgewerteten Straßenverkaufszeitung „Bild“ noch in den beiden Nachrichtenmagazinen nennenswert vertreten. Von ihnen ist bekannt, dass sie diese Formen der Berichterstattung stärker bedienen als andere Medien. Fokussierungen der Berichterstattung, die als zentrierend oder verhaltenskeptisch einzustufen sind, spielen dagegen schon eine größere Rolle (zusammen knapp ein Drittel der massenmedialen Berichterstattung).

Wird die Berichterstattung über die beiden letzten AkEnd-Workshops als Gradmesser für die mediale Aufmerksamkeit genommen, die durch das Expertenhandeln des AkEnd selbst ausgelöst wurde, so zeigt sich Beachtenswertes: Erstens gelang es dem AkEnd, mit seinem Berliner Abschluss-Workshop Medienresonanz zu erzeugen, die sowohl den Auftakt-Workshop in Kassel als auch die relativ geringe Resonanz auf den Workshop in Mörfelden klar übertraf. Insbesondere bei der überregionalen Abonnementpresse gelang es dem AkEnd, mit seinem Berliner Workshop und der Ankündigung seines Abschlussberichtes Aufmerksamkeit zu erzeugen. Zweitens bleibt festzuhalten, dass die Botschaft von der Grundidee eines transparenten und dialogisch ausgerichteten Verfahrens zur Standortsuche als Faktor der Konfliktlösung dagegen medial nur sehr eingeschränkt vermittelt werden konnte. Das AkEnd-Mitglied Ipsen engagierte sich zwar stark für diese Seite der AkEnd-Arbeit. In der

Medienresonanz lässt sich dieser Themenbereich aber nur randständig und immer wieder auch mit ausgesprochen kritischer journalistischer Kommentierung wiederfinden. Argumente, die auf den konfliktreduzierenden und problemlösenden Nutzen einer neuen Standortsuche verweisen, gehen in die Berichterstattung der Printmedien kaum ein.

Bestimmte Problemlagen des Endlager-Konflikts, der in Deutschland in die 1970er Jahre zurückreicht, lassen sich nicht durch geschickte Medien- und Pressearbeit lösen. Die strategische Thematisierung anderer Problemlagen dagegen gibt zu der Hoffnung Anlass, dass der Endlager-Konflikt bearbeitbar und u.U. Lösungen für ihn vorbereitet werden könnten. Kollektives Handeln, das Konfliktlösungen vorbereitet und Experten integriert, lässt sich im „Zeitalter von Christiansen, Biolek und Kerner“ nicht ohne PR-strategisches Handeln in den Medien positiv darstellen. Allein auf die Kraft des wissenschaftlichen und daher besseren Arguments zu setzen, genügt nicht. Wie im politikwissenschaftlichen Kontext z. B. von Schmidt-Degulle argumentiert wird, heißt in politisierten Konflikten „strategiefähig“ zu sein, trotz der aktuellen Erfordernisse, die eine Mediengesellschaft mit sich bringt, langfristige Botschaften zu entwickeln und diese weitestgehend beizubehalten (Schmidt-Degulle 2002). Dazu gehört auch, sie in einer Weise zu vermitteln, die der Laien-Kommunikation zugänglich ist. Dies gelingt dem AkEnd – wie anhand der Dilemmata in der Berichterstattung zum Berlin-Workshop gezeigt wird – an verschiedenen Stellen nicht.

Joachim Raschke und andere Autoren haben bereits darauf hingewiesen, dass Strategiefähigkeit insbesondere in deutschen Parteien, aber auch bei anderen kollektiven Akteuren des politischen Raumes, eine bisher ausgesprochen vernachlässigte Größe ist (siehe z. B. Raschke 2002). Zu dieser Strategiefähigkeit würde im Kontext des AkEnd gehören, Dilemmata als solche zu erkennen und mit ihnen vor der Maßgabe, ein bürgerschaftlich ausgerichtetes Dialogverfahren installieren zu wollen, strategisch umzugehen. In PR-strategischer Weise würde dies z. B. bedeuten, darauf zu verweisen, dass demokratische Entscheidungen immer Zeit brauchen und schnelle politische Radikallösungen in hochpolarisierten Konflikten nicht in kurzer Zeit, sondern nur über relativ langwierige Dialoge und spätere Verhandlungen zu bearbeiten sind.

Um in einer Gesellschaft, in der Medien zu einer wichtigen Einflussgröße geworden sind, kommunikativ erfolgreich zu sein, müssen Botschaften professionell erarbeitet und für die mediale Kommunikation vorbereitet werden. Dazu gehört, dass die Ausstattung der Öffentlichkeitsarbeit mit Ressourcen auch im Kontext von Expertenhandeln eher größer als kleiner sein muss. Ziel dieser Öffentlichkeitsarbeit hat es nicht zu sein, zu werben oder Medien-Events zu inszenieren. „Zuviel Inszenierung schadet, mit zu wenig scheitert man“ (Schmidt-Degulle 2002a: 7). Aber es bedeutet auch, dass Akteure entsprechend ihrer Rolle im System der politischen Interessenvermittlung in ihrer Sprache angesprochen und in bürgerschaftliche Kommunikation eingebunden werden. Werbung sollte lediglich für den bürgerschaftlichen Dialog und das Aushandlungsverfahren gemacht werden. Um dies zu leisten, bedarf es vieler kleiner Schritte, die nicht allein mit den Mustern von wissenschaftlicher Routine und regierungsnahem Handeln zu bewältigen sind.

E. Die Evaluation der Tätigkeit des AkEnd

von

Fritz Gloede (unter Mitarbeit von Armin Grunwald und Peter Hocke-Bergler)

1. Aufgabenstellung und Zielsetzung

1.1 Aufgabenstellung des Evaluationsprojekts

Standortfragen für die Endlagerung (hoch-)radioaktiver Abfälle sind im nationalen und internationalen Bereich nach wie vor weitgehend ungelöst. Bereits bei der Planung und Ansiedlung nichtnuklearer Abfalldeponien oder von Müllverbrennungsanlagen entstehen durch die Standortfrage regelmäßig schwerwiegende Konflikte innerhalb und mit der von solchen Anlagen betroffenen Bevölkerung. Im Falle nukleartechnischer Anlagen reagiert die Öffentlichkeit jedoch erfahrungsgemäß besonders sensibel.

Dem Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AkEnd) wurde von Seiten des BMU eine wesentliche Rolle im Gesamtprozess der Auswahl von Endlagerstandorten für radioaktiven Abfall zugedacht. Als seine Aufgabe wurde bestimmt, ein „nachvollziehbares“ Auswahlverfahren auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Kriterien zu entwickeln (Phase I), welches geeignet sein soll, den nachfolgenden Phasen (Entscheidung über Kriterien und Verfahren; Standortsuche und -festlegung entsprechend dieser Kriterien und Verfahren) „Transparenz und Glaubwürdigkeit“ sowohl aus Sicht einer nationalen wie internationalen Fachwelt als auch in den Augen einer „interessierten Öffentlichkeit“ zu verschaffen. Der Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte stand daher einer besonders schwierigen Herausforderung gegenüber, die eine sorgfältige Vorbereitung und Durchführung sowie eine ständige Beobachtung und Interpretation der Diskussionsverläufe in den unterschiedlichen Segmenten der Öffentlichkeit angeraten sein ließ, um Lerneffekte in Bezug auf Ausgestaltung der geplanten öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen und der Durchführung des beabsichtigen Beteiligungsverfahrens zu ermöglichen.

Das Evaluierungsvorhaben, dessen Ergebnisse im Folgenden berichtet werden, umfasste begleitende empirische Erhebungen verschiedener Art sowie eine fortlaufende, wissenschaftlich fundierte Beratung des AkEnd. Diese Beratung war als direkt handlungs- und entscheidungsbezogene intendiert gewesen. Durch strukturierte Beobachtung und Interpretation der Wirkungen von Arbeitskreisaktivitäten in den relevanten Öffentlichkeiten sollte ein Vergleich dieser Wirkungen mit den verfolgten Zielen möglich werden; aus diesem Vergleich schließlich sollten Schlussfolgerungen für die weitere Vorgehensweise des Arbeitskreises gezogen werden. Eine solche Beratung sollte sogar das vorrangige Ziel der vom AkEnd in Auftrag gegebenen Evaluation darstellen. Auf Grund verschiedener Umstände trat diese ursprünglich primäre Aufgabe im Verlauf der Projektdurchführung jedoch zunehmend in den Hintergrund. Für das ins Auge gefasste kontinuierliche Feed-back wären nämlich eine ebenso kontinuierliche Kommunikation zwischen Auftraggebern und Auftragnehmern über die vorgelegten Teil- und Zwischenergebnisse des Evaluationsvorhabens wie über seine weiteren Schwerpunktsetzungen erforderlich gewesen. Obwohl die Notwendigkeit enger Kommunikation und Interaktion von allen Beteiligten dem Grunde nach anerkannt war, lockerten diese sich insbesondere in der zweiten Hälfte der Vorhabensdurchführung bedauerlicherweise erheblich. Ein wichtiger Faktor für den genannten Verlauf des Vorhabens dürfte sicher auch in dem zeitlich recht engen Rahmen gelegen haben, der dem AkEnd für seine Aufgabenerfüllung zur Verfügung stand.

Die wissenschaftliche Bearbeitung von Evaluationsfragestellungen kann sich auf eine Reihe von Erfahrungen stützen, die insbesondere auch einem beteiligungsorientierten Umgang mit Abfallproblemen entstammen. Diese beziehen sich einerseits auf den politischen Umgang mit der Standortproblematik allgemein (Renn et al. 1997, Renn et al. 1998), andererseits aber auch auf spezifische Erfahrungen mit nuklearem Abfall (Board on Radioactive Waste Management 1999).

Empirische (quantitative und qualitative) Analysen der gesellschaftlichen Diskussion über atomare Endlagerung auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen relevanten Öffentlichkeiten sollten jedenfalls die Grundlage der Beratung des AkEnd darstellen. Besondere Beachtung verdienten dabei die zeitlichen Entwicklungen und Verschiebungen in dieser „Diskussionslandschaft“ und ihr möglicher Zusammenhang mit den Aktivitäten des AkEnd. Angesichts der in mancherlei Hinsicht „verfahrenen“ Situa-

tion, insbesondere auch fortbestehender Verhärtungen bei vielen der engagierten gesellschaftlichen Gruppen zur Frage der nuklearen Entsorgung kam und kommt der Schaffung eines offenen und argumentationszugänglichen Diskussionsklimas zentrale Bedeutung zu (Stichwort „Neuanfang“). Die Kriterien für das relative Gelingen eines solchen „Neuanfangs“, der streng genommen natürlich unmöglich ist, sind zugleich maßgebliche Kriterien für die Zielerreichung des AkEnd. Die Erfüllung solcher Kriterien durch die Praxis des AkEnd kann aufgrund der vielfältigen Abhängigkeit der angestrebten Ziele von anderen gesellschaftlichen Entwicklungen gleichwohl nur eine notwendige, nicht aber unbedingt auch hinreichende Bedingung sein.

Offenheit und Lernfähigkeit, Gewinnung von Vertrauen, mussten in diesem Sinne zu den Leitbegriffen der Arbeit des AkEnd werden, zu denen die häufig auch genannten Anforderungen ihrer Transparenz und Nachvollziehbarkeit eher in einem instrumentellen Verhältnis stehen.

Dieser Punkt verweist auf ein allgemeineres Feld von Schwierigkeiten, denen sich ein über mehr als zehn Jahre erstreckender Prozess gegenüber gestellt sieht. Er muss in der Lage sein, auf Veränderungen gesellschaftlicher Wahrnehmungen und Prioritätensetzungen in diesem Zeitraum (Lernfähigkeit) zu reagieren, ohne dabei in haltlose Beliebigkeit abzurutschen. Denn einerseits kann nicht davon ausgegangen werden, dass Werte oder Präferenzen, die heute für die Beurteilung der Endlagerung von radioaktivem Abfall maßgeblich sind, dies zwingend auch in zehn Jahren noch sein werden. Auch die Problematik der Ungewissheit und Unvollständigkeit des Wissen (z. B. in geowissenschaftlicher und technischer Hinsicht) verlangt Flexibilität: der gesellschaftliche Verständigungsprozess muss auf neues oder modifiziertes Wissen reagieren können (Grunwald 2000). Andererseits darf ein solcher Prozess nicht bloß inkrementell den jeweils aktuellen Stimmungen „hinterherlaufen“, sondern muss Kontinuität und Stabilität ermöglichen. Einmal getroffene Entscheidungen müssen (in einem bestimmten Rahmen) Bestand haben, ansonsten würde das Problem der Beseitigung radioaktiver Abfälle nur auf unbestimmte Zeit in die Zukunft verschoben. Die paradoxe Balance zwischen Flexibilität und Kontinuität zu halten – in wissenschaftlich-technischer wie in sozio-politischer Hinsicht – dürfte die vielleicht größte Herausforderung für den Arbeitskreis wie für den von ihm angeregten Prozess der Standortsuche darstellen (Grunwald 2000).

Daher ist die Interpretation der Entwicklungen in der Endlagerdiskussion auf die damit verknüpften unterschiedlichen Zeitskalen zu beziehen. Die Betrachtung der mittel- bis langfristigen Entwicklungen mag dabei im Einzelfall die Ergebnisse kurzfristiger Analysen relativieren (kurzfristige Erfolge müssen in der mittel- bis langfristigen Perspektive noch nicht viel bedeuten; für schwere Misserfolge besteht jedoch meist ein besseres gesellschaftliches „Gedächtnis“). Die Zielsetzungen einer beratenden Evaluation müssen mögliche Wirkungen der AkEnd-Tätigkeit also auf mehreren – in ihrer sachlichen wie zeitlichen Reichweite unterschiedenen – Ebenen in Betracht ziehen. Dementsprechend lassen sich die Beratungsaktivitäten selbst differenzieren:

- eine direkt handlungsorientierte Beratung des AkEnd in Bezug auf konkrete öffentlichkeitswirksame Maßnahmen auf der Basis aktueller Erhebungen und ihrer Interpretation;
- eine eher strategische Beratung des AkEnd in Bezug auf die Wirkung solcher Maßnahmen im gesamten Verlauf der vorgesehenen drei Phasen; und schließlich
- die Beratung des AkEnd in Bezug auf die dauerhafteren gesellschaftlichen Strukturen und längerfristigen Entwicklungen (Energiepolitik, Umgang mit Abfällen allgemein, Beteiligung der Öffentlichkeit und ihre Auswirkungen auf das politische System etc.), soweit sie für die Endlagerproblematik relevant erscheinen.

Diese Differenzierung nach zeitlichen Skalen der Wirkung des AkEnd kann in einem Mehr-Ebenenmodell der Evaluierung weiter konkretisiert werden (s. u., Abschnitt 1.2).

Die Hauptergebnisse einer so gefassten Evaluierung sind:

- empirische (qualitative oder quantitative) Erhebungen **der Haltung von Öffentlichkeit(en)** zur Endlagerfrage und zur Arbeit des AkEnd in ihrem zeitlichen Verlauf;
- Herstellung von Beziehungen zwischen diesen Ergebnissen und **allgemeinen gesellschaftlichen Diskussionen** (Endlagerproblematik, Haltung zur Kernenergie, Sicherheits- und Risikofragen allgemein);
- Auswertungen **einzelner öffentlichkeitsrelevanter Maßnahmen** des AkEnd (insbesondere der von ihm durchgeführten öffentlichen Workshops);
- Interpretationen der Ergebnisse auf dem Hintergrund der **Zielvorgaben des AkEnd** und der daraus abgeleiteten **Evaluationskriterien** (Bewertung);

– **Empfehlungen** für die weitere Arbeit des AkEnd auf der Basis dieser Interpretationen sowohl in Bezug auf konkrete öffentlichkeitswirksame Maßnahmen als auch in Bezug auf strategische und längerfristige Fragestellungen.

1.2 Evaluationskriterien

1.2.1 Zur Evaluierung von Öffentlichkeitswirksamkeit

Es ist weitgehend offen oder gar kontrovers, wie die Erfolgsbedingungen und Qualitätskriterien von öffentlichkeitsbeteiligenden Verfahren konzeptualisiert werden sollten, und auf welche Weise die Wirkung dieser Verfahren empirisch bestimmt werden könnte. Diese bislang konzeptionell und methodisch weithin unbeantworteten Fragestellungen beginnen bereits dort, wo beurteilt werden soll, ob die üblicherweise genannten Kriterien für *Verfahrensgerechtigkeit* (Transparenz, Fairness, Nachvollziehbarkeit etc.) erfüllt sind. Sie reichen bis zu den eher substanziell zu fassenden Kriterien dafür, ob vom *Erfolg eines Beteiligungsverfahrens* gesprochen werden kann. Ist Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgreich,

– wenn ihre Ergebnisse im politischen Prozess *vollständig umgesetzt*, d. h. vom politischen System einfach übernommen worden sind; oder

– wenn man zumindest Spuren der Resultate des Beteiligungsverfahrens in der politischen Entscheidung wiederfindet, die ohne das Beteiligungsverfahren nicht zustande gekommen wären (*modifizierte oder teilweise Übernahme*); oder

– wenn man Spuren des Beteiligungsverfahrens wenigstens *im Prozess* der politischen Entscheidungsfindung erkennen kann, wenn schon nicht in den Ergebnissen (z. B. darin, dass die Resultate des Beteiligungsverfahrens in den politischen Gremien immerhin *zur Kenntnis genommen* und diskutiert wurden); oder schließlich

– wenn man anhand von Medienereignissen eine gewisse Wirksamkeit des Beteiligungsverfahrens *in der allgemeinen Öffentlichkeit bzw. in den relevanten Teilöffentlichkeiten* annehmen kann?

Am Anfang eines Prozesses wie ihn der AkEnd mit seiner Arbeit begonnen und zugleich angestoßen hat, stehen sicher weniger Auswirkungen auf harte politische Entscheidungen als vielmehr Auswirkungen auf die Diskussionslandschaft hinsichtlich der Endlagerfrage generell im Mittelpunkt. In der Phase I des Gesamtprozesses der Standortsuche kommt also vorwiegend die letztgenannte Ebene in Betracht. Hier nun stellen sich zwei Teilfragen, zu deren Beantwortung die Evaluation etwas sagen muss. Ist es dem AkEnd gelungen,

(a) Spuren in der einschlägigen gesellschaftlichen Diskussion zu hinterlassen, die ohne seine Tätigkeit wahrscheinlich nicht zustande gekommen wären, und

(b) stehen diese Spuren im Einklang mit seinen Zielsetzungen?

Die Evaluierung öffentlichkeitsbeteiligender Maßnahmen im Allgemeinen enthält drei Momente, die sich analytisch trennen lassen und die auf verschiedene Anforderungen an das Evaluationskonzept führen:

(1) die *Erfassung* möglicher „Wirkungen“ durch Indikatoren (mit den Mitteln empirischer Sozialforschung), die zeitliche Veränderungen öffentlicher Auffassungen, Argumente und Überzeugungen messen,

(2) die *Interpretation* der erfassten Veränderungen, vor allem durch ihre Zuschreibung auf mögliche Ursachen (mit den Mitteln der Diskursanalyse), und die Prüfung der „Güte“ einer solchen Zuordnung (d. h. wie eindeutig ist die Zuordnung möglich angesichts anderer vorstellbarer Erklärungsmuster für die beobachteten Veränderungen?),

(3) die *Bewertung* der erhobenen Daten relativ zu den Zielen, die sich der AkEnd gesetzt hat.

Damit zerfällt die Festlegung von Kriterien im Projekt in mindestens zwei Teile, denn sowohl auf Stufe 1 als auch auf Stufe 3 sind Kriterien erforderlich:

- die Kriterien für die Auswahl der relevanten Indikatoren und
- die Kriterien für die Bewertung der Ergebnisse der empirischen Erhebungen zu den Indikatoren.

Die Kriterien zum erstgenannten Aspekt ergeben sich aus zwei Quellen: aus den Zielvorgaben des AkEnd einerseits und aus der Forderung nach ihrer Operationalisierbarkeit andererseits. Es hat z. B. keinen Sinn, das Ziel einer Schaffung von Vertrauen direkt messen zu wollen. In solchen Fällen (und die meisten der möglichen Indizierungen von Zielerreichung weisen eine ähnliche Problematik auf) besteht die Kunst darin, auf stärker operationalisierbare Indikatoren zurückzugehen, von denen aus dann indirekt auf die Zielgröße „Vertrauensschaffung“ geschlossen werden kann – allerdings um den Preis, dass die Interpretation der Ergebnisse an Eindeutigkeit verlieren muss. In diesem Sinne also dienen die Zielsetzungen des AkEnd als Kriterien für die Festlegung von Indikatoren.

Die Kriterien des zweitgenannten Aspekts der Ergebnisbewertung sind demgegenüber, entgegen dem ersten Schein, erheblich unkomplizierter. Ob ein Ziel bei gemessenen 30 %, 50 % oder 80 % eines Maximalwertes als erreicht bezeichnet werden kann, liegt dann letztlich in der Hand des AkEnd – oder derjenigen, die über sein weiteres Schicksal befinden. Es wird hier in den wenigsten Fällen um eine zweiwertige Beurteilung gehen können, ob also das Ziel erreicht wurde oder nicht, sondern es wird in der Regel ein gewisser Zielerreichungsgrad anzutreffen sein (gute Resonanz, weniger gute Resonanz, schlechte Resonanz in der Öffentlichkeit etc.). Es ging im Rahmen des Evaluationsvorhabens also auch weniger darum, eine „eigene“ Bewertung abzugeben. Vielmehr waren die externe Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit des AkEnd (d. h. die hier anzutreffende implizite oder explizite „Evaluation“) in den relevanten Teilöffentlichkeiten zu erfassen und der AkEnd mit den entsprechenden Informationen, Interpretationen dieser Informationen und ggf. Empfehlungen für das weitere Vorgehen zu versorgen.

Vordringlich war daher zu klären, in Bezug auf welche Indikatoren empirische Ergebnisse überhaupt erzielt werden sollten und konnten. Auswahlgesichtspunkte hierfür wurden auf der Basis der Zielvorstellungen des AkEnd entwickelt, wobei eine Matrix zugrundegelegt wurde, die (a) nach möglichen Wirkungsdimensionen und (b) nach Zielebenen der Arbeit des AkEnd differenziert.

1.2.2 Dimensionen von Wirkungen

Die Wirkungen von Maßnahmen lassen sich vor dem Hintergrund sozialwissenschaftlicher Erfahrungen aus der Evaluationsforschung analytisch nach folgenden Dimensionen unterscheiden:

- substanzielle Zielerreichung: Hier wird gefragt, ob und in welchem Umfang die faktisch eingetretenen Auswirkungen und Folgen des Einsatzes öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen (z. B. die Änderung der Haltung zu bestimmten Positionen in der Endlager-Diskussion oder die Anerkennung eines „Neuanfangs“ in der gesellschaftlichen Diskussion) in Übereinstimmung mit den verfolgten Zielen stehen. Kurz gesagt geht es um den Zielerreichungsgrad in Bezug auf substanzielle Fragen.
- Zielgruppenerreichung: Hier werden Aussagen über die akteursbezogenen Wirkungen von Maßnahmen des AkEnd gemacht (Zielerreichung in der sozialen Dimension). Die Kernfrage ist: Welche Zielgruppen wurden in welchem Umfang erreicht? Zielgruppenerreichung und die Erreichung der inhaltlichen Ziele sind in insofern unabhängig voneinander, als die Erstere keineswegs die Letztere einschließen muss. Andererseits aber erscheint eine substanzielle Zielerreichung ohne Zielgruppenerreichung wenig aussichtsreich. Daher ist die Zielgruppenerreichung i. d. R. eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für die Zielerreichung.
- Effizienz: Hier geht es um das Verhältnis von „Aufwand“ und „Ertrag“. Hätten die angestrebten Resultate auch „einfacher“ bzw. mit geringeren (finanziellen) Mitteln erzielt werden können? Die Beantwortbarkeit einer solchen Frage setzt allerdings zweierlei voraus – sowohl die Wahlmöglichkeit zwischen funktional äquivalenten Maßnahmen einerseits, als auch die Kommensurablität der zur Verfügung stehenden und einsetzbaren Mittel andererseits. Weder das Zutreffen der einen noch das Zutreffen der anderen Voraussetzung ist trivial.
- Nebenfolgen: Schließlich sind auch unerwartete bzw. nicht intendierte Wirkungen und Folgen in die Betrachtung einzubeziehen. Für den Fall ihres Auftretens muss dann die Frage beantwortet werden, ob sie zur Zielerreichung beigetragen haben (es gibt auch nicht intendierte positive Folgen) oder ob sie der Zielerreichung ab-

träglich waren. Falls Letzteres zutrifft, richtet sich der Blick sicher auch auf die Frage, ob sie hätten vermieden werden können.

– Programmprüfung/Zielsystemanalyse: Neben einer Erfassung von Wirkungen bzw. Folgen praktischer Handlungen und Maßnahmen sowie deren Rückbezug auf die maßgeblichen Zielsetzungen sieht die sozialwissenschaftliche Evaluationsforschung (dank ihrer Herkunft von der Policy Science) auch eine „Programmprüfung“ vor. Ein Aktionsprogramm wird in dieser Dimension auf seine innere Konsistenz, auf seine tragenden Annahmen zu den vorgegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bzw. auf seine Realisierbarkeit, sowie ggf. auch auf seine „Geeignetheit“ zur Erreichung der ausgesprochenen Ziele hin untersucht. Dieser Gesichtspunkt ist einerseits zwar weniger Teil der Wirkungsanalyse als vielmehr Teil der Beratung ex ante; er wird jedoch dann wesentlich für die Wirkungsanalyse, wenn sich zeigt, dass erhebliche Defizite in der Zielerreichung auf Inkonsistenzen oder verborgene inhärente Konflikte im Zielsystem zurückzuführen sind. Die Auswertung der Ergebnisse der Wirkungsforschung einschließlich der Formulierung von Empfehlungen für das weitere Vorgehen sollte dann Rückwirkungen auf die Ebene der Zielsetzungen selbst haben.

Diese generellen Dimensionen einer Evaluation von „policies“ bzw. von programmgeleiteter gesellschaftlicher Praxis lassen sich nun durch ein weiteres Raster untersetzen, dem der Umstand zugrunde liegt, dass die (selbst gesetzten oder auch zugeschriebenen) Ziele des AkEnd auf unterschiedliche zeitliche wie soziale Kontexte zu beziehen sind.

1.2.3 Bewertungskontexte für die Ziele des AkEnd

Aufgabe des AkEnd war, ein „nachvollziehbares“ Auswahlverfahren auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Kriterien zu entwickeln (Phase I), welches geeignet ist, den nachfolgenden Phasen (Entscheidung über Kriterien und Verfahren; Standortsuche und Festlegung entsprechend dieser Kriterien und Verfahren) „Transparenz und Glaubwürdigkeit“ sowohl aus Sicht einer nationalen wie internationalen Fachwelt als auch in den Augen einer „interessierten Öffentlichkeit“ zu verschaffen.

Die übergeordneten politischen Zielsetzungen einer Organisation des Gesamtprozesses der Standortsuche und -findung sollten allerdings bereits auf die Aktivitäten des Arbeitskreises selbst angewandt werden. Seitens des Arbeitskreises selbst bestand insbesondere die Absicht, seine öffentlichkeitswirksamen Aktionen nicht nur an der Zielsetzung einer angemessenen Information der Öffentlichkeit auszurichten. Vielmehr sollte die Öffentlichkeitsarbeit *diskursiven Charakter* annehmen und sich deutlich von PR mit werbendem Charakter unterscheiden. Einerseits sollte sie also die Einbringung des Wissens *interessierter* und betroffener Personen und Gruppen in die Arbeit des AkEnd ermöglichen, andererseits aber auch die hier anzutreffenden Werte, Präferenzen und Interessen berücksichtigen helfen.

Der AkEnd wollte sich also mit seinen Aktivitäten von Beginn an den gleichen weitreichenden Anforderungen unterwerfen, die auch ganz generell an tragfähige Verfahren gestellt werden – fachliche Kompetenz, soziale Legitimität *und* Praktikabilität müssen sichergestellt werden, und zwar nicht nur für die Verfahren selbst, sondern auch für deren Ergebnisse. Das zentrale Problem bei dieser „regulativen Idee“ ist, dass nicht nur die drei Hauptziele (Kompetenz, Legitimität, Praktikabilität) miteinander in Konflikt geraten können, sondern dass in den gesellschaftlichen Debatten auch über die Zielsetzungen im Einzelnen kontroverse Vorstellungen anzutreffen sind.

Durch diese ambitionierten Zielvorgaben ist gewissermaßen das Oberkriterium für eine Analyse der Wirkungen der öffentlichkeitsrelevanten Maßnahmen des AkEnd benannt. Dieses lässt sich nun, wie bereits am Beispiel „Vertrauensschaffung“ verdeutlicht, nicht unmittelbar in Indikatoren operationalisieren, sondern bedarf einer „indirekten Messung“. Zu diesem Zweck werden die allgemeinen Zielsetzungen im Folgenden nach vier Kontexten differenziert, die dann zu den fünf Wirkungsdimensionen in Beziehung gesetzt werden. Zuvor sind allerdings noch einige generelle Überlegungen zu den Bedingungen des Gelingens öffentlichkeitsbeteiligender Maßnahmen angebracht.

Aus der Erfahrung mit öffentlichkeitsbeteiligenden Verfahren ist bekannt, dass die Festlegung der Kriterien für eine Wirkungsbeurteilung an der übergeordneten Zielsetzung der Etablierung eines legitimen und akzeptierten Verfahrens zu bemessen

ist. Die Kriterien müssen sich aus demokratietheoretischen und prozeduralen Anforderungen an Beteiligungsverfahren im Allgemeinen und unter spezieller Berücksichtigung aller im weitesten Sinn mit Nukleartechnik zusammenhängenden besonderen Fragestellungen argumentativ begründen lassen. Diese Anforderungen bilden dennoch nur *notwendige* Bedingungen einer erfolgreichen Durchführung des Gesamtprozesses (und nicht unbedingt auch *hinreichende* Bedingungen). Die strukturellen Anforderungen an Beteiligungsverfahren beinhalten im Wesentlichen:

(1) *die Akzeptanz des Verfahrens(konzepts) selbst*, insbesondere der Verfahrensregeln, der vorgesehenen internen Entscheidungsprozesse und der Zugangsberechtigungen, aber auch die Akzeptanz der jeweiligen Frage- und Aufgabenstellungen, der verfolgten Zielsetzungen und deren Operationalisierung in Form von Zeitplänen etc., unabhängig von seinem empirischen Vollzug. Die Akzeptanz solcher Verfahren(skonzepte) bei Interessierten und Betroffenen trägt bereits ex ante zur Legitimation der Resultate dieser Prozeduren bei und begründet die Erwartung, dass diese Resultate auch substanziell akzeptiert werden, ohne dass dafür jedoch eine Garantie gegeben werden könnte. Wenn das Verfahren hingegen bereits vorab in den „relevanten Öffentlichkeiten“ abgelehnt wird, braucht man sich um seine sorgfältige Durchführung nicht mehr zu kümmern, ganz zu schweigen von der Erwartung, dass die in diesem Verfahren erzielten Ergebnisse akzeptiert werden könnten. Dieses Erfordernis einer Verfahrensakzeptanz betrifft insbesondere die Frage, wie Repräsentativität garantiert werden soll. Die Akzeptanz des Verfahrens(konzepts) ist daher in den verschiedenen relevanten Öffentlichkeiten laufend zu beobachten. Diese Akzeptanz beruht nicht unwesentlich auf einem Vertrauen in das Verfahren; und Vertrauen in das noch zu entwickelnde Verfahren wiederum wird maßgeblich davon abhängen, inwieweit der AkEnd durch seine Tätigkeit selbst an Vertrauen gewinnt. Diese Situation hat etwas von der bekannten Münchhausen-Problematik. Der AkEnd muss sich gleichsam am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen, denn ein wesentlicher Teil seiner Vertrauen stiftenden Tätigkeit sollte ja die Erarbeitung eines Vorschlag zu einem solchen Verfahren sein. Zu erwarten, dass der AkEnd mit seiner Tätigkeit Vertrauen gewinnt, ist also partiell gleichbedeutend mit der Hoffnung auf ein Vertrauen in das Verfahren, dass er schließlich vorschlägt. Ob es dem AkEnd tatsächlich gelungen ist, Vertrauen zu

gewinnen, wäre in dieser Perspektive erheblich mitbestimmt durch den Inhalt seiner Vorschläge – damit auch durch die Beantwortung der Frage, inwieweit das Verfahrenskonzept mit den heterogenen Erwartungen der potenziellen Verfahrensbeteiligten kompatibel ist. *Neben* der Einhaltung von generell als erforderlich angesehen „Fairness-Regeln“ (s. o.) geht es daher immer auch schon um die Frage, wie die Durchführung eines vorgeschlagenen Verfahrens die jeweiligen Interessenstandpunkte und/oder Wertpräferenzen berühren könnte! Falls es in diesem Zusammenhang zu Widersprüchen zwischen generell akzeptierten „Fairnessregeln“ und interessenbezogenen Erwartungen kommt, kann der Fall eintreten, dass eine oder mehrere betroffene Parteien „verzweifelt“ nach explikationsfähigen Ablehnungsgründen suchen werden. Dies hätte dann offenkundig strategischen Charakter.

(2) *Einhaltung der Verfahrensregeln im Vollzug des Verfahrens*: Wenn das Verfahren „im Prinzip“ akzeptiert ist, hängt seine faktische Wirkung maßgeblich von der nachvollziehbar korrekten Einhaltung der zuvor postulierten und akzeptierten Regeln ab. Dies betrifft, da der AkEnd bereits seine eigene Tätigkeit unter diesen Anspruch stellt, nicht nur die Einhaltung der Verfahrensregularien in den Phasen II und III, sondern bereits seine aktuellen Maßnahmen. Folgende Kriterien sind hier entscheidend:

- Transparenz nach innen und außen,
- Sicherstellung der „Repräsentativität“ beim Verfahrenszugang bzw. allgemeiner Teilnahmemöglichkeit,
- Fairness in der Ausgestaltung der einzelnen Schritte,
- gleichberechtigter Informationszugang für alle Interessierten,
- Lernbereitschaft und Ergebnisoffenheit der Diskussion.

Wie die Einhaltung dieser Kriterien für ein vertrauenbildendes Verfahren in den „relevanten Öffentlichkeiten“ wahrgenommen wird, bedarf daher ebenfalls der Beobachtung, um eventuell Kurskorrekturen vornehmen zu können. Dabei sind „Transparenz“, „Repräsentativität“, „Fairness“, „Gleichberechtigung“ und „Ergebnisoffenheit“ alles andere als selbsterklärende Kategorien. Vielmehr stellen sich die bekannten Fragen, etwa „Wie viel Transparenz ist Transparenz genug?“, „Was soll durch die Beteiligung genau repräsentiert werden – eine Dis-

kurslandschaft, soziale Kräfte- oder Mehrheitsverhältnisse oder noch etwas anderes?“. Selbst das Attribut „Ergebnisoffenheit“ ist klärungsbedürftig angesichts getroffener Vorentscheidungen (z. B. der nationalen Endlagerung radioaktiver Abfälle in geologisch tiefen Schichten an einem einzigen Standort). Nicht zuletzt solche Uneindeutigkeiten erfordern es, dass die sozialwissenschaftliche Prozessbegleitung nicht nur „messend“, sondern auch in hohem Maße „interpretierend“ betrieben werden muss.

(3) *Einbettung der Beteiligungsmaßnahmen in Entscheidungsprozesse.* Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Frage, was letztlich mit den Ergebnissen der Verfahren geschieht. Es muss von Anfang an klar sein, dass die Beteiligungsverfahren nicht nur Begleitmusik zu Entscheidungen sind, die an anderen Stellen getroffen wurden oder werden, sondern die Verfahrensresultate müssen einen erkennbaren Platz im Prozess administrativer Entscheidungsfindung erhalten. Beteiligung muss also praktiziert und darf nicht nur vorgetäuscht werden und dies muss, sollen die beabsichtigten Wirkungen erzielt werden, den Betroffenen von Anfang an transparent und nachvollziehbar verdeutlicht werden können. Auch im vorliegenden Falle ist dies keinesfalls trivial, weil politische Institutionen gewisse Entscheidungsbefugnisse an das Verfahren (jedenfalls in den Phasen II und III) abtreten müssten. Die öffentliche Wahrnehmung dieses Punktes wird sowohl die Beteiligungsbereitschaft als auch das Vertrauen in das vorgeschlagene Verfahren wesentlich beeinflussen. Solchermaßen klare Bestimmungen notwendiger Erfolgsbedingungen des AkEnd sind u. a. auf die besonderen Bedingungen zurückführen, unter denen der AkEnd mit seiner Thematik arbeitet.

(4) Weitere Bedingungen für einen Erfolg gehen auf die *Einbettung der Endlagerungsproblematik in allgemeine Politikbezüge*, vor allem natürlich in den Bereich der Kernenergienutzung, zurück. Die Kontexte und Rahmenbedingungen des Verfahrens, also *verfahrensexterne* Gründe, können seine Wirkung behindern oder die mit ihm verfolgten Intentionen in ihr Gegenteil umschlagen lassen. Dieses Feld ist erheblich diffuser als die bisher genannten drei Ebenen notwendiger Erfolgsbedingungen. Kriterien lassen sich hier nicht oder kaum theoretisch-deduktiv gewinnen, sondern müssen eher empirisch-rekonstruktiv (durch eine

relativ breite Erfassung von Meinungen zum Verfahren) bestimmt werden. Hierbei ist insbesondere der Spielraum politischer bzw. öffentlicher Entscheidungen im Kontext fest gefügter energiewirtschaftlicher Strukturen – sowohl national wie inzwischen auch international – von erheblicher Bedeutung. Aber auch jenseits unmittelbar wirtschaftlicher Rahmungen verbleiben einige offene Fragen – wie etwa die Frage danach, was geschieht, falls das Verfahren in Deutschland (relativ zu den zugrunde gelegten Kriterien für ein Endlager) keinen geeigneten Standort auszuweisen vermag.

Solche verfahrensexternen Fragen, die dennoch das Verfahren massiv betreffen, beeinflussen wesentlich die Stellung der Öffentlichkeit hierzu und bedürfen daher ebenfalls besonderer Aufmerksamkeit. Die Aktivitäten des Arbeitskreises mussten daher nolens volens auch mit dem Spannungsverhältnis umgehen, das zwischen den Vorgaben einer Suche nach Endlagerstandorten und dem prozeduralen Gebot ergebnisoffener Verfahren bestehen könnte.

Die Analyse der Zielsetzungen von Öffentlichkeitsbeteiligung im Allgemeinen und bei einer Suche nach Endlagerstandorten im Besonderen lenkt so den Blick zwangsläufig auf übergreifende gesellschaftliche Zusammenhänge. Dabei lassen sich die verschiedenen Zielsetzungen den nachfolgend erläuterten Kontexten zuordnen, die vom Allgemeinen zum Konkreten fortschreiten:

Kontext 1: Der Kontext des *Gesamtprozesses der Standortfindung* (bzw. der Standort-Konflikte), der sich demzufolge *auch* an generellen Anforderungen und Erwartungen einer gesellschaftlichen Behandlung weitreichender Entscheidungen messen lassen muss, ist primär durch die strukturellen bzw. politisch-rechtlich-ökonomischen Rahmenbedingungen wie auch durch jene geprägt, die sich mit der Geschichte des Kernenergiekonflikts herausgebildet haben.

Hier geht es um die Einbettung der Arbeit des AkEnd in die allgemeine gesellschaftliche Diskussionslage zur Endlagerfrage, also um einen gesellschaftlichen Rahmen, in dem der AkEnd agiert und den er doch nur marginal beeinflussen kann. In einer diesbezüglichen Evaluierung muss es daher zentral um die Frage gehen, welche zeitlichen Folgeereignisse tatsächlich dem Wirken des AkEnd zuzuschreiben sind und welche den besagten Rahmenbedingungen (dies betrifft z. B. die scheinbare Pa-

radoxie eines einerseits *neuen* systematischen Herangehens an die Standortsuche, die aber andererseits doch immer mit der „Erbschaft“ von Konrad, Gorleben und Morsleben und den damit einhergehenden Konflikte leben muss). Aber auch Erwartungen und Implikationen, die durch die Art der Thematisierung des Anliegens gesetzt werden, könnten jenseits der Beeinflussbarkeit durch den AkEnd liegen und wären zu diesen Rahmenbedingungen zu zählen. Hierzu gehört z. B. die generelle Hinwendung zu Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung in Europa, wie sie durch die Karriere des Diskurs-Begriffs oder durch die pauschale Erwartung von „partizipierender Öffentlichkeit“ (Konsensuskonferenzen, Bürgerforen etc.) zu erkennen ist.

Wenn es in der Anfangsphase der Öffentlichkeitswirksamkeit des AkEnd von großer Bedeutung war, die Öffentlichkeit erstens über den intendierten „Neuanfang“ zu informieren und hinreichend Vertrauen für diesen Neuanfang zu gewinnen, dann hing diese Vertrauensschaffung zunächst weniger von seinen eigenen Zielsetzungen (s. u., Kontext 2) oder der konkreten Ausgestaltung der Öffentlichkeitsarbeit (s. u., Kontext 3) ab, sondern – wie dies bereits die Auswertung des Kassel-Workshops gezeigt hat (Gloede/Seibt 2001) – vom Verhältnis zu den ihm gesetzten Rahmenbedingungen (Kontext 1). Daher sind solche Aspekte im Zusammenhang mit der Aufgabestellung „Programmprüfung/Zielsystemanalyse“ der nächstkonkreteren Kontexte mit besonderer Aufmerksamkeit zu bedenken. Insofern relationiert der Kontext 1 in der vorliegenden Evaluation die Arbeit des AkEnd zu den allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen in dieser Frage. Er bildet jedoch nicht den Gegenstand eigenständiger Evaluation, sondern „nur“ den notwendigen Hintergrund, um Evaluation im Kontext 2 überhaupt leisten zu können.

Kontext 2: Der Kontext des konkreten Auftrags bzw. der expliziten und intendierten Zielsetzungen des AkEnd (*Erarbeitung von Empfehlungen* für Standortauswahlkriterien und geeignete Verfahren ihrer wissenschaftlichen wie gesellschaftlichen Anwendung) in Phase I ist wesentlich geprägt durch die zeitlichen und sozialen Umstände des entsprechenden Politikprozesses (Versuch eines „Neubeginns“ bei der Standortsuche durch die rot-grüne Bundesregierung bzw. das BMU etc.).

Hier geht es primär um die Verwirklichung der im Einzelnen spezifizierten Zielsetzungen, d. h. vor allem einen Kriterienvorschlag und einen Verfahrensvorschlag für die

Endlagersuche in Phase I unter „dialogischen Bedingungen“ zu erarbeiten. Auch die vom AkEnd im Rahmen seines Auftrags getroffenen Vorentscheidungen bzw. seine konstitutiven Konsense sind diesem Kontext zuzurechnen, verbunden mit der Frage, wie diese Festlegungen in die Öffentlichkeit(en) hinein kommuniziert werden können und dort auch akzeptiert werden (Endlagersuche in geologisch tiefen Lagen, Suche nach *einem nationalen* Endlager, Vorstrukturierung der Phasen I bis III).

Die Unterscheidung zwischen den Kontexten 1 und 2 machen primär darauf aufmerksam, dass die Arbeit des AkEnd u. a. auf Anforderungen und Erwartungen stoßen musste, die sich nicht aus *selbstgesetzten* Zielen bzw. aus den Inhalten des ihm gestellten Auftrags ergeben, sondern aus weiterreichenden Implikationen und Konnotationen seines öffentlich dargestellten Programms.

Kontext 2 kommt im Rahmen der vorliegenden Evaluierung eine Schlüsselrolle zu. Zu ihm verhalten sich die Kontexte 3 und 4 (Öffentlichkeitsarbeit generell, herausgehobene öffentliche Auftritte; s. u.) instrumentell in dem Sinne, dass sich die Konkretisierung von Evaluationskriterien für diese nachgeordneten Kontexte an jenen für Kontext 2 orientieren musste. Letztere sind somit die Eckpfeiler der gesamten Evaluation (s. Abschnitt 1.2.4).

Kontext 3: Der Kontext der direkten, auf Dialog und Diskurs orientierten *Öffentlichkeitsarbeit des AkEnd* schließt öffentlichkeitswirksame Maßnahmen jeder Art ein (von Workshops bis hin zur Gestaltung der Internetseiten), welche einerseits effektiv und praktikabel, andererseits aber auch mit den übergeordneten Zielen verträglich sein mussten. Hier geht es konzeptionell gesprochen also darum, ob die Art der ÖA kompatibel war mit den unmittelbaren Zielen im Kontext 2 und mit den Rahmenbedingungen von Kontext 1. Im Einzelnen ging es vor allem darum zu analysieren,

- ob und inwieweit die ÖA die erhofften Wirkungen zeitigt,
- ob und inwieweit die Zielgruppen tatsächlich erreicht werden und
- ob und inwieweit nichtintendierte Nebenfolgen auftreten.

Als Referenz für die Beantwortung der beispielhaft genannten Fragen kam selbstverständlich auch das von IFOK erarbeitete *Konzept* der Öffentlichkeitsarbeit in Betracht (vgl. IFOK 2000). Allerdings ist der AkEnd den von IFOK vorgelegten Empfehlungen

aus verschiedenen Gründen weitgehend nicht gefolgt. Ebenso wenig ist für uns erkennbar gewesen, dass der AkEnd sich die von ITAS geäußerte Teilkritik an dem IFOK-Konzept zu Eigen gemacht hätte. Die im Kontext seiner generellen Öffentlichkeitsarbeit über die Durchführung von Workshops hinaus ergriffenen Maßnahmen (Gespräche mit Politikern, Verbänden, Gemeindevertretern und Schülern, Presseerklärungen, Einrichtung einer Web-Seite) wurden gleichwohl einer retrospektiven Analyse unterzogen und primär an den Kriterien für Kontext 2 sowie an ihrer Kompatibilität mit allgemeineren Erkenntnissen der Kommunikationsforschung bemessen.

Kontext 4: Als Kontext *wichtiger Einzelereignisse* der öffentlich wirksamen Aktivität des AkEnd sind vor allem *die drei Workshops* zu betrachten, die er in den verschiedenen Phasen seiner Tätigkeit durchgeführt hat, deren Zäsuren sie gleichsam darstellen.

Wiederum geht es hier einerseits um die Kompatibilität mit den generellen Zielsetzungen der Kontexte 2 und 3, andererseits aber auch um speziellere Ziele, welche sich für die betreffenden Ereignisse näher ausführen lassen.

Eine entsprechende Konkretisierung und Spezifizierung ist im Rahmen der bereits vorgelegten Evaluationsberichte für die Workshops in Kassel (Gloede/Seibt 2001) und Mörfelden (Gloede/Hocke/Stolle 2001) erfolgt. Die Beobachtungsergebnisse zum Abschlussworkshop in Berlin gehen demgegenüber unmittelbar in den vorliegenden Schlussbericht ein. Eine eigenständige Auswertung des Berliner Workshops wie bei den beiden vorausgegangen Workshops erschien aus praktischen Gründen nicht mehr sonderlich sinnvoll, da der Beratungsadressat AkEnd mit der öffentlichen Präsentation seiner Empfehlungen zugleich seine auftragsgemäße Arbeit beendet hatte und also Schlussfolgerungen für die Durchführung zukünftiger Workshops nicht mehr zu ziehen waren.

1.2.4 Kriterien im Kontext 2: Aufgabenstellung und Zielsetzungen des AkEnd

An dieser Stelle werden die Kriterien innerhalb des Kontextes 2 („Aufgabenstellungen und Zielsetzungen des AkEnd“) erläutert, da Kontext 2 den Kernbereich des

ITAS-Auftrags betrifft. Kontext 1 („Rahmenbedingungen“) ist ebenfalls zentral, wird jedoch nicht in gleicher Weise systematisch aufgearbeitet, sondern an den Stellen aufgegriffen, an denen er bei den Kriterien zum Tragen kommt.

Die Verbindung der beiden zuvor erläuterten Analysegesichtspunkte (Wirkungsdimensionen und Zielsetzungskontexte) ermöglichte schließlich die Konstruktion einer Matrix, in deren Feldern sehr spezielle Fragen und Aufgaben einer Evaluation präzise lokalisiert werden könnten (vgl. Gloede/Grunwald 2000).

Da die Relevanz der zu erhebenden Indikatoren und die der ihnen entsprechenden Ziel- bzw. Kriteriendimensionen im Rahmen des erteilten beratungszentrierten Evaluationsauftrags recht ungleich verteilt ist, indem nämlich den konkreteren Analysekontexten (2, 3 und insbesondere 4) praktischer Vorrang vor eher allgemeineren Betrachtungen zukommen sollte, wurde ihnen in der Durchführung des Evaluationsvorhabens auch erheblich größere Aufmerksamkeit zuteil. Auf eine gleichgewichtige, eher analytischen als praktischen Erfordernissen entsprechende detaillierte Ausfüllung der genannten Matrix muss daher im Folgenden verzichtet werden. Gleichwohl wurde versucht, auch die Bereiche jeweils geringerer Aufmerksamkeit im Auge zu behalten, um einerseits aussagekräftige Zeitreihen der Daten zu ermöglichen (wie dies besonders im Fall der Medienanalyse erfolgte) und andererseits den AkEnd auf kurzfristig vielleicht weniger aktuelle, aber möglicherweise längerfristig relevante Entwicklungen aufmerksam machen zu können.

Programmprüfung (Zielsystemanalyse)

Maßgeblich waren hier vor allem die mit der Einsetzung des AkEnd verbundenen Hoffnungen/Ziele – nämlich des Anstoßes einer breiten gesellschaftlichen Debatte und darüber hinaus der Veränderung des Charakters der Auseinandersetzung um die Entsorgung radioaktiven Abfalls im Allgemeinen.

Eine leitende Frage lautete: Hat der AkEnd unter den gegebenen und vom AkEnd nicht oder nur marginal beeinflussbaren Rahmenbedingungen generell eine Chance, die in ihn gesetzten Erwartungen (die ihrerseits heterogen sind) zu erfüllen und auf

welche Weise und mittels welcher vom AkEnd gestaltbaren Begleitumstände seiner Tätigkeit hat er dies? Weitere Analyseaspekte betreffen die impliziten Annahmen der Einberufung hinsichtlich der Beeinflussbarkeit der gesellschaftlichen Kontroverse sowie der Konsistenzprüfung hinsichtlich der Ausgestaltung (Prämissen des Auftrags, Unabhängigkeit der Arbeit etc.) des AkEnd.

Unsere Untersuchungen richteten sich auf die allgemeinen Veränderungen in den relevanten Diskussionen. Kriterien zur Erfassung der Öffentlichkeitswirksamkeit des AkEnd auf dieser Ebene sind etwa:

- Akzeptanz der Zusammensetzung des AkEnd in Bezug auf
  (a) Personen,
  (b) vertretene Gruppierungen,
  (c) wissenschaftliche Disziplinen.

  Dies beinhaltet auch Aspekte, die mit dem Zeitpunkt, der Vorgeschichte und möglichen Konflikten bei der Zusammensetzung und Einsetzung zusammenhängen. Eine spezielle Frage war z. B., ob oder unter welchen Umständen akzeptiert wird, dass ein Expertengremium ohne Sozial- und Geisteswissenschaftler bzw. Ethiker auch nichttechnische Standortkriterien entwickeln sollte. Wie der Verlauf der Phase I gezeigt hat, stieß dieser anfängliche Umstand in der Tat auf Kritik und wurde im Weiteren auch durch die Kooptation eines Sozialwissenschaftlers korrigiert – ungeachtet der ohnehin und bereits recht frühzeitig bestehenden Absicht des AkEnd, sich in Fragen sozialer und politischer Auswahlkriterien externen sozialwissenschaftlichen Sachverstands zu bedienen (Los 2 und Los 3).

- Wahrnehmung und Akzeptanz der politischen und rechtlichen „constraints“ der Arbeit des AkEnd, wie z. B.
  - der generellen Implikationen des Atomkonsens für die Endlagerfrage;
  - des vereinbarten Moratoriums zu Gorleben und des Planfeststellungsbeschlusses zu Schacht Konrad: Eröffnung einer realen Möglichkeit zum Neuanfang, Spiel auf Zeitgewinn, oder kostspielige Verschiebung von Entscheidungen?
  - der Errichtung dezentraler Zwischenlager;

- des Bestehens oder Nicht-Bestehens von Zusammenhängen mit der zu erwartenden Wiederaufnahme der Castor-Transporte.

– Nachvollziehbarkeit und Akzeptanz der inhaltlichen Prämissen des AkEnd in den interessierten Öffentlichkeiten, wie z. B.
  - des Endlagers in geologisch tiefen Schichten;
  - der Festlegung auf *ein* Lager für alle Abfallarten;
  - des nationalen (statt internationalen) Wegs für ein Endlager im Sinne einer moralischen Selbstverpflichtung;
  - der postulierten Ergebnisoffenheit des Prozesses und der eigenen Lernfähigkeit trotz dieser Vorgaben.

– Rechtfertigungsmöglichkeit für die Sonderbehandlung von radioaktivem gegenüber nicht nuklearem Müll (Gibt es nicht einen „Gleichbehandlungsgrundsatz“ im Verhältnis zu chemisch-toxischen Abfällen, wie er von mancher Seite reklamiert wird?).

– Wahrnehmung und Akzeptanz der politischen Einbettung des AkEnd im Hinblick auf
  - seine Abhängigkeit/Unabhängigkeit vom BMU;
  - die „politische“ Ergebnisoffenheit des angestoßenen Prozesses (entgegen dem Vorwurf, nur „nützliche Idioten“ darzustellen bzw. sich auf einer „Spielwiese“ praktisch folgenloser Expertise zu tummeln).

Selbstverständlich ist es vor diesem Hintergrund solcher Fragen unmöglich, einen absoluten Maßstab für die Breite der Debatte, für die Qualität der Auseinandersetzung und für deren Erfolg im Sinne der Aufgabenstellung des AkEnd zu finden. Wie viel Diskussion und Rechtfertigung Rechtfertigung genug ist, lässt sich bekanntlich niemals abschließend beantworten. Die Evaluation muss sich daher auf eher komparative Aussagen beschränken, kann relative Änderungen in die eine oder andere Richtung konstatieren, die u. a. durch die zu verschiedenen Zeitpunkten erhobene Medienresonanz, aber auch einschlägige Antwortentwicklungen bei den Einstellungserhebungen indiziert werden.

Zielerreichung

Hier geht es zunächst um die Frage, welche beobachteten, zeitlich nachfolgenden Ereignisse dem Wirken des AkEnd zugeschrieben werden können und welche ggf. den gegebenen gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und rechtlichen *Rahmenbedingungen* bzw. auch der *Vorgeschichte* der Standortfrage. In diesem Zusammenhang gibt die Aufarbeitung der *Diskurs-Geschichte* Hinweise, aber auch die *Auseinandersetzungen* um die Bedeutung der Arbeit des AkEnd *im Kontext der Politik des BMU* und der *Kernenergienutzung im Allgemeinen* (z. B. Entwicklung des Genehmigungsverfahrens zu Schacht Konrad, Entwicklung Gorleben etc.). Selbstverständlich erforderte es dieser Punkt schließlich auch, maßgebliche internationale Entwicklungen im Untersuchungszeitraum zu beobachten und zu berücksichtigen.

Unmittelbarer Gegenstand der Evaluation in diesem Kontext sind einmal die Wirkungen der Arbeit des AkEnd *als Prozess* in der Öffentlichkeit, zum anderen die sich herauskristallisierenden *Ergebnisse der Arbeit* des AkEnd (Kriterien- und Verfahrensvorschläge) und deren Vermittlung in den relevanten Teilöffentlichkeiten. Als Kriterien kommen dementsprechend primär die Zielsetzungen zum Tragen, die sich der AkEnd selbst zu Eigen gemacht hat. Diese zerfallen in Kriterien, die (1) mit den Ansprüchen an ein Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung verbunden sind, die (2) der kompetenten und nachvollziehbaren Aufstellung geowissenschaftlicher und sozialer Kriterien für die Eignung von Endlagerstandorten zusammenhängen, die (3) die Elemente des Beteiligungsverfahrens für Phase II/III und seine Vermittlung in den entsprechenden Teilöffentlichkeiten betreffen, und die schließlich (4) mit der Erarbeitung von Ideen für die Regionalentwicklung möglicher Endlagerstandorte zusammenhängen.

(1) Ansprüche an ein Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung

- Transparenz seiner Arbeit;
- Sicherstellung eines allgemeinen Informationszuganges für alle Interessierten;
- Ergebnisoffenheit (einschließlich der Möglichkeit einer „Ungeeignetheit“ von ganz Deutschland);
- eine nach außen dokumentierte und damit überhaupt wahrnehmbare Lernfähigkeit;

- Dialog- und Diskursbereitschaft;
- Vermeidung der Ausgrenzung von Personen, Gruppen oder Positionen;
- (rechtliche wie politische) Praktikabilität hinsichtlich der vorgeschlagenen gesellschaftlichen Verfahren für die Phasen II und III;
- Fairness in der Ausgestaltung dieser Verfahren, soweit jetzt schon absehbar;
- Sicherstellung von „Repräsentativität“ in der Öffentlichkeitsbeteiligung u. a. zur Vermeidung des Eindrucks von Chancenungerechtigkeit.

(2) Ansprüche an eine kompetente und nachvollziehbare Aufstellung geowissenschaftlicher und sozialer Kriterien für die Eignung von Endlagerstandorten

- Herstellung eines weitreichenden Einverständnisses in Bezug auf die der Gewinnung geowissenschaftlicher Kriterien zugrundeliegenden Sicherheits- und Umweltstandards in der Öffentlichkeit;
- Sicherstellung der Beteiligung von Vertretern aller relevanten Disziplinen an der Kriterienerstellung;
- Berücksichtigung nichttechnischer Kriterien und Klärung ihrer Beziehung zu den geowissenschaftlichen Kriterien (Integration, Hierarchiebildung, Angabe von Verfahren der Gewichtung und der Prioritätensetzung).
- Sicherstellung der Kompetenz der Vorschläge durch nationale wie internationale Rückversicherung in den relevanten Fachdisziplinen;
- Nachvollziehbarkeit der Argumentationen (vor allem in den öffentlich vorgelegten Berichten, aber auch in mündlichen Präsentationen).

In allen diesen Punkten ist die interne Wahrnehmung im AkEnd selbstverständlich zu unterscheiden von der externen Wahrnehmung in den relevanten Teilöffentlichkeiten.

(3) Beteiligungsverfahren für die Phasen II und III sowie seine Vermittlung in den entsprechenden Teilöffentlichkeiten

- Akzeptanz des Gesamtkonzepts (Prozess der Phasen I - III) in den relevanten Öffentlichkeiten;

- Akzeptanz insbesondere für Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung in den Phasen II und III;
- Beteiligung der Öffentlichkeit an der Verfahrensentwicklung selbst;
- Darstellung der Dialogbereitschaft und Lernfähigkeit des AkEnd in Bezug auf die Verfahrenentwicklung.

(4) Grundzüge für die Regionalentwicklung möglicher Endlagerstandorte

- Integration des Konzeptes der Regionalentwicklung in die allgemeinen Zielsetzungen der Endlagersuche;
- Spezifische Fokussierung des Beteiligungsverfahrens auf die Belange der möglicherweise betroffenen Regionen;
- Vermeidung des Eindrucks einer bloßen „Entschädigung“ oder gar „Bestechung“;
- Vermeidung des bekannten „Krater-Problems“ (die potenzielle Standortgemeinde profitiert, die unmittelbaren Nachbargemeinden gehen leer aus, obwohl sie das gleiche „Risiko“ und damit möglicherweise verbundene Standortnachteile tragen) durch Einbeziehung des Umlandes in die Regionalentwicklung und das Beteiligungsverfahren;
- Sicherstellung eines einvernehmlichen Überganges vom allgemeinen Willensbildungs- und Konsensprozess der nationalen Ebene zur Vorgehensweise auf der regionalen Ebene nach der Auswahl von Standortkandidaten.

Zielgruppenerreichung

Erwartungen hinsichtlich der Erreichung von „Zielgruppen“ sind zweifellos phasenabhängig. So hatte man in der Phase I, also während der unmittelbaren Arbeit des AkEnd, kaum schon erwarten können, eine Mehrheit der allgemeinen deutschen Öffentlichkeit in die Diskussion einbeziehen zu können – es sei denn, es wären besondere bzw. besonders spektakuläre Ereignisse eingetreten. Hinsichtlich einzelner Teilöffentlichkeiten (insbesondere der Expertenkreise aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft) verhielt es sich sicher anders.

Als Indikatoren können hier neben den Ergebnissen der Medienanalyse auch die Ergebnisse der Befragungen von Workshop-Teilnehmern dienen.

Die Kriterien der Zielgruppenerreichung im Allgemeinen waren durch den Auftrag des AkEnd vorgegeben. Sie bedurften lediglich einer Differenzierung gemäß dem Konzept der Teilöffentlichkeiten. Diese Kriterien lassen sich ansatzweise wie folgt operationalisieren:

Erreichung

- der allgemeinen Öffentlichkeit,
- der Fachöffentlichkeiten (dies sind alle problembezogen relevanten Disziplinen), insbesondere
  - Geowissenschaften,
  - Ingenieurswissenschaften (speziell Kernenergietechniker, Bergbau, Geo-Ingenieure im weiteren Verständnis),
  - Ethik,
  - Sozialwissenschaftliche Risiko- und Risikokommunikations-Forschung,
- der interessierten Öffentlichkeiten im weitesten Sinn (auch im Sinn der Betroffenheit von möglichen Entscheidungen)
  - Kernenergie-Community (Betreiber, Hersteller sowie die „Entwickler“, also Wissenschaftler und Ingenieure),
  - die einschlägig mit dieser Frage befassten Behörden und Ämter**,**
  - Industrie (insb. EVU),
  - Bürgerinitiativen und Umweltverbände,
  - von Standortüberlegungen betroffene regionale Öffentlichkeiten.

Unter „Erreichung“ ist zunächst zu verstehen, dass die Arbeit des AkEnd in den angesprochenen Öffentlichkeiten überhaupt in relevantem Umfang wahrgenommen wird. Bei der Bestimmung dessen, was hier „relevant“ heißen soll, kann es selbstredend nicht um Absolutwerte gehen. Selbst der Vergleich mit anderen Technikkonflikten (Abfallprobleme im nichtnuklearen Bereich; Kernkraftwerke; Flughafenausbau oder Gentechnik) führt nicht zwingend zu einer eindeutigen Antwort, sondern ist immer auch abhängig davon, was im konkreten Fall als „angemessen“ gilt. Tentativ kann hier folgende Unterscheidung ansetzen:

- Zielgruppe überhaupt erreicht (d. h. eine Auswirkung ist beobachtbar);
- Zielgruppe in bestimmtem Umfang erreicht (quantitative und komparative Aussagen).

Dieses wird auf die Art der erwarteten Auswirkungen hin spezifiziert, nämlich nach den Fragen, ob man sich hier mit

- einer *Bekanntheit des AkEnd* in den Zielgruppen

begnügt oder ob man mehr erwartet, etwa

- *Informiertheit über die Endlagerfrage* in den verschiedenen Öffentlichkeiten,
- *Informiertheit über den Ansatz des AkEnd* in dieser Frage.

Die Bemessung eines Erfolgs in der Zielgruppenerreichung kann überdies von noch weitergehenden Erwartungen abhängig gemacht werden, etwa der Stimulierung von eigenständiger Beteiligung an der Endlagerdebatte, besonders bei bislang daran nicht Interessierten.

Hier wie bei allen vorgenannten Spezifizierungen möglicher „Auswirkungen" der AkEnd-Tätigkeit handelt es sich um die soziale Wendung jener *inhaltlichen* Zielsetzungen, die zuvor erläutert worden sind (Dimension der „Zielerreichung"). Eine Operationalisierung von Kriterien der Art „keine Ausgrenzungen", „Fairness", „Repräsentativität", aber auch „Beteiligung aller relevanten Disziplinen" lässt sich ohne weiteres nach sozialen Teilöffentlichkeiten differenzieren und enthält damit zugleich operationale Anweisungen für die Dimension der „Zielgruppenerreichung".

Effizienz

Die Frage der Effizienz von Beteiligungsmaßnahmen ist – wenn überhaupt – dann außerordentlich schwer zu beantworten, wenn es an allgemein akzeptierten Auffassungen über die Vergleichbarkeit erzielbarer Ergebnisse bzw. einzusetzender Mittel fehlt. Für den Versuch einer Neueröffnung der gesellschaftlichen und politischen Befindung über mögliche Wege und Orte der Entsorgung radioaktiver Abfälle ist aus unserer Sicht denn auch keine grundsätzliche Alternative zu dem mit der Einsetzung

des AkEnd gewählten Vorgehen erkennbar. Eine solche Auffassung ist freilich nicht voraussetzungslos. Sie impliziert Annahmen darüber, was unter einer verständigen gesellschaftlichen Übereinstimmung zur Endlagerung bzw. ihrer breiten öffentlichen Akzeptanz zu verstehen sei. Dem stehen nach wie vor Auffassungen gegenüber, die eine mehr oder weniger duldende Hinnahme getroffener Entscheidungen durch die von ihnen Betroffenen bzw. der allgemeinen Öffentlichkeit für hinreichend halten. Solche grundsätzlichen Auffassungsunterschiede lassen sich auch empirisch gewendet antreffen. Während es nämlich einerseits keineswegs gesichert ist, dass der mit dem AkEnd angestoßene Prozess einer Standortfindung tatsächlich zu den gewünschten belastbaren Kompromissen in der Gesellschaft führen wird, steht andererseits ebenso in Frage, ob die „bescheidenere“ Erwartungshaltung hinsichtlich der Duldung getroffener Entscheidungen längerfristige Geltung wird beanspruchen können. Die normativen Auffassungsunterschiede, wie immer sie auch motiviert sein mögen, erscheinen jedenfalls nicht ohne weiteres überbrückbar, die empirischen Prognosen nicht ohne weiteres vorab entscheidbar.

Schon daher erscheint uns der aus systematischen Gründen eingeführte Gesichtspunkt der Effizienzprüfung im Rahmen des vorliegenden Evaluationsvorhabens nicht umsetzbar. Nachgeordnete Fragen hingegen, wie etwa diejenige, ob die gewählte Organisation und Ausgestaltung eines Workshops für den angestrebten Zweck wirklich angemessen war, ob also ein Mehr oder Weniger in dieser oder jener Hinsicht nicht „zielführender“ gewesen wäre, ließen sich durchaus unter Effizienzgesichtspunkten beantworten, erscheinen aber auch im Rahmen der grundsätzlich gewählten Vorgehensweise einigermaßen marginal. Sie wären es nur dann *nicht*, wenn die mögliche Steigerung der Effizienz (hier also: Kostensenkung bei gleichem Ergebnis) zusätzliche und für die generelle Aufgabenstellung wesentliche Schritte ermöglicht hätte. Dies wäre etwa der Fall gewesen, wenn die erhebliche Verbilligung der Durchführung von Workshops die Möglichkeit zur Einrichtung eines professionell betriebenen Presse- und Informationszentrums des AkEnd eröffnet hätte. Soweit wir erkennen konnten, war dies in mehrerer Hinsicht nicht der Fall.

Nebenfolgen

In Bezug auf Nebenfolgen von öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten des AkEnd ist ein Top-down-Approach nicht möglich, da Nebenfolgen per definitionem nicht auf bestimmte (gar vorhersehbare) Bereiche eingrenzbar sind. Als Indikatoren wurden sämtliche in den übrigen Dimensionen genannten Indikatoren herangezogen. Die Erfassung nicht intendierter Nebenfolgen (ob sie nun die Zielsetzungen des AkEnd unterstützen oder ihnen zuwiderlaufen) ist nur möglich auf der Basis einer breiten Erfassung der relevanten Diskussionen zur Endlagerfrage in ihren politischen Kontexten, wie sie im Rahmen der Berücksichtigung von Kontext 1 sowieso intendiert ist. Die Bestimmung von beobachteten Ereignissen *als* Nebenfolgen bedarf selbstverständlich der *interpretierenden* Zuordnung relativ zur Kenntnis der Zielsetzungen für den betreffenden Bereich.

Die Nebenfolgenfrage ist aber nicht diffus zu behandeln, sondern bedarf selbst einer Struktur. Hierzu sollte die Struktur der Ebene „Zielerreichung“ verwendet werden, soweit dies erforderlich und angemessen war. Vor diesem Hintergrund sollten dann Nebenfolgen auf ihre (positiven oder negativen) Beiträge zu Zielen hin klassifiziert werden, deren Erreichbarkeit im Einzelfall vorab vielleicht nicht einmal bewusst war.

Sicher kann es darüber hinaus Nebenfolgen geben, die in einer solchen Klassifizierung zunächst nicht erfasst werden. Hier bleibt es dann der weiteren Beobachtung des Prozesses der Standortsuche überlassen, Ereignisse ex post als weitere Nebenfolgen der AkEnd-Tätigkeit zu identifizieren. Eine solche „Nebenfolge“, die allerdings durchaus noch im Bereich des Erwartbaren liegt, ihrem unmittelbaren Gehalt nach aber nicht zu den intendierten Zielsetzungen des AkEnd gehört, scheint sich mit der Verwendung seiner Kriterien- und Verfahrensvorschläge für die grenzüberschreitende Auseinandersetzung um Endlager-Projekte (hier: in der Schweiz) bereits eingestellt zu haben.

2. Methoden und Vorgehensweise

Um die Projektziele zu erreichen, wurde ein aus verschiedenen, sich ergänzenden Elementen bestehender methodischer Ansatz gewählt. Er gliedert sich zunächst, gemäß der Doppelfunktion des Projekts, Forschung und Beratung bzw. Forschung für Beratung zu betreiben, in die Forschungsmethodik (Teile 2.1 und 2.2) und den Ansatz für die Realisierung der Beratungsziele (Teil 2.3) auf. Verbunden sind sie durch die Notwendigkeit der Interpretation der empirischen Forschungsergebnisse in Bezug auf die zu erbringende Beratungsleistung und die dabei auftretenden Probleme (Teil 2.3).

2.1 Datenerhebung

Um die genannten Kriterien anwenden und die gewünschte Beratung erbringen zu können, mussten die erforderlichen Daten zu den erwähnten Indikatoren erhoben werden. Hierbei kamen Methoden der quantitativen (z. B. standardisierte repräsentative Umfragen) wie qualitativen Sozialforschung (z. B. Medieninhaltsanalyse und Diskursanalyse) zur Anwendung. Um hierfür entsprechend geeignete Methoden zu identifizieren, wurde der Untersuchungsgegenstand „Wirkung des AkEnd in der Öffentlichkeit“ nach den folgenden Facetten des Begriffs der Öffentlichkeit differenziert, zu denen sodann jeweils angepasste empirische Methoden verwendet wurden:

- Allgemeine Öffentlichkeit,
- Medienöffentlichkeit,
- Interessierte Öffentlichkeiten.

2.1.1 Allgemeine Öffentlichkeit

Für die Phase I des Auswahlverfahrens „Endlagerstandorte“ konnte mit der Aufmerksamkeit und dem Interesse der gesamten bundesdeutschen Öffentlichkeit gerechnet werden. Methodisch-instrumentell wurde für die Erhebung

- des Informationsstands der allgemeinen Öffentlichkeit über Fragen der radioaktiven Endlagerung,
- der „Stimmungslage“ der Bevölkerung in Bezug auf die Endlagerfrage und in Bezug auf ihre zeitliche Entwicklung und
- der Struktur öffentlicher Erwägungen zur Endlagerung

das Verfahren der etablierten und hinreichend verlässlichen standardisierten Bevölkerungsbefragung verwendet (ausführlich dazu Kap. C. 1 in diesem Bericht). Da diese quantitative Methode Nachteile hauptsächlich dann hat, wenn der Gegenstand der Befragung bislang wenig vertraut bzw. wenig öffentlich diskutiert ist, wurde ein „Pre-Check“ zum Stand des öffentlichen Wissens zur Endlagerung durchgeführt. Die im November 2000 durchgeführte Telefonbefragung (IFOK/ITAS) spielte für die darauf folgende Auslegung der repräsentativen Umfragen eine wesentliche Rolle.

Die erste Hauptbefragung zum „Ausgangsstand“ wurde im Spätsommer 2001 durchgeführt und bis Ende 2001 vorläufig ausgewertet (s. Stolle 2001). Die zweite repräsentative Befragung wurde im Spätsommer 2002 durchgeführt.

2.1.2 Medienöffentlichkeit

Eine zweite „operationale“ Teilöffentlichkeit bildet die Medienöffentlichkeit bzw. die „veröffentlichte Meinung“. Die Beobachtung und Analyse von Vorgängen in der Medienöffentlichkeit konzentrierte sich auf Printmedien (s. dazu Kap. D. 1 in diesem Bericht). Die Beobachtung von Internet und Mail-Foren (neue Medien) wurde angesichts des immer noch recht kleinen Benutzerkreises dieser neuen Medien und ihrer noch unklaren Funktion im Kontext der „veröffentlichten Meinung“ auf sporadische „Stichproben“/Suchläufe nach herausgehobenen Aktivitäten des Arbeitskreises beschränkt. Rein praktisch wurden, entsprechend der vorgenommenen Auswahl von Print- und Fachmedien, die inhaltlichen Beiträge (einschlägige Zeitungs- und Zeitschriftenartikel) zunächst beschafft und dokumentiert.

Die generelle Zielsetzung der Medienanalyse bestand in einer *quantitativen und qualitativen* Auswertung. Insbesondere mit der qualitativen Auswertung wurde das Ziel

verknüpft, *relevante Argumentations- und Auffassungsmuster* in den medialen Kommunikationen zu identifizieren – sowohl im Hinblick auf eine Beschreibung des jeweiligen „Standes der Diskussion“ als auch im Hinblick auf mögliche Reflexionen solcher Muster in der allgemeinen Bevölkerungswahrnehmung. Eine quantitative Repräsentativität der Erhebung wurde hierbei nicht angestrebt.

2.1.3 Interessierte Öffentlichkeiten

Operational bedeutet die Betrachtung von „interessierten Öffentlichkeiten“ als Teilöffentlichkeiten die Identifizierung von Organisationen, Gruppen oder auch Einzelpersonen, die sich in der einen oder anderen Weise bereits an der Debatte um die Entsorgung nuklearen Abfalls beteiligt haben bzw. im Begriff stehen, dies zu tun. Eine solche Identifizierung wurde durch die retrospektive Auswertung einschlägiger Literatur und Medienberichterstattung ermöglicht.

Dabei ist, das zeigt die Analyse des Diskussionsfeldes, von mehreren (nicht zuletzt auch medial vermittelten) Diskursen auszugehen. Es gibt keinen kohärenten und zusammenhängenden Diskurs, sondern mehrere, die nur locker untereinander verbunden sind. Zumindest sind *„politische“, „wirtschaftliche“* und (ggf. ebenfalls weiter zu differenzierende) *„wissenschaftliche/expertenzentrierte“* Diskurse zu unterscheiden (s. u.). Bei einer derartig geschnittenen Unterscheidung ist es nicht ausgeschlossen, dass sich identische Akteure an mehr als nur einem Diskurs beteiligen bzw. beteiligt haben. Folgende Diskurse konnten bisher bestimmt werden:

- (energie-)**wirtschaftlicher** Diskurs unter Einschluss der Gewerkschaften,
- (atom- und umwelt-)**politischer** Diskurs mit den Polen BMU versus Umweltgruppen,
- (fach-)**wissenschaftlicher** Diskurs zu übergreifenden Sicherheits- oder Risikofragen ebenso wie zu Fragen von Endlager-Konzeptualisierung, disziplinärer Prognosesicherheit und interdisziplinären Kommunikationen,
- **ethischer** Diskurs als *eigenständiger* Beitrag zur Frage der nachfolgenden Generationen,

– (in Abstimmung mit Los 2) **regionalpolitische** Diskurse (Lüchow-Dannenberg, Konrad oder Erzgebirge). Hier spielen ganz andere Aspekte bzw. Argumente eine Rolle als im nationalen oder gar internationalen politischen Diskurs.

2.2 Wirkungsanalytisches Instrumentarium

Sobald größere Zeiträume und weitläufigere Vermittlungen in den Blick kommen (wie dies bei der Endlager-Diskussion selbstverständlich ist), kommt es darauf an, ob sich im Beobachtungszeitraum nachweisbare Verschiebungen der Argumentations- und Stimmungslage zum Erörterungsgegenstand ergeben. Dies lässt sich nur unter der Voraussetzung abschätzen, dass vor der Analyse möglicher Auswirkungen der öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen des AkEnd eine Status-quo-ante-Analyse vorgenommen wurde. Diese Analyse wurde auf zwei Ebenen von Öffentlichkeit mit jeweils verschiedenen Verfahren durchgeführt:

– hinsichtlich der „allgemeinen Öffentlichkeit“ wurde dies durch eine *standardisierte Erhebung der „Ausgangslage“* erreicht;

– hinsichtlich der Medienöffentlichkeit(en) wurde für die einzubeziehenden Medien(organe) eine rückwärtsgewandte *Erhebung und Auswertung von themenspezifischem Material* bis zum Jahr 1997 durchgeführt.

Selbstverständlich sind bei der hier skizzierten „Wirkungsanalyse“ auf der Basis unterschiedlicher methodischer Zugänge auf den verschiedenen Ebenen auch andere auslösende Ereignisse bzw. „Ursachen“ als die Aktivitäten des Arbeitskreises in Rechnung zu stellen. Dies erforderte die fortlaufende *Beobachtung nationaler und internationaler Geschehnisse*, die Auswirkungen auf die deutsche Erörterung des Themas „Endlagerung“ haben könnten.

Um die Wirkungsanalyse durchzuführen, bedurfte es eines Satzes von Indikatoren, der als Basis für die Zusammenstellung der Fragen für die Umfrage (sowohl der repräsentativen als auch der Panel-Studie) dient. Diese Indikatoren ergaben sich aus den obigen Überlegungen zu beobachtbaren Indikatoren und Kriterien der Evaluierung (Teil 1.2). Folgende Gruppen von Indikatoren wurden identifiziert:

- *Indikatoren des Informations- und Wissensstands* zur Endlager-Problematik. Diese müssen einerseits relevantes Wissen abfragen. Andererseits hatte es aber keinen Zweck, fachlich zu sehr in die Tiefe zu gehen.
- *Indikatoren für sozio-kulturelle Werthaltungen* sowie *allgemeine politische und ethische Überzeugungen.* Hierzu wurden gut dokumentierte und getestete Instrumente sozialwissenschaftlicher Wertforschung herangezogen (vgl. Zwick 1999, Inglehart-Index, Klages-Index und neuere Modifikationen).
- Indikatoren zu *übergreifenden Politikbereichen (Nuklearpolitik, Energiepolitik, Umweltpolitik etc.) mit Auswirkungen auf die Endlager-Diskussion.* Auch hierzu liegen getestete Fragen-Batterien vor, die aus Gründen zusätzlicher Vergleichsmöglichkeit (d. h. hier: Längsschnittvergleich zu früheren Befragungen: Was hat sich gegenüber den Atompolitikhaltungen und ihren Determinanten geändert?) wie auch zur Cross-Validierung eingesetzt wurden. Weil es sich um Fragen handelt, die auch in jüngerer Zeit verwendet worden sind, können dann „unsere“ Ergebnisse bei weitgehender Übereinstimmung als Indiz dafür angesehen werden, dass die Befragung valide ist. Andererseits ergibt sich bei grobem Abweichen gegenüber anderen jüngeren Ergebnissen ein erheblicher Erklärungszwang, was – außer einer „invaliden“ Erhebung – diese Änderungen verursacht haben könnte.
- Indikatoren *zur Einschätzung von Entscheidungs- wie zu Beteiligungsverfahren* und ihren zweiseitigen Legitimationsaspekten (also sowohl Fragen zu „legitimen“ Verfahren – Unter welchen Bedingungen werden die Verfahren selbst als legitim anerkannt? – als auch zur Legitimationskraft von Verfahren – Welche Resultate werden als durch Verfahren legitimiert anerkannt?).
- Indikatoren speziell zum *Problembereich des Umgangs mit nuklearen Abfällen* (Endlagerung/Zwischenlagerung und ihre zeitlichen Optionen, technische Verfahrensoptionen etc.).

Derartig mehrdimensional angelegte Befragungsinstrumente erlauben nicht nur die Analyse auffälliger „bivariater“ Zusammenhänge, sondern (und vor allem) auch die Analyse „multivariater“ Einstellungs- und Orientierungsmuster: die Analyse mehrdimensionaler und zu unterschiedlichen Mustern verbundener Positionen und ihrer Begründungen. Beispiele solcher komplexer Aggregationen von Überzeugungen und Positionen sind: Technikbilder, Gesellschaftsbilder, Konsumenten-Typologien etc.

Der Gewinn ist, dass nicht nur relativ simple Zusammenhänge nachgewiesen werden können (des Typs, ob die Einstellung zu Endlager-/Entsorgungsoptionen mehr vom Geschlecht oder von der Religion abhängt), sondern dass auch Fragen nachgegangen werden kann, ob sich kohärente Muster in Bezug auf komplexere Abhängigkeiten ergeben (z. B. Alter, Werthaltungen, parteipolitische Präferenzen, umweltpolitische Positionen betreffend).

Für die Zwischen- wie für die Schlusserhebungen in beiden Bereichen wurden Veränderungen der Erhebungsinstrumente nur dann vorgenommen, wenn dies methodologisch zwingend geboten war. Dies schloss die Einbeziehung ergänzender Fragen oder Indikatoren nicht aus, doch mussten die pragmatische Handhabbarkeit des Gesamtinstruments und die Vergleichbarkeit der Ergebnisse gewährleistet bleiben.

2.3 Interpretation der Ergebnisse

Im strengen Sinn *kausale* Wirkungsanalysen kann es im komplexen Feld gesellschaftlicher Kommunikation nicht geben. Abgesehen von Wirkungszuschreibungen sehr spezifischer Ereignisse (z. B. Pressespiegel) auf sehr spezifische Aktivitäten (z. B. Pressekonferenz) werden weitergehende Wirkungsanalysen vor allem in gut begründeten Plausibilitäten bestehen.

Die angesprochenen Analyseschritte gestatteten auch jenseits zweifelsfreier Zuschreibungen von Ursachen auf Wirkungen, den Verlauf der Endlagerdebatte im Untersuchungszeitraum und ggf. ihre gravierenden Veränderungen zu beschreiben, die die Ausgangsbedingungen für die geplanten weiteren Phasen des Gesamtprozesses sein werden. Damit verweisen sie auch auf die Herausforderung, ob und wie der AkEnd seine Arbeit **unabhängig** von den möglicherweise wechselnden politischen Rahmenbedingungen als sinnvolle und weiterführende Aktivität betreiben könnte. So würden – angenommen die Prämisse „nationales“ Endlager würde aus politischen Gründen aufgegeben – auch im Fall einer internationalen Standortlösung valide Kriterien genauso benötigt wie Beteiligungsverfahren. Dem Ergebnis solcher Diskurse sollte also ein argumentativer „Wert“ an sich zukommen, auch in Situationen wechselnder politischer Verhältnisse.

2.4 Beratung des Arbeitskreises

Arbeits- und Zeitplanung waren so angelegt, dass ITAS dem AkEnd verschiedene Beratungsleistungen anbot und auf Anfragen des AkEnd reagierte. Zusammenfassend lassen sich bei diesen Tätigkeiten vier Ebenen unterscheiden:

(a) Die Vor- und Nachbereitung der drei AkEnd-Workshops: Durch Kurzreferate bei AkEnd-Sitzungen wurden Ergebnisse der Teilnehmerbefragungen und der Medienresonanz dargestellt und kommentiert, die im Zusammenhang mit dem jeweiligen Workshop durch ITAS ermittelt worden waren (nach Kassel Teilnahme von Gloede und Seibt an zwei Nachbesprechungen[103], nach Mörfelden mündliche Berichterstattung durch Gloede und Hocke, nach Berlin schriftlicher Bericht Gloede 2002).

(b) Zur Medien- und Öffentlichkeitsarbeit des AkEnd: Im Frühjahr 2001 legte ITAS eine schriftliche Kommentierung des IFOK-Konzepts zur Öffentlichkeitsarbeit vor (Gloede/Hocke/Stolle 2001a). An der AkEnd-Sitzung, auf der das IFOK-Konzept besprochen wurde, nahmen ITAS-Mitarbeiter teil. Ausgehend von der Analyse der Medienresonanz, die der Mörfelden-Workshop fand, wurde ein Papier zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit vorgelegt und weitere PR-Beratung angeboten (Hocke 2001d).

(c) ITAS-Bevölkerungsumfragen 2001 und 2002: Informationen und Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsumfragen 2001 und 2002 wurden zu verschiedenen Zeitpunkten zwischen ITAS und dem AkEnd ausgetauscht (insbes. in der Zusammenarbeit zwischen AkEnd-Mitglied D. Ipsen und ITAS-Mitarbeiter M. Stolle).

(d) Regionalisierte Telefonumfrage 2002: Da der AkEnd sich dafür interessierte, ob die Endlager-Problematik in verschieden strukturierten Regionen unterschiedlich wahrgenommen wird, führte ITAS im Jahr 2002 kurzfristig eine regionalspezifische Telefonumfrage durch und gab die Ergebnisse an den AkEnd weiter (Stolle 2002).

[103] Bei der ersten Nachbesprechung war ITAS zusammen mit anderen AkEnd-Beratern zu einer Sitzung eingeladen, bei der in Form eines Brainstormings erste Eindrücke vom Kassel-Workshop gesammelt wurden. Bei der zweiten Nachbesprechung wurden die Ergebnisse des Berichts Gloede / Seibt (2001) vorgestellt.

3. Zur Arbeit des AkEnd im Beobachtungszeitraum

Seit der Erteilung des Evaluationsauftrags an ITAS im Spätsommer 2000 haben wir die öffentlichkeitswirksame Tätigkeit des AkEnd – weitgehend dem Konzept (Gloede/Grunwald 2000) folgend, das durch die Auftragserteilung akzeptiert worden war – intensiv beobachtet und begleitet.

Im Vordergrund stand dabei die Vor- und Nachbereitung der drei vom AkEnd durchgeführten Workshops zum jeweiligen Stand seiner Arbeit. Zudem haben wir jedoch auch Kommentare und Ratschläge zur Medien- und Öffentlichkeitsarbeit des AkEnd abgegeben sowie an einigen der vom AkEnd durchgeführten Gespräche mit Stakeholdern bzw. Schülerinnen und Schülern beobachtend teilgenommen (vgl. insgesamt Teil 2.4 im vorliegenden Kap.). Auf diese empirische Basis – selbstverständlich neben den Ergebnissen der durchgeführten Bevölkerungsbefragungen und der Medienanalysen – stützte und stützt sich dementsprechend unsere Evaluation dieser Arbeit.

Zu den Ergebnissen und Bewertungen der beiden AkEnd-Workshops in Kassel und Mörfelden wurden von ITAS bereits eigene Berichte vorgelegt (Gloede/Seibt 2001, Gloede/Hocke/Stolle 2001), sodass an dieser Stelle darauf nur zu verweisen ist. Auf die wesentlichen Ergebnisse dieser früheren Berichte bzw. auf die Schlussfolgerungen, die sich aus ihnen generell für die Tätigkeit des AkEnd ergeben, wird im Folgenden jedoch noch einmal kurz eingegangen.

Im Zentrum des Interesses soll hier also eine *Analyse des Abschlussworkshops* in Berlin stehen, für den ein eigenständiger Bericht – abgesehen von den kurzfristig erstellten „Anregungen zu Berlin“ (Gloede/Hocke/Stolle 2002) mangels praktischer Berücksichtigungsfähigkeit durch den AkEnd nicht mehr erstellt worden war (Teil 3.1).

Überdies wird eine kurze *vergleichende Analyse der Teilnehmer-Befragungen* bei allen drei Workshops vorgelegt, die u. a. interessante Hinweise zum Verlauf der Teilnehmerbewertungen gibt (Teil 3.2).

Sodann sollen die Eindrücke und Erfahrungen zusammengefasst werden, die wir bei der Beobachtung jener *Stakeholder-Gespräche* des AkEnd gewonnen haben, an denen wir teilnahmen (Teil 3.3), und schließlich erfolgt dann eine rückschauende Betrachtung der medienvermittelten öffentlichen Selbstdarstellung des AkEnd (Webseite, Newsletter), also der *Öffentlichkeitsarbeit im engeren Sinne* (Teil 3.4).

Die Ergebnisse all der hier im Abschnitt 3 vorgelegten Analysen sowie auch der früher erarbeiteten Resultate werden im nachfolgenden Abschnitt 4 dann einer Schlussbetrachtung und abschließenden Bewertung unterzogen.

3.1 Der Abschluss-Workshop in Berlin (18./19.11.2002)

3.1.1 Vorbemerkung

Anders als für die Workshops in Kassel und Mörfelden wurde für den Abschluss-Workshop des AkEnd in Berlin kein eigenständiger Evaluationsbericht vorgelegt. Da der unmittelbare Zweck der bisherigen Workshop-Evaluationen, nämlich die Beratung des AkEnd hinsichtlich der Durchführung künftiger Veranstaltungen, im Fall von Berlin aus zeitlichen wie sachlichen Gründen nicht mehr zutreffen konnte, erfolgt eine Betrachtung des Berliner Workshops also ausschließlich im hier vorliegenden Endbericht.

Insofern rechtfertigt es der genannte Umstand sicher, ausführlicher auf wichtige Aspekte des Abschluss-Workshops in Berlin einzugehen, während wir uns für Kassel und Mörfelden auf resümierende Ergebniszusammenfassungen – mit Verweis auf die vorgelegten ausführlichen Einzelberichte – beschränken konnten.

3.1.2 Zum Aufbau

Im Folgenden werden zunächst die *Besonderheiten des Berliner Workshops* gegenüber seinen beiden Vorgängern skizziert (Teil 3.1.3).

In einem zweiten Schritt wird dann über die *Ergebnisse der Teilnehmer-Befragung* in Berlin berichtet – und dies vor allem in vergleichender Perspektive. Den eingangs erwähnten Besonderheiten wird hierbei selbstverständlich Rechnung getragen (Teil 3.1.4).

Die vergleichende Betrachtung der Arbeitsgruppen-Durchführung auf den drei Workshops im Licht ihrer „quantitativen" Bewertung durch die jeweiligen Teilnehmer, mit der dieser Teil schließt, leitet zugleich über zum Teil 3.1.5, der einer eingehenden, eher *qualitativen Diskussion der Ergebnisse der fünf Arbeitsgruppensitzungen* in Berlin gewidmet ist.

In einem letzten Schritt ziehen wir das *evaluative Resümee* aus den gewonnen Erkenntnissen (Teil 3.1.6), dem schließlich eine kurze Zusammenfassung (Teil 3.1.7) des vorliegenden Berichtsteils folgt.

3.1.3 Zum Status des Workshops

- **Abschluss-Workshop mit Vorlage des Endberichts.** Anders als die beiden vorausgegangenen Workshops, die aus dem Kontext des jeweils erreichten Stands der Arbeit des AkEnd berichten und (kritische) Reaktionen wie Anregungen der interessierten Öffentlichkeiten einholen wollten, sollte der Berliner Workshop einer Präsentation der schließlich erreichten Arbeitsergebnisse dienen. Den Vorschlägen und Empfehlungen des AkEnd zu den Kriterien einer Standortauswahl und zu den Verfahren, in denen diese Kriterien anzuwenden wären, kam also zwangsläufig eine erhöhte politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit zu. Auch wenn es sich tatsächlich „nur" um die *Empfehlungen* einer Expertenkommission handelte, musste deren kontextbedingte Nähe zur Politik des BMU ihnen das Potenzial unmittelbarer praktischer Relevanz für die nukleare Entsorgungspolitik der Bundesregierung verschaffen.

- **Relativ hohe aktive Beteiligung.** Dank intensiver Bemühungen unsererseits konnte die hohe Beteiligung auch in nochmals erhöhte Bereitschaft der TeilnehmerInnen zur Beantwortung der schriftlich gestellten Fragen zum Berliner Workshop umgesetzt werden (vgl. unten, Teil 3.1.4 und Teil 3.2).

- **Erhöhte öffentliche und politische Aufmerksamkeit.** Tatsächlich erfuhr der Berliner Workshop nicht nur eine gegenüber seinen Vorgängern noch einmal erhöhte aktive Teilnahmebereitschaft seitens der interessierten Öffentlichkeiten, sondern fand auch in den das Ereignis begleitenden und beobachtenden Medien verstärkte Aufmerksamkeit. Dies betraf bezeichnenderweise vor allem deren politische Berichterstattung bzw. die entsprechenden Ressorts (vgl. Kap. D.5 im vorliegenden Bericht).

- **Anhaltend geringe Resonanz im politischen System selbst.** Trotz der zweifellos politischen Bedeutung des Abschluss-Workshops fand auch er – ähnlich wie seine Vorgänger in Kassel und Mörfelden – nicht gerade starke Aufmerksamkeit seitens der Vertreter des politischen Systems selbst. Wiederum stellten die ParlamentarierInnen aus Bund und Ländern (mit wenigen Ausnahmen) durch ihre Abwesenheit bzw. Schweigsamkeit ihr nur mäßiges Interesse an diesen Fragen der nuklearen Entsorgungspolitik unter Beweis. Hierfür kommen sowohl Gesichtspunkte nicht wahrgenommener praktischer Aktualität in Betracht (die politische Agenda wäre danach von weit dringenderen Problemen bestimmt), aber auch taktische Gründe für diese selbst auferlegte Zurückhaltung. Während solche Gründe für die VertreterInnen der bundespolitischen Opposition relativ deutlich auf der Hand liegen (da hier Notwendigkeit wie Sinnhaftigkeit einer erneuten Standortsuche erklärtermaßen nicht gesehen werden), sind sie für die VertreterInnen der Regierungsparteien weit weniger leicht nachzuvollziehen. Es legt sich schon hier die Schlussfolgerung nahe, dass auch das Lager der regierenden Koalition keineswegs einmütig hinter den Intentionen des BMU steht.

- **Graduell verstärktes Engagement des BMU.** Anscheinend auch in Reaktion auf die in Kassel und Mörfelden geübte Teilnehmerkritik an der nur geringen zeitlichen wie inhaltlichen Workshop-Präsenz nahm sich der seitens des BMU entsandte Parlamentarische Staatssekretär Baake in Berlin deutlich mehr Zeit und stand nicht nur für eine obligatorische Eröffnungsansprache, sondern auch für die nachfolgenden Diskussionen längere Zeit zur Verfügung. Gleichwohl vermittelte sich selbst für das gleichsam gastgebende Haus der Eindruck, dass auch für dieses andere politische Topoi weit höher auf der politischen Agenda stehen als ausgerechnet der Problembereich einer erneuten Suche nach einem atomaren Endlager. Inwieweit eine derartige Verhaltenheit mit Rücksichtnahmen auf

entgegenstehende politische Intentionen innerhalb der eigenen Regierungskoalition zu tun hatte und hat, unterliegt der weiteren Beobachtung.

– **Erstmaliger offizieller Auftritt von Industrievertretern.** Anders als bei den VertreterInnen des politischen Systems und anders auch als bei den vorausgegangenen Workshops ist es dem AkEnd immerhin gelungen, erstmals zwei Vertreter der Energiewirtschaft zu einer aktiven Workshop-Beteiligung zu bewegen und sie für gleichsam offizielle Stellungnahmen zu gewinnen (Bröskamp, E.ON, Rittscher, Energiewerke Nord). Dieser Umstand signalisierte zwar nicht unmittelbar eine Veränderung der generell ablehnenden bzw. abwartenden Haltung der Energiewirtschaft zu dem Unterfangen einer erneuten Standortsuche, konnte aber zunächst dahingehend gedeutet werden, dass relevante Vertreter der Wirtschaft trotz ihrer einschlägigen erklärten Auffassungen die Tür zu weiteren Gesprächen oder gar Verhandlungen (wie sie die vorgeschlagene zweite Phase im Konzept des AkEnd vorsieht) nicht endgültig zuschlagen lassen wollten. Dieser Eindruck wurde in der Zeit nach dem Berliner Workshop noch durch den entsprechenden Auftritt eines E.ON-Vertreters während der Veranstaltung in Loccum (vgl. Dally 2003a) verstärkt. Wie der weitere Gang der Dinge jedoch gezeigt hat, indizierten diese Ereignisse bestenfalls (ähnlich wie die Beteiligung eines namhaften CDU-Umweltpolitikers in Loccum) individuelles Engagement der betreffenden Personen, im Fall der Energiewirtschafts-Vertreter jedoch eher noch eine Politik des taktischen Abwartens mit Blick auf grundsätzlich veränderte politische Rahmenbedingungen.

– **Verfahren als inhaltlicher Schwerpunkt der AkEnd-Präsentationen**. Entsprechend dem erreichten Stand seiner Arbeiten konnte der AkEnd in Berlin den Schwerpunkt seiner informierenden Präsentationen auf den Bereich der vorgeschlagenen Verfahren, insb. die Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung legen, während es ein Jahr zuvor in Mörfelden stärker um die Suche nach geeigneten technisch-naturwissenschaftlichen Auswahlkriterien gegangen war. Diese Charakterisierungen beziehen sich allerdings vornehmlich auf die einführenden Selbstdarstellungen der AkEnd-Arbeit, nicht hingegen auf die Thematiken der anschließenden Arbeitsgruppen, deren Ausrichtung stärker den seitens der TeilnehmerInnen artikulierten Fragen und Anregungen gefolgt ist. Letzteres wurde

dem AkEnd übrigens auch in der abschließenden Teilnehmer-Befragung noch einmal positiv attestiert (s. u., Teil 3.1.4).

3.1.4 Die Ergebnisse der Teilnehmerbefragung

Da die Teilnehmerbefragung beim Berliner Workshop nicht mehr dem Zweck dienen konnte, aus ihren Ergebnissen Schlussfolgerungen für die inhaltliche wie organisatorische Ausgestaltung weiterer Workshops des AkEnd zu ziehen, wurde der an die Teilnehmer ausgegebene Fragebogen einerseits um direkt darauf bezogene Fragen vermindert, andererseits um einige allgemeine Fragen zur Kernenergiepolitik und zur Endlager-Suche erweitert. Wesentliche Fragen zur inhaltlichen Beurteilung des Workshops blieben jedoch erhalten und ermöglichen so einen Vergleich mit den vorhergehenden Teilnehmerbefragungen in Kassel und Mörfelden.

Da auf die Ergebnisse der vergleichenden Betrachtung aller drei Befragungen im Weiteren noch gesondert eingegangen wird (vgl. unten, Teil 3.2), kann der Bericht über die entsprechenden Ergebnisse der Berliner Befragung an dieser Stelle kursorisch bleiben.

Mit 113 ausgefüllten Fragebögen war der Rücklauf der Berliner Befragung, zu dem allerdings auch im Nachgang nach Abschluss des Workshops noch tatkräftig von ITAS beigetragen wurde, erfreulich hoch.

Die **allgemeine Beurteilung des Workshops** durch seine Teilnehmer fiel wiederum recht zufriedenstellend aus. Die vergebene Durchschnittsnote belief sich auf 2,34, wenn man so will also eine Zwei minus. Mit 2,31 erzielte der Workshop einen sehr ähnlichen Wert hinsichtlich seines „Ablaufs“, also der inhaltlichen und organisatorischen Programmgestaltung.

Soweit sich hierin Vorbehalte oder Kritik seitens einiger Teilnehmer niederschlagen, gehen diese jedenfalls weniger auf eine Unzufriedenheit mit dem Inhalt der dargebotenen Information oder auf eine wahrgenommene Inkompetenz der Veranstalter zu-

rück: so waren immerhin rund 85 % mit der Ausführlichkeit der Information zufrieden und rund 70 % attestierten dem AkEnd ein sehr gutes oder gutes „fachliches Niveau“.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse zu den **Fragen der Zielerreichung** finden sich zunächst wieder ähnlich gute Werte. 94,4 % der Befragten meinen, der AkEnd habe seine *Vorgehensweise* deutlich machen können, 89,6 % sehen sich über den *Stand seiner Arbeiten* zufriedenstellend informiert, 86,3 % attestieren dem AkEnd auch ausdrücklich, dass es ihm gelungen sei, *an die Ergebnisse der vorausgegangenen Workshops anzuknüpfen*, also tatsächlich die dort artikulierten Fragen und Anregungen der Teilnehmer aufzugreifen. Schließlich fanden immerhin auch 79,6 %, dem AkEnd sei die Kommunikation mit den Workshop-Teilnehmern geglückt, und beachtliche 73,5 % meinten, ihre Ideen und Anregungen seien in den Berliner Diskussionen tatsächlich aufgenommen worden.

Einzig bei der nicht ganz unwesentlichen Zielsetzung, auf dem Workshop *die Ergebnisse* seiner Arbeit, in diesem Fall den Entwurf des Abschlussberichts mit den Empfehlungen zu Auswahlkriterien und Auswahlverfahren, *zur Diskussion zu stellen*, erfuhr der AkEnd seitens der Teilnehmer eine nicht ganz so erfreuliche Bewertung. Nur 68,6 % der Befragten sahen dieses Ziel erreicht, immerhin 31,4 % hingegen nicht.

Im Licht der übrigen hier wiedergegebenen Ergebnisse deutet dieser – übrigens gegenüber der Mörfeldener Befragung wieder deutlich abgesunkene (vgl. unten, Teil 3.2) – Wert darauf hin, dass die zum Ausdruck gebrachte Unzufriedenheit offenbar weniger einer vermissten Offenheit oder Diskursivität der AkEnd-Mitglieder geschuldet ist, als vielmehr dem *Inhalt* der Ergebnisse. Hierbei wiederum scheint es den unzufriedenen Teilnehmern weniger darum gegangen zu sein, die mangelnde fachliche Kompetenz des Dargebotenen zu bezweifeln (s. o.). Vielmehr dürften die Vorbehalte sich entweder darauf richten, dass die vorgelegten Ergebnisse noch *nicht alle strittigen Fragen* zufriedenstellend beantworten – oder aber auch darauf, dass diese *Ergebnisse in ihrer Konsequenz für die jeweils Betroffenen* nicht als akzeptabel empfunden werden. In beiden Fällen wäre die Reaktion, die Ergebnisse des AkEnd hätten nicht hinreichend („zu Ende“) diskutiert werden können, verständlich.

Ein Blick auf die quantitativen **Bewertungen der fünf in Berlin durchgeführten Arbeitsgruppen** gibt hierzu vielleicht schon gewisse Hinweise. Ausgerechnet die erste Arbeitsgruppe zu den in der Standortsuche verwendeten Kriterien – einem Thema, das eigentlich beim Berliner Workshop gegenüber den neu vorgelegten Empfehlungen zu den Verfahren gar nicht mehr so im Mittelpunkt stehen sollte – erfuhr mit einem Gleichgewicht von 36,7 % positiven und 36,7 % negativen Bewertungen die schlechteste Aufnahme. Dieses Ergebnis indiziert wohl, so legt es die qualitative Analyse nahe, Vorbehalte des erstgenannten Typs: die Empfehlungen des AkEnd scheinen vielen Teilnehmern noch zu viele offene Fragen hinterlassen zu haben.

Die Beurteilungen der Arbeitsgruppen B und E (Wer verhandelt über die Festlegung der schließlich praktizierten Auswahlverfahren? Kann es eine positive Regionalentwicklung mit einem Endlager geben?) sind zwar nicht ganz so zwiespältig wie die der Arbeitsgruppe A, spiegeln mit 15,4 % (Arbeitsgruppe B) und 25 % (Arbeitsgruppe D) aber dennoch ein spürbares Maß an Unzufriedenheit wider. In beiden Fällen dürften die Vorbehalte (soweit sie nicht unmittelbar auf die praktische Durchführung der Gruppen zurückgehen) dem zweiten Typ zuzurechnen sein: nämlich der mangelnden Akzeptanz der vermuteten Implikationen für die Betroffenen. Gerade im Fall der Regionalentwicklung ist dies plausibel. Neben den konflikthaltigen strittigen Fragen im Einzelnen (Reichweite von Bürgervoten, Kompetenzverteilungen auf kommunaler und regionaler Ebene etc.) stößt ja die Vorstellung einer Ansiedlung des Endlagers in der eigenen Region auf die allergrößten Bedenken. Dies zeigt sich nicht allein in den von uns durchgeführten allgemeinen Bevölkerungsbefragungen. Auch unter den Teilnehmern des Berliner Workshops, die sich bei allen übrigen zur allgemeinen Kernenergiepolitik und zur nuklearen Entsorgung gestellten Fragen weit weniger kritisch bzw. besorgt zeigen als die allgemeine Öffentlichkeit, halten immerhin 40 % die erhebliche Beeinträchtigung der Region für sehr wahrscheinlich oder wahrscheinlich; etwa gleich viele Befragte sehen dies allerdings nicht so (42,8 %).

Den Ergebnissen der Teilnehmer-Befragung zu diesen **allgemeinen Fragen** sei schließlich auch der letzte Blick gewidmet. Sie erscheinen nicht nur interessant hinsichtlich der von den Teilnehmern vertretenen Auffassungen selbst, sondern sie indizieren in der Regel auch Charakteristika der interessierten Öffentlichkeiten zum Themenbereich „Endlager-Standort-Suche“, also der einschlägigen Themen-Community.

Ähnlich zunächst wie auch von der allgemeinen Öffentlichkeit wird von den Teilnehmern des Berliner Workshops das nukleare Entsorgungsproblem *erkennbar für dringlich* gehalten (76 % halten es für dringlich oder sehr dringlich) und die Schaffung eines Endlagers bereits innerhalb der nächsten 10 Jahre für erforderlich gehalten (dieser Option stimmten nahezu 60 % der Befragten zu!). Demgegenüber findet die vom BMU vertretene und vom AkEnd zugrunde gelegte Perspektive bis 2030 nur 38,5 % Zustimmung.

Die *radioaktiven Gefährdungen*, die von einem Endlager für die Gesundheit der betroffenen Bevölkerung ausgehen könnten, halten nur 16.6 % für wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich , 75,9 % lehnen eine solche Vermutung ab. Ähnlich sorgenfrei zeigen sich die Teilnehmer des Berliner Workshops bei der Frage einer radioaktiven Umweltbelastung – auch hier halten 77,8 % eine solche Belastung für unwahrscheinlich und nur 12,1 % vermuten diese Gefahr. Hierin unterscheiden sich die Workshop-Teilnehmer also ganz offenkundig von der allgemeinen Bevölkerung. Ähnliches gilt für die Frage, ob ein Endlager genehmigt werden könnte, von dem derartige (mehrheitlich ja nicht erwartete) Gefährdungen ausgingen. Deutliche 84,9 % sagen, eine solche Genehmigung sei unwahrscheinlich oder sehr unwahrscheinlich – in der allgemeinen Öffentlichkeit wird diese Zuversicht jedenfalls so nicht geteilt.

Hinsichtlich der Gewährleistung der *Langzeitsicherheit* eines zu errichtenden Endlagers für nukleare Abfälle über Jahrtausende hinweg ist die Sicherheit der Berliner Befragten nicht mehr ganz so ausgeprägt. Dennoch halten auch hier noch 65,8 % eine solche Langzeitsicherheit für wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich, allerdings äußern nun immerhin 21,3 % gewisse Zweifel.

Am skeptischsten, und dies muss vor dem Hintergrund der bisher referierten Ergebnisse zunächst paradox erscheinen, stellt sich die Einstellung der Workshop-Teilnehmer bei den *Fragen zu den Konsequenzen für die betroffene Standortregion* dar. Dass 40 % eine erhebliche Belastung für die Region erwarten, wurde bereits wiedergegeben. 60,2 % der Befragten halten es sogar für wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich, dass Häuser und Baugrund in der Nähe eines Endlagers einen Wertverlust erleiden. Offenbar spiegeln diese Antwortverteilungen wohl einen *Perspektivenwechsel bei vielen Befragten*. So lange sie selbst nicht als Betroffene, sondern

gleichsam als Experten die vorgelegten Fragen beantworten, zeigen sie sich relativ wenig besorgt. Sobald sie sich jedoch selbst als Betroffene vorstellen bzw. sich in die Lage der Betroffenen versetzen, werden erheblich mehr Bedenken Raum gegeben. Denn eigentlich dürften – der Auffassung der übergroßen Mehrheit der Befragten zufolge – von einem Endlager ja keine tatsächlichen Gefährdungen für die betroffene Region ausgehen.

Insofern erscheint schließlich die Zwiespältigkeit der Befragten, was die *Vermeidbarkeit von schweren Auseinandersetzungen* wie in Gorleben bei der erneuten Suche nach einem Endlager-Standort angeht, durchaus verständlich. Nur 16,5 % halten die Vermeidbarkeit solcher Auseinandersetzungen für wahrscheinlich, rund 56 % hingegen halten sie mehr oder weniger für unvermeidlich. Bezeichnend bei dieser Antwortverteilung ist allerdings auch die besonders hohe Quote von 27,5 %, die zu der genannten Frage keine feste Überzeugung haben.

Trotz dieser ausgeprägten Skepsis bzw. Unsicherheit meinen dann 52,7 %, dass der Konflikt um die Endlagerung radioaktiver Abfälle in Deutschland durch den *vom AkEnd vorgeschlagenen Weg* gelöst werden könnte, während nur 20 % diesen Weg für ungeeignet oder sehr ungeeignet halten. Allerdings finden sich auch bei dieser Frage wiederum 27,3 %, die sich zu keiner festen Meinung durchringen können.

Ein solches Ergebnis erscheint überdies dann in besonderem Licht, wenn man dabei bedenkt, dass ein deutlich größerer Anteil der befragten Workshop-Teilnehmer als im Bevölkerungsdurchschnitt eine positive Auffassung zur Nutzung der Kernenergie kundtut. 53,7 % positiven oder sehr positiven Stimmen zur Kernenergie stehen in Berlin nämlich nur rund 38 % negative Stimmen gegenüber. Daraus ergibt sich der Schluss, dass auch ein beträchtlicher Teil der Kernenergie befürwortenden Befragten trotz nicht wahrgenommener Gefährdungen durch ein Endlager einerseits und trotz wahrgenommener Unvermeidlichkeit von schweren Auseinandersetzungen andererseits den vom AkEnd vorgeschlagenen Weg der Standortsuche für einen gangbaren Weg hält, der möglicherweise eher als andere Vorgehensweisen massive Konflikte zu vermeiden helfen könnte.

3.1.5 Reaktionen in den Arbeitsgruppen

Eine nähere Analyse und Diskussion des vom AkEnd zum Workshop vorgelegten „Empfehlungsentwurfs“ kann unmittelbar nicht Aufgabe des vorliegenden Berichts sein. In einer vorläufigen Stellungnahme zum Berliner Workshop wurden gleichwohl Anregungen zur redaktionellen Überarbeitung des Endberichts gegeben (*Gliederung des Berichts* überdenken, Darstellungsform vereinheitlichen).

Im Folgenden orientieren wir uns, wenn auch selektiv-bewertend, an den zusammenfassenden Folien zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppen-Diskussionen, die Herr Ewen vom IFOK bereits während der Abschlussveranstaltung in prägnanter Form vorgestellt und uns später in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt hat.

Arbeitsgruppe A: Welche Kriterien werden bei der Standortsuche angewendet?

Zwei der drei in der Ergebnispräsentation genannten Stichworte erscheinen uns hier von zentraler Bedeutung und sollten bei nachfolgenden Bearbeitungsschritten berücksichtigt werden.

Zum einen ist dies die **„Datenlage**“. Vermutlich hätte es bei der Vorlage des Schlussberichts zu weit geführt, in eine detaillierte und erschöpfende Erörterung der damit für die Kriterienanwendung einhergehenden Probleme einzutreten. Gleichwohl erscheint es uns angeraten, zur *Bandbreite* der existierenden kriterienrelevanten Datenlage bzw. zur Notwendigkeit von deren späterer Erhebung weitere Konkretisierung anzustreben. Darüber hinaus wäre es u. E. wünschenswert, den empfohlenen *Umgang mit diesem Problem* an Beispielen exemplarisch zu erläutern. (In der Diskussion der Arbeitsgruppe wurde etwa von einem Teilnehmer erläutert, dass die je nach Kriterium unterschiedliche Datenqualität – konkret: Grundwasser-Alter – nicht in jedem Fall zu praktisch unlösbaren Problemen führen muss. Vielmehr könnten diese durch geeignete Iterationsschritte sozusagen unterlaufen werden.)

Zum anderen handelt es sich um die **„Gewichtung“ der Kriterien**. Bemerkenswert ist, dass dieses Problem im vorgelegten Berichtsentwurf nicht behandelt wurde und

auch in der Arbeitsgruppen-Diskussion erst recht spät von einem Teilnehmer als Thema eingefordert wurde. Es bedürfte u. E. dringend der Erläuterung, wie der AkEnd bzw. die von ihm empfohlenen Verfahren sich die *Generierung von solchen Gewichtungen* (u. a. auch: durch wen und zu welchem Zeitpunkt?) vorstellen bzw. wie anders der Prozess der ja explizit erwähnten *Abwägungen* (bei variierender Standortqualität in verschiedenen Dimensionen und Aspekten) aussehen sollte. Dies läuft sicher nicht auf die Erwartung einer vorab erstellten vollständigen Liste von Gewichtungen hinaus, die angesichts des vorgeschlagenen Verfahrens auch eher kontraproduktiv sein würde.

Arbeitsgruppe B: Wer verhandelt bei der Festlegung des Verfahrens über welche Inhalte?

Wiederum sollten vor allem zwei Stichworte der präsentierten Arbeitsgruppen-Ergebnisse näher bedacht werden. Zusätzlich sprechen wir einen weiteren übergreifenden Gesichtspunkt an.

Zum einen handelt es sich um die **Auswahl der Mitglieder für die Verhandlungsgruppe in Phase II** bzw. die Frage, wer diese Auswahl vornimmt. Es sollte in diesem Zusammenhang ein Vorschlag präsentiert werden, der auf die bisherigen Erfahrungen mit Stakeholdern rekurriert: Welches Vorgehen aus der Sicht der AkEnd-Empfehlungen eine tragfähige Basis bei der Zusammenstellung der Verhandlungsgruppe in Phase II darstellen könnte, sollte dabei spezifiziert werden.

Ein zweiter wichtiger Aspekt der Arbeitsgruppen-Diskussion war, wer über den **Umgang mit den Ergebnissen** entscheidet, die in Phase II gegebenenfalls erarbeitet werden. Vom AkEnd wäre hierzu auch deshalb eine Äußerung wünschenswert gewesen, weil die Legitimität des Gesamtverfahrens berührt ist. Dabei sollte das Feedback, das in Phase II durch ein Gesprächsforum im Internet zu erzielen ist, nicht überbewertet werden. Um die Legitimität der erarbeiteten Verfahrensfestlegung zu erhöhen, wurde von einem Workshop-Teilnehmer der Vorschlag gemacht, das von der Verhandlungsgruppe erarbeitete Ergebnis durch ein **„Bürgerforum“** beraten bzw. ein solches Bürgerforum parallel zur Verhandlungsgruppe entsprechende Anre-

gungen erarbeiten zu lassen. Als beratender Akteur könnte diesem Bürgerforum insbesondere die Aufgabe zukommen zu prüfen, ob der von den organisierten Akteuren ausgehandelte Kompromiss noch dem „Geist" des vom AkEnd vorgeschlagenen Vorgehens für eine neue vergleichende Endlagersuche entspricht.

Schließlich sollten dringend Kriterien und Ressourcen für eine **begleitende Öffentlichkeitsarbeit in der Phase II** vorschlagen werden. Ihr Bedarf lässt sich am Entwurf der vom AkEnd vorlegten Broschüre „Zum Auswahlverfahren für Endlagerstandorte" (Fassung Sept. 2002) exemplarisch begründen. Der an vielen Punkten inhaltlich überzeugenden Broschüre fehlt aus unserer Sicht eine redaktionelle Überarbeitung (vgl. insges. auch Teil D des vorliegenden Berichts). Die Abstimmung vom Form und Inhalt im Hinblick auf gute Lesbarkeit könnte von Mitarbeitern mit Redaktionserfahrung deutlich gesteigert werden.

Arbeitsgruppe C: Wie viel Demokratie verträgt die Standortsuche?

Insoweit die offizielle Zusammenfassung zu dieser Arbeitsgruppe nur ein Stichwort präsentierte – nämlich die **Vorbereitung und Bereitschaft der „Politik"** für einen Suchprozess der vom AkEnd vorgeschlagenen Art, fällt uns die Gewichtung leicht.

Die Frage markiert tatsächlich einen vom AkEnd in der Vergangenheit eher ausgeklammerten Aspekt – nämlich den seiner *Reflexion auf die ihn umgebenden realexistierenden Strukturen und Entwicklungen*. Dies haben wir schon anlässlich der beiden vorangegangenen Workshops in unterschiedlichen Zusammenhängen moniert. Der hier im Vordergrund stehenden Frage nach der „Politik" ließen sich zwanglos etwa die entsprechenden Fragen nach der „Wirtschaft" und nach den „Umweltgruppen" hinzufügen. Anders ausgedrückt vermied es der AkEnd zu sehr, selbst Gedanken über die Verwirklichungsbedingungen seiner Vorschläge zu äußern. Dies hätte jedoch schon deshalb nahe gelegen, weil er während der gesamten Phase I das Gespräch mit organisierten Akteuren (aber auch z. B. mit Schülergruppen) gesucht hat – und dies sicher nicht nur in der Absicht, die eigene Arbeit publik zu machen sowie Eindrücke und Informationen für diese einzuholen, sondern auch in der Absicht, gleichsam den „Boden" für seine Vorschläge zu sondieren, wenn nicht gar

zu bereiten. In dem allerdings nach wie vor engen Kreis der interessierten Öffentlichkeiten, soweit er sich aktiv an den Workshops beteiligt hat, ist ihm dies offenbar ein Stück weit durchaus gelungen (vgl. oben, Teil 4). Doch die Kommunikation unter Anwesenden kann bekanntlich nicht die übergreifende gesellschaftliche Kommunikation in und mit den entsprechenden Kreisen und Akteuren ersetzen.

Zu seiner unbestreitbaren Rolle als wichtiges Expertengremium bzw. gar als „Kompetenzzentrum“ in Sachen Endlager hätte ein solcher Blick über den Tellerrand der fachwissenschaftlichen Arbeit keineswegs im Widerspruch gestanden, wie etwa das bekannte Beispiel der Klimaforscher zeigt.

Arbeitsgruppe D: Rollenverteilung bei der Durchführung des Verfahrens?

Aus der Arbeitsgruppe D wurden dem Workshop-Plenum gleich drei relevante Stichworte genannt. Die Forderung nach einer geeigneten **Koordination/Abstimmung formeller und informeller Verfahren** taucht auch auf konkreteren Stufen wieder auf (s. Arbeitsgruppe E). Hierzu hat der Bericht von WIBERA sich u. W. jedoch intensiv geäußert, sodass eine generelle Berücksichtigung dieser Forderung möglicherweise nur als Konkretisierungs- oder Illustrierungsforderung zu verstehen ist.

Die Forderung nach einer gestärkten **Rolle der Bundesländer** und nach ihrem frühzeitigen Einbezug scheint uns jenseits ihrer formellen Bedeutung – und auch jenseits von verständlichen Alarmstimmungen, wie sie ebenso auf Gemeindeebene anzutreffen sind – vor allem eine Aufgabe der Bundespolitik zu sein. Der weitere Verlauf der Ereignisse nach Abschluss der AkEnd-Tätigkeit in diesem Jahr lässt hier allerdings nicht allzu viel Hoffnungsvolles erwarten.

Dass schließlich die **Rolle der (vorgeschlagenen) „Kontrollgruppe“** kaum unterschätzt werden kann, liegt u. E. auf der Hand. Abgesehen von der auch hier wieder wichtigen Frage, wie diese Kontrollgruppe zusammengesetzt ist (und wer wiederum über diese Zusammensetzung befindet), könnte es freilich sein, dass zudem eine praktische bzw. prozedurale Antwort auf die klassische Frage zu geben wäre: *„Wer kontrolliert die Kontrolleure?“*

Für die Phase II sei an dieser Stelle beispielhaft an den Vorschlag der Einrichtung eines parallelen Bürgerforums erinnert (vgl. Arbeitsgruppe B). Zur Kontrolle der Kontrollgruppe selbst scheint uns ein solches Bürgerforum allerdings weniger geeignet zu sein.

Arbeitsgruppe E: Positive Regionalentwicklung mit Endlager?

Wiederum anknüpfend an die Zusammenfassung von IFOK wollen wir die folgenden Punkte unterstreichen.

In Anbetracht der festgestellten höchst unterschiedlichen **Erwartungen an eine „positive Regionalentwicklung“** wäre es wünschenswert, die Bedeutung der AkEnd-Vorschläge insbesondere mittels fiktiver Szenarien zu erläutern, wie sie im entsprechenden IFOK-Bericht (IFOK 2002a) prinzipiell auch enthalten sind – wann immer auch wer über deren weitere praktische Ausgestaltung befindet. Der Verlauf der Arbeitsgruppe E gab Anlass zu der Vermutung, dass dies dort in noch nicht hinreichendem Maße beherzigt worden ist.

Zu denken ist hier etwa an eine Region mit altindustriellen Erfahrungen einerseits und eine Region mit landwirtschaftlich geprägtem Umfeld andererseits. Verdeutlicht werden könnte an beiden Fällen, welchen Einfluss die Ansiedlung eines Endlagers für radioaktive Abfälle auf den Arbeits- und den Wohnungsmarkt, die Steuereinnahmen etc. haben könnte. Insbesondere wäre näher zu definieren, wann genau eine Regionalentwicklung als „positiv“ anzusehen bzw. als selbsttragend zu bezeichnen wäre. Schließlich soll es erklärtermaßen nicht damit getan sein, dass die Region für die Dauer des Endlager-Betriebs zum nationalen Zuwendungsempfänger wird. Letztgenannter Aspekt würde jedenfalls nicht als „positive Regionalentwicklung“ wahrgenommen werden.

Zweitens erscheint es uns schon wegen der heftigen Reaktionen in der Arbeitsgruppe angeraten, das **Verhältnis** der vorgeschlagenen Einrichtungen der Bürgerbeteiligung (insbesondere **des „Kompetenz-Zentrums“) zu den demokratischen Verfassungsorganen** der jeweiligen Gemeinde zu präzisieren. Immerhin könnte sich ja

auch ein Gemeinderat des für die BürgerInnen zu schaffenden Kompetenz-Zentrums als Wissensressource bedienen.

Daran jedoch, dass etwa Gemeinderäte eine vorgeschaltete oder parallele Einberufung von Bürgerforen (noch dazu ausgestattet mit einem Kompetenz-Zentrum) mehr oder weniger unvermeidlich als konkurrierendes Handlungs- oder gar Machtzentrum erleben werden, vermag dies – wie ähnlich gelagerte Erfahrungen zeigen – wohl kaum etwas zu ändern.

3.1.6. Evaluation des Berliner Workshops

3.1.6.1 Zielerreichung

„Formal“ hat der AkEnd seine selbstgesetzten Ziele für den Berliner Workshop weitestgehend erreicht (Anknüpfung an frühere Workshops, Vorstellung seines Berichts, nochmalige Einholung von Anregungen). Dies bestätigen auch die Ergebnisse der Teilnehmer-Befragung.

Im Sinne einer übergreifenden Betrachtung sind gleichwohl gewisse Defizite zu erkennen, und zwar nicht nur im Hinblick auf die ausgeklammerten Fragen früherer Workshops (vgl. unten., Teil 4.1).

Dabei handelt es sich einmal um den bereits mehrfach erwähnten Komplex einer mangelnden Reflexion auf die gesellschaftlichen und politischen Randbedingungen, in die die Arbeit des AkEnd nolens volens eingebettet ist. Gerade der Berliner Workshop als *Abschluss*-Workshop hat noch einmal deutlich gemacht, dass es dem AkEnd während seiner dreijährigen Tätigkeit nicht durchgehend gelungen ist, sich als eigenständiger Akteur gegenüber diesen seinen Umwelten aktiv zu verhalten. Daran ändert es auch nichts, dass dem AkEnd von vielen Seiten eher Belobigungen zuwuchsen, während zu Recht hauptsächlich „die Politik“ kritische Reaktionen erntete.

Um zu verdeutlichen, welche Perspektive wir hier einnehmen, ist die Unterscheidung dreier genereller Zielrichtungen hilfreich.

- Die erste Zielrichtung bezieht sich darauf, eigenständig in die Arenen und Agenden organisierter gesellschaftlicher Akteure zu intervenieren, um Letztere für das eigene Anliegen zu gewinnen. Doch eine solche Zielsetzung dürfte weitgehend den organisierten gesellschaftlichen Interessen sowie politischen Parteien selbst vorbehalten bleiben.

- Die zweite Zielrichtung bezieht sich darauf, mit dem eigenen Anliegen mobilisierend und formierend auf die breite, die „allgemeine“ Öffentlichkeit einzuwirken, um sich auf diese Weise eine entsprechende Unterstützung zu sichern. Eine solche Zielrichtung musste dem AkEnd jedoch schon deshalb verschlossen sein, weil die auftragsgemäße Erarbeitung seiner Vorschläge für eine Endlager-Standortsuche eine notwendige (wenn auch nicht hinreichende) *Voraussetzung* für die erfolgversprechende Mobilisierung von Öffentlichkeit gewesen wäre. Vor Abschluss der Phase I war daran also nicht zu denken. Hinzu kommen überdies widerständige Bedingungen der öffentlichen Aufmerksamkeit für das Thema Endlagerung, wie sie in den Bevölkerungsbefragungen und Medienanalysen zutage treten (vgl. Kap. C und D des vorliegenden Berichts).

- Eine dritte mögliche Zielrichtung bezieht sich darauf, bereits bestehende, um das Thema der nuklearen Entsorgung und konkreter: um die Endlagerung formierte „interessierte“ Öffentlichkeiten zu mobilisieren und zu erweitern. Genau diese Zielrichtung (die hierarchisch gesehen zwischen den beiden erstgenannten angesiedelt ist) stand dem AkEnd prinzipiell offen und wurde mit der Durchführung der drei Workshops (sowie weiterer Aktionen) partiell auch angestrebt. Es ist jedoch zu konstatieren, dass diese Adressierung einer „erweiterten Themen-Community“ (wie wir sie hier nennen wollen), auf halbem Weg stecken geblieben ist. Als Indiz hierfür kann auch angesehen werden, dass es dem AkEnd nicht gelungen ist, wenn schon nicht die politischen Parteien als ganze, so doch wenigstens die einschlägigen „Fachpolitiker“ (sozusagen die parteipolitischen *Experten* für Energie-, Umwelt-, Technik-, Landespolitik) in den Prozess seiner Erarbeitung von Vorschlägen stärker einzubeziehen.

Zweifellos berührt das Gesagte zugleich den zweiten evaluativen Komplex, nämlich die Zielgruppenerreichung.

3.1.6.2 Zielgruppenerreichung

Wiederum lässt sich feststellen, dass der AkEnd sein Ziel, wesentliche Repräsentanten der interessierten Öffentlichkeiten anzusprechen, auch mit der Durchführung des Berliner Workshops „formal“ erreicht hat. Anwesend waren Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, Standortgemeinden, Bundesländern mit nuklearen Standorten, betroffenen Gewerkschaften und Berufsverbänden etc. durchaus.

Hinsichtlich ihrer aktiven Beteiligung muss jedoch insbesondere die anhaltende Zurückhaltung der politischen Vertreter konstatiert werden. Auch die Vertreter der (Energie-)Wirtschaft hielten sich – trotz der bereits hervorgehobenen „offiziellen“ Beteiligung zweier Personen dieses Kreises – in bemerkenswerter Weise zurück. Dies mag man vielleicht als gelungene Verbandspolitik ansehen; gleichwohl muss es befremden, dass es dem AkEnd offenbar nicht gelungen ist, trotz der guten persönlichen Kontakte eines Teils seiner Mitglieder zu entsprechenden Experten in der Energiewirtschaft mehr Resonanz in diesem Spektrum der erwähnten „Themen-Community“ zu erzeugen. Unter dem üblichen Vorbehalt, nur die persönliche Meinung zu äußern, wären durchaus zahlreichere Diskussionsbeiträge aus den genannten Kreisen erwartbar und wünschenswert gewesen.

Hinsichtlich der Umweltgruppen war der Eindruck zwiespältig. Einerseits hatte ja der erklärte Rückzug eines Teils der Gruppen wegen der erfolgten Genehmigung von Schacht Konrad für Spannung (und auch für entsprechende Zurückhaltung bei der aktiven Beteiligung am Workshop) gesorgt. Andererseits nahmen viele VertreterInnen dieser Gruppen – anders als die angesprochenen WirtschaftsvertreterInnen – gleichwohl rege Stellung und versicherten den Vorschlägen des AkEnd *der Intention nach* ihre Zustimmung.

Schließlich ließen auch die Beteiligungen der betroffenen Gewerkschaftsvertreter und der Kirchen – trotz sicherlich kontroverser Auffassungen – wenig zu wünschen übrig.

3.1.6.3 Effizienz

Es ist kaum zu sehen, in welcher Weise der AkEnd die selbst gesetzten bzw. genannten Ziele durch Schritte und Maßnahmen hätte erreichen können, die weniger „Aufwand“ (finanzieller oder organisatorischer Art) erfordert hätten. Wenn es richtig ist, dass die Phase I einer neuen Standortsuche wesentlich durch den Versuch geprägt sein musste, hierzu einen neuen gesellschaftlichen Diskurs zu eröffnen, konnte es zu den ergriffenen Maßnahmen (insbesondere der Durchführung der Workshops) keine Alternative geben.

Dies gesetzt, verbietet sich die Frage nach der Effizienz nahezu und wäre zu ersetzen durch die Frage nach der Effektivität. Die Evaluationen der Workshops in Kassel und Mörfelden haben diesbezüglich denn auch versucht, einige Anregungen zu geben. Die hier vorliegende Evaluation des Berliner Workshops würde mit solchen Anregungen ihren Gegenstand verfehlen.

Indirekt ließe sich allenfalls vermuten, dass ein gewisser Mehraufwand an Mitteln, wie er bei der Realisierung der von IFOK und auch ITAS vorgeschlagenen Schritte zu einer professionelleren Öffentlichkeitsarbeit sowie durch die infrastrukturelle Unterstützung einer größeren Eigenständigkeit des AkEnd erforderlich gewesen wäre, zu einem **qualitativen** Mehr an Ergebnissen geführt und insofern auch eine Steigerung der „Effizienz“ bedeutet hätte.

3.1.6.4 Nebenfolgen

Als Nebenfolgen werden meist nicht intendierte Folgen bezeichnet, die teils dem gewünschten Ziel dienlich sein können, teils ihm jedoch zuwider laufen. Solche Nebenfolgen sind unserer Kenntnis nach während des gesamten Verlaufs nicht eingetreten, sieht man einmal von geringfügigen Turbulenzen in der Folge einiger öffentlicher Auftritte und Stellungnahmen von AkEnd-Mitgliedern ab. Anhaltend gravierende Folgen haben demnach weniger die Tätigkeit des AkEnd und seiner einzelnen Mitglieder gehabt, als vielmehr Ereignisse in den „Umwelten“, namentlich etwa das Genehmigungsverfahren zu Schacht Konrad.

Problematischer dürfte demgegenüber der Umstand sein, dass auch die intendierten, also die „Hauptfolgen“ noch auf sich warten lassen. Entgegen dem Eindruck, der während der dem Berliner Workshop unmittelbar folgenden Tagung in Loccum (vgl. Dally 2003a) entstanden war, hat sich die Bereitschaft der politischen Opposition in Bund und Ländern sowie von betroffenen Unternehmen zu Kooperation und Verhandlungen über die AkEnd-Vorschläge inzwischen als nicht belastbar herausgestellt. Insoweit diese Umstände auf der Ebene des Verhaltens organisierter politischer Akteure liegen, sind sie dem Wirken des AkEnd legitimerweise nicht zuzuschreiben.

Allerdings lässt sich vermuten, dass diese Entwicklung insofern leichter vonstatten ging als unbedingt „nötig“, weil es dem AkEnd auf intermediärer Ebene nicht gelungen ist, erfolgreich auf die Erweiterung seiner „Themen-Community“ hinzuarbeiten (s. o.).

3.1.7 Zusammenfassung

Der Berliner Workshop stellte in vieler Hinsicht die angestrebte Zusammenfassung und „Krönung“ der Tätigkeit des AkEnd dar. Positiv wurde von Beobachtern allgemein vermerkt, dass es dem AkEnd tatsächlich termingerecht gelungen war, seine Vorschläge und Empfehlungen für Kriterien und Verfahren einer erneuten Standortsuche vorzulegen.

Stärker als bei den vorausgegangenen Workshops ging daher die Kritik vieler Teilnehmer bzw. Vertreter organisierter Interessen *in Richtung „Politik“,* während der AkEnd als Expertenkommission mehr oder weniger einhellig für seine Vorschläge gelobt wurde. Dem entspricht, dass trotz eines verstärkten inhaltlichen und zeitlichen Engagements des BMU-Repräsentanten, Staatssekretär Baake, Vertreter aller in Bund und Länder vertretenen Parteien so gut wie kaum auftraten. In eingeschränkter Form muss dieses Urteil auch für die Vertreter der Energiewirtschaft gelten.

Daraus ergibt sich bereits, dass der AkEnd trotz der weitgehenden Erreichung seiner für den Workshop selbstgesetzten Ziele nach wie vor gewisse *Defizite bei der „Ziel-*

gruppenerreichung“ zu verzeichnen hatte. Auch wäre eine größere *Effektivität* seiner öffentlichkeitsgerichteten Aktivität bei entsprechend größerem und professionellerem Aufwand vorstellbar gewesen. Soweit „Nebenfolgen“ im Verlauf der letzten Phase der AkEnd-Tätigkeit erkennbar geworden sind, waren und sind diese weniger dieser Tätigkeit selbst als vielmehr politischen Ereignissen und Entscheidungen in seiner Umwelt zuzurechnen gewesen.

Als bemerkenswertestes Ergebnis der letzten Teilnehmer-Befragung gilt es wohl festzuhalten, dass eine Mehrheit der Teilnehmer trotz ihrer überwiegend kernenergiefreundlichen Einstellung und trotz fehlender Besorgnis hinsichtlich möglicher Risiken und Belastungen, die mit der Errichtung eines Endlagers einhergehen könnten, im vom AkEnd vorgeschlagenen Weg den womöglich einzigen sieht, um an den mehrheitlich für nahezu unvermeidlich gehaltenen Standortkonflikten vorbei zu kommen.

Zugleich aber indizieren einige Ergebnisse der Teilnehmer-Befragung auch anhaltenden Diskussions- und Konkretisierungsbedarf zu den AkEnd-Vorschlägen. Die Analyse der Ergebnisse der Arbeitsgruppensitzungen des Berliner Workshops bestätigen dies.

Zusammenfassend ergibt sich hier, dass die Mehrzahl der relevanten Workshop-Anregungen verfahrensbezogen war. Sicher auch wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit standen dem nur wenige und überdies nur generelle Anregungen zur Weiterentwicklung der Kriterien gegenüber.

Stichwortartig aufgelistet und gruppiert lautet also die entsprechende Zusammenfassung der wichtigsten Anstöße bzw. Forderungen wie folgt:

Zum Verfahrensvorschlag

- Auswahl der Mitglieder der Verhandlungsgruppe transparent machen (Phase II);
- Begleitung und „Ergebniskontrolle“ der Verhandlungen in Phase II (evtl. Einrichtung eines Bürgerforums);
- Präzisierung von Koordination/Abstimmung formaler und informeller Verfahren (auf verschiedenen Stufen, insb. auch auf Gemeindeebene);

- Verdeutlichung der politischen und praktischen Rolle der Bundesländer;
- Klärung der Frage: Wer kontrolliert die Kontrolleure? (Kontrollgruppe).

Zur Entwicklung der Kriterien

- Klärung des praktischen Umgangs mit der heterogenen Qualität der Datenlage;
- Entwicklung von Kriterien-Gewichtungen bzw. Abwägungsverfahren zu variierender Kriterienerfüllung;
- Entwicklung fiktiver/exemplarischer Szenarien zur Verdeutlichung einer „positiven Regionalentwicklung".

Ob und wie weit es den Vorschlägen des AkEnd sowie diesen und weiteren Anregungen vergönnt sein wird, praktische Realität zu werden, steht zum Zeitpunkt der Abfassung des vorliegenden Berichts allerdings dahin.

3.2 Die Ergebnisse der Workshop-Teilnehmerbefragungen im Vergleich

Der Berliner Workshop fand nicht nur generell die höchste Beteiligung und Aufmerksamkeit unter allen drei durchgeführten Workshops, auch die Beteiligung an der erneut durchgeführten Teilnehmer-Befragung erreichte sozusagen höchstes Niveau. Insgesamt erreichten uns 113 ausgefüllte Fragebögen (Mörfelden: 84, Kassel: 36).

Im Weiteren ist jedoch zu bedenken, dass die drei Befragungen nicht nur wegen der unterschiedlichen Funktionen der drei Veranstaltungen, sondern auch wegen der mehr oder weniger variierten Abfassung der Fragebögen nur eine eingeschränkte Vergleichbarkeit ermöglichen. Darauf wird nachfolgend an gegebener Stelle eingegangen.

3.2.1 Allgemeine Beurteilungen

Wiederum fällt die allgemeine Beurteilung des Workshops mit annähernd 70 % guten und sehr guten Voten recht positiv aus. Allerdings zeigt der Vergleich mit den beiden vorausgegangen Befragungen, dass diese allgemeine Zustimmung leicht nachgegeben hat – hatte der Workshop in Kassel noch eine Durchschnittsnote von 1,96 erzielt, konnte der Berliner Workshop nur mehr den Wert von 2,34 erreichen (vgl. Tab. 55).

Tabelle 55: Allgemeine Beurteilung des Workshops (in % der Voten)

(Schulnoten)	1	2	3	4	5	6	Durchschnitt
in Kassel	16,7	70,8	12,5	0	0	0	1,96
in Mörfelden	4,0	84,0	6,0	6,0	0	0	2,14
in Berlin	7,1	62,8	20,4	8,8	0,9	0	2,34

Inwieweit dies mit den organisatorischen Rahmenbedingungen der Workshops zu tun hat, lässt sich im Fall von Berlin nicht direkt beantworten, da die entsprechenden Fragen hier nicht mehr gestellt wurden. Ein solcher Zusammenhang erscheint allerdings deshalb eher unwahrscheinlich, als der Workshop in Mörfelden pauschal etwas positiver beurteilt wurde als der in Kassel, obwohl die Teilnehmerzufriedenheit bei den organisatorischen Rahmenbedingungen (vor allem dem Tagungsort) in Mörfelden schlechter ausfiel (vgl. Tab. 56). Dass allerdings auch der Berliner Tagungsort nicht das unerreichte Ausmaß an Zufriedenheit verbuchen konnte, welches jenem in Kassel widerfuhr, war aus zahlreichen Teilnehmerreaktionen am Rande der Ereignisse zu vernehmen und wird hier nur – ohne jede quantitative Absicherung – vermerkt.

Eher schon dürfte das geringfügige Nachlassen der allgemeinen positiven Bewertung mit einer entsprechend verhalteneren Beurteilung des Workshop-Ablaufs zusammenhängen (vgl. Tab. 57) – die Durchschnittsnote ist hier gegenüber Mörfelden von 2,1 auf 2,3 abgefallen (diese Frage wurde wiederum in Kassel nicht direkt gestellt).

Tabelle 56: Organisatorische Rahmenbedingungen

Wie fanden Sie ... (in Prozent der Befragten)								
	(Schulnoten)	1	2	3	4	5	6	Durch-schnitts-note
den Tagungsort	Kassel	50,0	44,4	5,5	0,0	0,0	0,0	1,6
	Mörfelden	18,1	39,8	14,5	6,0	13,3	8,4	*2,8*
	Berlin	*n/a*						
die Tagungsunterlagen	Kassel	2,7	33,3	50,0	11,1	0,0	2,7	*2,8*
	Mörfelden	20,5	45,8	14,5	16,9	0,0	2,4	2,4
	Berlin	*n/a*						
die Organisation	Kassel	44,4	44,4	8,3	2,7	0,0	0,0	1,7
	Mörfelden	24,7	55,6	13,6	4,9	1,2	0,0	*2*
	Berlin	*n/a*						

Tabelle 57: Beurteilung des Workshop-Ablaufs

Beurteilung Ablauf: (Schulnoten)	1	2	3	4	5	6	insg.	Durch-schnitt
Kassel	*N/a*							
in %	*N/a*							
Mörfelden	4	55	13	6	1	0	79	
in %	5,06	69,62	16,46	7,59	1,27	0,00	100,00	2,11
Berlin	5	60	42	3	1	0	111	
in %	4,50	54,05	37,84	2,70	0,90	0,00	100,00	2,31

Auch wenn die Teilnehmer des Berliner Workshops nicht mehr danach gefragt worden sind, wie sie von ihm erfahren haben, auf welchem Wege also ihre tatsächliche Teilnahme vermittelt worden ist, kann die Tendenz wohl als anhaltend unterstellt werden, die sich bereits im Vergleich von Mörfelden und Kassel abzeichnet (vgl. Tab. 58). Auf der einen Seite nimmt offenbar der Anteil derer zu, die einer direkten schriftlichen Einladung durch die Veranstalter gefolgt sind. Dies dürfte sicher mit dem „Schneeballsystem“ zusammenhängen, dessen sich die schriftliche Einladungspraxis bedient hat – wer einmal auf der sich vergrößernden Adressenliste stand, wurde auch in der Folge erneut eingeladen. Auf der anderen Seite scheint der – deutlich geringere – Anteil derer gewachsen zu sein, die durch öffentliche Medien (Internet, Zeitung) von den Workshops des AkEnd erfahren haben. Angesichts der erheblich gesteigerten Bemühungen des AkEnd um die Ausgestaltung seiner öffentlichkeitswirksamen Präsentation gerade in der Schlussphase seiner Tätigkeit (vgl. unten, Teil 3.4) ist eine Fortsetzung dieses Trends auch für Berlin zu vermuten.

Tabelle 58: Wie haben Sie von dem Workshop erfahren?

Durch:	Einladung	Internet	Zeitung	Bekannte / Kollegen	Vorge-setzte	Sonst.	insg.
Kassel	17	1	0	11	4	3	36
in %	47,22	2,78	0,00	30,56	11,11	8,33	100,00
Mörfelden	50	10	2	12	8	2	84
in %	59,52	11,90	2,38	14,29	9,52	2,38	100,00
Berlin	*Frage wurde nicht gestellt*						

3.2.2 Unmittelbare Beurteilung des AkEnd

Obwohl die unmittelbar politische Bedeutung der Veranstaltung in Berlin außer Frage steht, bleibt die Tätigkeit des AkEnd doch die eines Expertengremiums. Als solche unterliegt sie einem fachlichen Urteil – und dieses ist *gerade dann* von besonderer Relevanz, wenn die politischen Rahmenbedingungen bzw. die einschlägigen politischen Themenkonjunkturen dem Vorhaben des AkEnd nicht sonderlich wohlgesonnen sind. Die Beurteilung des fachlich-wissenschaftlichen Niveaus seiner Tätigkeit kann also im Kontext politischer Umweltturbulenzen zu einer Art Rettungsanker werden – widrigenfalls aber ebenso leicht auch zu einem Senkblei.

Wie die Ergebnisse der Befragungen in Mörfelden und Berlin zeigen (vgl. Tab. 59), haben die Teilnehmer diesbezüglich nur wenig am AkEnd auszusetzen (in Kassel wurde die Frage nach dem fachlichen Niveau des AkEnd nicht direkt gestellt). Die Durchschnittsbewertung liegt in beiden Fällen knapp oberhalb von „gut“. Allerdings kann ebenso vermerkt werden, dass sich der AkEnd in der Schlussphase seiner Arbeit offenbar nicht mehr gegenüber der vorhergehenden Phase zu steigern vermochte. Inwieweit das gegenüber Mörfelden gespreiztere Bewertungsspektrum von Berlin tatsächlich divergente fachliche Bewertungen spiegelt (und nicht vielmehr doch divergente politische Bewertungen der Tätigkeit), bleibt einstweilen eine offene Frage.

Tabelle 59: Beurteilung des fachlichen Niveaus des AkEnd

Fachl. Niveau AkEnd (F11/F4)	1	2	3	4	5	6	insg.
Kassel	*N/a*						
in %	*N/a*						
Mörfelden	19	41	15	4	0	0	79
in %	24,05	51,90	18,99	5,06	0	0	100,00
Berlin	28	48	26	6	2	0	110
in %	25,45	43,64	23,64	5,45	1,82	0,00	100,00

Durchschnittsnote Mörfelden: 1,85

Durchschnittsnote Berlin: 1,93

Zentral für die generelle Evaluation der AkEnd-Tätigkeit ist sicher der Punkt der Zielerreichung. Bei allen drei Workshops wurden die Teilnehmer daher danach befragt, ob der AkEnd seine selbstgesetzten und in den entsprechenden Einladungen auch explizit formulierten Ziele aus ihrer Sicht erreicht hat. Eine Ausnahme stellt hier nur die Frage danach dar, inwieweit es dem AkEnd gelungen ist, an die Ergebnisse des vorhergehenden Workshops anzuknüpfen – eine Frage, die offensichtlich beim Auftaktworkshop in Kassel nicht sinnvoll zu stellen war.

Wie nun die Tabelle 60 zeigt, ist es dem AkEnd über den Zeitraum seiner Tätigkeit bei fast allen Zielen gelungen, die Zustimmungsquote der Workshop-Teilnehmer zu steigern bzw. zu halten (die Maximalwerte sind jeweils durch Fettdruck hervorgehoben). Bemerkenswert ist nicht nur die positive Tendenz selbst, sondern auch das jeweils erzielte Zustimmungsniveau: Werte zwischen 70 % und 95 % sprechen jedenfalls eine deutliche Sprache.

Umso mehr fällt hier die Ausnahme von der Regel ins Auge – nämlich beim Teilziel *„Diskussion der Ergebnisse“!* War gegenüber einer deutlich verhaltenen Bewertung in Kassel (die nahe liegender Weise damit zusammenhing, dass zu diesem Zeitpunkt nur wenig greifbare Ergebnisse präsentiert werden konnten) die Zustimmung in Mörfelden auch in diesem Punkt auf rund 81 % angewachsen, ist sie für den Abschluss-Workshop in Berlin mit 68,6 % fast wieder auf das Kasseler Niveau zurückgefallen.

Ganz generell – und hier liegt offenbar auch ein Zusammenhang mit der leicht verschlechterten Beurteilung des Ablaufs des Workshops vor (vgl. Tab. 58) – scheint in Berlin speziell der *Diskussions*bedarf der Teilnehmer hinsichtlich der vom AkEnd präsentierten Ergebnisse und Empfehlungen nicht im wünschenswerten Umfang befriedigt worden zu sein. Dies betrifft wohlgemerkt nicht ihren *Informations*bedarf, der den Zahlen entsprechend offenbar erfüllt worden ist. Da zugleich auch weniger an der *Form* der Diskussionen in Berlin auszusetzen war (dem AkEnd wird vermehrt bestätigt, dass er sich um Anknüpfungen an die früheren Workshops bemüht hat; auch meinen die Teilnehmer offenbar, sich besser als zuvor in die Debatten einbringen zu können), geht es in diesem Punkt also vermutlich weniger um die *Diskursivität* der Veranstaltung, als vielmehr um die präsentierten *Inhalte*. Wie die Diskussion der Verläufe der Arbeitsgruppen-Diskussion nahe legt (s. u., Tab. 64a/b sowie Teil 3.1.5

insgesamt), differenziert sich das hier pauschal abgefragte Urteil der Teilnehmer wahrscheinlich nach einzelnen Themen- und Problembereichen. Offenbar erscheinen den TeilnehmerInnen bei den Ergebnissen des AkEnd eine Reihe von Fragen entweder noch nicht hinreichend geklärt oder aber in ihren Konsequenzen nicht durchgängig akzeptabel. Dies lässt sich sowohl hinsichtlich des Themas „Regionalentwicklung“ vermuten als etwa auch hinsichtlich der vorgeschlagenen Phase II, in der über die Empfehlungen des AkEnd auf dem Verhandlungswege ein Konsens erzielt werden soll.

Tabelle 60: Hat AkEnd seine Ziele erreicht? (Ja-Stimmen in % der Befragten)

Darstellung seiner Vorgehensweise	Kassel	91,7	
	Mörfelden	93,2	
	Berlin	**94,4**	
Informationen über den Stand seiner Arbeiten	Kassel	86,1	
	Mörfelden	**89,6**	
	Berlin	88,3	
Ergebnisdiskussion	Kassel	58,3	(erste Ergebnisse)
	Mörfelden	**80,6**	(Zwischenergebnisse)
	Berlin	68,6	(Schlusspräsentation)
Anregungen ausreichend in Diskussion einbringen?	Kassel	69,4	
	Mörfelden	72,7	
	Berlin	**73,5**	
An die Ergebnisse des letzten Workshops anknüpfen?	Kassel	n/a	
	Mörfelden	76,7	
	Berlin	**86,3**	

Zu den weiter gefassten, über den jeweiligen Workshop-Rahmen hinausgehenden Zielen des AkEnd gehörte es auch, sich um die Initiierung einer gesellschaftsweiten Diskussion zur nuklearen Entsorgung allgemein und zur erneuten Standortsuche für ein Endlager speziell zu bemühen (vgl. Tab 61).

Während die Teilnehmer des Auftakt-Workshops in Kassel noch zu 88 % vermuteten, dies könne dem AkEnd mit seiner Tätigkeit durchaus gelingen, war das entsprechende Urteil ein Jahr darauf in Mörfelden mit 77 % Zustimmung schon deutlich verhaltener. Es zeichnete sich hier wohl bereits ab, dass es dem AkEnd nicht gelingen würde, über den bereits existenten Rahmen interessierter Öffentlichkeiten hinaus größere öffentliche Aufmerksamkeit auf seine Anliegen zu lenken. Dies betrifft insbesondere den Umstand, dass die Themen „Endlager“ und „Standortsuche“ auf der politischen Agenda von Parteien und Regierung nicht weiter nach oben haben gelangen können. Vielmehr sind sie – dies haben gleichlautend auch die Ergebnisse der Medienanalyse nahegelegt – im Gatter der entsprechenden Fachpolitiken eingeschlossen geblieben.

Dies wiederum kann sicher nicht allein – und nicht einmal in erster Linie – dem AkEnd zur Last gelegt werden. Hier eine Änderung herbeizuführen, übersteigt in der Regel die Reichweite von Expertentätigkeit (Ausnahmen wie bei der Klimapolitik oder neuerlich bei der Bildungspolitik bestätigen diese Regel eher, als dass sie sie dauerhaft durchbrechen könnten). Freilich hat es der AkEnd wohl auch nicht vermocht, den Kreis der interessierten Öffentlichkeiten, der sich schon in der Vergangenheit durch eine hohe kommunikative Vernetzung und z. T. langjährige persönliche „Bekanntschaften“ auszeichnete (vgl. etwa Dally 2003 und Dally 2003a), wesentlich zu erweitern. Darauf wird in der abschließenden Bewertung noch näher einzugehen sein.

Tabelle 61: Erfolg bei der Initiierung einer gesellschaftlichen Diskussion?

Gesell. Disk. initiieren	ja	nein	insgesamt
Kassel	30	4	34
in %	88,24	11,76	100,00
Mörfelden	59	17	76
in %	77,63	22,37	100,00
Berlin	*N/a*		0
in %	*N/a*		

Vor diesem Hintergrund nun erscheinen die Ergebnisse, die in Tabelle 62 wiedergegeben sind, zwiespältig. Zum einen dokumentieren sie, in welch hohem Maße die TeilnehmerInnen aller drei Workshops dem bereits etablierten Kreis der interessier-

ten Öffentlichkeiten, sozusagen der „Endlager"-Themen-Community, zuzurechnen waren. Hatte es bei der Durchführung des Mörfelden-Workshops noch so ausgesehen, als ob der auf rund 26 % gewachsene Anteil von Teilnehmern, die sich nach eigener Aussage bisher nicht an der entsprechenden Debatte beteiligt haben, auf eine gelingende Erweiterung der Community hindeuteten, finden wir trotz insgesamt gestiegener Aufmerksamkeit und Teilnahmebereitschaft für Berlin wieder das schon von Kassel her bekannte Bild: mit 88 % in weit überwiegendem Maß entstammen die Teilnehmer den bereits existenten Gruppen und Kommunikationsgemeinschaften.

Tabelle 62: Beteiligung an bisheriger Endlager-Diskussion?

Bisher beteiligt	ja	nein	insgesamt
Kassel	23	2	25
in %	92,00	8,00	100,00
Mörfelden	57	20	77
in %	74,03	25,97	100,00
Berlin	96	13	109
in %	88,07	11,93	100,00

Immerhin ist es da tröstlich zu sehen, dass die Workshop-Teilnahme offenbar in praktisch keinem Fall zu einer Verringerung des Umfangs der interessierten Öffentlichkeiten geführt hat (vgl. Tab. 63). Denn einmal ist die erklärte Bereitschaft der Teilnehmer, sich auch zukünftig an der Endlager-Diskussion zu beteiligen, nach allen drei Workshops überaus hoch (und dazu noch tendenziell steigend – von 94 % auf 98 %). Zum anderen zeigt der zusammenhängende Blick auf die Tabellen 62 und 63, dass die Zahl derer, die sich zukünftig an der Debatte beteiligen wollen, jeweils erkennbar über der Zahl derer liegt, die zuvor bereits an ihr teilgenommen haben. In Kassel wächst sie von 23 auf 33, in Mörfelden von 57 auf 75 und in Berlin von 96 auf 107 Befragte. Dem AkEnd und seiner Durchführung der Workshops kann so bestimmt *nicht* vorgehalten werden, er habe Menschen gleichsam abgeschreckt, sich in diesem Problemfeld zu engagieren.

Die Teilnahme an solchen Workshops und ihre Ausstrahlung in die gesellschaftlichen Umfelder ihrer TeilnehmerInnen ist freilich eine Sache – das Hineinwirken in maßgebliche interessierte Öffentlichkeiten auf gesamtgesellschaftlichen Niveau eine andere. So wichtig und unverzichtbar die Durchführung der Workshops war, so konnte sie doch keinesfalls eine darüber hinausgehende Arbeit in und für die Öffentlichkeit ersetzen.

Tabelle 63: Zukünftige Beteiligung an der Endlager-Diskussion?

Zukünftig beteiligen	ja	nein	insgesamt
Kassel	33	2	35
in %	94,29	5,71	100,00
Mörfelden	75	2	77
in %	97,40	2,60	100,00
Berlin	107	2	109
in %	98,17	1,83	100,00

3.2.3 Die Bewertung der Arbeitsgruppen

Obwohl eine pauschal vergleichende Betrachtung der erfragten Arbeitsgruppen-Bewertungen über alle drei Workshops hinweg in *fast* jeder Hinsicht sinnlos bleiben muss, weil hier sowohl die Themen, die Art der Arbeitsgruppen-Durchführung als auch der Charakter der entsprechenden Arbeitsgruppen-Diskussionen wechselten (vgl. hierzu die qualitativen Diskussionen der Arbeitsgruppenverläufe in Teil 3.1.5 sowie in den Kassel- und Mörfelden-Berichten), sei unter einem sehr speziellen Gesichtspunkt, nämlich dem Zusammenhang von Themen und Teilnehmerzufriedenheit, dennoch ein kurzer Blick auf die quantitativen Ergebnisse der drei Befragungen geworfen (Tabelle 64a und b).

Wie zunächst – gerade auch vor dem Hintergrund der qualitativen Analysen – nahe liegt, hat sich eine weitgehend befriedigende Durchführung von Arbeitsgruppen über alle drei Workshops hinweg durch einen Zwei-Drittel-Anteil von guten und sehr guten Bewertungen ausgezeichnet (vgl. jeweils die beiden rechten Spalten der Tabellen, in

denen einerseits sehr gute und gute, andererseits „ausreichende“ und schlechtere Noten zusammengefasst sind).

In Kassel war dies ausgerechnet die Arbeitsgruppe zum Wie einer Öffentlichkeitsbeteilung (also zu einem Zeitpunkt, zu dem die entsprechenden Vorstellungen des AkEnd kaum auch nur in Umrissen existierten).

In Mörfelden waren dies die Arbeitsgruppen zum Prinzip der kommunalen bzw. regionalen „Freiwilligkeit“ (bei Entscheidung für Standorte) sowie zum Für und Wider einer internationalen Standortsuche.

In Berlin schließlich handelte es sich um die Arbeitsgruppe, die sich dem Verhältnis von „Demokratie“ und Standortsuche widmete und damit einen bis dahin eher ausgesparten Gesichtspunkt der AkEnd-Arbeit berührte – nämlich den des fehlenden gesamtgesellschaftlichen und politischen Zusammenwirkens in diesem Punkt (vgl. unten, Teil 5).

Wie die übergreifende Betrachtung zudem sofort erkennen lässt, sind es nicht die Themen selbst, die Zustimmung oder Ablehnung erfahren, sondern offenbar die Modi ihrer Behandlung. So hatte die Gruppe zur Regionalentwicklung in Mörfelden noch vergleichsweise gut abgeschnitten; in Berlin hingegen, wo bereits weit konkretere Vorstellungen dazu erörtert wurden, war die Bewertung negativer. Ähnlich paradox verhält es sich mit dem bereits erwähnten Thema „Öffentlichkeitsbeteiligung“. In Kassel war die entsprechende Arbeitsgruppe noch die Nummer 1 – in Berlin dagegen, wo die vom AkEnd vorgeschlagenen Verfahren bereits „auf dem Tisch“ lagen, fielen die einschlägigen Arbeitsgruppen-Bewertungen weit kritischer aus. Allein daraus schon ergibt sich der Schluss, dass es auch nicht allein die Klarheit der im AkEnd erarbeiteten Position zum jeweiligen Thema sein kann, die die Durchführung einer als gut bewerteten Arbeitsgruppe ermöglicht (vgl. dazu Gloede/Hocke/Stolle 2001: S. 22ff.). Vielmehr scheint dieses nur eine notwendige, keinesfalls aber hinreichende Bedingung zu sein.

Schließlich ist zu vermerken, dass bei allen drei Workshops jeweils nur eine Minderheit der durchgeführten Arbeitsgruppen auf überwiegendes Wohlwollen bei den Teil-

nehmern stieß (in Kassel 1 von 3, in Mörfelden 2 von 6, in Berlin 1 bzw. 2 von 5). Den Ursachen hierfür kann an dieser Stelle freilich nicht weiter nachgegangen werden. Vielmehr erforderte dies eine inhaltliche Analyse nicht nur des Verlaufs der Arbeitsgruppen selbst, sondern auch der darüber hinaus gehenden Betrachtung der AkEnd-Empfehlungen im Lichte der allgemeinen politischen wie wissenschaftlichen Entsorgungsdebatte.

Tabelle 64a: Bewertung der Arbeitsgruppen in Kassel und Mörfelden

(Schulnoten)	1	2	3	4	5	6	insg.	1-2	4-5
Kassel									
Endlagerung richtig?	1	2	8	0	2	0	13		
in %	7,69	15,38	61,54	0,00	15,38	0,00	100,00	23,08	15,38
Standortsuche wie?	0	8	11	4	1	0	24		
in %	0,00	33,33	45,83	16,67	4,17	0,00	100,00	33,33	20,83
Öffentlichkeitsbetlg. wie?	1	5	3	1	0	0	10		
in %	10,00	50,00	30,00	10,00	0,00	0,00	100,00	60,00	10,00
Mörfelden									
„Freiwilligkeit“	3	6	4	1	0	0	14		
in %	21,43	42,86	28,57	7,14	0,00	0,00	100,00	64,29	7,14
Beteiligungspotenzial	2	7	6	4	0	0	19		
in %	10,53	36,84	31,58	21,05	0,00	0,00	100,00	47,37	21,05
Bet. u. Standortsuche	1	3	3	1	0	0	8		
in %	12,50	37,50	37,50	12,50	0,00	0,00	100,00	50,00	12,50
Regionale Belastung	2	6	5	1	0	0	14		
in %	14,29	42,86	35,71	7,14	0,00	0,00	100,00	57,14	7,14
Internat. Endlager?	0	9	3	1	0	0	13		
in %	0,00	69,23	23,08	7,69	0,00	0,00	100,00	69,23	7,69
Prognoserisiko	1	4	5	2	1	0	13		
in %	7,69	30,77	38,46	15,38	7,69	0,00	100,00	38,46	23,08

Tabelle 64 b: Bewertung der Arbeitsgruppen in Berlin

(Schulnoten)	1	2	3	4	5	6	insg.	1 - 2	4 - 5
Suchkriterien?	0	11	8	5	6	0	30		
in %	0,00	36,67	26,67	16,67	20,00	0,00	100,00	36,67	36,67
Verhandlungs-beteiligte?	2	3	6	1	1	0	13		
in %	15,38	23,08	46,15	7,69	7,69	0,00	100,00	38,46	15,38
Standortsuche demokratisch?	3	20	9	1	1	0	34		
in %	8,82	58,82	26,47	2,94	2,94	0,00	100,00	67,65	5,88
Rollenverteilung beim Verfahren	6	7	5	1	0	0	19		
in %	31,58	36,84	26,32	5,26	0,00	0,00	100,00	68,42	5,26
Postive Regiona-lentw.?	1	5	3	1	2	0	12		
in %	8,33	41,67	25,00	8,33	16,67	0,00	100,00	50,00	25,00

3.3 Gespräche mit organisierten Akteuren und Jugendlichen

Insgesamt führte der AkEnd elf sog. Stakeholder-Gespräche und ein weiteres Gespräch mit Schülerinnen und Schülern durch. An fünf Stakeholder-Gesprächen nahmen Vertreter von ITAS teil.[104] Zentrale Aspekte all dieser Gespräche werden hier zusammengefasst.

Als „Stakeholder“ werden von uns in Übereinstimmung mit dem AkEnd die Vertreter organisierter gesellschaftlicher Interessen betrachtet. Folgende Gruppen organisierter Interessen wurden mit den Stakeholder-Gesprächen abgedeckt:

- Landtagsabgeordnete (insgesamt fünf Gespräche),
- Vertreter der deutschen Energiewirtschaft (zwei Gespräche),
- Vertreter von Umweltverbänden (zwei Gespräche),

[104] Zu zwei der fünf liegen ITAS-Berichte vor (Hocke 2001b, Hocke 2001c). Für ein weiteres Gespräch gibt es einen ITAS-internen Bericht.

- Vertreter aus Kirchen und Gewerkschaften (ein Gespräch),
- Vertreter von Zwischenlager-Gemeinden (ein Gespräch).

Weiterhin wurde ein Gespräch mit Schülerinnen und Schülern aus Bayern in Berlin durchgeführt.

Wird die Zahl der Gespräche mit den verschiedenen Stakeholdern betrachtet, so zeigt sich, dass mit Politikern, die auf Landesebene aktiv sind, die deutlich höchste Zahl an Gesprächen geführt wurde. Einerseits erscheint es sinnvoll, sich an Landespolitiker zu wenden, da der Zustimmung der Landesparlamente im Rahmen eines vergleichenden Standortsuch-Verfahrens sicher eine herausragende Bedeutung zukommen wird. Auch darf nicht vernachlässigt werden, dass bei der politischen Festlegung des vom AkEnd vorgeschlagenen Verfahrens die Bundespolitik auch eine möglichst weitgehende Übereinstimmung über die Ausrichtung der verbindlichen Standortsuche benötigt. Gleichzeitig hätte jedoch bedacht werden müssen, dass Gespräche mit Vertretern ausgewählter Landesparlamente mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit keinen Einfluss auf die allgemeine politische Agenda haben, die überwiegend bundespolitisch bestimmt wird. Gleichzeitig ist der AkEnd aber auch als „bundespolitisches Ereignis“ einzustufen, da er von Bundesumweltministerium eingerichtet wurde. Gerade auf dieser bundespolitischen Ebene kann der AkEnd jedoch auf kein erfolgreiches Gespräch mit Politikern verweisen.[105]

Inhaltlich drehten sich die Gespräche im Wesentlichen um die spezifischen Interessen der eingeladenen Vertreter der jeweils organisierten Interessen. Dabei fiel auf, dass die eingeladenen Politiker (hier Landespolitiker) zunehmend interessierter wurden, je weiter die Arbeiten des AkEnd vorangeschritten waren. Gleichzeitig wurden ihre Interessen jedoch auch von dem Informationsbedürfnis bestimmt, welche Bedeutung der Neuanlauf der vom AkEnd favorisierten vergleichenden Standortsuche für ihr jeweiliges Bundesland besitzt.

[105] Auf Bundesebene war zwar zu einem Stakeholder-Gespräch in Berlin eingeladen. Zu dem Gespräch erschien jedoch nur ein Parlamentarier der SPD. Die anderen Parteien sandten Referenten.

Die Vertreter der Energiewirtschaft machten dagegen ihre grundsätzlichen Vorbehalte gegen ein Standortauswahl-Verfahren deutlich, wie es dem AkEnd vorschwebt. Sie opponierten also gegen den Versuch, die bisherige Endlager-Politik, die sich auf die beiden niedersächsischen Standorte Gorleben und Schacht Konrad bezieht, konstruktiv zu erneuern.

Die Umweltverbände betteten ihre Erwägungen zum Vorschlag des AkEnd in ihre Kritik am Atomausstieg ein und trugen ihre Befürchtungen vor, dass trotz konstruktiver Mitarbeit am AkEnd-Prozess die Entscheidung unabhängig davon getroffen werde.

Bei den Stakeholder-Gesprächen, die ITAS beobachtete, fiel auf, dass der AkEnd sich mit seinen Zwischenergebnissen und seiner Arbeit gut darstellen konnte. Allerdings zeigten einzelne beobachtete Gespräche auch Eigenheiten, die erwähnenswert sind: Bei dem Gespräch mit Landtagsabgeordneten aus Baden-Württemberg (14.01.02) wurde deutlich, dass die südwestdeutschen Politiker die Kontaktaufnahme der Endlager-Experten begrüßten und sich gerne informieren ließen. Gleichzeitig fiel jedoch auf, dass sich die AkEnd-Mitglieder selbst auf die klassische Expertenrolle zurückzogen und keine „Werbung“ für ein vergleichendes Standort-Auswahlverfahren als Mittel der innenpolitischen Konfliktentschärfung machten.

Bei dem Stakeholder-Gespräch mit Vertretern von Zwischenlager-Gemeinden (16.07.01) fiel auf, dass die Kontaktaufnahme zwischen dem AkEnd und den Eingeladenen zwar erfolgreich war. Für ein Standortauswahl-Verfahren und dem damit einhergehenden Zeithorizont einer Leerung der Zwischenlager zeigten die Gemeindevertreter jedoch kein Verständnis, da sie an einer frühestmöglichen Leerung der Zwischenlager interessiert waren. Die Vertreter der Standortgemeinden demonstrierten ebenfalls (wie dies die Umweltverbände – wenn auch mit anderem Vorzeichen – taten), dass sie den Atomkonsens nicht akzeptierten.

Die Stoßrichtung, die der AkEnd bei dem Gespräch mit bayerischen Jugendlichen verfolgte, blieb undeutlich. Auch hier hielten die Vertreter des AkEnd an ihrer klassischen Expertenposition fest, d. h. sie nahmen die Rolle des Informationsgebers ein und zeigten sich wenig dialogorientiert. Es steht zu vermuten, dass die Jugendlichen

vom AkEnd – wie in einem Experiment – als Vertreter zukünftiger Generationen gesehen wurden, an denen die inhaltlichen Positionen des AkEnd „ausprobiert“ wurden.

3.4 Die öffentliche Selbstdarstellung des AkEnd auf der Website und im Newsletter „Forum“

Der Internet-Auftritt des AkEnd und der Newsletter „Forum“ (2 Ausgaben im Jahr 2002) sind zwei Formen, denen bei der öffentlichen Selbstdarstellung des AkEnd besonderes Gewicht zuzurechnen ist. Im Vergleich zu vielen Aktivitäten des Arbeitskreises, die sich an die interessierte und informierte Öffentlichkeit wandten, richteten sich diese vorwiegend an die allgemeine Öffentlichkeit.

3.4.1 Der Internet-Auftritt

Die Website für den Internet-Auftritt wurde 2001 eingerichtet und zunehmend bestückt. Ihre hohe Informationsqualität erreichte sie insbesondere im Jahr 2002. Zu diesem Zeitpunkt wurde sie intensiv gepflegt und erweitert. Im Folgenden wird der Aufbau der Website skizziert und seine Elemente vertieft besprochen.

Bei einer Betrachtung des Aufbaus der Website fällt die Art und Weise auf, mit der sich der AkEnd selbst einführt. Betont wird, dass der AkEnd vom Bundesumweltministerium eingerichtet wurde.[106] Mit dieser Betonung stellt sich der AkEnd als Expertenkommission eines Ministeriums dar. Dies ist zwar formal korrekt, erscheint jedoch im Vergleich zu einer inhaltlichen Zentrierung, die ebenfalls möglich gewesen wäre, nicht so geschickt. Inhaltlich hätte der AkEnd an dieser Stelle auch auf den dringenden Bedarf einer sicheren Deponierung und die ungelöste Konfliktsituation eingehen können. Auch wäre es unter kommunikationsstrategischen Gesichtspunkten sinnvoll gewesen, die inhaltliche Unabhängigkeit der Experten zu betonen und damit dem Verdacht entgegenzutreten, der AkEnd wäre ein „Erfüllungsgehilfe“ des Ministeriums

[106] Das Intro lautet: „Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) hat einen Arbeitskreis mit Experten eingerichtet, in dem ein Verfahren und Kriterien zur Auswahl von Endlagerstandorten für radioaktive Abfälle entwickelt werden sollen ...“ (www.akend.de).

– ein Verdacht, der während der Arbeitsperiode des AkEnd (1999 bis 2002) von verschiedenen Seiten geäußert wurde.

Die Hauptseite des Internet-Auftritts bietet folgende Links an: (1) Aktuell, (2) Profil, (3) Mitglieder, (4) Ergebnisse, (5) Berichte, (6) Veranstaltungen, (7) Projekte des AkEnd, (8) Hintergrundwissen, (9) Archiv (mit Zeitungsartikeln und Presseerklärungen), (10) Kontakt, (11) Link zum BMU. In den folgenden Passagen werden die Darstellungen innerhalb der einzelnen Links kurz beschrieben und interpretiert.

Zu „Profil“: Beginnend mit der weltweit ungelösten Deponierungsfrage[107] werden gleichzeitig die Gorleben-Erkundung und die Zweifel des BMU an der Eignung dieses Standorts in den Vordergrund gestellt. Daher komme es zu dem Ansinnen, weitere Standorte in unterschiedlichen Gesteinsformationen zu untersuchen. Darüber hinaus heißt es: „Es stellt sich die Frage, wie man Standorte findet, die für eine sichere Endlagerung geeignet sind und Akzeptanz in der Öffentlichkeit finden.“ Nur nach Entwicklung eines Auswahlverfahrens auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Kriterien in Kombination mit einem Dialogprozess, der die Fachwelt (national und international) und die interessierte Öffentlichkeit einbindet, könne mittelfristig ein Standortauswahlverfahren durchgeführt werden, das möglicherweise unter Bedingungen der Transparenz auf Akzeptanz stoße. Mitglieder des Arbeitskreises seien Fachleute aus den Bereichen Geowissenschaften, Chemie, Physik, Mathematik, Bergbau, Deponietechnik, Ingenieurwesen und Öffentlichkeitsarbeit.
Kommentierung: Auffallend ist die Darstellung, dass die AkEnd-Expertise erstellt wird, weil das BMU es will und nicht weil es seit 20 Jahren einen massiven innen- und fachpolitischen Konflikt gibt, der gelöst werden soll. Nicht erwähnt wird weiterhin, dass Kernenergie-Befürworter und -Gegner im Arbeitskreis vertreten sind. Ebenso findet an dieser Stelle der Website zum Profil des AkEnd keine Aktualisierung statt, als ein Sozialwissenschaftler (D. Ipsen) 2001 in den AkEnd aufgenommen wird.

[107] „Weltweit ... bis heute kein Endlager für abgebrannte Brennelemente aus Kernkraftwerken und für hochradioaktiven Abfall ...“ (www.akend.de).

Zu „Mitglieder“: Hier finden sich Informationen zu den einzelnen AkEnd-Mitgliedern.
Kommentierung: Es wird keine email-Adresse der Mitglieder genannt, so dass die Möglichkeit ausgeschlossen wird, mit ihnen direkt in Kontakt zu treten.

Zu „Ergebnisse“: Verfügbar sind über diese Seite (1) der Abschlussbericht des AkEnd (incl. Broschüre Dez. 2002), (2) die beiden Zwischenberichte und (3) Presseerklärungen zum Endbericht durch das BMU und den AkEnd selbst.
Kommentierung: Hier sind die Presseerklärungen des BMU wichtig, da sie die Arbeit des AkEnd inhaltlich als positiv darstellen (siehe auch Kommentierung zur Rubrik „Archiv“).

Zu „Projekte“: Auf dieser Seite werden verschiedene WIBERA-Projekte dokumentiert: erstens die zu Beteiligungsverfahren (Erster Zwischenbericht zu „Internationalen Erfahrungen“, Zweiter Zwischenbericht zu Phase II, Dritter Zwischenbericht zu Phase III sowie der WIBERA-Abschlussbericht), zweitens die Berichte zum WIBERA-Projekt „Regionale Entwicklungskonzeption“ und drittens eine Vorfassung des ITAS-Abschlussberichtes, die insbesondere die Ergebnisse der Bevölkerungsumfragen 2001 und 2002 und die der empirischen Medienanalyse enthält.
Kommentierung: Wichtige Zuarbeiten für den AkEnd werden hier dokumentiert.

Zu „Hintergrundwissen“: Ein Online-Lexikon wird angeboten, das fast alle einschlägigen Fachbegriffe erläutert, vereinzelt einschlägige Links zu Informationen auf der Website des BMU enthält und mit Querverweisen arbeitet.
Kommentierung: Das Angebot auf dieser Seite ist als hochwertig einzustufen, wenn auch Links zu weiteren einschlägigen Informationsquellen fehlen.

Zu „Suche“: Eine website-interne Suchmaschine wird angeboten, die Dokumente auf der Website des AkEnd erschließt.
Kommentierung: Für die Nutzung der Website wird eine sehr hilfreiche Servicefunktion angeboten.

Zu „Berichte“: Diese Rubrik entwickelt sich zu einer ausgesprochen umfangreichen Dokumentation der AkEnd-Aktivitäten. Abgelegt werden hier verschiedene Dokumente mit z. T. hohem Informationsgehalt. Dazu gehören: (1) Newsletter „Forum“ des

AkEnd (zwei Ausgaben / s. Gliederungspunkt E.3.3.2 in diesem Bericht), (2) Arbeitspapiere des AkEnd, (3) Berichte an den AkEnd, (4) Gespräche (siehe unten in diesem Bericht), (5) Informationen von AkEnd-Mitgliedern (zwei Papiere / Sailer und Closs), (6) Hinweise auf internationale Kontakte des AkEnd (Berichte von drei Reisen und einem Treffen mit nordamerikanischen Endlager-Experten bei der Schweiz-Reise), (7) rechtliche Grundlagen (Verweis auf insgesamt sechs Gesetzestexte und Regierungsdokumente), (8) Sitzungen (Ergebnisprotokolle für die 4. bis 24. Sitzung des AkEnd).

Kommentierung: Werden Kriterien des Informationsgehaltes angelegt, so ist die Dokumentation der Berichte als sehr gut aufgearbeitet einzuschätzen. Anderseits fallen auch einige kleinere Dinge auf, die kommunikationsstrategisch nicht optimal gelöst wurden. So sind z. B. die Ergebnisprotokolle der AkEnd-Sitzungen hilfreich, da sie die Bereitschaft zur Transparenz spiegeln und einen guten Überblick über die Arbeitsschritte des AkEnd vermitteln; andererseits sind diese Ergebnisprotokolle an vielen Stellen nichts sagend, da wichtige Punkte entweder nur erwähnt oder inhaltlich unklar bleiben, einige Punkte scheinen auch im Protokoll nicht vermerkt zu sein (Beispiel: Sitzung zu Konzept-Öffentlichkeitsarbeit mit ITAS-Teilnahme). Auch der zweite Newsletter wird nicht dokumentiert (erschienen mit dem AkEnd-Workshop in Berlin).

Zu „Veranstaltungen“: Dokumentationen zu den drei Workshops 2001, 2002 und 2003 plus des „Rohstoff-Events“ 2002[108] sowie zu der Tagung im Februar 2003 in der Evangelischen Akademie Loccum finden sich auf dieser Seite.

Kommentierung: Die AkEnd-Workshops werden sehr breit dokumentiert. Zusätzlich finden sich ausführliche Tagungsberichte (mit jeweils deutlich mehr als 100 Seiten), Pressestimmen etc. Auch hier ist die Sorgfalt der Dokumentation zu betonen, die auch Positionen der Uneinigkeit und des Widerspruchs darstellt. Genauere Betrachtung verdient die Tagung in Loccum, zu der auch ein Text aus einer Arbeitsgruppe präsentiert wird. Dieser hat den Titel: „Gibt es eine Chance für Phase II (des neuen Standortauswahlverfahrens)?“

[108] Das Rohstoff-Event fand auf dem Opernplatz in Hannover im Rahmen einer Veranstaltung zum Jahr der Geowissenschaften statt.

Exkurs zu Loccum 2003:

„Das Verfahren zur Auswahl eines Endlagerstandortes braucht Zeit, Ressourcen, Respekt und Vertrauen." Unter dieser Überschrift wird an einer nicht leicht zu findenden Stelle der Website ein positiver Ausblick auf die Konsequenzen gegeben, die sich aus der Arbeit des AkEnd möglicherweise ergeben. In der Evangelischen Akademie Loccum war zwei Monate nach Abgabe des AkEnd-Abschlussberichts eine Tagung durchgeführt worden, an der auch ein ITAS-Mitarbeiter teilnahm.[109] Die Frage, ob es eine Chance für die Installation einer vergleichenden Endlager-Suche nach der Konzeption des AkEnd geben wird, wird über diesen Beitrag positiv beantwortet.[110] Verschiedene Elemente der geplanten Phase II der Endlagersuche werden in dem Beitrag dabei als wichtig herausgestellt. Dazu gehören sowohl (1) die geplante Diskussion über das Auswahlverfahren des AkEnd-Vorschlags, (2) die Diskussion über die geowissenschaftlichen und die sozialwissenschaftlichen Kriterien der Standortsuche in der Öffentlichkeit sowie (3) die Einrichtung einer „Verhandlungsgruppe".

Kommentierung: Das Fazit einer Arbeitsgruppe wird durch seine Veröffentlichung hier indirekt als gültig dargestellt. Dies ist als Einschätzung sicher interessant, allerdings bleibt offen, für wen diese Einschätzung Gültigkeit besitzt. Faktisch ist diese positive Beurteilung des angepeilten weiteren Vorgehens bereits obsolet, da sich weder Energiewirtschaft noch CDU/CSU und FDP zur Beteiligung einer Verhandlungsgruppe im ersten Halbjahr 2003 bereit zeigten und so den überparteilichen Versuch der Neuinstallierung einer alternativen Standortsuche scheitern ließen (vgl. Vorholz 2003). Kommunikationsstrategisch ist es dessen ungeachtet eigentümlich, wenn die Website des AkEnd diesen impliziten Ausblick auf die Schritte, die nach der Abgabe des Abschlussberichts erfolgen sollten, so „versteckt" anbringt.

[109] Dokumentiert in Dally 2003a. – Bereits zu Beginn der Arbeit des AkEnd gab es eine Tagung in Loccum (Dally 2003).

[110] „Gibt es eine Chance für die vom AkEnd vorgeschlagene Phase II? Diese Frage kann nach dem Wochenende vom 7. bis 9. Februar 2003 in der Evangelischen Akademie Loccum eindeutig mit ‚Ja' beantwortet werden ..." (Veranstaltung Loccum 2003 über www.akend.de)

Zu „Archiv“: Dort finden sich Zeitungsartikel und Presseerklärungen. Insgesamt sind es 18 Zeitungsartikel (Zeitraum Jan. 2000 bis Okt. 2002)[111].
Kommentierung: Hier finden sich Presseerklärungen des Umweltverbandes Nabu und des BMU, nicht jedoch die des AkEnd selbst. PR-strategisch ist dies ungünstig, da hier die Möglichkeit, die eigenen Stellungnahmen und Positionen zu erläutern, versäumt wird.

Zusammenfassend bleibt beim Internet-Auftritt des AkEnd festzuhalten, dass er leider erst reichlich spät gut ausgestaltet wurde. Im letzten Jahr der Arbeit des AkEnd war die Website allerdings sehr informationsstark. Inhaltlich ist gleichzeitig nicht verständlich, wieso der AkEnd sich nicht als Gremium darstellt, das in seinen fachlichen Positionen „unabhängig“ ist (insbesondere vom BMU). Wahrscheinlich haben überwiegend die „interessierte Öffentlichkeit“ und deren Repräsentanten die Website genutzt. Kontakte zur „allgemeinen Öffentlichkeit“ sind nicht in nennenswertem Umfang zu erwarten. Damit hatte die Website überwiegend eine „Service-Funktion“ für die interessierte Öffentlichkeit.

3.4.2 Der Newsletter „Forum“

Im letzten Jahr seiner Arbeit veröffentlicht der AkEnd zwei Ausgaben seines Newsletters „Forum“. Die beiden achtseitigen Ausgaben des Newsletters sind auf Hochglanzpapier gedruckt. Sie enthalten jeweils fünf Hauptbeiträge. Diese sind nur z. T. namentlich gekennzeichnet. Redaktionell verantwortlich ist jeweils das AkEnd-Mitglied Hans-Jörg Haury.

Im ersten Newsletter stehen Gründe für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in Deutschland und Ausschlusskriterien für potenzielle Standorte im Mittelpunkt; damit wird der Arbeitsstand des AkEnd zum Zeitpunkt des zweiten Workshops wiederge-

[111] Frankfurter Rundschau 21.10.02 I; Frankfurter Rundschau 21.10.02 II; Frankfurter Rundschau 19.10.02; Braunschweiger Zeitung 19.10.02; Hannoversche Allgemeine Zeitung 19.10.02; Berliner Zeitung 29.04.02; Die Welt 25.04.02; Freie Presse 10.04.02; Frankfurter Rundschau 09.04.02; Frankfurter Rundschau 03.04.02; Thüringsche Landzeitung 19.03.02; Ostthüringer Zeitung 19.03.02 I; Ostthüringer Zeitung 19.03.02 II; Thüringsche Landzeitung 18.03.02; Frankfurter Rundschau 04.03.02; Weser Kurier 22.02.02; Stuttgarter Nachrichten 15.01.02; Hannoversche Allgemeine Zeitung 29.01.00.

geben. Im zweiten Newsletter sind es die Bürgerbeteiligung und das Verfahren, das vom AkEnd als Standortsuchverfahren vorgeschlagen wird, das die Berichterstattung prägt; diese Ausrichtung entspricht dem Arbeitsstand beim dritten Workshop. Beide Ausgaben sind so aufgebaut, dass auf der Titelseite jedes Newsletters in vier Sätzen ein kurzes Editorial in den Inhalt des jeweiligen Heftes einführt. In jedem Heft wird ein Hauptartikel veröffentlicht.

Im ersten Newsletter behandelt der Hauptartikel geowissenschaftliche Ausschlusskriterien, die durch eine Deutschlandkarte der BGR illustriert werden, in der Erdbebenzonen ausgewiesen sind (H1, S. 2). Der Vorschlag für das Auswahlverfahren, das der AkEnd als Weg zum Endlager favorisiert, bildet den Hauptartikel im zweiten Newsletter (H2, S. 4f.). Ebenso finden sich in beiden Ausgaben Gastbeiträge. Im ersten Newsletter ist es ein Gastkommentar eines Pastors, in dem vor Fehlentscheidungen bei der Endlager-Suche gewarnt wird (H1, S. 7); im zweiten Newsletter äußert sich Prof. Alfons Bora (Universität Bielefeld) zur Qualität des vorgeschlagenen Beteiligungsverfahrens (H2, S. 7f.). In der Rubrik „Häufig gestellte Fragen“ werden jeweils zwei Fragen komprimiert beantwortet. Auf der letzten Seite werden in jeder Ausgabe Aspekte zum demokratischen Selbstverständnis der Bundesrepublik aufgegriffen. Wieso sich der AkEnd für den Begriff „Beteiligungsbereitschaft“ von Kommunen und nicht für der „Freiwilligkeit“ der Beteiligung von Kommunen im Auswahlverfahren entschieden hat, erläutert AkEnd-Mitglied D. Ipsen im ersten Newsletter. Im zweiten Newsletter wird dargestellt, wieso der AkEnd vorschlägt, dass die Bevölkerung einer vorgeschlagenen Standort-Region im Rahmen einer Volksbefragung über die Errichtung eines Endlagers abstimmen soll.

Kommentierung: In der Endphase seines offiziellen Auftrags stellt der AkEnd einen eigenen Newsletter auf die Beine, der zentrale Botschaften des AkEnd berichtet und den Diskussionsraum vor allem gegenüber der allgemeinen Öffentlichkeit und damit der Bevölkerung erweitert. Zwar geschieht dies erst relativ spät in Phase I, ist aber als wichtiger Beitrag für eine qualitative Verbesserung der Kommunikation zwischen den AkEnd-Experten und der Öffentlichkeit einzuschätzen. Auch werden wichtige inhaltliche Informationen (z. B. Ausschlusskriterien), kurze Nachrichten und überschaubare Themenbeiträge veröffentlicht. Die Lesbarkeit wäre an einigen Stellen durch redaktionelle Ergänzungen und Überarbeitungen des Layouts zu verbessern gewesen (z. B. Unterscheidung zwischen Überschriften und Untertiteln). Auch das

Versehen der einzelnen Textbeiträge mit Autorennamen oder zumindest Autorenkürzeln würde die Leserfreundlichkeit des Newsletters erhöhen. Die inhaltlichen Dilemmata des AkEnd spiegeln sich in gewissem Umfang auch in den Textbeiträgen wider, die direkt die Arbeit des AkEnd betreffen. So wird in dem Schlussbeitrag im zweiten Newsletter die Schlüsselrolle von Abstimmungen der Bevölkerung einerseits herausgearbeitet. Andererseits wird auf die strukturellen Rahmensetzungen der deutschen politischen Kultur hingewiesen, die durch die Merkmale einer repräsentativen Demokratie festgelegt sind, und das Fällen einer endgültigen Entscheidung über ein Endlager dem Bundestag vorbehalten. Entsprechend gebe es auch die Möglichkeit, dass z. B. eine abschließende Volksbefragung als „Pseudobeteiligung“ verstanden werden könne. Hier bewegt sich der Newsletter insofern auf „dünnem Eis“, als das „laute“ Nachdenken über Dilemmata, wie das hier erwähnte, als positiv im Sinne der angestrebten Transparenz einzuschätzen ist. Anderseits verweist der Beitrag aber auch auf die nicht beseitigten strukturellen Spannungen zwischen den Partizipationsansprüchen betroffener Bürger und den etablierten Mustern politisch verbindlicher Entscheidungsfindung. Inhaltlich wiederholt sich auch hier ein Sachverhalt, den ITAS am AkEnd bereits in anderen Kontexten beobachtete. Es wird zwar stark für eine Standortsuche anhand inhaltlich gut begründeter Kriterien gearbeitet. Eine Schlüsselbotschaft, wieso es sich lohnen sollte, nach einem langen und intensiv geführten Konflikt um die „alten“ Endlager-Projekte jetzt mit einer neuen vergleichenden Standortsuche eine Lösung dieses Konfliktes zu betreiben, ist im Newsletter nur zwischen den Zeilen zu finden.

4. Schlussbetrachtung und Bewertung

4.1 Die Arbeitsschritte des AkEnd und ihre Ergebnisse

Legt man die Phaseneinteilung des vom AkEnd für eine Standortsuche vorgeschlagenen Prozesses zugrunde (Phase I: Erarbeitung von Vorschlägen zu Verfahren und Kriterien, Phase II: Gesellschaftliche Auseinandersetzung (Aushandlungen) und politische Entscheidung zu diesen Vorschlägen, Phase III: Anwendung/Durchführung der in Phase II getroffenen Entscheidungen), dann lässt sich – in Anlehnung an eine von WIBERA vorgenommene Schematisierung – die Phase I unter prozeduralem Aspekt als **diskursdominiert**, die Phase II als **verhandlungsdominiert** und die Phase III als **partizipationsdominiert** ansehen.

Die Arbeit des AkEnd im Beobachtungszeitraum ist in dieser Perspektive also primär danach zu beurteilen, ob und inwieweit es ihm gelungen ist, den gesellschaftlichen Diskurs zur Standortsuche für ein atomares Endlager durch seine Aktivitäten voranzubringen. Im Abschlussbericht formuliert er selbst dies folgendermaßen:

> „Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit wollte der AkEnd auch die Voraussetzungen für die spätere Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Festlegung und Durchführung des Auswahlverfahrens verbessern“ (AkEnd 2002, S. 9).

Der AkEnd hat die ihm übertragene Aufgabe der Erarbeitung von Empfehlungen zu Kriterien und Verfahren einer Endlager-Standortauswahl für radioaktive Abfälle im Wesentlichen durch die nachfolgend genannten, öffentlich sichtbar gewordenen bzw. gemachten Aktivitäten erfüllt:

- Durchführung von drei *Workshops* in Kassel (2000), Mörfelden (2001) und Berlin (2002), die ihrerseits inhaltliche Zäsuren seiner Arbeit markieren;
- Abfassung zweier darauf zeitlich bezogener *Zwischenberichte* und Durchführung zweier *AkEnd-Foren*, auf denen er über aktuelle Themen informiert und seinen Gästen eine Plattform zur Darstellung persönlicher Meinungen gegeben hat;
- Durchführung von verschiedenen *Gesprächsrunden mit Bürgerinnen und Bürgern sowie organisierten gesellschaftlichen Akteuren* („Stakeholder-Gespräche“);

- Durchführung von *Studienreisen* zu Endlager-Projekten im Ausland;
- Durchführung von *Öffentlichkeitsarbeit* im engeren Sinn mittels Presseerklärungen, Publikationen und Internet-Präsenz (Web-Seite).

Zudem haben einzelne AkEnd-Mitglieder Vorträge gehalten und Interviews gegeben sowie persönliche Gespräche mit Interessierten geführt.

Von all diesen öffentlichkeitsbezogenen Aktivitäten war die Durchführung der Workshops sicherlich die bedeutsamste, nicht nur hinsichtlich ihrer allgemeinen Resonanz, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der selbstgesetzten Ziele des AkEnd. Ihnen galt daher auch die besondere Aufmerksamkeit der begleitenden Evaluation, die sich in unseren gesonderten Berichten zu den Workshops in Kassel und Mörfelden sowie in einigen beratendenden Gesprächen und Empfehlungen niederschlug.

Ganz allgemein liegt die innovative Leistung des AkEnd weniger in der Tatsache, dass sich ein multidisziplinär zusammengesetzter Expertenkreis mit einem gesellschaftlich bedeutsamen Problem befasst hat, sondern vielmehr darin,

- dass die Mitglieder des Arbeitskreises über die Grenzen früher miteinander ausgetragener Konflikte kooperiert und dabei ein relativ großes Maß an Kohärenz und Konsens gefunden haben, sowie darin,
- dass die Arbeiten des AkEnd und ihre Ergebnisse zumindest für die interessierten Öffentlichkeiten in einem hohen Maß transparent und nachvollziehbar geblieben sind (was gleichwohl nicht zwangsläufig Zustimmung zur Folge haben muss).

So oder ähnlich äußerten sich auch zahlreiche Teilnehmer des Abschlussworkshops in Berlin sowie einer nachfolgenden Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum, bei der zahlreiche Mitglieder des AkEnd selbst anwesend waren.

Einschränkend ist allerdings gleich hinzuzufügen, dass die Zeiträume zwischen den drei Workshops des AkEnd für einen fortlaufenden Diskurs zu den von ihm durchgeführten Arbeiten als relativ groß angesehen werden müssen, wobei dieser pragmatisch vielleicht unvermeidliche Umstand auch nicht durch eine zwischenzeitliche in-

teraktive Kommunikation des AkEnd (etwa über die Web-Seite) kompensieret wurde. Diese Einschränkung erhält auch deshalb Gewicht, weil trotz der insgesamt guten bis sehr guten Beurteilung aller drei Workshops durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer immer wieder auch (sachlich oder zeitlich) eingeschränkte Diskussionsmöglichkeiten moniert worden sind.

Eigenartigerweise hat der AkEnd die konkreten Schritte und Phasen seiner eigenen Tätigkeit im Abschlussbericht nicht dokumentiert. Ebenso sind seine Betrachtungen zu den ihm gesetzten Rahmenbedingungen (sowohl vor seiner Einsetzung als auch während seiner Arbeit) ausgesprochen knapp geblieben. Wenn hier etwa über die Art seiner Zusammensetzung berichtet wird,

> „Der AkEnd hatte zuletzt 14 Mitglieder. In seiner nahezu vierjährigen Arbeit hat es nur vier Änderungen in der Besetzung des AkEnd gegeben. Hierbei wurde immer darauf geachtet, dass die Ausgewogenheit der Besetzung erhalten blieb“ (a. a. O.),

will es vielmehr scheinen, als versuche der AkEnd eine zäsurenlose Kontinuität seiner Tätigkeit von Anfang bis Ende nahe zu legen. Unseren Beobachtungen zufolge hat es jedoch offenkundig solche Zäsuren gegeben. Dies lässt sich nicht allein daran erkennen, dass mit der Kooptierung des Planungswissenschaftlers Prof. Dr. Ipsen Anfang 2002 erstmals ein Sozialwissenschaftler Mitglied des Arbeitskreises wurde. Vor allem auch die vom AkEnd termingerecht zu den Workshops vorgelegten und bereits erwähnten Zwischenberichte sprechen eine beredte Sprache.

Danach lassen sich u. E. drei zeitliche Abschnitte unterscheiden:

- die Zeit zwischen der Einberufung des AkEnd am 26.02.1999 und der Durchführung des ersten Workshops in Kassel (15./16.09.2000), die wir die *Konstitutionsphase* nennen wollen;
- die Zeit zwischen dem Kasseler und dem Mörfeldener Workshop (28./29. 09.2001), die wir die *Phase der „Kriterienarbeit“* nennen wollen; und schließlich
- die Zeit zwischen dem Mörfeldener Workshop und dem Abschlussworkshop in Berlin (18./19.10.2002), die wir wegen ihrer neuen Fokussierung die *Verfahrens-Phase* nennen.

4.1.1 Die Konstitutionsphase (26.02.1999 - 15.09.2000)

Bereits ein erster Blick lässt nun offenbar werden, dass von den insgesamt 3 ½ Jahren der AkEnd-Arbeit allein 1 ½ Jahre von der Konstitutionsphase verbraucht worden sind. So ist es auch kein Zufall, dass der AkEnd erst gegen Ende dieser Konstitutionsphase seine Forschungsaufträge an WIBERA, IFOK und ITAS vergab, was zumindest bzgl. des Auftrags zur Erarbeitung eines Konzepts der Öffentlichkeitsarbeit (IFOK) und des Auftrags zur begleitenden Evaluation (ITAS) als reichlich verspätet angesehen werden muss. Entsprechend enthält der bereits angesprochene 1. Zwischenbericht, auf dessen Grundlage die Präsentationen und Diskussionen in Kassel erfolgten, nur wenig mehr als die Darlegung prinzipieller Intentionen des Arbeitskreises, seine konzeptionellen und zeitlichen Planungen zu diesem Zeitpunkt sowie grundsätzliche Überlegungen zur Erarbeitung von technisch-geowissenschaftlichen Kriterien.

Die in dieser Phase bereits geführten Gespräche mit VertreterInnen der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, mit Landtagsabgeordneten von Niedersachen sowie die jeweils ersten Gesprächsrunden mit Umweltverbänden, Unternehmen der Kernenergienutzung sowie mit Gewerkschafts- und KirchenvertreterInnen dienten entsprechend auch primär der Bekanntmachung des eigenen Vorhabens.[112] Bei diesen Treffen, so dokumentieren es die veröffentlichten Protokolle, fielen allerdings auch schon recht deutliche Worte seitens einiger Interessenvertreter, die dem AkEnd seine prekäre Lage im Kontext des Konfliktfelds „nukleare Entsorgung“ vor Augen führen mussten.

Insofern nimmt es nicht wunder, dass die wesentlichen Fragen und Desiderata des Kasseler Workshops – abgesehen von gleichsam internen Schlussfolgerungen für künftige Workshops (vgl. im Einzelnen Gloede/Seibt 2001) – den folgenden Themen galten:

[112] Gesprächsrunde mit der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg 31.08.99, Gesprächsrunde mit Landtagsabgeordneten von Niedersachsen 25.01.00, Gesprächsrunde mit Umweltverbänden 21.03.00, Gespräch mit Industrieverbänden aus dem Bereich der Kernenergienutzung 16.05.00, Gesprächsrunde mit Vertretern von Gewerkschaften und Kirchenverbänden 04.07.00.

- dem Verhältnis der AkEnd-Arbeit zu den gegebenen politischen Rahmenbedingungen (Stichwort: Alibiveranstaltung),
- den bereits mit seiner Konstitution getroffenen Vorentscheidungen des AkEnd hinsichtlich der gesellschaftlich diskutierten Alternativen bei der Entsorgung radioaktiven Abfalls (ein Endlager für alle Abfallarten, Lagerung in geologisch tiefen Schichten),
- der weiteren technisch-wissenschaftlichen Kriterienentwicklung für die Standortsuche,
- der zu diesem Zeitpunkt noch wenig greifbaren Einbeziehung sozio-politischer und ethischer Kriterien,
- dem Ob und Wie der Organisierung eines gesellschaftlichen Diskurses während der Zeit seiner Tätigkeit,
- sowie der zukünftigen Diskursbereitschaft und Lernfähigkeit des AkEnd selbst.

4.1.2 Die Phase der „Kriterienarbeit“ (16.09.2000 - 28.09.2001)

Der pünktlich zum 2. Workshop in Mörfelden vorgelegte neue Zwischenbericht des AkEnd legt Zeugnis darüber ab, dass der AkEnd während der zweiten Phase seiner Arbeit deutliche Fortschritte bei der Konkretisierung der für eine Standortsuche in Anschlag zu bringenden technisch-wissenschaftlichen Kriterien gemacht hatte.

In diesem Kontext stand offenbar auch ein wichtiger Teil seiner nach außen gerichteten Aktivität, insbesondere der Versuch einer Berücksichtigung einschlägiger internationaler Erfahrungen (Studienreisen in die Schweiz und nach Schweden, Gespräch mit dem Nuclear Technical Review Board der USA). Auf der anderen Seite fanden in dieser Phase nur zwei Stakeholder-Gespräche in Deutschland statt (mit Vertretern der Umweltverbände sowie mit Vertretern der Standortgemeinden von Zwischenlagern).[113]

[113] Informationsreise in die Schweiz 26. - 29.03.01, Gesprächsrunde mit Umweltverbänden 10.05.01, Informationsreise nach Schweden 18. - 19.06.01, Gesprächsrunde mit dem Nuclear Waste Technical Review Board der USA 16.07.01, Gesprächsrunde mit Vertretern der Standortgemeinden von Zwischenlagern 16.07.01

Demgegenüber waren seine Vorstellungen zu den Verfahren, in denen diese Kriterien zu praktizieren seien, noch relativ grundsätzlich geblieben und bezogen sich vornehmlich auf die generelle Abfolge der Schritte im Gesamtprozess (insbesondere das hierfür präferierte Drei-Phasen-Modell (s. o.) sowie auf die schrittweise, iterative wie rekursive Eingrenzung möglicher Standort-Kandidaten und deren vertiefter Erkundung. Eine genauere Vorstellung von der Einbeziehung sozialer und ethischer Kriterien und die diesen zuzuordnenden Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung konnte zum Zeitpunkt des Mörfeldener Workshops hingegen noch nicht präsentiert werden, nicht zuletzt, da sich der entsprechende Forschungsauftrag an WIBERA noch in Bearbeitung befand.

Gleichwohl bemühte sich der AkEnd mit seiner Themenwahl bei der Durchführung der Arbeitsgruppen in Mörfelden, gerade den letztgenannten Fragen stärker nachzugehen und sich hierzu Anregungen seitens der TeilnehmerInnen geben zu lassen („Freiwilligkeit“ im Auswahlverfahren, Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung, Belastungen und Chancen für die Region etc.), während die nähere Auseinandersetzung mit der tatsächlich erreichten Konkretisierung der technisch-wissenschaftlichen Kriterien, ihrer Operationalisierung und der jeweils erforderlichen Datenlage vornehmlich in Form von Postersessions stattfand. Zudem war eine Arbeitsgruppe gezielt dem Problem der bereits getroffenen Vorentscheidungen gewidmet; eine weitere galt – ebenfalls angeregt von Teilnehmerfragen – grundsätzlichen methodischen Problemen im Bereich der Gewährleistung von „Langzeitsicherheit und Prognose“.

Man kann also festhalten, dass sich der AkEnd durchaus bemüht hatte, die oben festgehaltenen Desiderata des Kasseler Workshops zu verarbeiten und damit auch ein gutes Stück weit seine eigene Diskursbereitschaft und Lernfähigkeit unter Beweis zu stellen.

Wie trotz der entsprechenden Themenwahl bei den Arbeitsgruppen kaum anders zu erwarten war, blieben aber auch nach der Durchführung des Mörfeldener Workshops eine ganze Reihe von Fragen weiterhin klärungs- bzw. konkretisierungsbedürftig.

Der Konkretisierungsbedarf betraf vor allem Aspekte der in Aussicht genommenen *Beteiligungsverfahren* (weder zum Postulat der „Freiwilligkeit“ noch zum Verhältnis

der neuen Beteiligungsformen zu den traditionell institutionalisierten Entscheidungswegen konnte bereits Übereinstimmung in den Diskussionen erzielt werden). Der eher grundsätzliche (weitere) Klärungsbedarf richtete sich einmal auf die nach wie vor nicht erkennbare Einbeziehung sozialer und ethischer Kriterien wie auch auf Unklarheiten beim Umgang mit verbleibender Unsicherheit, andererseits aber auch auf die in Mörfelden eher virulent gebliebene Bedeutung der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, insbesondere die Frage nach einer stärkeren Einbeziehung relevanter gesellschaftlicher Akteure und Entscheidungsträger in den Prozess der neuen Standortsuche.

Insoweit konnte schließlich der zweiten Phase der AkEnd-Tätigkeit, namentlich der Durchführung des Workshops in Mörfelden, bezogen auf das Oberkriterium „Diskurs“ nur die Bewertung „durchwachsen“ zukommen, zumal auch die kommunikativen Abläufe in den Arbeitsgruppendiskussionen gelegentlich Anlass zu Unzufriedenheit bei den Teilnehmern gegeben hatte.

4.1.3 Die Verfahrens-Phase (29.09.2001 - 18.10.2002)

Die verbleibende Zeit nach dem Mörfeldener Workshop widmete der AkEnd einerseits der weiteren Konkretisierung seiner Kriterienvorstellungen, vor allem und schwerpunktmäßig aber der Diskussion und Verarbeitung der Arbeitsergebnisse zu den Beteiligungsverfahren, die ja das Postulat einer weitestgehenden Einbeziehung der Öffentlichkeit im Allgemeinen und der von Standortentscheidungen Betroffenen im Besonderen einlösen sollten.

Zugleich bemühte sich der AkEnd verstärkt darum, auch vor dem Hintergrund der nun erreichten internen Verständigung, mit Vertretern von Länderparlamenten ins Gespräch zu kommen. Mit Ausnahme einer Gesprächsrunde mit Schulklassen sowie einem zweiten Gespräch mit Vertretern der Energiewirtschaft waren alle übrigen Stakeholder-Gespräche der Politik gewidmet (konkret: mit PolitikerInnen der Bundesländer Baden-Württemberg, Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein).[114]

[114] Gesprächsrunde mit Schulklassen 13.11.01, Gesprächsrunde mit Landtagsabgeordneten von Baden-Württemberg 14.01.02, Zweite Gesprächsrunde mit Vertretern der Energiewirtschaft 05.03.02, Ge-

Der zum Berliner Workshop vorgelegte Entwurf eines Abschlussberichts und den darin enthaltenen Empfehlungen zu Kriterien und Verfahren einer neuen Standortsuche konnte nun auch eine Reihe der bisher offen gebliebenen Fragen abdecken (z. B. der Frage nach dem Wie einer Einbeziehung sozialer und ökonomischer Kriterien). Gerade daran knüpfte sich jedoch, wie die Auswertung dieses Workshops gezeigt hat, seitens der Teilnehmer weitergehender Konkretisierungs- bzw. kontroverser Erörterungsbedarf. Auch findet sich im Bericht des AkEnd wenig zu dem Problem, auf welche Weise die verschiedenen (teils recht disparaten Sphären und Wissenschaftsdisziplinen zugehörigen) Kriterien und ihre „Messergebnisse“ gegeneinander abzuwägen seien, wenn diese Ergebnisse für die unterschiedlichen Standort-Kandidaten in gegensätzliche Richtungen weisen sollten (eine Annahme, die den Erfahrungen bei der Standortsuche für andere konfliktbelastete Anlagen weit eher entspricht als das Gegenteil). Insbesondere betrifft dies auch die problematische Vermittlung zwischen technisch-naturwissenschaftlichen und sozial- bzw. planungswissenschaftlichen Kriterien. Die Versicherung des AkEnd, eine solche Abwägung sei nicht grenzenlos oder öffne der Entscheidungswillkür hinterrücks doch Tür und Tor, wie manche Workshopteilnehmer gelegentlich befürchteten, vermochte und vermag nur sehr bedingt zu überzeugen, solange nicht wenigstens die Grundzüge der in Aussicht genommenen Abwägungsverfahren und -regeln erkennbar werden. Der Erwiderung schließlich, dass soziale und ökonomische Gesichtspunkte allererst dann zum Tragen kommen sollen, wenn sich unter den Standortkandidaten nur noch solche befänden, die allesamt größtmögliche Sicherheit versprächen, muss und wird entgegengehalten werden, dass eben auch innerhalb der Sicherheit versprechenden Anwendung technisch-naturwissenschaftlicher Kriterien auf jeder Auswahlstufe Abwägungen erforderlich sein werden.

Gleichwohl kann und sollte dieser Problembereich durchaus Gegenstand der vom AkEnd empfohlenen zweiten Phase des Gesamtprozesses sein, in der die relevanten gesellschaftlichen Akteure unter den Augen der allgemeinen Öffentlichkeit in die nähere Auseinandersetzung und Aushandlung zum vorgelegten Bericht eintreten. Ob

sprächsrunde mit Bundesabgeordneten und Landtagsabgeordneten von Thüringen 18.03.02, Gesprächsrunde mit Landtagsabgeordneten von Nordrhein-Westfalen 23.04.02, Gesprächsrunde in Salzgitter 28.08.02, Gesprächsrunde mit Landtagsabgeordneten von Schleswig-Holstein 19.09.02.

es zu einer solchen zweiten Phase allerdings kommen wird, steht gegenwärtig aus den bekannten (interessen-)politischen Gründen dahin.

Seit dem Beginn seiner Arbeit begleitet den AkEnd ja bereits das *Problem seiner „Einbettung“* in einen langjährigen und teils recht heftigen Konflikt um die Nutzung der Kernenergie im Allgemeinen und die Endlagerfrage (namentlich Gorleben und Schacht Konrad) im Besonderen. Wiewohl der AkEnd nicht zuletzt diesem Konflikt seine Existenz „verdankte“, hat er sich im gesamten Beobachtungszeitraum recht schwer damit getan, sich (öffentlich) reflektierend zu den gegebenen politischen und sozialen Rahmenbedingungen zu verhalten. Dies gilt nicht nur für die immer wieder hinterfragte Rolle, die er nolens volens im Kontext einer rot-grünen Atompolitik spielte, sondern z. T. auch für die Verwirklichungsbedingungen seiner Vorschläge (vgl. Gloede 2002).

Dies mag z. T. mit einem noch traditionelleren Selbstverständnis naturwissenschaftlich-technischer Experten, z. T. mit internen Divergenzen der Mitglieder des AkEnd zu solchen Fragen zu tun gehabt haben, wie dies gewisse Vorkommnisse nahe legen. Allerdings hat diese Einschränkung einer insgesamt recht positiven Aufnahme seiner Tätigkeit seitens der interessierten Öffentlichkeiten wohl wenig geschadet. Letztlich wurden von Sprechern dieser Öffentlichkeiten Schuldzuweisungen letztendlich und vorwiegend an die Adresse der Politik vorgenommen.

Gleichwohl muss das genannte Manko noch einmal in Erinnerung gerufen werden, wenn es zu einer abschließenden Betrachtung der Art und des Grades der Zielerreichung bei der Tätigkeit des AkEnd kommt.

4.2 Bemerkungen zur Zielerreichung

In Anknüpfung an das unserer Arbeit zugrunde liegende Evaluationskonzept (vgl. im vorliegenden Kapitel oben, Teil 1.2) kann bei der Betrachtung des Gesamtresultats der AkEnd-Tätigkeit zwischen mehreren Bezugs-Kontexten unterschieden werden, von denen hier jedoch nur noch die beiden allgemeineren (Standortfindung im Allgemeinen, Arbeitsauftrag des AkEnd) von Bedeutung sind.

Wie an der entsprechenden Stelle bereits dargelegt wurde, macht die Unterscheidung zwischen den Kontexten 1 und 2 primär darauf aufmerksam, dass die Arbeit des AkEnd u. a. auf Anforderungen und Erwartungen stoßen musste, die sich nicht aus *selbstgesetzten* Zielen bzw. aus den Inhalten des ihm gestellten Auftrags ergeben, sondern aus weiterreichenden Implikationen und Konnotationen seines öffentlich dargestellten Programms sowie aus strukturellen gesellschaftlichen Bedingungen, etwa zu den Möglichkeiten und Grenzen des Expertenhandelns in politisch brisanten Konfliktfeldern.

Des Weiteren wurde im vorliegenden Bericht bereits darauf hingewiesen (vgl. oben, Teil 3.1.6), dass wir für das Expertenhandeln in solchen Fällen, gerade wenn es um die ja ausdrücklich angestrebte Initiierung eines gesamtgesellschaftlichen Dialogs und die Auflösung festgefahrener Konfliktfronten geht, drei *potenzielle* Zielrichtungen erkennen können, von denen u. E. jedoch nur eine den gesellschaftlich gegebenen Bedingungen in realistischer Weise entspricht.

Weder erscheint es uns tatsächlich möglich, dass Expertengremien oder -gemeinschaften eigenständig in die Arenen und Agenden organisierter gesellschaftlicher Akteure dergestalt intervenieren können, dass sie in der Lage wären, diese wirksam und nachhaltig zu beeinflussen oder gar zu bestimmen. Noch halten wir es, zumindest im gegebenen Fall, für erreichbar, dass eine Expertenkommission unmittelbar mobilisierend und formierend auf die Meinungsbildung der allgemeinen Öffentlichkeit einwirkt, etwa in Gestalt einer agitierenden Werbekampagne für das eigene Anliegen. Eine solche Orientierung musste dem AkEnd schon deshalb verschlossen bleiben, weil die auftragsgemäße Erarbeitung seiner Vorschläge für eine Endlager-Standortsuche allererst die notwendige (wenn auch nicht hinreichende) Voraussetzung für eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit mit Breitenwirkung gewesen wäre.

Mit Referenz auf den Kontext 1, also den Gesamtzusammenhang der Standortsuche im übergreifenden Konfliktfeld der Kernenergienutzung, erschien und erscheint es uns daher für eine Expertengruppe wie den AkEnd einzig möglich, die bereits um das Thema Endlagerung formierten „interessierten Öffentlichkeiten“ zu mobilisieren und zu erweitern – dies allerdings über den Kreis der unmittelbar durch die Veranstaltung

von Workshops oder die Durchführung direkter Gespräche erreichbaren Personen hinaus. Genau diese Zielrichtung wurde vom AkEnd im Ansatz wohl auch angestrebt.

Es muss jedoch konstatiert werden, dass eine solche Adressierung einer „erweiterten Themen-Community“, wie wir sie oben genannt haben, in eben diesem Ansatz stecken geblieben ist.

Formal bzw. im Bezugsrahmen des Kontexts 2 hat der AkEnd also wesentliche selbstgesetzte Ziele erreicht. Er erstellte nicht nur ein Set von Kriterien (natur- und sozialwissenschaftliche) für eine vergleichende Standortsuche auf, sondern entwickelte auch jenseits der unterschiedlichen Einstellungen, die die AkEnd-Mitglieder zu den Fragen der Kernenergie im Allgemeinen und zu den einzelnen deutschen Endlager-Projekten im Besonderen besaßen, einen Verfahrensvorschlag für das weitere Vorgehen bei der politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsfindung. Im Dezember 2002 übergab der AkEnd seinen Abschlussbericht (ohne Minderheitsvotum!) an Umweltminister Jürgen Trittin. Dieser Bericht war – wie vom Auftraggeber gewünscht – unter Bedingungen relativ großer Transparenz erarbeitet worden. Der AkEnd hatte während seiner mehr als dreieinhalbjährigen Arbeit sowohl die Community zum Thema „Endlagerung radioaktiver Abfälle“ (eben die „Themen-Community“) als auch die interessierte und indirekt die allgemeine Öffentlichkeit angesprochen. Allerdings bleibt aus analytischer Perspektive auch festzuhalten, dass bei einer Reflexion über den Erfolg dieser Kommunikation des AkEnd mit den beiden Öffentlichkeiten und der Themen-Community zu unterscheiden ist.

Die ITAS-Beobachtungen zu den Workshops und zu den übrigen uns zugänglichen Veranstaltungen des AkEnd zeigten, dass es der AkEnd nicht durchgehend vermochte, als anerkannter und eigenständiger Akteur Aufmerksamkeit zu erringen.

Bei den „interessierten Öffentlichkeiten“ fiel auf, das es dem AkEnd zwar gelang, wesentliche Repräsentanten zur Teilnahme an seinen Veranstaltungen zu bewegen. Eine Ausnahme blieben dabei jedoch die Vertreter der offiziellen (Partei-)Politik. Sie waren insgesamt ausgesprochen schwach vertreten und waren bei verbindlichen Aussagen mehr als zurückhaltend. Selbst wenn man eingedenk des oben ausgeführ-

ten nicht unbedingt erwarten konnte, die Spitzenvertreter aller deutschen Parteien auf den Workshops des AkEnd anzutreffen, so aber vielleicht ihre einschlägigen „Fach-Politiker“, die sich durch mehrjährige Erfahrung häufig selbst in den Stand eines Semi-Expertentums versetzt haben.

Bei den „organisierten gesellschaftlichen Akteuren“ fiel auf, dass sich Vertreter etablierter Interessenverbände (wie z. B. Gewerkschaften, Umweltverbände), Vertreter von Bürgerinitiativen, Standortgemeinden und Bundesländern mit Nuklearstandorten bei den Veranstaltungen zwar zu Wort meldeten, jeweils ihre Forderungen, Nachfragen und Bedenken zu Protokoll gaben und in dieser Weise die Entwicklung des Abschlussberichts kritisch begleiteten. Auffallend blieb jedoch die eklatante Zurückhaltung der Energiewirtschaft, die erst in der letzten Veranstaltung ihre zugleich passive wie gleichsam ignorierende Haltung aufgab und punktuell Stellung bezog. Die zu konstatierende Positionierung endete allerdings meistens in einer explizit ablehnenden Haltung zu einer neuen vergleichenden Standortsuche. Dies geschah mit dem Argument, die Energiewirtschaft habe mit den Projekten Gorleben und Schacht Konrad bereits den notwendigen wie zumutbaren Teil zu einer Endlagersuche beigetragen. Auch gute persönliche Kontakte einzelner AkEnd-Mitglieder zu solchen Vertretern der Energiewirtschaft führten nicht dazu, diese für das grundsätzliche Anliegen des AkEnd zu gewinnen.

Bei der „allgemeinen Öffentlichkeit“ sind die Erfolge des AkEnd erwartungsgemäß recht ernüchternd ausgefallen. Die eingeschränkte Resonanz, die der AkEnd in den Massenmedien insgesamt fand, ist also nicht wirklich erstaunlich (s. Kap. D in diesem Bericht). Da der AkEnd sich allerdings in seinen Außendarstellungen generell sehr auf seinen Expertenstatus zurückzog und es nicht vermochte, sich gegenüber seinem Auftraggeber, dem Bundesumweltministerium, eigenständig zu präsentieren, eröffnete er sich kommunikationspolitisch auch nicht die Chance, seine Rolle als aktuell gesellschaftlich wichtige zu definieren. Angesichts des massiven innenpolitischen Konflikts um die Entsorgung radioaktiver Abfälle, der seit mehr als 25 Jahren andauert, wäre es aus unserer Sicht durchaus möglich gewesen, sich nicht nur gegenüber der Themen-Community als selbstbewusst und unabhängig zu präsentieren, sondern mit dieser Botschaft wenigstens ein Stück weit auch an die allgemeine Öffentlichkeit heranzutreten, so wie es das ursprünglich einmal von IFOK erarbeitete

Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit auch vorgesehen hatte (Stichwort: nationales Kompetenzzentrum). Allerdings hätte dies wohl auch bedeutet, dass die einzelnen AkEnd-Mitglieder ihre persönlichen Auffassungen zu einzelnen Aspekten des Endlagerungsproblems einem gemeinsamen Gruppeninteresse an der „Promotion“ des vorgeschlagenen Wegs hätten unterordnen müssen. Ob eine solche Erwartung gegenüber profilierten Experten eines komplexen und in seinen Einzelaspekten umstrittenen Themenfeldes nicht ein zu hohes Maß an individueller und kollektiver Disziplin abverlangt, lassen wir an dieser Stelle offen. Für eine Reflexion kollektiven Expertenhandelns in Themenfeldern mit hohem Konfliktniveau sollte dieser Aspekt jedoch als Handlungschance bedacht werden.

Literatur:

AkEnd (o. J. / 2001): Wege zur Endlagerung. Tagungsbericht zum 1. Workshop (15. + 16.9.2000 in Kassel), Broschüre

AkEnd (2002): Auswahlverfahren für Endlagerstandorte. Empfehlungen des AkEnd (Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte), Köln, Dezember 2002, 260 S.

AKEnd (2002a) Auswahlverfahren für Endlagerstandorte. Empfehlung des AkEnd (Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte), o.O., Dezember 2002, Broschüre, 45 S.

Board on Radioactive Waste Management (1999): Disposition of high-level radioactive waste through geological isolation. Discussion paper for the Irvine Workshop

Bora, Alfons / van den Daele, Wolfgang (1997): Partizipatorische Technikfolgenabschätzung. Das Verfahren des Wissenschaftszentrums Berlin zu transgenen herbizidresistenten Kulturpflanzen, in: Diskursive Verständigung? Mediation und Partizipation in Technikkontroversen, Köberle, Sabine / Gloede, Fritz / Hennen, Leonhard (Hg.), Baden-Baden (Nomos), S. 124-151

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2001): Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden – Ausgabe 2000, Bonn (Eigenverlag)

Dally, Andreas (2003a): Hg., Atommüll und sozialer Friede. Strategien der Standortsuche für nukleare Endlager. Dokumentation der Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 7. bis 9. Februar 2003, Rehburg-Loccum (Loccumer Protokolle 5/03)

Dally, Andreas (2003): Hg., Der Streit um Gorleben. Weiß die Mehrheit, was sie will? Dokumentation der Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 21. bis zum 23. Januar 2000, Rehburg-Loccum (Loccumer Protokolle 2/00)

Dijk, Teun A. van (1985): Structures of News in the Press, in: Discourse and Communication, ders. (ed.), Hillsdale, New Jersey / USA et al. 1985 (Lawrence Earlbaum Associates), S. 80

Flieger, Wolfgang (1992): Die TAZ. Vom Alternativblatt zur linken Tageszeitung, München (Ölschläger)

Früh, Werner (1998): Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis, Konstanz (UVK Medien), 4. übera. Aufl.

Gerhards, Jürgen (1993): Neue Konfliktlinien in der Mobilisierung öffentlicher Meinung, Wiesbaden (Westdeutscher Verlag)

Gloede, Fritz (1997): Das TAB-Projekt "Biologische Sicherheit" bei der Nutzung der Gentechnik, in: Diskursive Verständigung? Mediation und Partizipation in Technikkontroversen, Köberle, Sabine / Gloede, Fritz / Hennen, Leonhard (Hg.), Baden-Baden (Nomos), S. 101-123

Gloede, Fritz / Grunwald, Armin (o.J. / 2000): Evaluationskonzept (Los 4). Teilbericht 1, Ms. (Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse im Forschungszentrum Karlsruhe)

Gloede, Fritz / Hocke, Peter / Stolle, Martin (2001): Evaluation des AkEnd-Workshops in Mörfelden-Walldorf. Bericht im Rahmen der fachlichen Unterstützung des AkEnd durch ITAS. Ms. (Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse im Forschungszentrum Karlsruhe)

Gloede, Fritz / Hocke, Peter / Stolle, Martin (2001a): Zur Konzeption der Öffentlichkeitsarbeit. Kommentar zum Endbericht IFOK, Ms. (Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse im Forschungszentrum Karlsruhe)

Gloede, Fritz / Hocke, Peter / Stolle, Martin (2002): Impulse des Workshops in Berlin (18./19.11.2002), Ms. (Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse im Forschungszentrum Karlsruhe)

Gloede, Fritz / Seibt, Claus (2001): Evaluation des AkEnd-Workshops in Kassel, Ms. (Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse im Forschungszentrum Karlsruhe)

Grunwald, A. (2000): Technology Policy Between Long-Term Planning Requirements And Short-Ranged Acceptance Problems. New Challenges for Technology Assessment, in: J. Grin, A. Grunwald (eds.): Vision Assessment and the Technology for the 21st Century, Heidelberg (Springer), S. 99-149

Hocke, Peter (2001): Ethik der Endlagerung. Tagungsbericht, in: TA-Datenbanknachrichten, Nr. 2, 10. Jg., Juni 2001, S. 139-142

Hocke, Peter (2001a): Codebuch Medienauswertung zur Evaluation des AkEnd. Ms. (Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse im Forschungszentrum Karlsruhe) (Überarbeitung in Vorbereitung)

Hocke, Peter (2001b): Kurzbericht zur teilnehmenden Beobachtung am Stakeholder-Gespräch des AkEnd mit Vertretern der bundesdeutschen Kommunen, in denen dezentrale Zwischenlager geplant sind (Berlin, 16.7.2001), Karlsruhe (Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse im Forschungszentrum Karlsruhe)

Hocke, Peter (unter Mitarbeit von Fritz Gloede) (2001c): Kurzbericht zur teilnehmenden Beobachtung am Stakeholder-Gespräch des AkEnd mit Jugendlichen (Berlin, 13.11.2001), Karlsruhe (Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse im Forschungszentrum Karlsruhe)

Hocke, Peter (2001d): Praxisorientierte Hinweise anstatt eines Kochrezeptes. Zur PR-Konzeption des AkEnd, Karlsruhe (Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse im Forschungszentrum Karlsruhe)

Hocke, Peter (2002): Erste Ergebnisse der Medienanalyse 2001. Zwischenbericht im Rahmen der fachlichen Unterstützung des AkEnd durch ITAS, Ms. (Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse im Forschungszentrum Karlsruhe)

Hocke, Peter (2002a): Massenmedien und lokaler Protest, Wiesbaden (Westdeutscher Verlag)

Hocke-Bergler, Peter (2002): Media Resonance and the Collective Action of Experts in the Conflict of Nuclear Waste Management. Vortrag auf der Jahrestagung der “Society of Risk Analysis Europe”, Berlin, Juli 2002 (eine überarbeitete Version erschien in ”Technikfolgenabschätzung - Theorie und Praxis”, H1 / 2003, S.)

IFOK (2000): Konzeption Öffentlichkeitsarbeit (Los 3), Endbericht, Bensheim, 23.02.2000

IFOK (2002): Regionale Zukunftsperspektiven (Los 2);Endbericht, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Ökologische Raumentwicklung, Dresden und dem Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln. Bensheim/Berlin/Köln/Dresden, 12. Dezember 2002

ITAS (o.J.): Projektantrag zu Los 4 bei der “Fachlichen Unterstützung des BMU-Arbeitskreises ‘Beteiligungsverfahren bei der Standortauswahl für die Endlagerung radioaktiver Abfälle’”, Karlsruhe (Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse im Forschungszentrum Karlsruhe)

Neidhardt, Friedhelm (1993): Öffentlichkeit, in: Lexikon der Wirtschaftsethik, hg. v. Georges Enderle et al., Freiburg/Basel/Wien (Herder), S. 775-780.

Raschke, Joachim (2002): Politische Strategie. Überlegungen zu einem politischen und politologischen Konzept, in: Jenseits des Regierungsalltags, Frank Nullmeier / Thomas Saretzki (Hg.), Frankfurt/Main (Campus), S. 207-242

Renn, O., Schrimpf, M., Büttner, Th., Carius, R., Köberle, S., Oppermann, B., Schneider, E., Zöller, K. (1997): Bürgerbeteiligung in der Abfallplanung. Baden-Baden

Renn, O., Kastenholz, H., Schild, P., Wilhelm, U. (Hg.) (1998): Abfallpolitik im kooperativen Diskurs. Hochschulverlag ETH, Zürich

Sarcinelli, Ulrich (1987): Symbolische Politik, Opladen

Schmidt-Degulle, Hans-Peter (2002): Mehr als nur reaktives Handeln. Die Praxis der Medienberatung, in: Jenseits des Regierungsalltags, Frank Nullmeier / Thomas Saretzki (Hg.), Frankfurt/Main (Campus), S. 99-108

Schmidt-Degulle, Hans-Peter (2002a): Politik im Zeitalter von Christiansen, Biolek und Kerner, in: Frankfurter Rundschau v. 22.6.02, S. 7

Schütz, Holger / Peters, Hans Peter (2002): Risiken aus der Perspektive der Wissenschaft, Medien und Öffentlichkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B10-11 (2002), S. 40-45

Schütz, Walter J. (2001): Redaktionelle und verlegerische Struktur der deutschen Tagespresse. Übersicht über den Stand 2001, in: Mediaperspektiven H12 (2001), S. 633-642

Staab, Joachim Friedrich (1990): Nachrichtenwerttheorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt, München (Alber)

Stolle, Martin (2001): Erste Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsumfrage 2001. Zwischenbericht im Rahmen der fachlichen Unterstützung des AkEnd durch ITAS. Ms. (Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse im Forschungszentrum Karlsruhe).

Stolle, Martin (2001a): Auswertung der Teilnehmer-Befragung des Workshops. In: Gloede / Hocke / ders. 2001.

Stolle, Martin (2002): Ergebnisse der regionalisierten telefonischen Befragung 2002. Ergänzender Bericht im Rahmen der fachlichen Unterstützung des AkEnd durch ITAS. Ms. (Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse im Forschungszentrum Karlsruhe).

Stolle, Martin (2002a): Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsumfragen 2001/2002 und der regionalisierten telefonischen Befragung 2002 - Ergänzender Bericht zur Evaluation des AkEnd im Rahmen der fachlichen Unterstützung durch ITAS. Ms. (Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse im Forschungszentrum Karlsruhe).

Stolle, Martin (2002b): Beeinflusst das Interesse für Technik die Einstellung zur Entsorgung radioaktiver Abfälle? In: Technikfolgenabschätzung - Theorie und Praxis, Nr. 3 / 4, 11 Jg., November 2002, S. 140-149.

Vorholz, Fritz (2003): Ende der trügerischen Ruhe, in: Die Zeit v. 26.6.03, S. 19

Wirth, Werner / Lauf, Edmund (Hg.) (2001): Inhaltsanalyse. Perspektiven, Probleme, Potenziale, Köln (Herbert von Harlem Verlag)

Zwick, Michael. (1999): Gentechnik im Verständnis der Öffentlichkeit – Intimus oder Mysterium? In: Hampel, G. /Renn, O. (Hg.), Gentechnik in der Öffentlichkeit. Frankfurt, New York, S. 98 – 132 (m.w.N.)

Projektinterne Berichte

Eichler, Boris (2002): Qualitative Inhaltsanalyse der Endlager-Berichterstattung in der Zeitschrift „atw“. Entwurf, Karlsruhe/Aachen, Dezember 2002

Hoffmann, Brigitte (2002): Qaulitative Auswertung von Nachrichten zur Endlager-Berichterstattung Juni bis September 2001. Pretest für das ITAS-Projekt zu medialen Effekten von Expertenhandeln, Karlsruhe, September 2002

Müller, Alexander (2002): Qualitative Analyse der Zeitschrift “Der Strahlentelex”. Entwurf, Karlsruhe/Heidelberg, Dezember 2002

Yilmaz, Erdal (2002): Qualitative Analyse der Zeitschrift “anti-atom-aktuell”. Entwurf, Karlsruhe/Heidelberg, Dezember 2002